

Freistaat Bayern

Haushaltsplan

2007/2008

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2007 und 2008	9
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	11
Kapitel 10 01 Ministerium	12
Kapitel 10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10	24
Kapitel 10 03 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	62
Kapitel 10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation	68
Kapitel 10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen	94
Kapitel 10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe	114
Kapitel 10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte	138
Kapitel 10 12 Bayerisches Landessozialgericht, Sozialgerichte	148
Kapitel 10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung	158
Kapitel 10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales	166
Kapitel 10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung.....	204
Kapitel 10 40 Sozialabteilungen und Obergesundheitsämter bei den Regierungen	212
Kapitel 10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)	214
Kapitel 10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern	228
Kapitel 10 56 Haus des Deutschen Ostens	244
Kapitel 10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung	250
Kapitel 10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter	258
Abschluss	262
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	263
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 10	267
Stellenplan	273

Vorwort zum Einzelplan 10

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist im Gesamtbereich der Gesellschaftspolitik für Fragen der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Frauenpolitik zuständig. Es pflegt die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den sonstigen in diesen Bereichen tätigen Stellen. Bei der Regelung einschlägiger Fragen der Bundesgesetzgebung wirkt es mit. Im Einzelnen umfasst der Aufgabenkreis insbesondere
 - 1.1 Arbeit und berufliche Bildung**
 - 1.1.1 Grundsatzfragen der Sozial- und Arbeitspolitik
 - 1.1.2 Arbeitsmarktpolitische Grundsatzfragen, Bestimmung und Wertung der Arbeitsmarktstruktur, Arbeitsmarktforschung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme besonderer Personengruppen, soziale Probleme des technischen und strukturellen Wandels
 - 1.1.3 Individuelles, kollektives, zwischen- und überstaatliches Arbeitsrecht sowie Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen
 - 1.1.4 Heimarbeit und Heimarbeitsausschüsse
 - 1.1.5 Ehrung von Arbeitsjubilaren, Staatsmedaille für soziale Verdienste
 - 1.1.6 Koordinierung von Maßnahmen der nichtschulischen Berufsbildungspolitik
 - 1.1.7 Berufshilfen (Berufshinführung, -vorbereitung, -aufklärung, -orientierung, -anpassung), berufliche Bildung (Aus-, Fortbildung, Umschulung, berufliche Weiterbildung), insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und freiwillige soziale Dienste
 - 1.1.8 Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich zwischenstaatlicher Abkommen, Fragen des interkommunalen Belastungsausgleichs zum Vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
 - 1.2 Soziale Entschädigung, Rehabilitationsmaßnahmen**
 - 1.2.1 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, insbesondere Kriegsoferversorgung, Versorgung von Soldaten und Zivildienstleistenden, Impfgeschädigten, Opfern von Gewalttaten und Betroffenen von SED-Unrecht
 - 1.2.2 Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch, insbesondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Feststellungsverfahren und Ausweiswesen, unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr
 - 1.2.3 Kriegsopferversorgung und verwandte Leistungen
 - 1.2.4 Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft
 - 1.2.5 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft und zur medizinischen Rehabilitation, Frühförderung, Pflege von behinderten Menschen
 - 1.2.6 Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
 - 1.2.7 Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter, psychosoziale Prävention
 - 1.2.8 Forensische Psychiatrie

1.3 Wohlfahrtswesen

- 1.3.1 Jugendhilfe
- 1.3.2 Familienhilfe
- 1.3.3 Frauenhilfe
- 1.3.4 Altenhilfe
- 1.3.5 Sozialpflegerische Dienste
- 1.3.6 Sozialhilfe

1.4 Krankenhauswesen

1.5 Gleichstellungs- und Frauenpolitik

1.6 Sozialversicherung

- 1.6.1 Aufsicht über die landesunmittelbaren Träger der Krankenversicherung und ihre Verbände, die landesunmittelbaren Träger der Unfallversicherung und der Allgemeinen Rentenversicherung sowie über die landwirtschaftlichen Alterskassen und die Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns
- 1.6.2 Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der im Bereich der sozialen Selbstverwaltung tätigen landesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (vgl. Ziffer 1.6.1)

1.7 Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

- 1.7.1 Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen, Kontingentflüchtlingen und Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern sowie Integration von Ausländern
- 1.7.2 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von nichtdeutschen Flüchtlingen
- 1.7.3 Lastenausgleich
- 1.7.4 Förderung von Maßnahmen nach § 96 BVFG
- 1.7.5 Grenzüberschreitende Hilfen für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten

1.8 Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

2. Aufbau der Verwaltung

2.1 Das Ministerium gliedert sich in die Abteilungen

A	Grundsatzfragen	I	Arbeit, berufliche Bildung
P	Personal, Verwaltungsmanagement	II	Krankenhausversorgung
Z/LPrA	Haushalt, Recht, Bayerisches Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	III	Sozialversicherung, Pflege, Altenpolitik
		IV	Rehabilitation
		V	Europapolitik, Integration, Vertriebene und Zuwanderer
		VI	Familie und Jugend

Die Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Querschnittsreferat für die Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung eingerichtet. Sie hat Koordinierungskompetenz (Kontrolle, Initiative und Zusammenarbeit) innerhalb der Staatsregierung und ist der Frauenbeauftragten der Staatsregierung unmittelbar nachgeordnet.

2.2 Gerichte, Behörden und Dienststellen des Geschäftsbereichs

2.2.1 Arbeitsgerichtsbarkeit

2 Landesarbeitsgerichte in München und Nürnberg, 11 Arbeitsgerichte (mit 11 auswärtigen Kammern) in Augsburg (Neu-Ulm), Bamberg (Coburg), Bayreuth (Hof), Kempten, München (Ingolstadt, Weilheim), Nürnberg, Passau (Deggendorf), Regensburg (Landshut), Rosenheim (Traunstein), Weiden (Schwandorf), Würzburg (Aschaffenburg, Schweinfurt)

2.2.2 Sozialgerichtsbarkeit

Bayerisches Landessozialgericht in München mit Zweigstelle in Schweinfurt und 7 Sozialgerichte in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg

2.2.3 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Das Zentrum Bayern Familie und Soziales hat seinen Sitz (Zentrale) in Bayreuth und Regionalstellen in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg. Das Bayerische Landesjugendamt (München) wurde in das Zentrum integriert. Die Reha-Klinik Bad Reichenhall ist Teil des Zentrums.

2.2.4 Flüchtlingsverwaltung

Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg, 1 Beauftragter des Freistaates Bayern für das Verteilungsverfahren, 7 Regierungsaufnahmestellen, 140 Übergangswohnheime zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, 2 Aufnahmeeinrichtungen und 171 Gemeinschaftsunterkünfte für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG

2.2.5 Sozialversicherung

2 Oberversicherungsämter bei den Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken. Diese üben neben den zuständigen Regierungen die Fachaufsicht über 96 Versicherungsämter (25 städtisch und 71 staatlich) aus

2.2.6 Lastenausgleichsverwaltung

1 Außenstelle des Landesausgleichsamts mit Zentralem Beschwerdeausschuss Bayern für den Lastenausgleich bei der Regierung von Mittelfranken und 7 Ausgleichsämter bei den Regierungen.

2.2.7 **Sonstige**

Verwaltungsschule der Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn, Haus des Deutschen Ostens in München, Staatsinstitut für Frühpädagogik in München, Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg

2.3 **Der Aufsicht unterstehende Versicherungsträger**

4 bzw. ab 01.01.2008 3 Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung mit Rehabilitationskliniken, 2 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 2 Landwirtschaftliche Alterskassen, 2 Landwirtschaftliche Krankenkassen, 2 Landwirtschaftliche Pflegekassen, der BKK Landesverband Bayern, die AOK Bayern mit einer Zentrale und 39 Direktionen sowie 250 Geschäftsstellen, die Pflegekasse Bayern, 16 Betriebskrankenkassen mit Pflegekassen, der Medizinische Dienst der Krankenversicherung in Bayern, der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband, die Bayerische Landesunfallkasse, die Unfallkasse München, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Mit dem Zweiten Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung (2. VerwModG) vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) wurden mit Wirkung vom 01.08.2005 das Bayerische Landesamt für Versorgung und Familienförderung, die Ämter für Versorgung und Familienförderung, das Bayerische Landesjugendamt, die Integrationsämter und die Hauptfürsorgestellen zu einem Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) vereinigt. Das ZBFS nimmt die Aufgaben der genannten Ämter und Dienststellen als eine unmittelbar dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) nachgeordnete zentrale Landesbehörde wahr. Es unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des StMAS. Das ZBFS hat seinen Sitz (Zentrale) in Bayreuth und Regionalstellen in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Wesentliche Ausgaben bzw. Ausgabeprogramme des Einzelplans 10

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2006	2007	2008
		in Mio. EUR		
10 03	Allgemeine Bewilligungen			
633 02	Zuweisungen des Bundes gemäß Art. 13 Altersvermögensgesetz (Grundsicherung)	34,9	33,5	33,5
681 01	Blindengeld nach dem Bayer. Blindengeldgesetz	84,8	82,0	81,7
682 01	Unentgeltliche Beförderung Behinderter	30,0	27,5	27,5
TG 71	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	97,4	101,9	103,9
TG 87	Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX - Ausgleichsabgabe -	110,0	93,0	93,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(32,8)	(31,4)	(31,4)
TG 88, 89	Leistungen an Impfgeschädigte	13,7	13,8	14,0
TG 94 - 96	Leistungen an Opfer von Gewalttaten	17,4	18,9	19,9
10 05	Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation			
633 01	Erstattung des Bundes für Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Grundsicherung von Arbeitssuchenden (§ 46 SGB II)	240,0	240,0	240,0
TG 54 - 61	Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds	34,4	34,4	34,4
TG 70	Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich	2,0	-	-
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen der Berufshilfe	0,5	0,6	0,7
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,6)	(0,5)	(0,6)
TG 78	Landesplan für Behinderte	17,6	22,5	22,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(-)	(4,0)	(5,0)
TG 81	Komplementärmittel für Zuweisungen der EU	2,4	4,0	4,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(2,4)	(4,0)	(4,0)
TG 82	Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter	1,4	1,3	1,3
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,8)	(0,8)	(0,8)
10 06	Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen			
686 01,686 02, 686 06,686 21	Kultur der Vertriebenen und Flüchtlinge	2,5	2,3	2,3
TG 71 – 74	Leistungen der Kriegsofferfürsorge	7,0	6,0	5,8

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2006	2007	2008
		in Mio. EUR		
10 07	Jugend-, Familien, Frauen- und Altenhilfe			
TG 71	Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren (Verpflichtungsermächtigung)	15,4 (8,7)	4,8 (1,1)	4,8 (1,1)
TG 72	Soziale Dienste im bayerischen Netzwerk Pflege (Verpflichtungsermächtigung)	3,9 (1,1)	- (-)	- (-)
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Verpflichtungsermächtigung)	3,2 (0,6)	4,0 (0,6)	4,0 (0,6)
TG 74, 76	Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe, Jugendschutz (Verpflichtungsermächtigung)	21,5 (2,0)	21,0 (2,0)	21,6 (2,0)
TG 77	Schwangerenberatung	8,0	8,2	8,3
TG 79	Einrichtungen nach dem Schulfinanzierungsgesetz (Verpflichtungsermächtigung)	2,1 (2,0)	2,0 (3,1)	2,0 (2,2)
681 80	Landeserziehungsgeld – Familienbeihilfen	97,8	112,0	114,9
TG 84	Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	4,7	4,4	4,4
TG 89	Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	564,6	580,3	585,3
10 50	Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer) (Verpflichtungsermächtigung)	37,2 (4,1)	23,6 (1,6)	19,2 (1,6)
10 53	Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern (Verpflichtungsermächtigung)	129,1 (3,5)	94,3 (2,0)	86,0 (2,0)
10 72	Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter (Verpflichtungsermächtigung)	197,7 (24,5)	205,8 (26,0)	219,2 (25,5)
Epl. 10	Staatlicher Hochbau (Verpflichtungsermächtigung)	5,4 (5,5)	5,2 (5,4)	5,4 (5,4)

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2007 und 2008

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert. Im Kapitel 10 20 wird der Haushaltsplan erstmals in der Form des produkt- und leistungsorientierten Haushalts aufgestellt. Hier ersetzen der Produktplan und die Überleitungsrechnung die Einzelerläuterungen der Einnahmen und Ausgaben, während der kamerale Teil des produkt- und leistungsorientierten Haushalts nach wie vor die gesetzliche Etatbewilligung darstellt.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 5 000 EUR,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 EUR nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 1. (Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]), 425 0. (Vergütungen der Angestellten) sowie 426 0. bis 426 2. (Löhne der Arbeiter) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tariferhöhungen und Stellenänderungen beruhen.

Auf Grund der im Doppelhaushalt 2009/2010 notwendigen Neustrukturierung der Titel der Gruppen 425, 426 und 428 (Einheitliche Bezeichnung der Angestellten [Gruppe 425] und Arbeiter [Gruppe 426] als Arbeitnehmer [Gruppe 428]) wurden – soweit bereits jetzt notwendig – Titel der Gruppe 428, deren Zweckbestimmung nicht mit dem Arbeitnehmerbegriff übereinstimmt, in Titel der Gruppe 429 überführt. Diese Überführung wurde aus Vereinfachungsgründen im Einzelnen nicht näher erläutert; die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel (vgl. auch Nr. 5.1) wurden nicht unterstrichen.

Folgende Titel sind betroffen:

Bisher Kapitel/Titel neu Kapitel/Titel

10 20/428 01 10 20/428 30

Für die Gewährung von Leistungszulagen und Leistungsprämien ist in den jeweiligen Sammelkapiteln ein eigener Titel 422 45 ausgebracht.

3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.

Folgende Abkürzungen wurden letztmals verwendet:

VO1 = Verordnung gemäß § 26 Absatz 4 Nr. 1 BBesG*,

VO2 = Verordnung gemäß § 26 Absatz 4 Nr. 2 BBesG*.

Die oben genannten Verordnungen wurden durch die Bayerische Stellenobergrenzenverordnung abgelöst.

* in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 11 Nr. 6 des Gesetzes vom 20. Juni 2002 (BGBl I S. 1946); vgl. auch Art. 10 Abs. 2 BesStruktG vom 21.06.2002 (BGBl I S. 2138).

4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. EUR Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,

- 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
- 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
- 5.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
- 5.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.
6. Die Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschließlich der Mietausgaben sollen künftig nicht mehr zentral bei der Grundbesitz bewirtschaftenden Dienststelle, sondern anteilig auch bei den jeweils mitnutzenden Dienststellen nachgewiesen werden. Hierzu werden ab dem Doppelhaushalt 2007/2008 die neuen Leertitel 517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt), 517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt) und 518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt) eingerichtet. Vgl. auch Nr. 1.5 DBestHG und die Begründung dazu.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.7 DBestHG gelten die in Nr. 12.1 bis 12.6 DBestHG 2007/2008 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 10 03,
- Kap. 10 05,
- Kap. 10 06,
- Kap. 10 07,
- Kap. 10 10 Tit. 111 01 und 526 01,
- Kap. 10 12 Tit. 111 01 und 526 01,
- Kap. 10 20 Tit. 429 01,
- Kap. 10 50 Tit. 111 01 und TG 52,
- Kap. 10 53 Tit. 111 01 und 111 02,
- Kap. 10 65 TG 51, 52, 54 und 81 sowie
- Kap. 10 72.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-2	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
					B	5,4
					C	1,6
112 01-1	011	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 01.</i>	1,0	1,0	A	1,0
					B	72,7
					C	75,0
119 49-8	011	Vermischte Einnahmen	11,0	11,0	A	15,0
					B	10,8
					C	56,0
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	159,3	159,3	A	163,3
					B	163,8
					C	151,9
132 01-7	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0	1,0	A	1,0
					B	1,3
					C	10,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-7	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	1,5
					C	1,2
235 12-0	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-9	011	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
261 01-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	15,6	15,6	A	---
261 02-9	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	---	---	A	---
					B	15,5
					C	37,3
Gesamteinnahmen			187,9	187,9	A	181,8
					B	269,5
					C	333,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-7	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	319,7	322,8	A	332,8
					B	319,6
					C	362,2
422 01-6	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	13.248,9	13.405,7	A	12.999,1
					B	13.066,0
					C	12.699,6

Erläuterungen

Zu 10 01/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	16,3	16,3
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	143,0	143,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	159,3	159,3

Zu 10 01/261 01

2007 gegenüber 2006:

15,6 Tsd. EUR mehr wegen erstmaliger gesonderter Veranschlagung von Verwaltungskostenzuschüssen der Kantine.

Zu 10 01/261 02

Vereinnahmung von Erstattungen für die Überlassung von DV-Programmen und DV-Dienstleistungen an nichtstaatliche Einrichtungen, für die Erledigung von kostenpflichtigen DV-Leistungen durch Fremdfirmen im Auftrag anderer staatlicher Dienststellen sowie Vereinnahmung von Umsatzsteuerrückerstattungen (vgl. Tit. 533 01).

Zu 10 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	12,6	12,6

Zu 10 01/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
422 11-4	011	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	238,9	241,7	A	332,5	
					B	235,6	
					C	337,6	
422 31-0	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.078,9	1.091,7	A	1.292,1	
					B	1.064,0	
					C	1.130,2	
422 41-8	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---	
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	5.634,8	5.745,1	A	5.999,9	
					B	5.513,5	
					C	5.318,6	
425 11-1	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	---	
425 12-0	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
425 15-7	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---	
425 17-5	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---	
425 41-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	1,9	2,0	A	11,4	
					B	1,9	
					C	5,5	
426 01-2	011	Löhne der Arbeiter	630,7	643,0	A	628,5	
					B	638,7	
					C	551,2	
426 05-8	011	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	313,9	320,0	A	466,5	
					B	307,1	
					C	445,4	
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	2,6	2,6	A	2,6	
453 01-8	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	60,0	60,0	A	60,0	
					B	23,3	
					C	33,1	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-8	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	676,3	676,3	A	622,0	
					B	567,0	
					C	638,5	
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	90,0	90,0	A	90,0	
					B	98,6	
					C	72,0	
514 11-3	011	Dienst- und Schutzkleidung	6,6	6,6	A	5,1	
					B	5,3	
					C	4,1	

Erläuterungen

Zu 10 01/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/453 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	35,0	35,0
2. Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0
Zusammen	60,0	60,0

Zu 10 01/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	119,8	119,8
2. Bücher und Zeitschriften	130,5	130,5
3. Kommunikation	160,5	160,5
4. Entgelte für Postdienstleistungen	135,5	135,5
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	110,5	110,5
6. Sonstiges	19,5	19,5
Zusammen	676,3	676,3

2007 gegenüber 2006:

40,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 20/511 01
5,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 65/511 01
9,3 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
54,3 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 01/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	54,2	54,2
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	35,8	35,8
Zusammen	90,0	90,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	90,0	90,0
Personalausgaben	564,0	564,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	35,5	-
Ausgaben für Leasing	29,6	29,6
Zusammen	719,1	683,6

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2006	
	2007	2008	2006	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	11	11	11	11	9
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: (0)

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
517 01-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 4.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.478,0	1.478,0	A	1.429,7
					B	1.136,9
					C	793,2
517 05-8	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	757,2	757,2	A	746,0
					B	492,8
					C	373,5
518 01-1	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3,6	3,6	A	3,6
					B	2,4
					C	2,5
518 11-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	110,0	110,0	A	148,0
					B	159,0
					C	152,1
518 18-2	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	29,6	29,6	A	26,3
					B	28,1
519 01-0	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zulasten Anlage S in Höhe von 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	700,0	A	672,8
					B	1.332,3
					C	496,6
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	252,0	252,0	A	248,1
					B	237,2
					C	209,8
529 01-8	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	11,4	11,4	A	11,4
					B	23,4
					C	22,4
529 02-7	011	Durchführung der Gesundheitsministerkonferenz	***	***	A	---
					B	15,5
529 03-6	011	Ausgaben für die Geschäftsführung der Jugendministerkonferenz (JMK) und Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB)	***	***	A	15,0
					B	33,9
531 01-4	011	Herausgabe amtlicher Blätter <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	---	---	A	11,9
					B	62,5
					C	46,1
531 11-2	011	Fachveröffentlichungen	---	---	A	72,7
					B	42,5
					C	61,7
531 21-0	011	Sonstige Veröffentlichungen	12,0	12,0	A	12,0
					B	11,6
					C	10,0
533 01-2	011	Kosten für die Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten- und Leistungsrechnung" <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 261 02.</i>	207,5	207,5	A	207,5
					B	221,6
					C	245,8

Erläuterungen

Zu 10 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

48,3 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die Kosten für Pfortendienst, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Verpflichtungsermächtigung 2007 zur Neuausschreibung der Gebäudereinigung und des Pfortendienstes.

Zu 10 01/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	445,0	445,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	312,2	312,2
Zusammen	757,2	757,2

Zu 10 01/518 11

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Mieten für Fotokopiergeräte, u.ä.	110,0	110,0

2007 gegenüber 2006:

38,0 Tsd. EUR weniger wegen Reduzierung der Kopiereinheiten.

Zu 10 01/519 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	482,9	482,9
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
3. Generalüberholung der Aktentransportanlage	217,1	-
4. Erneuerung der 11 asbesthaltigen Brandschutzschieber der Aktentransportanlage	-	217,1
Zusammen	700,0	700,0

2007 gegenüber 2006:

27,2 Tsd. EUR mehr wegen Sanierung der Aktentransportanlage, Baujahr 1983.

Zu 10 01/531 01

2007 gegenüber 2006:

11,9 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21.

Zu 10 01/531 11

2007 gegenüber 2006:

72,7 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21.

Zu 10 01/531 21

Veranschlagt sind

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Förderung der Informationstätigkeit		
- Pressekonferenzen, Pressefahrten	9,8	9,8
- Pressefotos	1,0	1,0
- Sonstiges	0,2	0,2
2. Ankauf von Informationsmaterial	1,0	1,0
Zusammen	12,0	12,0

Zu 10 01/533 01

Planung, Erstellung, Pflege, Wartung und Weitergabe von EDV-Programmen für den Gesundheitsbereich sowie staatliche und sonstige Dienststellen im Rahmen der Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten und Leistungsrechnung".

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
				6		
536 01-9	011	Kosten, die dem Staatsministerium als zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz entstehen	3,1	3,1	A	3,1
					B	2,2
					C	1,1
546 49-1	011	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Der Titel kann aus jedem Titel des Epl. 10 um den dort anfallenden Betrag für die Künstlersozialabgabe verstärkt werden.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	2,3
					C	4,5
Baumaßnahmen						
701 01-8	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Einseitig deckungsfähig zulasten Anlage S in Höhe von 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	300,0	A	350,0
					B	200,9
					C	351,7
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-5	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	35,5	---	A	---
812 01-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	100,0	100,0	A	100,0
					B	93,9
					C	93,1
812 03-2	011	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 01/536 01

Aufgrund des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl I S. 1112) wurden beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ein Berufsbildungsausschuss und Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Prüfungen im Ausbildungsberuf für Sozialversicherungsfachangestellter/Sozialversicherungsfachangestellte gebildet.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses	1,5	1,5
2. Arbeitstagungen der Prüfungsausschussmitglieder	0,9	0,9
3. Druck- und Materialkosten	0,7	0,7
Zusammen	3,1	3,1

Zu 10 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 01/701 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Instandsetzung der Heizanlagen im Zuge der Umstellung der Fernheizung von Dampf auf Heißwasser	400,0	-
Sanierung des Flachdachs , DG Schellingstr. 155	-	200,0
Erneuerung der Kühleinrichtungen in der Kantine	-	100,0
Zusammen	400,0	300,0

2007 gegenüber 2006:

50,0 Tsd. EUR mehr wegen des Umbaus der Heizanlagen in den DG Winzererstr.9, Schellingstr. 155 und Heßstr. 104.

2008 gegenüber 2007:

100,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 01/811 01

2007 gegenüber 2006:

35,5 Tsd. EUR mehr wegen Beschaffung eines behindertengerecht ausgestatteten Großraumfahrzeuges (Ausbaukosten über das Integrationsamt).

2008 gegenüber 2007:

35,5 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 01/812 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Prüfstand Aktentransportanlage	10,0	-
2. Geschäftszimmerausstattungen	19,0	22,0
3. Kantine		
- allgemeiner Ersatz (Ersatzbeschaffungen)	10,0	10,0
- Kühlzelle	-	8,0
- Standregale für Kühl- und Lagerräume	10,0	-
- Ersatzbeschaffung: Universal-Küchenmaschine mit Zubehör (Beschaffung 10/1984)	18,0	-
- Ersatzbeschaffung: Planetenrühr-, Schlag- und Knetmaschine (Beschaffung 10/1984)	8,0	-
4. Faxgeräte	5,0	5,0
5. Diktiergeräte	5,0	5,0
6. Ausstattung von Besprechungszimmern	15,0	30,0
7. Plasmabildschirme für Großen Sitzungssaal und Interviewraum	-	20,0
Zusammen	100,0	100,0

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-1	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	91,0	91,0	A	28,7
					B	93,4
					C	61,0
514 99-8	011	Verbrauchsmittel	57,5	57,5	A	57,5
					B	26,1
					C	40,7
518 99-4	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-5	011	Aus- und Fortbildung	34,5	34,5	A	34,5
					B	20,4
					C	17,9
526 99-4	011	Ausgaben für Sachverständige	64,0	64,0	A	63,3
					B	6,2
					C	23,1
533 99-5	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-4	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	75,0	75,0	A	74,8
812 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	425,0	320,0	A	602,1
					B	198,2
					C	370,5
Summe der Titelgruppe			747,0	642,0	A	860,9
					B	344,4
					C	513,2
Gesamtausgaben			27.170,1	27.233,9	A	27.781,5
					B	26.283,8
					C	24.975,2

Erläuterungen

Zu 10 01/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung des Staatsministeriums mit Informations- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und die Informationsgewinnung.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl
Beamte	
BesGr B 3	1,0
BesGr A 13 (gD)	1,0
BesGr A 11 (gD)	2,0
BesGr A 8	1,0
Angestellte	
VergGr Vb (Bewährungsaufstieg)	2,0
VergGr VII	0,5
	7,5

Zu 10 01/511 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	38,5	38,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	52,5	52,5
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	91,0	91,0

2007 gegenüber 2006:

62,3 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 812 99.

Zu 10 01/514 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Toner, CD-Rohlinge, Bandkassetten, Tintenpatronen	57,5	57,5

Zu 10 01/812 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Ersatz ein Viertel des PC-Bestandes (= 100 Stück), Bildschirme, Drucker und mobile Geräte	230,0	230,0
2. Server (Ersatz bzw. zusätzliche Geräte) incl. Betriebssystem	75,0	75,0
3. Software für Softwareverteilung	75,0	-
4. Erweiterung Backup wegen vermehrter Datenmenge	15,0	15,0
5. Softwareupdates für Symnatec Ghost Solution	10,0	-
6. Software für User Helpdesk	20,0	-
Zusammen	425,0	320,0

2007 gegenüber 2006:

62,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 99

114,8 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf

177,1 Tsd. EUR weniger

2008 gegenüber 2007:

105,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	172,3	172,3	A	180,3	
					B	254,0	
					C	295,3	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	15,6	15,6	A	1,5	
					B	15,5	
					C	38,5	
		Gesamteinnahmen	187,9	187,9	A	181,8	
					B	269,5	
					C	333,8	
		Personalausgaben	21.530,3	21.834,6	A	22.125,4	
					B	21.169,6	
					C	20.883,3	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.679,3	4.679,3	A	4.604,0	
					B	4.621,2	
					C	3.276,6	
		Baumaßnahmen	400,0	300,0	A	350,0	
					B	200,9	
					C	351,7	
		Sonstige Sachinvestitionen	560,5	420,0	A	702,1	
					B	292,1	
					C	463,6	
		Gesamtausgaben	27.170,1	27.233,9	A	27.781,5	
					B	26.283,8	
					C	24.975,2	
		Zuschuss	26.982,2	27.046,0	A	27.599,7	
					B	26.014,3	
					C	24.641,3	

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-6	960	Vermischte Einnahmen	---	---	A C	--- 0,4
125 01-4	960	Erstattungen Dritter für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 525 02.</i>	---	---	A B C	--- 1,3 1,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
281 01-4	960	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A C	--- 0,1
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- 3,3 7,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-6	960	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Vgl. Vermerke zu 425 41.</i>	---	---	A	---
422 43-4	940	Zahlungen nach der Ausgleichszahlungsverordnung <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
422 45-2	011	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	183,9	183,9	A B C	185,2 133,5 148,7
425 41-3	960	Überstundenvergütungen für Angestellte <i>Zu 422 41 und 425 41: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen.</i>	25,0	25,0	A	25,0
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	10,0	10,0	A	10,0
427 41-1	290	Praktikantenvergütungen	---	---	A B C	3,0 1,7 2,0
443 01-9	940	Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze	1,5	1,5	A	1,5
453 01-6	960	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	35,0	35,0	A	35,0

Erläuterungen

Zu 10 02/422 43

Ausgleichszahlungen zur Abgeltung von Arbeitszeitguthaben, die Beamte aus einer langfristig angelegten ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit erworben haben (§ 48 Abs. 3 BBesG, Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung vom 16. November 1999, BayRS 2032-3-1-7-F).

Zu 10 02/422 45

Zur weiteren Motivationssteigerung und Stärkung des Leistungsgedankens wurden in der bayerischen Verwaltung verstärkt leistungsbezogene Besoldungselemente eingeführt. Nachgewiesen werden bei diesem Titel die gewährten Leistungszulagen und Leistungsprämien.

2007 gegenüber 2006:

1,3 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 02/422 45 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 02/425 41

Veranschlagt sind Vergütungen für die Überstunden von Angestellten.

Zu 10 02/427 41

2007 gegenüber 2006:

3,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 02/427 41 wegen Umressortierung von Stellen.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
459 11-8	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	2,5	2,5	A B C	2,5 1,1 0,9
459 31-4	940	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-6	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 10 <i>Verstärkungsfähig sind die Titel 421 01 bis 426 25 ohne Titel innerhalb von TG. Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Gehalts- und Tarifierhöhungen verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen.</i>	34,0	34,0	A	34,0
461 02-5	981	Globale Mehrausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben	---	---	A	---
461 04-3	988	Globale Mehrausgabe bei den Personalausgaben infolge Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ab 2006 <i>Die Ausgaben sind bei den einschlägigen Titeln rechnermäßig nachzuweisen.</i>	***	***	A	1.848,9
461 05-2	940	Ergänzende Fürsorgeleistungen für Beamte nach Art. 86b BayBG (Ballungsraumzulage) <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>	156,0	156,0	A B C	172,4 195,8 297,2
461 06-1	988	Globale Mehrausgabe zur Finanzierung der Stellenhebungen gem. Art. 6 Abs. 13 HG <i>Die Ausgaben sind bei den einschlägigen Titeln rechnermäßig nachzuweisen.</i>	***	***	A	191,0
462 01-5	981	Globale Minderausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	-1.900,0
462 07-9	981	Minderung der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben auf Grund der Neuregelung der Ballungsraumzulage (Arbeiter und Angestellte)	***	***	A	-226,5
Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 01-8	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Mittel dienen zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze. Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	900,0	A	930,0
525 02-9	960	Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 125 01. Vgl. Vermerke zu Kap. 10 15 Tit. 525 02 und zu Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	279,4	279,4	A B C	291,1 247,5 229,0
526 01-9	960	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	5,0	A B C	5,0 1,8 0,2
526 11-7	011	Kosten für Sachverständige	90,0	90,0	A B C	88,2 114,5 79,6

Erläuterungen

Zu 10 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland - vom 15.12.1999, FMBl. Nr. 1/2000) geleistet.

Zu 10 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung für allgemeine Personalkostenerhöhungen bei den in der Zweckbestimmung genannten Personalausgaben.

Zu 10 02/461 05

Entsprechend Art. 86b Abs. 7 BayBG wird die ergänzende Fürsorgeleistung (sog. Ballungsraumzulage) bis zum 31.12.2009 fortgeführt. Die Minderung ergibt sich aus der Anknüpfung der Bezugsberechtigung an den dienstlichen und künftig zusätzlich an den tatsächlichen Hauptwohnsitz innerhalb der Gebietskulisse.

Zu 10 02/519 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Bauunterhaltungsmaßnahmen im Bereich der übrigen Kapitel.

Für die Bauunterhaltungsmaßnahmen der Grundstücke und baulichen Anlagen sind insgesamt veranschlagt:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10 01/519 01	700,0	700,0
10 02/519 01	900,0	900,0
10 15/519 01	60,0	60,0
10 20/519 01	400,0	400,0
10 24/519 01	70,0	70,0
10 50/519 01	6.500,0	3.730,0
10 53/519 01	6.400,0	6.400,0
10 72/519 01	170,0	170,0
Zusammen	15.200,0	12.430,0

Zu 10 02/525 02

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zentrale Fortbildungsmaßnahmen		
- Sozialpolitik, Europarecht	10,0	10,0
- Führung und Kommunikation	70,0	70,0
- Arbeitstechniken/Selbstmanagement	50,0	50,0
- Berufspädagogik (Ausbilder, Prüfer)	10,0	10,0
- Medizin	10,0	10,0
- Allgemeine Verwaltung	15,0	15,0
- Rechtspflege, Gerichtsbarkeit	20,0	20,0
- Familie und Soziales	23,0	23,0
- Sprachförderung	5,0	5,0
- Wiedereingliederung beurlaubter Mitarbeiter/-innen in das Berufsleben	5,0	5,0
2. Teilnahme an Veranstaltungen anderer Träger sowie dienststelleninterne Maßnahmen	61,4	61,4
Zusammen	279,4	279,4

2007 gegenüber 2006:

2,3 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 15/525 99
9,9 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung nach 03 02/525 01 wegen Umressortierung von Stellen
4,1 Tsd. EUR	weniger wegen geringeren Bedarfs
11,7 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 02/526 01

Prozessvertretungskosten, soweit diese nicht im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten durch die Behörden der Finanzverwaltung (Finanzministerium, Landesamt für Finanzen) anfallen.

Zu 10 02/526 11

Veranschlagt sind Sachverständigenkosten, insbesondere für die Erstellung von Gutachten sowie für Dolmetschertätigkeiten.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
527 21-4	960	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	54,0	54,0	A	54,0	
					B	42,0	
					C	49,8	
529 02-5	011	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,5	15,5	A	15,5	
					B	10,8	
					C	8,0	
532 01-1	254	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	15,0	15,0	A	15,0	
					B	526,9	
					C	31,9	
532 11-9	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---	
					C	41,6	
533 01-0	168	Kosten für die Inanspruchnahme von Informationsdienstleistungen	---	---	A	---	
547 01-4	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Wohnraumarbeitsplätzen	36,3	36,3	A	28,9	
					B	2,8	
					C	8,1	
548 01-3	988	Globale Mehrausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Ausgaben der Gruppe 529 und des Titels 531 2. <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnergemäß nachzuweisen.</i>	---	---	A	350,0	
549 01-2	989	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	-350,0	
Baumaßnahmen							
701 01-6	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 250,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	550,0	550,0	A	539,3	
702 01-5	019	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	231,5	231,5	A	231,5	
					B	193,2	
					C	428,2	
Sonstige Sachinvestitionen							
812 02-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für einen Behördenkindergarten	***	***	A	---	
					B	35,0	
					C	125,0	
Besondere Finanzierungsausgaben							
972 01-8	989	Globale Minderausgabe	***	***	A	-11.158,0	
972 04-5	989	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 12 08 Tit. 514 53 veranschlagten Ausgaben für die Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten für Vorsorgemaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie	***	***	A	-723,3	

Erläuterungen

Zu 10 02/527 21

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Reisen des Hauptpersonalrates und der Personalräte in den Stufenvertretungen	30,0	30,0
2. Fortbildungsveranstaltungen der Personalräte und Schwerbehindertenvertreter außerhalb des Fortbildungsprogramms des StMAS	17,0	17,0
3. Fortbildungsveranstaltungen des StMAS für die Personal- und Schwerbehindertenvertretungen	7,0	7,0
Zusammen	54,0	54,0

Zu 10 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, soweit die Mittel bei 10 01/529 01 sich nicht dafür eignen oder nicht ausreichen.

Zu 10 02/532 01

Der Ansatz dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 02/547 01

Veranschlagt sind Kosten, die im Zusammenhang mit der Schaffung von Wohnraumarbeitsplätzen entstehen (insbesondere Aufwendungen für die Ausstattung der häuslichen Arbeitsplätze sowie Kosten für Daten- und Aktentransfer).

2007 gegenüber 2006:

7,4 Tsd. EUR mehr für die Neuausstattung von weiteren Telearbeitsplätzen.

Zu 10 02/701 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Baumaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind insgesamt veranschlagt:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10 01/701 01	400,0	300,0
10 02/701 01	550,0	550,0
10 12/701 01	550,0	300,0
10 15/701 01	150,0	-
10 20/701 01	150,0	650,0
Zusammen	1.800,0	1.800,0

Zu 10 02/972 01

2007 gegenüber 2006:

11.158,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage der globalen Minderausgabe; vgl. Erläuterungen zu den insofern reduzierten Haushaltsansätzen.

Zu 10 02/972 04

2007 gegenüber 2006:

723,3 Tsd. EUR weniger wegen Auflösung der globalen Minderausgabe.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
981 12-4	990	Ausgaben für die Finanzierung von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Titelgruppen 99 des Einzelplans 10, aus Kap. 10 02 TG 66 und 97, sowie aus Tit. 511 01 der Kap. 10 15, 10 56 und 10 65.</i>	---	---	A B	--- 804,7
989 01-9	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX <i>Die zur Leistung der Schwerbehindertenabgabe im Einzelplan 13 bei 13 03/989 01 erforderlichen Ausgabemittel sind durch Einsparungen von Haushaltsmitteln in den jeweiligen Einzelplänen entsprechend der nichtbesetzten Pflichtarbeitsplätze einzusparen. Die Minderausgabe erhöht oder vermindert sich auf die tatsächlich auf das Ressort entfallende Ausgleichsabgabe. Die Einsparstellen sind mit dem Staatsministerium der Finanzen abzustimmen. Vgl. Erläuterung zu 13 03/989 01.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01. Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Angestellten, Arbeitern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung durch PCP- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-9	960	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	493,5	499,3	A B C	496,4 525,1 347,2
432 61-9	960	Ruhegehälter	31.367,7	32.544,0	A B C	32.332,4 29.379,1 29.082,1
432 62-8	960	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge bezahlt werden.</i>	12.301,9	12.479,0	A B C	12.797,1 11.971,9 11.791,4
434 61-7	960	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	729,9	880,1	A B C	841,6 582,8 480,2
441 61-8	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne Zeiten einer Beurlaubung	5.031,6	5.207,6	A B C	5.302,9 4.632,0 4.811,1
441 62-7	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	445,6	461,1	A B C	271,3 409,9 284,6
441 63-6	940	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle -	---	---	A C	10,7 -0,1
441 64-5	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Angestellte und Arbeiter	76,5	79,2	A B C	99,5 70,4 57,9
446 61-3	960	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	7.055,4	7.302,0	A B C	6.565,0 6.490,7 6.412,6

Erläuterungen

Zu 10 02/981 12

Die Haushaltsstelle dient der Verrechnungsmöglichkeit von erstattungspflichtigen ADV-Auftragsarbeiten zwischen Dienststellen des Geschäftsbereichs und dem Rechenzentrum Nord (Kap. 06 05 TG 60).

Zu 10 02/989 01

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

Zu 10 02/61 - 65

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe gemäß dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11. September 1997 die im jeweiligen Ressortbereich anfallenden Versorgungsausgaben und Beihilfen.

Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben, nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Zusätzlich werden bei Titel 434 61 die Beträge nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sowie aufgrund von Verweisung auf das Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung zugeführt werden.

Zu 10 02/441 61

2007 gegenüber 2006:

3,4	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 13 04/538 01
267,9	Tsd. EUR	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.
<hr/>		
271,3	Tsd. EUR	weniger

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
446 62-2	960	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle -	---	---	A	2,2	
					B	-3,6	
					C	0,0	
Summe der Titelgruppe			57.502,1	59.452,3	A	58.719,1	
					B	54.058,1	
					C	53.266,9	
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung - KLR							
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>							
425 66-3	960	Zeitangestellte und Aushilfsangestellte	---	---	A	---	
511 66-8	960	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände	22,5	22,5	A	22,5	
					B	16,6	
					C	2,2	
525 66-2	960	Aus- und Fortbildung	9,0	9,0	A	74,3	
					B	1,9	
					C	12,4	
526 66-1	960	Ausgaben für Sachverständige	25,0	25,0	A	25,0	
					B	12,9	
					C	8,6	
527 66-0	960	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	27,5	27,5	A	---	
					B	18,7	
					C	9,9	
547 66-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	---	A	---	
					C	0,0	
812 66-4	960	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs-, und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	51,0	51,0	A	10,0	
					B	25,5	
					C	59,6	
Summe der Titelgruppe			135,0	135,0	A	131,8	
					B	75,7	
					C	92,8	
97 eGovernment							
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und mit den TG 99 des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.</i>							
511 97-1	960	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	378,0	378,0	A	30,0	
					B	3,8	
514 97-8	960	Verbrauchsmittel	---	---	A	---	
518 97-4	960	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---	
519 97-3	960	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
525 97-5	960	Aus- und Fortbildung	4,0	4,0	A	71,7	
526 97-4	960	Ausgaben für Sachverständige	70,0	70,0	A	70,0	
					B	27,0	
					C	32,0	
<u>527 97-3</u>	960	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	80,0	75,0	A		
531 97-7	168	Entgelt für die Nutzung der juris-Datenbank	63,9	63,9	A	56,6	
					B	56,6	
					C	56,6	
<u>534 97-4</u>	960	Vergabe von Entwicklungsarbeiten	228,0	228,0	A		

Erläuterungen

Zu 10 02/66

Nach Art. 7 Abs. 3 BayHO und dem Ministerratsbeschluss vom 11.12.2001 soll in geeigneten Verwaltungsbereichen der bayerischen Staatsverwaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden.

Zu 10 02/525 66

Fortbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung.

2007 gegenüber 2006:

65,3 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Schulungsbedarf.

Zu 10 02/527 66

Reisekosten im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Staatsverwaltung.

2007 gegenüber 2006:

27,5 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 02/812 66

Veranschlagt ist die Beschaffung von CATS-Lizenzen (Zeiterfassung) in 2007 sowie die Ersatzbeschaffung von Hardware für die Kosten- und Leistungsrechnung in 2007 und 2008.

2007 gegenüber 2006:

41,0 Tsd. EUR mehr nach den voraussichtlichen Beschaffungen.

Zu 10 02/97

Veranschlagt sind Mittel für die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeit vom 24. Dezember 2002 (GVBI S. 962). Die Ausgaben für eGovernment werden zentral in dieser Titelgruppe nachgewiesen. Die Titelgruppe kann gemäß Nr. 1.3 DBestHG aus den Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 aller Kapitel verstärkt werden.

Der Mehrbedarf für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 ist insbesondere auf die Umsetzung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) als Basiskomponente im Rahmen der eGovernment-Initiative der Bayerischen Staatsregierung (Projekt "ELDORA") sowie auf die Einführung einer neuen Gerichtsssoftware in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit mit Realisierung des elektronischen Rechtsverkehrs in der 1. und 2. Instanz (Projekt "EUREKA-Fach") zurückzuführen.

Zu 10 02/511 97

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Erhöhung der Bandbreiten sowie Wartung und Pflege der Software und Datenbanken für o.g. Projekte.

2007 gegenüber 2006:

348,0 Tsd. EUR mehr entsprechend den voraussichtlichen Aufwendungen.

Zu 10 02/525 97

2007 gegenüber 2006:

67,7 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Schulungsbedarf.

Zu 10 02/527 97

Reisekosten im Zusammenhang mit der eGovernment-Initiative.

2007 gegenüber 2006:

80,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf für die Umsetzung der o.g. Projekte.

Zu 10 02/531 97

Veranschlagt sind die aus der Nutzung der juris-Datenbanken entstehenden Kosten gemäß dem Vertrag mit der juris GmbH.

2007 gegenüber 2006:

7,3 Tsd. EUR mehr wegen Erhöhung des Erstattungsbetrages durch Umstellung von "juris web" auf "juris portal".

Zu 10 02/534 97

Veranschlagt sind die Entwicklungskosten im Zusammenhang mit der Einführung der o.g. Projekte.

2007 gegenüber 2006:

142,2	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 12/534 99
85,8	Tsd. EUR	mehr entsprechend der Auftragsvergabe
228,0	Tsd. EUR	mehr

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
701 97-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	
812 97-7	960	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	810,4	615,4	A	298,7	
					B	182,9	
					C	237,0	
Summe der Titelgruppe			1.634,3	1.434,3	A	527,0	
					B	270,2	
					C	325,6	
Gesamtausgaben			61.896,0	63.646,2	A	50.077,1	
					B	56.715,5	
					C	55.135,6	
Abschluss							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			-	-	A	-	
					B	1,3	
					C	1,4	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			-	-	A	-	
					B	2,0	
					C	5,8	
Gesamteinnahmen			-	-	A	-	
					B	3,3	
					C	7,2	
Personalausgaben			57.950,0	59.900,2	A	59.101,1	
					B	54.390,2	
					C	53.715,7	
Sächliche Verwaltungsausgaben			2.303,1	2.298,1	A	1.777,8	
					B	1.084,0	
					C	570,1	
Baumaßnahmen			781,5	781,5	A	770,8	
					B	193,2	
					C	428,2	
Sonstige Sachinvestitionen			861,4	666,4	A	308,7	
					B	243,4	
					C	421,6	
Besondere Finanzierungsausgaben			-	-	A	-11.881,3	
					B	804,7	
					C	-	
Gesamtausgaben			61.896,0	63.646,2	A	50.077,1	
					B	56.715,5	
					C	55.135,6	
Zuschuss			61.896,0	63.646,2	A	50.077,1	
					B	56.712,1	
					C	55.128,4	

Erläuterungen

Zu 10 02/812 97

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Beschaffung von Softwarelizenzen, Datenbanken und Betriebssystemen sowie von Hardware zur Umsetzung der o.g. Projekte.

2007 gegenüber 2006:

511,7 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

195,0 Tsd. EUR weniger nach den voraussichtlichen Beschaffungen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
111 11-6	234	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 145 Sozialgesetzbuch IX	5.470,0	5.430,0	A	6.000,0	
					B	5.563,2	
					C	5.645,7	
119 01-0	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---	
182 02-1	252	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	---	---	A	---	
					B	7,0	
					C	7,6	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
231 01-3	175	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---	
231 04-0	290	Zweckgebundene Zuweisung des Bundes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung <i>Vgl. Vermerk zu 633 02.</i>	33.538,0	33.538,0	A	34.900,0	
					B	33.538,0	
					C	33.538,0	
236 01-8	960	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern	---	---	A	---	
281 01-2	290	Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferfürsorge) <i>Vgl. Vermerk zu 631 03.</i>	25,0	25,0	A	---	
					B	25,4	
					C	23,0	
281 02-1	290	Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferversorgung) <i>Vgl. Vermerk zu 631 04.</i>	950,0	950,0	A	---	
					B	950,4	
					C	920,7	
281 12-9	234	Rückzahlungen von Blindengeld	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0	
					B	1.441,2	
					C	1.365,8	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 03

Aus den bei diesem Kapitel veranschlagten Mitteln für Allgemeine Bewilligungen werden Maßnahmen und Einrichtungen finanziert, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsförderung und der Rehabilitation (vgl. hierzu Kap. 10 05), der Kriegsfolgenhilfe usw. (vgl. hierzu Kap. 10 06) sowie der Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe (vgl. hierzu Kap. 10 07) handelt.

Zu 10 03/111 11

Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken an Schwerbehinderte gemäß § 145 SGB IX.
Vgl. auch Erläuterungen zu 631 02.

2007 gegenüber 2006:
530,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
40,0 Tsd. EUR weniger aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/119 01

Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Zu 10 03/182 02

Vereinnahmung insbesondere zurückgezahlter Ausbildungsdarlehen.

Zu 10 03/231 01

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.
Die vereinnahmten Beträge werden bei 526 21 verausgabt.

Zu 10 03/231 04

Zu den den Sozialhilfeträgern durch Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (§§ 41 ff.) entstehenden Kosten leistet der Bund gemäß § 34 Abs. 2 Wohngeldgesetz (WoGG) einen Beitrag in Höhe von insgesamt 409 Mio. EUR jährlich, der auf die Länder entsprechend ihrer Aufwendungen für das Wohngeld nach dem Fünften Teil des WoGG im Jahr 2002 aufgeteilt wird. Für Bayern errechnet sich hieraus der veranschlagte Betrag. Die Höhe des Festbetrags ist alle zwei Jahre, erstmals zum 31.12.2004, zu überprüfen. Das Revisionsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Erstattungsleistungen des Bundes sind nach dem in Art. 88 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) festgelegten Verfahren an die Träger der Sozialhilfe weiterzuleiten (vgl. Titel 633 02).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.5.

2007 gegenüber 2006:
1.362,0 Tsd. EUR weniger in Anpassung an die Bundeserstattungen der Vorjahre.

Zu 10 03/236 01

Die Kosten, die durch die Bestellung des Landeswahlausschusses für Sozialversicherungswahlen und seine Tätigkeit entstehen, tragen die landesunmittelbaren Versicherungsträger nach dem Verhältnis der Zahl der wahlberechtigten Versicherten, wenn für sie eine Wahl mit Stimmabgabe stattgefunden hat oder sie an einem Beschwerdeverfahren beteiligt gewesen sind. Die Kosten für den Landeswahlausschuss werden durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgestreckt und nach Abschluss der Sozialversicherungswahlen anteilig zurückgefordert. Die entsprechenden Ausgaben werden bei 536 06 geleistet. Die nächsten Wahlen werden 2011 durchgeführt.

Zu 10 03/281 01

Vgl. Erläuterungen zu 631 03.

2007 gegenüber 2006:
25,0 Tsd. EUR mehr wegen des zu erwartenden Aufkommens.

Zu 10 03/281 02

Vgl. Erläuterungen zu 631 04.

2007 gegenüber 2006:
950,0 Tsd. EUR mehr wegen des zu erwartenden Aufkommens.

Zu 10 03/281 12

Veranschlagt sind die zu erwartenden Rückzahlungen von Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.5.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
281 13-8	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	100,0	100,0	A B C	700,0 39,6 15,8
282 02-0	290	Beiträge, Spenden u.ä. zur Förderung des Qualitätsmanagements sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Einnahmen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
231 71-8	237	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	31.066,9	31.664,3	A B C	29.333,3 28.756,3 27.232,5
281 71-7	237	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 71.</i>	26.096,2	26.598,0	A B C	28.160,0 23.908,4 25.662,5
Summe der Titelgruppe			57.163,1	58.262,3	A B C	57.493,3 52.664,8 52.895,0
87 Einnahmen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe						
<i>Vgl. Vermerk zu TG 87 (Ausgaben).</i>						
111 87-5	290	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch private Arbeitgeber und durch Arbeitgeber der öffentlichen Hand (ohne Freistaat Bayern) <i>Vgl. Vermerk zu 631 87 und 686 87.</i>	85.000,0	85.000,0	A B C	100.000,0 88.907,0 94.889,3
112 87-4	290	Säumniszuschläge, Geldbußen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	400,0	400,0	A B C	400,0 425,9 607,7
162 87-3	290	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 863 87.</i>	1.200,0	1.200,0	A B C	1.200,0 1.395,9 1.323,2
182 87-9	290	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 863 87.</i>	3.600,0	3.600,0	A B C	3.600,0 4.847,8 4.188,8
235 87-6	290	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	50,0	50,0	A B C	50,0 1,0 8,9
271 87-1	290	Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	50,0	50,0	A	50,0
281 87-9	290	Einnahmen aus Beihilfen und Zuschüssen <i>Vgl. Vermerk zu 686.87.</i>	1.200,0	1.200,0	A B C	1.200,0 1.739,3 1.055,3

Erläuterungen

Zu 10 03/281 13

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2007 gegenüber 2006:

600,0 Tsd. EUR weniger wegen der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/282 02

Leertitel zur Vereinnahmung von Spenden, Sponsoring- und Werbeaufkommen sowie sonstiger Beiträge bei Produkten und Projekten aus dem "Aktionsprogramm für Qualitätsmanagement sowie Kommunikationstechnik einschließlich neuer Medien in der Sozialen Arbeit"; Ausgaben bei Titelgruppe 74.

Zu 10 03/71 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Einnahmen im Vollzug des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UVG) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl I S. 2), zuletzt geändert durch Art. 10 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl I S. 1950).

Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 71 (Ausgaben).

Zu 10 03/231 71

Erstattungsleistungen des Bundes (ein Drittel der Geldleistungen) gemäß § 8 Abs. 2 UVG.

Vgl. auch Erläuterungen zu 681 71.

2007 gegenüber 2006:

1.733,6 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

597,4 Tsd. EUR mehr infolge höherer Aufwendungen bei 10 03/681 71.

Zu 10 03/281 71

Einnahmen aus den Ansprüchen der berechtigten Kinder gegen den säumigen Unterhaltsschuldner, die nach § 7 Abs. 1 UVG auf das Land übergehen. Ein Drittel dieser Einnahmen sind an den Bund abzuführen. Vgl. auch Erläuterungen zu 631 71.

2007 gegenüber 2006:

2.063,8 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:

501,8 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/87 (Einnahmen)

Nach § 77 Abs. 1 bis 4 SGB IX haben Arbeitgeber, die ihrer Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht nachkommen, je nach Erfüllungsquote eine Ausgleichsabgabe von 105, 180 bzw. 260 EUR je Monat und unbesetztem Arbeitsplatz zu entrichten.

Die Ausgleichsabgabe ist jährlich bis spätestens 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr an das zuständige Integrationsamt abzuführen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.2.

Zu 10 03/111 87

2007 gegenüber 2006:

15.000,0 Tsd. EUR weniger nach voraussichtlichem Aufkommen.

Zu 10 03/112 87

Für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe sind Säumniszuschläge nach § 77 Abs. 4 SGB IX zu erheben.

Nach § 156 SGB IX ist die Verhängung von Geldbußen möglich.

Zu 10 03/235 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Förderungshilfen nach dem Arbeitsförderungsrecht des SGB III.

Zu 10 03/271 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Zu 10 03/281 87

Nach § 102 Abs. 6 in Verbindung mit § 14 SGB IX hat das Integrationsamt einen Erstattungsanspruch gegen den für die Leistungen zuständigen Rehabilitationsträger, wenn nachträglich dessen Zuständigkeit festgestellt wird.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
					6	
381 87-8	990	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch den Freistaat Bayern als Arbeitgeber der öffentlichen Hand <i>Vgl. Vermerk zu 631 87 und 686 87.</i>	1.500,0	1.500,0	A	3.500,0
Summe der Titelgruppe			93.000,0	93.000,0	B	299,6
88 Einnahmen aus Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsoferfürsorge					C	1.765,7
162 88-2	290	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 88-8	290	Tilgung von Darlehen	20,0	20,0	A	20,0
					B	15,3
					C	21,7
281 88-8	290	Einnahmen aus Beihilfen	110,0	110,0	A	110,0
					B	101,4
					C	208,5
Summe der Titelgruppe			130,0	130,0	A	130,0
94 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsoferfürsorge					B	116,7
162 94-4	290	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	---	---	A	---
182 94-0	290	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	20,3
					C	19,9
231 94-1	290	Erstattung des Anteils an den Leistungen an Opfer von Gewalttaten durch den Bund	508,8	520,8	A	404,8
					B	398,3
					C	375,9
281 94-0	290	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 94.</i>	50,0	50,0	A	50,0
					B	38,7
					C	45,4
Summe der Titelgruppe			578,8	590,8	A	474,8
95 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsoferversorgung (ohne Kriegsoferfürsorge)					B	457,3
231 95-0	290	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	3.419,7	3.611,7	A	3.774,6
					B	3.232,2
					C	3.508,5

Erläuterungen

Zu 10 03/381 87

Vgl. Erläuterung zu 13 03/989 01.

2007 gegenüber 2006:

2.000,0 Tsd. EUR weniger nach voraussichtlichem Aufkommen.

Zu 10 03/88 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 88 (Ausgaben).

Zu 10 03/94 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 94 (Ausgaben).

2007 gegenüber 2006:

104,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

12,0 Tsd. EUR mehr insbesondere wegen Anpassung der Bundeserstattung an die Ausgaben bei Tit. 681 94 und 863 94.

Zu 10 03/95 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu TG 95 (Ausgaben).

2007 gegenüber 2006:

137,1 Tsd. EUR weniger wegen niedriger Erstattungen durch den Bund.

2008 gegenüber 2007:

267,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Erstattungen durch den Bund.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
281 95-9	290	Rückerstattungen aus den Leistungen an Opfer von Gewalttaten <i>Vgl. Vermerk zu 631 95.</i>	376,8	451,8	A B C	159,0 360,5 422,6
Summe der Titelgruppe			3.796,5	4.063,5	A B C	3.933,6 3.592,7 3.931,1
Gesamteinnahmen			196.351,4	197.689,6	A B C	215.231,7 196.019,7 203.038,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
427 11-5	254	Vergütungen für Beisitzer und sonstige Kosten der Heimarbeits- und Entgeltausschüsse	3,6	3,6	A B C	3,6 2,0 0,7
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 21-3	175	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21 und 683 01: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk zu 981 02. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01. Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 250,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	250,0	A B C	40,0 48,8 135,7
<u>531 21-6</u>	290	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	213,5	213,5	A	
536 02-4	290	Arbeitstagungen zum Vollzug des SGB XII	2,0	2,0	A	2,0
536 03-3	290	Kosten der Herstellung und Verleihung der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare und der Bayerischen Staatsmedaille für soziale Verdienste sowie sonstiger Auszeichnungen	60,8	60,8	A B C	64,8 49,2 55,9
536 05-1	960	Kosten von Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger in Bayern	---	---	A B C	--- 2,8 0,9
536 06-0	960	Kosten des Landeswahlausschusses für Sozialversicherungswahlen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- 1,7 0,6

Erläuterungen

Zu 10 03/427 11

Nach den §§ 4 und 22 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl I S. 191), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1993 (BGBl I S. 1668), sind von den obersten Arbeitsbehörden der Länder Heimarbeits- und Entgeltausschüsse zu errichten. Veranschlagt sind die Kosten für die Entschädigung der Beisitzer.

Zu 10 03/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu 683 01).

Daneben sind insbesondere bei den Fachtitelgruppen der Kap. 10 03, 10 05 und 10 07 weitere Forschungstitel ausgebracht.

2007 gegenüber 2006:

210,0 Tsd. EUR mehr zur Entwicklung gemeinsamer transparenter Strukturen für eine vergleichbare Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Zu 10 03/531 21

Die Haushaltsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit sind derzeit dezentral in Gruppe 531 veranschlagt. Ein Teil dieser Haushaltsmittel wird auf einen neuen Haushaltstitel konzentriert, um einen effektiven und effizienten Mitteleinsatz sicherzustellen. Der neue Haushaltstitel ermöglicht die schnelle und flexible Realisierung geeigneter Kommunikationsmaßnahmen als Reaktion auf (aktuelle) sozialpolitische Entwicklungen oder die Festlegung (neuer) politischer Schwerpunkte.

2007 gegenüber 2006:

213,5 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von Gruppe 531 bei Kap. 10 01, 10 03, 10 05, 10 07 und 10 50.

Zu 10 03/536 02

Zur Durchführung von Arbeitstagungen zum Sozialhilferecht.

Zu 10 03/536 03

Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare werden verliehen für Dienstzeiten von 25, 40, 50 und 60 Jahren bei einem Arbeitgeber. Mit der Sozialmedaille werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den arbeitenden Menschen in besonderem Maße verdient gemacht haben. Darüber hinaus werden Ehrenurkunden und Medaillen verliehen an Personen, die einen behinderten Menschen in häuslicher Pflege langjährig intensiv betreuen.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Kosten der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare einschl. Beschriftung, Schutzhüllen, Versandrollen und Aufwendungen anlässlich der Verleihung	47,0	47,0
2. Kosten der Sozialmedaille einschl. Aufwendungen anlässlich der Verleihung	9,4	9,4
3. Ehrenurkunden und Medaillen für die Pflege behinderter Menschen	3,2	3,2
4. Aufwendungen anlässlich der Verleihung von Bundesverdienststorden	1,2	1,2
Zusammen	60,8	60,8

2007 gegenüber 2006:

4,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 03/536 05

Die Oberste Verwaltungsbehörde des Landes hat nach § 53 Abs. 2 Satz 1 SBG IV den Landeswahlbeauftragten und dessen Stellvertreter zu bestellen; das Land hat gem. § 82 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung (SVWO) die dafür anfallenden Kosten zu tragen.

Die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen in der Sozialversicherung fanden zuletzt 2005 statt, die nächsten Wahlen sind 2011 durchzuführen. Mit den Vorbereitungen ist bereits 2010 zu beginnen.

Zu 10 03/536 06

Gemäß § 4 SVWO ist der Landeswahlausschuss für die Durchführung der Sozialversicherungswahlen bereits 2010 zu bestellen. Die Mitglieder erhalten eine Entschädigung, die Vorsitzenden auch Aufwandspauschalen.

Im Übrigen vgl. auch Erläuterung zu 236 01.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	
						6	
536 08-8	227	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	35,5	35,5	A	37,9	
						B	18,2
						C	16,9
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
631 02-8	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 152 Sozialgesetzbuch IX	1.750,0	1.700,0	A	1.800,0	
						B	1.722,4
						C	2.399,0
631 03-7	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferfürsorge) <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach 7,5 v.H. der Isteinnahme bei 281 01.</i>	1,9	1,9	A	---	
						B	1,9
						C	1,7
631 04-6	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Kriegsopferversorgung) <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach 7,5 v.H. der Isteinnahme bei 281 02.</i>	71,3	71,3	A	---	
						B	71,3
						C	69,1
632 01-8	290	Erstattung des Anteils Bayerns an den Kosten der Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>	99,0	99,0	A	99,0	
						B	88,3
						C	87,2
633 02-6	290	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus den Zuweisungen des Bundes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 04.</i> <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>	33.538,0	33.538,0	A	34.900,0	
						B	35.454,6
						C	31.574,1
636 01-4	290	Leistungen an gesetzliche Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen	4.400,0	4.500,0	A	4.350,0	
						B	4.059,3
						C	3.984,9

Erläuterungen

Zu 10 03/536 08

Die Koordinierungsstelle hat vor allem die Aufgabe, das Berufsbild "Pflege" und damit auch die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Pflege zu fördern. Aus dem Ansatz werden u.a. Veranstaltungen sowie Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau eines multiprofessionellen Zirkels finanziert mit dem Ziel, das Pflegemanagement zu untersuchen und zu verbessern, Qualitätssicherungsstrukturen aufzubauen sowie die Vernetzung zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung zu intensivieren.

2007 gegenüber 2006:

2,4 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Zur Durchführung jahresübergreifender Projekte.

Zu 10 03/631 02

Gemäß § 145 Abs. 1 SGB IX erhält ein bestimmter Personenkreis der schwerbehinderten Menschen die Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr nur noch gegen eine Kostenbeteiligung von 60 EUR (jährlich) bzw. 30 EUR (halbjährlich).

Bei den veranschlagten Mitteln handelt es sich um den Anteil des Bundes gem. § 152 SGB IX an den bei 111 11 veranschlagten Einnahmen.

Vgl. auch Erläuterungen zu 111 11.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.1.

2007 gegenüber 2006:

50,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:

50,0 Tsd. EUR weniger wegen der geringeren Erstattung an den Bund.

Zu 10 03/631 03 und 631 04

Nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten sind die innerhalb eines Haushaltsjahres eingezogenen Beträge bis zum 31. März des folgenden Jahres in Höhe von 7,5 v.H. an den Bund abzuführen.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.3.

Zu 10 03/631 03

2007 gegenüber 2006:

1,9 Tsd. EUR mehr wegen der zu erwartenden Erstattungen an den Bund.

Zu 10 03/631 04

2007 gegenüber 2006:

71,3 Tsd. EUR mehr wegen der zu erwartenden Erstattungen an den Bund.

Zu 10 03/632 01

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Kosten des Gesetzes über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (AntiDHG). Die Individualleistungen nach den §§ 3, 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG sind den Ländern, in denen die Anti-D-Immunprophylaxe durchgeführt wurde, von den übrigen Ländern in Höhe von insgesamt 12,4 v.H. zu erstatten.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

Zu 10 03/633 02

Vgl. Erläuterungen zu 231 04.

2007 gegenüber 2006:

1.362,0 Tsd. EUR weniger in Anpassung an die Erstattungsleistungen der Vorjahre.

Zu 10 03/636 01

Erstattung von Aufwendungen der Krankenkassen nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. August 1995 (BGBl I S. 1054).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2007 gegenüber 2006:

50,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

100,0 Tsd. EUR mehr wegen der zu erwartenden Ausgaben.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
636 03-2	290	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	126,0	112,0	A	226,0
					B	254,6
					C	362,4
681 01-8	234	Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz	82.000,0	81.700,0	A	84.750,0
					B	84.120,5
					C	89.043,2
682 01-7	234	Erstattung an die Verkehrsbetriebe für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	27.500,0	27.500,0	A	30.000,0
					B	38.977,7
					C	28.314,5
683 01-6	175	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	50,0	50,0	A	60,0
					B	30,0
					C	20,0
683 02-5	290	Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs	6,5	6,5	A	6,5
					B	2,3
					C	2,6
684 01-5	290	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)	187,5	187,5	A	200,0
					B	152,0

Erläuterungen

Zu 10 03/636 03

Nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl I S. 233) werden die bei der Durchführung des Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten der landesunmittelbaren Alterskassen vom Land getragen. Die Kosten werden pro bearbeiteten Antrag bzw. laufenden Leistungsfall pauschal erstattet.

2007 gegenüber 2006:
100,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
14,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/681 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz vom 7. April 1995 (GVBl S. 150), geändert durch § 30 des Gesetzes vom 24.04.2001 (GVBl S. 140) unter Berücksichtigung der Kürzung ab 01.04.2004 durch das Nachtragshaushaltsgesetz vom 24. März 2004 (GVBl S. 84). Bei der Gewährung des Blindengeldes bleibt jegliches Einkommen anrechnungsfrei. Das Bayerische Blindengeld geht der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII vor. Leistungen, die dem Blinden zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen nach anderen Rechtsvorschriften zustehen, insbesondere Pflegeversicherungsleistungen, werden auf das Blindengeld teilweise angerechnet.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.5.

2007 gegenüber 2006:
2.750,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
300,0 Tsd. EUR weniger wegen der zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 03/682 01

Nach Kapitel 13 des SGB IX vom 19. Juni 2001 (BGBl I S. 1046) ist ein bestimmter Personenkreis im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Den Verkehrsbetrieben werden die Fahrgeldausfälle teils vom Bund und teils vom Land erstattet (§ 151 SGB IX).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.1.

2007 gegenüber 2006:
2.500,0 Tsd. EUR weniger wegen voraussichtlich geringerem Bedarf.

Zu 10 03/683 01

Veranschlagt sind:

1. Mittel zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, die insbesondere aus gesellschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen für den Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen von Belang sind.
2. Mittel zur Förderung von Kongressen und sonstigen Veranstaltungen.

2007 gegenüber 2006:
6,3 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
3,7 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Bedarf

10,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 03/683 02

Der Freistaat Bayern gewährt nach dem Gesetz über die Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs vom 18. Mai 1951 (BayRS 811-2-A) auf Antrag privaten Arbeitgebern die Lohn- und Gehaltsaufwendungen für den nach § 125 SGB IX vom 19. Juni 2001 (BGBl I S. 1046) zusätzlich gewährten Urlaub, wenn sie über den Pflichtenatz nach § 71 SGB IX hinaus Schwerbeschädigte beschäftigen.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.2.

Zu 10 03/684 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung, Anleitung, Fortbildung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer (vgl. Art. 4 Abs. 1 AGBtG) sowie der Beratung über Vorsorgevollmacht, Patiententestament und Betreuungsverfügung.

2007 gegenüber 2006:
12,5 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
			4	5	6	
685 01-4	252	Zuschüsse an die Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	407,0	---	A	403,4
					B	404,5
					C	403,4
686 01-3	290	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsmaßnahmen für Sinti und Roma <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	***	***	A	138,8
					B	132,0
					C	131,4
686 05-9	254	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	50,0	50,0	A	22,0
					B	24,7
					C	60,9
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 02-4	990	Erstattung von Kosten an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für statistische Erhebungen sowie die Inanspruchnahme von Rechenanlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 21. Die Mittel sind übertragbar. Rückerstattungen sind von den Ausgaben abzusetzen.</i>	300,0	300,0	A	341,6
					B	132,1
					C	163,9
Titelgruppen						
51 Soziale und medizinische Zwecke im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 51-9	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
547 51-1	290	Kosten für Hilfsmaßnahmen	156,7	156,7	A	170,5
					B	84,6
					C	123,7
684 51-4	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	49,5	49,5	A	49,5
					B	135,2
					C	130,3
686 51-2	290	Zuschüsse an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			206,2	206,2	A	220,0
					B	219,9
					C	254,1
71 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
631 71-4	237	Anteil des Bundes an den Rückerstattungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um ein Drittel der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 71.</i>	8.698,7	8.866,0	A	9.386,7
					B	8.026,8
					C	8.462,6
681 71-3	237	Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen	93.200,6	94.993,0	A	88.000,0
					B	85.860,2
					C	81.782,3
Summe der Titelgruppe			101.899,3	103.859,0	A	97.386,7
					B	93.886,9
					C	90.244,9

Erläuterungen

Zu 10 03/685 01

Die Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" wurde mit Gesetz vom 24. Juli 1995 unter Beteiligung des Bundes, der pharmazeutischen Industrie, des Blutspendedienstes und der Länder errichtet. Der Anteil Bayerns an der Aufstockung des Stiftungsvermögens beträgt insgesamt rd. 1.621,8 Tsd. EUR, verteilt auf 4 Jahre (2004 bis 2007).

Zu 10 03/686 01

2007 gegenüber 2006:
138,8 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 05 05/686 04.

Zu 10 03/686 05

Mitgliedsbeiträge werden gezahlt u.a. an die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, die Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe, den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e.V., den Deutschen Sozialrechtsverband e.V. und den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

2007 gegenüber 2006:
28,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 684 90.

Zu 10 03/981 02

Kostenerstattung an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen usw., zur Zahlbarmachung der Personalkostenzuschüsse gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 BayKiBiG und ÄndG in Verbindung mit Art. 24 Bayerisches Kindergartengesetz in der am 31. Juli 2005 geltenden Fassung sowie für erforderliche statistische Erhebungen im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

2007 gegenüber 2006:
41,6 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 03/51

Aus dem Ansatz werden im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern Maßnahmen und Einrichtungen für soziale und medizinische Zwecke in Rumänien gefördert. Insbesondere handelt es sich hierbei neben der Soforthilfe und der Beschaffung von Medikamenten und lebenswichtigen Gütern um die Förderung von Transportkosten privat gespendeter Hilfsgüter sowie um Investitionsförderungsmaßnahmen.

2007 gegenüber 2006:
13,8 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 03/71

Veranschlagt sind die Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl I S. 2), zuletzt geändert durch Art. 10 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl I S. 1950). Das Gesetz gewährt Kindern unter zwölf Jahren, die von einem Elternteil allein erzogen werden, für die Dauer von 72 Monaten Anspruch auf Zahlung von Unterhaltsvorschüssen, wenn der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung nicht oder nicht regelmäßig nachkommt; soweit kein Unterhaltsanspruch besteht, werden die Leistungen als Ausfallleistungen erbracht.

Zu 10 03/631 71

Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Ansprüchen gegen den säumigen Unterhaltsschuldner gemäß § 7 Unterhaltsvorschussgesetz. Vgl. auch Erläuterung zu 281 71.

2007 gegenüber 2006:
688,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
167,3 Tsd. EUR mehr infolge der zu erwartenden Rückeinnahmen.

Zu 10 03/681 71

Leistungen gemäß § 2 Unterhaltsvorschussgesetz, die gemäß § 8 Abs. 1 des Gesetzes zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln von den Ländern getragen werden. Veranschlagt ist der Bruttobetrag der Leistungen. Vgl. auch Erläuterung zu 231 71.

2007 gegenüber 2006:
5.200,6 Tsd. EUR mehr wegen Erhöhung der Regelbeträge für den Unterhalt und steigender Empfängerzahlen,

2008 gegenüber 2007:
1.792,4 Tsd. EUR mehr infolge weiter steigender Empfängerzahlen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
					6	
72 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl. <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 72-1	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	---
531 72-4	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
540 72-3	290	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
684 72-9	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	234,4	234,4	A	250,0
					B	190,0
					C	200,0
883 72-8	290	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 72-6	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			234,4	234,4	A	250,0
					B	190,0
					C	200,0
73 Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 73-0	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	1,0	1,0	A	1,0
531 73-3	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	0,6
536 73-8	290	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen	1,0	1,0	A	1,0
633 73-0	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100,0	100,0	A	100,0
					B	43,7
					C	121,7
683 73-9	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 73-8	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.798,0	1.798,0	A	1.647,0
					B	1.309,9
					C	1.527,3
Summe der Titelgruppe			1.900,0	1.900,0	A	1.749,6
					B	1.353,6
					C	1.649,0
74 Förderung des Qualitätsmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 02.</i>						
526 74-9	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	25,0	25,0	A	25,6
					B	7,4
					C	16,4
531 74-2	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	11,0
					B	0,0

Erläuterungen

Zu 10 03/72

Verbesserung der Betreuung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten im Sinne der §§ 67 ff. SGB XII durch Koordinierung und fachliche Bündelung.

2007 gegenüber 2006:

15,6 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 03/73

Mit den veranschlagten Mitteln werden anerkannte Insolvenzberatungsstellen in gemeinnütziger und kommunaler Trägerschaft für die Durchführung des nach der Insolvenzordnung erforderlichen außergerichtlichen Entschuldungsversuches gefördert.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen	2,0	2,0
2. Zuschüsse zur Insolvenzberatung	1.898,0	1.898,0
Zusammen	<u>1.900,0</u>	<u>1.900,0</u>

2007 gegenüber 2006:

109,4 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

0,6 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 531 21

260,4 Tsd. EUR mehr zur verstärkten Förderung der Insolvenzberatung

150,4 Tsd. EUR mehr

Zu 10 03/74

Zweck der Förderung ist es, die Qualität und Effizienz sozialer Arbeit in den Feldern Unterstützung, Hilfe und Beratung aller Anbieter zu steigern und die Ergebnisse bewertbar zu machen. Damit verbunden ist die Förderung und Fortentwicklung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie (neue Medien) mit dem Ziel, die Information über die Angebote - insbesondere für die Bürger und die Beratungskräfte, aber auch für die Kostenträger - zu verbessern.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen	190,0	190,0
Insbesondere: ConSozial - Fachmesse und Kongress für den Sozialmarkt in Deutschland		
2. Zuschüsse zur Förderung des Qualitätsmanagements sowie des Einsatzes und der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie	20,6	20,6
Zusammen	<u>210,6</u>	<u>210,6</u>

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2007 gegenüber 2006:

14,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die Förderung jahresübergreifender Projekte.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
536 74-7	290	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 150,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	149,6	149,6	A	33,3	
					B	112,9	
					C	91,9	
633 74-9	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---	
683 74-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---	
684 74-7	290	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	25,0	25,0	A	104,7	
					C	16,6	
685 74-6	290	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	11,0	11,0	A	50,0	
Summe der Titelgruppe			210,6	210,6	A	224,6	
					B	120,3	
					C	125,0	
87 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
425 87-6	290	Vergütungen für Angestellte <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 681 87, 683 87 und 686 87 bis zum Betrag von 230,1 Tsd. EUR.</i> <i>Aus dem Ansatz können Vergütungen für Angestellte in sämtlichen Geschäftsbereichen geleistet werden.</i>	90,0	90,0	A	100,0	
					B	37,8	
					C	44,9	
547 87-9	290	Aufwendungen zur Verbesserung der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen	2.000,0	2.000,0	A	2.800,0	
					B	1.067,9	
					C	1.268,5	
631 87-6	290	Abführungen an den Ausgleichsfonds <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 34 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 381 87.</i>	29.410,0	29.410,0	A	35.190,0	
					B	25.093,8	
					C	44.105,1	
632 87-5	290	Ausgaben für den Ausgleich des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zwischen den Integrationsämtern	12.000,0	12.000,0	A	15.000,0	
					B	11.527,5	
					C	15.834,4	
681 87-5	290	Zuschüsse zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne schwerbehinderte Menschen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	2.000,0	2.000,0	A	3.110,0	
					B	2.560,9	
					C	3.059,9	
683 87-3	290	Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen <i>Vgl. Vermerk zu 686 87.</i>	100,0	100,0	A	100,0	
					B	2.497,0	
					C	267,5	

Erläuterungen

Zu 10 03/87

Vgl. Vorbemerkung zu Titelgruppe 87 - Einnahmen.

Die Ausgleichsabgabe wird für Leistungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben verwendet (§ 77 Abs. 5 SGB IX); zur begleitenden Hilfe gehören auch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen insbesondere für die Schwerbehindertenvertretung.

Die Verwendung der Ausgleichsabgabe ist in § 77 Absatz 5 SGB IX in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Schwerbehindertenausgleichsabgabeverordnung - SchwbAV) festgelegt.

Ab 2005 ist die Verteilung des Aufkommens an Ausgleichsabgabe neu geregelt (Dritte VO zur Änderung der SchwbAV vom 16. Januar 2004 - BGBl I S. 77). Ab 2005 stehen dem Land 70 v.H. des Aufkommens zu; an den Ausgleichsfonds sind 30 v.H. abzuführen. Übergangsweise werden zur Abfinanzierung noch bestehender Verpflichtungen des Ausgleichsfonds in der Investiven Einrichtungsförderung nach § 30 SchwbAV zusätzlich 4 v.H. abgeführt.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.2.

Zu 10 03/425 87

Mittelbedarf für die bis 31.12.1990 eingestellten Vorlesekräfte für blinde Bedienstete.

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/547 87

Aufklärungs-, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen (§ 102 Abs. 3 letzter Satz SGB IX, § 29 SchwbAV).

2007 gegenüber 2006:

800,0 Tsd. EUR weniger wegen voraussichtlicher Mittelsituation.

Zu 10 03/631 87

Der dem Ausgleichsfonds zustehende Anteil von 30 v.H. plus 4 v.H. (Übergangsregelung § 46 Abs. 1 Nr. 2 SchwbAV) an dem in einem Haushaltsjahr eingehenden Aufkommen der Ausgleichsabgabe ist an den Bund (Ausgleichsfonds) abzuführen.

2007 gegenüber 2006:

5.780,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/632 87

Zwischen den Integrationsämtern im Bundesgebiet wird ein Ausgleich herbeigeführt (§ 77 Abs. 6 Satz 2 und 3 SGB IX), damit jedem Integrationsamt annähernd gleiche Beträge an der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehen. Durch den Ausgleich verringert sich der dem Land verbleibende Anteil von 66 v.H. des Aufkommens.

2007 gegenüber 2006:

3.000,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/681 87

Leistungen gemäß § 102 Abs. 3 SGB IX, §§ 17 bis 25 SchwbAV.

2007 gegenüber 2006:

1.110,0 Tsd. EUR weniger wegen der voraussichtlichen Mittelsituation.

Zu 10 03/683 87

Mittel für Zuschüsse an Arbeitgeber für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Rahmen von Sonderprogrammen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
			4	5	6	
684 87-2	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 3.600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 3.600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2007 in Höhe von 3.600,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2008 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2009 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2008 in Höhe von 3.600,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2009 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 1.200,0</i>	1.200,0	1.200,0	A	4.000,0
					B	116,0
686 87-0	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke <i>Zu 681 87, 683 87 und 686 87:</i> <i>Vgl. Vermerk zu 425 87.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 66 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 381 87 sowie um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 112 87, 235 87, 271 87 und 281 87.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 13 06/162 45.</i>	5.000,0	5.000,0	A	5.000,0
					B	4.781,8
					C	4.479,1
862 87-6	290	Darlehen an Arbeitgeber	200,0	200,0	A	200,0
					B	156,1
					C	263,1
863 87-5	290	Darlehen an einzelne schwerbehinderte Menschen und an Sonstige <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 87 und 182 87.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 2.560,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.560,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	5.000,0	A	5.000,0
					B	7.939,3
					C	4.992,6
892 87-0	290	Zuschüsse an Arbeitgeber <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 15.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 15.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	25.000,0	25.000,0	A	25.000,0
					B	31.568,8
					C	30.029,5
893 87-9	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen nach § 30 SchwbAV <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 10.230,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 10.230,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.000,0	11.000,0	A	14.500,0
					B	18.213,9
					C	11.912,0
Summe der Titelgruppe			93.000,0	93.000,0	A	110.000,0
					B	105.560,7
					C	116.256,7
88 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferversorgung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
681 88-4	290	Beihilfen	2.200,0	2.200,0	A	2.050,0
					B	2.018,9
					C	2.056,2

Erläuterungen

Zu 10 03/684 87

Bewilligung von Zuschüssen für Miet- und Pachtaufwendungen gem. § 30 Abs. 3 SchwbAV.

2007 gegenüber 2006:

2.800,0 Tsd. EUR weniger nach voraussichtlichem Bedarf an Ausgabemitteln für Miet-/Pachtaufwendungen.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die Bewilligung von Zuschüssen für mehrjährige Mietverhältnisse.

Zu 10 03/686 87

Veranschlagt sind:

1. Zuschüsse zur psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen (§ 102 Abs. 2 Satz 4 SGB IX, § 28 SchwbAV)
2. Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (§ 17 SchwbAV)
3. Zuschüsse für Forschungs- und Modellvorhaben (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 SchwbAV).

In Abstimmung mit dem Finanzministerium werden gemäß der Zustimmung des Zentralbankrates vom 27. November 1980 die zur Auszahlung vorübergehend nicht benötigten Mittel der Ausgleichsabgabe verzinslich angelegt. Die hieraus bei 13 06/162 45 aufkommenden Zinserträge fließen dem Ansatz zu.

Zu 10 03/862 87

Darlehen zur Schaffung und Bereitstellung sowie zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen privater Unternehmer.

Zu 10 03/863 87

Veranschlagt sind

1. Darlehen zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne schwerbehinderte Menschen (§ 102 Abs. 3 SGB IX, §§ 17 bis 25 SchwbAV)
2. Darlehen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/892 87

Zuschüsse an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen, zur behindertengerechten Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen, bei außergewöhnlichen Belastungen im Sinne von § 102 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b SGB IX sowie zur Förderung von Integrationsprojekten.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Bewilligung mehrjähriger Vorhaben.

Zu 10 03/893 87

Zuschüsse zur Schaffung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

2008 gegenüber 2007:

3.500,0 Tsd. EUR weniger wegen voraussichtlicher Mittelsituation.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/88

Nach § 60 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) erhalten Impfgeschädigte wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen eines Impfschadens auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG); darunter fallen auch Leistungen der Kriegsoferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG). Die Aufwendungen trägt allein das Land.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

2007 gegenüber 2006:

145,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Ausgaben.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
863 88-4	290	Darlehen	20,0	20,0	A B C	25,0 8,0 34,5
Summe der Titelgruppe			2.220,0	2.220,0	A B C	2.075,0 2.026,9 2.090,7
89 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>						
632 89-3	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	20,0	20,0	A B C	5,2 16,7 0,1
636 89-9	290	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	800,0	860,0	A B C	719,5 712,9 652,3
671 89-5	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	500,0	520,0	A B C	435,3 512,8 480,0
672 89-4	290	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	---	---	A	---
681 89-3	290	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	10.280,0	10.400,0	A B C	10.440,0 9.891,8 9.858,3
Summe der Titelgruppe			11.600,0	11.800,0	A B C	11.600,0 11.134,2 10.990,7
90 Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
684 90-7	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	558,4	558,4	A B C	610,2 479,0 506,7
893 90-4	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	15,3
Summe der Titelgruppe			558,4	558,4	A B C	625,5 479,0 506,7
93 Transplantationsmedizin						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 93-9	290	Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen	10,0	10,0	A B C	13,0 21,4 11,2
540 93-8	290	Veranstaltungen, Kosten von Untersuchungen	8,0	8,0	A B C	5,0 4,6 6,9
681 93-7	290	Belohnungen, Prämien und Geldleistungen an natürliche Personen	1,0	1,0	A	1,0

Erläuterungen

Zu 10 03/89

Leistungen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

2008 gegenüber 2007:

200,0 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

Für Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge sind Mittel bei TG 88 veranschlagt.

Zu 10 03/90

Zuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege für Personalkosten, die im Rahmen der zentralen Aufgaben im Wohlfahrtsbereich, insbesondere in der Bündelungsfunktion für Fördermaßnahmen entstehen (insbesondere Zuschüsse gem. Art. 88 Abs. 3 AGSG), sowie Zuschüsse an sonstige Körperschaften, Verbände und Vereine zur Förderung ihrer Aufgaben.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2007 gegenüber 2006:

39,1 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

28,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 686 05

67,1 Tsd. EUR weniger

Zu 10 03/93

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (TPG) sollen die nach Landesrecht zuständigen Stellen die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Organspende, die Voraussetzungen der Organentnahme und die Bedeutung der Organübertragung aufklären.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
686 93-2	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	---	
Summe der Titelgruppe			19,0	19,0	A	19,0	
94 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge						B	26,0
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 94) gegenseitig deckungsfähig.</i>						C	18,1
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
631 94-7	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 94, 182 94 und 281 94.</i>	28,0	28,0	A	28,0	
						B	24,1
						C	23,6
681 94-6	290	Beihilfen	1.244,0	1.276,0	A	1.000,0	
						B	1.218,1
						C	993,9
863 94-6	290	Darlehen	28,0	26,0	A	12,0	
						B	12,4
						C	34,6
Summe der Titelgruppe			1.300,0	1.330,0	A	1.040,0	
95 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)						B	1.254,6
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 95) gegenseitig deckungsfähig.</i>						C	1.052,1
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
631 95-6	290	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 95.</i>	150,7	180,7	A	63,6	
						B	82,7
						C	161,8
632 95-5	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	3,7	3,7	A	---	
						B	2,5
						C	0,0
636 95-1	290	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	154,1	164,7	A	135,2	
						B	121,3
						C	156,7
671 95-7	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	31,5	30,9	A	33,7	
						B	30,6
						C	38,0
672 95-6	290	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	---	---	A	0,5	
681 95-5	290	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	8.360,0	8.830,0	A	9.267,0	
						B	8.546,3
						C	8.190,7
Summe der Titelgruppe			8.700,0	9.210,0	A	9.500,0	
						B	8.783,4
						C	8.547,2

Erläuterungen

Zu 10 03/94, 95 und 96

Nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (OEG) erhalten Opfer von Gewalttaten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Gewalttat auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Es sind veranschlagt:

1. bei TG 94:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge (§§ 25 bis 27j BVG), für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
2. bei TG 95:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferversorge, für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
3. bei TG 96:
Ausgaben für die Leistungen, für die Kostenträger ausschließlich das Land ist (Leistungen, die nicht Geldleistungen im Sinne des § 4 Abs. 2 OEG sind).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.3.

Zu 10 03/94

Die entsprechenden Einnahmen sind bei TG 94 (Einnahmen) ausgebracht.

2007 gegenüber 2006:
260,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
30,0 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/95

Die entsprechenden Einnahmen sind bei TG 95 (Einnahmen) ausgebracht.

2007 gegenüber 2006:
800,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
510,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem zu erwartenden Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
96 Leistungen an Opfer von Gewalttaten, soweit Kostenträger ausschließlich das Land ist <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>						
631 96-5	290	Kostenerstattung an den Bund	---	---	A	---
632 96-4	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	41,0	42,0	A	9,0
					B	33,2
					C	21,2
636 96-0	290	Erstattungen an Sozialversicherungsträger	5.215,0	5.613,0	A	4.303,3
					B	4.109,7
					C	3.930,1
671 96-6	290	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	1.616,0	1.665,0	A	555,0
					B	603,0
					C	659,0
681 96-4	290	Unterstützungen sowie Beihilfen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge	1.978,0	2.030,0	A	2.000,0
					B	1.771,0
					C	1.763,3
863 96-4	290	Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge	---	---	A	15,0
Summe der Titelgruppe			8.850,0	9.350,0	A	6.882,3
					B	6.516,9
					C	6.373,6
Gesamtausgaben			381.750,5	384.279,2	A	399.018,3
					B	397.307,3
					C	395.321,2

Erläuterungen**Zu 10 03/96**

2007 gegenüber 2006:
1.967,7 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
500,0 Tsd. EUR mehr wegen dem voraussichtlichen Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	95.710,0	95.670,0	A	111.240,0
					B	101.187,5
					C	106.704,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.141,4	100.519,6	A	100.491,7
					B	94.532,6
					C	94.568,7
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.500,0	1.500,0	A	3.500,0
					B	299,6
					C	1.765,7
		Gesamteinnahmen	196.351,4	197.689,6	A	215.231,7
					B	196.019,7
					C	203.038,4
		Personalausgaben	93,6	93,6	A	103,6
					B	39,8
					C	45,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.913,1	2.913,1	A	3.205,7
					B	1.419,4
					C	1.728,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	337.195,8	339.726,5	A	350.600,1
					B	337.813,2
					C	345.933,0
		Sonstige Sachinvestitionen	-	-	A	-
					B	4,3
					C	183,4
		Investitionsförderungsmaßnahmen	41.248,0	41.246,0	A	44.767,3
					B	57.898,5
					C	47.266,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	300,0	300,0	A	341,6
					B	132,1
					C	163,9
		Gesamtausgaben	381.750,5	384.279,2	A	399.018,3
					B	397.307,3
					C	395.321,2
		Zuschuss	185.399,1	186.589,6	A	183.786,6
					B	201.287,6
					C	192.282,7

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-2	211	Vermischte Einnahmen	---	---	A C	--- 0,1
132 01-1	211	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
236 01-6	211	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern, den Verbänden und sonstige Institutionen	2.214,9	2.240,7	A B C	2.121,1 2.031,6 2.160,2
Gesamteinnahmen			2.214,9	2.240,7	A B C	2.121,1 2.031,6 2.160,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	211	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	1.714,5	1.734,8	A B C	1.604,7 1.690,8 1.637,8
422 11-8	211	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	11,2
422 31-4	211	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	50,7	51,3	A B C	45,4 50,0 44,6
422 45-8	211	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG	3,7	3,7	A	3,7
425 01-7	211	Vergütungen der Angestellten	199,5	203,4	A B C	224,9 195,2 211,1
425 17-9	211	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---
441 01-7	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamte	105,3	109,0	A B C	68,3 96,9 76,6
441 02-6	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte und Arbeiter	0,5	0,5	A	0,5
443 01-5	211	Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze	0,3	0,3	A	0,3
453 01-2	211	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0	A C	10,0 0,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 04

Dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung obliegt die Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung aller landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger, ihrer Verbände, der Kassenärztlichen Vereinigungen, der Ausschüsse und der Geschäftsstelle nach § 106 SGB V und der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst. Diese erstatten nach Art. 7 Abs. 3 AGSG und nach § 274 Abs. 2 SGB V die Kosten der Prüfung nach dem Verhältnis der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder. Der Staatskasse fallen diejenigen Kosten des Prüfungsamtes zur Last, die über die kostenerstattungspflichtige Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen hinaus im Staatsinteresse entstehen sowie die Kosten der Dienstaufsichtsprüfungen innerhalb der Staatsverwaltung. Der Anteil der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen ist mit 70 v.H., der Anteil des Staates mit 30 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben des Prüfungsamtes aufgrund von Erfahrungssätzen pauschaliert.

Zu 10 04/236 01

Die Einnahmen errechnen sich aus 70 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben.

2007 gegenüber 2006:
93,8 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
25,8 Tsd. EUR mehr wegen höherer Ausgaben.

Zu 10 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 04/422 45

Wegen der teilweisen Erstattung der Aufwendungen für das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung durch die Sozialversicherungsträger werden die anteiligen Leistungszulagen und Leistungsprämien ab 2004 gesondert veranschlagt.

Zu 10 04/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 04/441 01

2007 gegenüber 2006:
37,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die tatsächlichen Ausgaben.

Zu 10 04/453 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	5,0	5,0
2. Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
Zusammen	10,0	10,0

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	211	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	44,7	44,7	A B C	24,1 23,4 22,1
518 01-5	211	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	120,0	120,0	A B C	148,3 127,9 126,7
518 11-3	211	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	5,9	5,9	A B C	5,9 1,6 1,6
525 01-6	211	Aus- und Fortbildung	15,7	15,7	A B C	8,7 4,1 6,1
527 01-4	211	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	100,0	100,0	A B C	96,2 84,7 86,4
<u>534 01-5</u>	211	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	70,0	70,0	A	
546 49-5	211	Vermischte Verwaltungsausgaben	1,3	1,3	A C	1,3 0,1
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-8	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	16,0	16,0	A	---
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 02-2	990	Erstattung der Versorgungsanteile für die Beamten des Landesprüfungsamtes an das Land <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 40 v.H. der Mehrausgaben bei 422 01, 422 11 und 422 31.</i>	706,1	714,4	A B C	664,5 620,7 628,2
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-5	211	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	---	***	A B C	10,0 0,6 0,3
514 99-2	211	Verbrauchsmittel	---	***	A B C	5,0 3,5 2,2
518 99-8	211	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	***	A	---
525 99-9	211	Aus- und Fortbildung	---	***	A B C	7,0 0,0 0,1
533 99-9	211	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	***	A	1,0
534 99-8	211	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	---	***	A B C	70,0 26,2 23,6

Erläuterungen

Zu 10 04/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	12,9	12,9
2. Bücher und Zeitschriften	4,5	4,5
3. Kommunikation	7,4	7,4
4. Entgelte für Postdienstleistungen	8,9	8,9
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	11,0	11,0
Zusammen	<u>44,7</u>	<u>44,7</u>

2007 gegenüber 2006:

16,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 511 99, 514 99 und 533 99

4,6 Tsd. EUR mehr in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

20,6 Tsd. EUR mehr

Zu 10 04/518 01

Nutzungsentschädigung für die Diensträume des Landesprüfungsamtes im StMAS.

2007 gegenüber 2006:

28,3 Tsd. EUR weniger wegen Neufestsetzung der Büroraummiete.

Zu 10 04/518 11

Miete für ein Fotokopiergerät.

Zu 10 04/525 01

2007 gegenüber 2006:

7,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 525 99.

Zu 10 04/534 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Datenerfassung durch Dritte	-	-
Softwareentwicklung durch Dritte (Infosystem)	30,0	30,0
Sonstiges (Hotline, Support, DV-Systeme)	40,0	40,0
Zusammen	<u>70,0</u>	<u>70,0</u>

2007 gegenüber 2006:

70,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 534 99.

Zu 10 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 04/812 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Beschaffung von PC's, Notebooks und Server	4,0	4,0
2. Beschaffung von Druckern	2,0	2,0
3. Einrichtung für Datenschutz und Datensicherheit	2,0	2,0
4. Standardsoftware	8,0	8,0
Zusammen	<u>16,0</u>	<u>16,0</u>

2007 gegenüber 2006:

16,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 812 99.

Zu 10 04/981 02

Erstattung des Versorgungsaufwands zugunsten 13 20/381 71 in Form einer Pensionsrücklage in Höhe von 40 v.H. des Aktivbruttogehalts der Beamten.

2007 gegenüber 2006:

41,6 Tsd. EUR mehr wegen des erhöhten Personalaufwandes.

Zu 10 04/99

2007 gegenüber 2006:

108,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung zu 511 01, 525 01, 534 01 und 812 01.

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
					6	
812 99-1	211	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	---	***	A	15,0
					B	91,3
					C	24,1
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	108,0
					B	121,7
					C	50,3
		Gesamtausgaben	3.164,2	3.201,0	A	3.026,0
					B	3.017,0
					C	2.892,2
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	-
					C	0,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.214,9	2.240,7	A	2.121,1
					B	2.031,6
					C	2.160,2
		Gesamteinnahmen	2.214,9	2.240,7	A	2.121,1
					B	2.031,6
					C	2.160,3
		Personalausgaben	2.084,5	2.113,0	A	1.969,0
					B	2.032,8
					C	1.970,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	357,6	357,6	A	377,5
					B	272,1
					C	269,1
		Sonstige Sachinvestitionen	16,0	16,0	A	15,0
					B	91,3
					C	24,1
		Besondere Finanzierungsausgaben	706,1	714,4	A	664,5
					B	620,7
					C	628,2
		Gesamtausgaben	3.164,2	3.201,0	A	3.026,0
					B	3.017,0
					C	2.892,2
		Zuschuss	949,3	960,3	A	904,9
					B	985,4
					C	731,9

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	252	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 01-5	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10,0	10,0	A B C	10,0 5,4 3,6
182 01-7	252	Rückzahlungen aus Darlehen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	252	Zuweisungen des Bundes für Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung behinderter Menschen <i>Vgl. Vermerk zu TG 78.</i>	---	---	A	---
231 02-7	252	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A	---
231 03-6	253	Zweckgebundene Zuweisungen zu den Kosten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
231 04-5	251	Zweckgebundene Zuweisung des Bundes gem. § 46 SGB II <i>Vgl. Vermerk zu 633 01.</i>	240.000,0	240.000,0	A B	240.000,0 266.308,4
272 30-3	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 2 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	7.300,0	7.300,0	A B C	7.300,0 8.923,8 4.591,1
272 31-2	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 3 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 55.</i>	26.600,0	26.600,0	A B C	26.600,0 26.629,3 23.157,9
272 33-0	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für INNOVATIVE MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 57.</i>	***	***	A	---
272 34-9	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (Programm Bayern-Tschechische Republik) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 58.</i>	500,0	500,0	A B C	500,0 263,2 509,5
<u>272 39-4</u>	253	Zuweisung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" gemäß der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und der Verordnung (EG) über den ESF (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Vgl. Vermerk zu TG 60.</i>	---	---	A	

Vorbemerkung zu Kapitel 10 05

Aus den Mitteln des Kapitel 10 05 werden Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, der Berufshilfe, der beruflichen Bildung, insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und der freiwilligen sozialen Dienste, sowie Maßnahmen und Einrichtungen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation gefördert.

Zu 10 05/111 01

Leertitel zur Vereinnahmung von Gebühren usw.

Zu 10 05/119 01

Einnahmen aus Schutzgebühren für arbeitswissenschaftliche Veröffentlichungen.

Zu 10 05/182 01

Rückflüsse aus nicht verwendeten Darlehen.

Zu 10 05/231 01 bis 231 03

Für zweckgebundene Zuweisungen des Bundes:

1. Tit. 231 01 zur Förderung von Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung behinderter Menschen; Ausgaben bei TG 78.
2. Tit. 231 02 zur Förderung von Entwicklungsarbeiten im Bereich der beruflichen Bildung; Ausgaben bei TG 74.
3. Tit. 231 03 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften; Ausgaben bei TG 76.

Zu 10 05/231 04

Nach § 22 SGB II erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende Leistungen für Unterkunft und Heizung. Träger der Leistungen für Unterkunft und Heizung sind die Kommunen. Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an diesen Leistungen. Veranschlagt ist die zunächst mit 29,1 v.H. festgelegte Beteiligung des Bundes (§ 46 SGB II). Die Beteiligungsquote wird überprüft und zum 01.01.2007 angepasst. Die Bundeserstattung wird an die Kommunen weitergeleitet (vgl. 633 01).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.4.

Zu 10 05/272 30 und 272 31

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) von der EU im Rahmen der Einheitlichen Programmplanungsdocumente für das Ziel 2 und das Ziel 3 innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen. Die ESF-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabebetitelgruppe (TG 54 und 55) abgewickelt. Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen. Vgl. auch Erläuterungen zu TG 54 und 55.

Zu 10 05/272 34

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen des Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen. Die EFRE-Mittel werden über die entsprechende Ausgabebetitelgruppe (TG 58) abgewickelt. Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen. Vgl. auch Erläuterungen zu TG 58.

Zu 10 05/272 39

Veranschlagt ist ein Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) von der EU im Rahmen des Operativen Programms für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Teilbereich Stärkung der Beschäftigung durch Antizipation des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft) innerhalb des Förderzeitraums 2007 - 2013 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen. Die ESF-Mittel werden über die entsprechende Ausgabebetitelgruppe (TG 60) abgewickelt. Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen. Vgl. auch Erläuterungen zu TG 60.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
<u>272 40-1</u>	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" gem. Art. 3 der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und gem. Art. 6 der Verordnung (EG) über den EFRE (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Vgl. Vermerk zu TG 61.</i>	---	---	A	
281 11-5	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	800,0	800,0	A B C	800,0 803,0 465,5
282 01-6	252	Beiträge zu den Kosten der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A C	--- 3,2
Gesamteinnahmen			275.210,0	275.210,0	A B C	275.210,0 302.986,0 42.563,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 02-8	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Zu 412 02 und 536 02: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	4,0	4,0	A B C	4,0 2,6 4,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
531 21-1	252	Arbeitswissenschaftliche Veröffentlichungen	---	***	A C	7,3 4,6
536 02-9	011	Sachkosten des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Vgl. Vermerk zu 412 02.</i>	0,5	0,5	A	0,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-2	251	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus den Zuweisungen des Bundes gem. § 46 SGB II <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 04. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>	240.000,0	240.000,0	A B	240.000,0 266.308,4
684 02-9	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Wirtschaftsbereich Hauswirtschaft	35,3	35,3	A B C	37,7 32,0 58,8

Erläuterungen**Zu 10 05/272 40**

Veranschlagt ist ein Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen des Operativen Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ innerhalb des Förderzeitraums 2007 - 2013 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen nach einer einmaligen Vorauszahlung im Rahmen eines Erstattungsprinzips in Form von Zwischenzahlungen und Restzahlungen. Die EFRE-Mittel werden über die entsprechende Ausgabeteilgruppe (TG 61) abgewickelt. Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen. Vgl. auch Erläuterungen zu TG 61.

Zu 10 05/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

Zu 10 05/282 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Kostenbeiträgen von Teilnehmern an Veranstaltungen im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung; Ausgabe bei TG 74.

Zu 10 05/412 02

Nach § 82 Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl I S. 931), zuletzt geändert durch § 232 Abs. 5 der Neunten Zuständigkeitsanpassungsverordnung (BGBl I S. 2407), ist beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen der Landesausschuss für Berufsbildung zu bilden, der die Staatsregierung in Fragen der beruflichen Bildung zu beraten hat. Veranschlagt sind die Entschädigungen für Barauslagen und Zeitaufwand der Mitglieder. Die Mittel für Sachkosten des Ausschusses sind bei 536 02 veranschlagt.

Zu 10 05/531 21

2007 gegenüber 2006:
7,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21.

Zu 10 05/536 02

Der Landesausschuss für Berufsbildung und seine Unterausschüsse beraten die Staatsregierung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen (Drucksachen des Bundestages, des Bundesrates, des Landtages usw.) und Referentenhonorare finanziert. Die Mittel für die Vergütung der Mitglieder sind bei 412 02 veranschlagt.

Zu 10 05/633 01

Vgl. Erläuterung zu 231 04.

Zu 10 05/684 02

Aus dem Ansatz wird ausschließlich die Geschäftsstelle des Bayerischen Landesausschusses für Hauswirtschaft (BayLAH) mit Personal- und Sachkosten gefördert.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

2007 gegenüber 2006:
2,4 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
54 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 272 30. Rückeinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>						
429 54-6	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 212,6 209,2
547 54-3	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 53,7 68,2
633 54-8	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 1.433,6 1.063,9
681 54-9	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 4.210,9 1.559,5
686 54-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	7.300,0	7.300,0	A B C	7.300,0 5.667,8 4.795,1
812 54-1	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			7.300,0	7.300,0	A B C	7.300,0 11.578,6 7.695,9

Erläuterungen

Zu 10 05/54 und 55

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Ausgaben im Zusammenhang mit den Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU auf der Grundlage von Einheitlichen Programmplanungsdokumenten für das Ziel 2 und das Ziel 3 zur Verfügung gestellt werden (Förderzeitraum 2000 - 2006). Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für Maßnahmen bzw. Tätigkeiten ein, die insgesamt vor allem der Verhinderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung der Humanressourcen, der Integration in den Arbeitsmarkt und der Förderung der Beschäftigung dienen. Der ESF beteiligt sich nur mit einem bestimmten Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten. Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die bei den Titelgruppen veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln (vgl. 272 30 und 272 31).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.1.

Zu 10 05/54

Im Rahmen von Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten zur Entwicklung menschlicher Ressourcen, um insbesondere eine positive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung sowie die wirtschaftliche und soziale Umstellung zu unterstützen.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 2 (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung. Gemäß der einschlägigen Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission ist der Endtermin für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben in der Förderperiode 2000 - 2006 mit Ausnahme bestimmter Beihilfen auf den 31.12.2008 festgelegt, d. h. bis zu diesem Zeitpunkt können Ausgaben geleistet werden.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		55 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 272 31. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
429 55-5	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 228,6 196,8
547 55-2	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 222,5 284,2
633 55-7	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 681,3 821,1
681 55-8	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 3.045,5 474,5
686 55-3	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	26.600,0	26.600,0	A B C	26.600,0 28.752,9 26.666,3
812 55-0	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			26.600,0	26.600,0	A B C	26.600,0 32.930,7 28.442,8
		57 Maßnahmen zur Umsetzung von INNOVATIVEN MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 33. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
429 57-3	253	Personalausgaben	***	***	A	---
547 57-0	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A	---
633 57-5	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	---

Zu 10 05/55

Im Rahmen von Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten insbesondere in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie zur Unterstützung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und von Berufsrückkehrern.
- Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der vom gesellschaftlichen Ausschluss Bedrohten.
- Förderung und Verbesserung der Bildung sowie der Beratung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens zur Förderung des Zugangs bzw. der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Beschäftigungsfähigkeit und der beruflichen Mobilität.
- Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften, der Innovation und der Anpassungsfähigkeit bei der Arbeitsorganisation, der Entwicklung des Unternehmergeistes, der Erleichterung zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Qualifizierung und Verstärkung des Arbeitskräftepotentials in Forschung, Wissenschaft und Technologie.
- Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt, einschließlich ihres beruflichen Aufstiegs, ihres Zugangs zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und zum Unternehmertum, sowie Verringerung der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Aufgliederung des Arbeitsmarktes.
- Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen sowie territorialer Beschäftigungsbündnisse.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 3 (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung. Gemäß der einschlägigen Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission ist der Endtermin für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben in der Förderperiode 2000 - 2006 mit Ausnahme bestimmter Beihilfen auf den 31.12.2008 festgelegt, d. h. bis zu diesem Zeitpunkt können Ausgaben geleistet werden.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
681 57-6	253	Leistungen an natürliche Personen	***	***	A	---
686 57-1	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	***	***	A	---
812 57-8	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- - -
<p>58 Maßnahmen zur Umsetzung des Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000-2006)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 34. Rückeinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
429 58-2	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 58-9	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
633 58-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und GV	---	---	A	---
681 58-5	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
686 58-0	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	500,0	500,0	A B C	500,0 263,2 509,5
812 58-7	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	***	***	A	---
893 58-9	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			500,0	500,0	A B C	500,0 263,2 509,5

Zu 10 05/58

Im Rahmen des von der Europäischen Kommission genehmigten Programmdokuments für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (EFRE) insbesondere arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen, die die Schaffung bzw. Entwicklung eines integrierten Arbeitsmarktes flankieren und die Stärkung der Humanressourcen unterstützen oder die Integration im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt erleichtern (Förderzeitraum 2000 - 2006). Im Zentrum stehen ESF-konforme Maßnahmen, die aus dem EFRE gemäß Art. 21 der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 und Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 mitfinanziert werden. Die Förderung konzentriert sich dabei vor allem auf Maßnahmen mit grenzübergreifendem Charakter oder grenzübergreifenden Wirkungen.

Der EFRE beteiligt sich nur mit einem bestimmten Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten. Die erforderlichen nationalen öffentlichen Komplementärmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von EFRE-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die Titelgruppe korrespondiert mit dem diesbezüglichen Einnahmetitel 272 34.

Die Förderung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Einheitlichen Programmplanungsdokument für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A (Förderzeitraum 2000 - 2006) in der jeweils aktuellen Fassung. Gemäß der einschlägigen Genehmigungsentscheidung der Europäischen Kommission ist der Endtermin für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben in der Förderperiode 2000 - 2006 mit Ausnahme bestimmter Beihilfen auf den 31.12.2008 festgelegt, d. h. bis zu diesem Zeitpunkt können Ausgaben geleistet werden.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.1.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		60 Maßnahmen zur Umsetzung des Operativen Programms für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" gemäß der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und der Verordnung (EG) über den Europäischen Sozialfonds (ESF) (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 39. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
<u>429 60-8</u>	253	Personalausgaben	---	---	A	
<u>547 60-5</u>	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	
<u>633 60-0</u>	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	
<u>681 60-1</u>	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	
<u>686 60-6</u>	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	
		Summe der Titelgruppe	-	-	A B C	- - -
		61 Maßnahmen zur Umsetzung des Operativen Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" nach Art. 3 der Verordnung (EG) mit Allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und nach Art. 6 der Verordnung (EG) über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Förderzeitraum 2007 - 2013) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 272 40. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
<u>429 61-7</u>	253	Personalausgaben	---	---	A	
<u>547 61-4</u>	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	
<u>633 61-9</u>	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	
<u>681 61-0</u>	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	
<u>686 61-5</u>	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	
		Summe der Titelgruppe	-	-	A B C	- - -

Erläuterungen**Zu 10 05/60**

Auf der Grundlage des Operativen Programms für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Teilbereich Stärkung der Beschäftigung durch Antizipation des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft) werden dem Freistaat Bayern von der EU Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung gestellt (Förderzeitraum 2007 - 2013). Der Freistaat Bayern kann aus ESF-Mitteln Aktionen fördern, die insbesondere auf folgende übergreifende thematische Schwerpunkte bzw. Interventionsbereiche abstellen:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer, Unternehmen und Unternehmer im Hinblick auf eine bessere Vorwegnahme und Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels.
- Verbesserung des Zugangs von Arbeitssuchenden und nicht erwerbstätigen Personen zum Arbeitsmarkt und Verbesserung ihrer dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Prävention von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, Förderung des aktiven Alterns, Verlängerung des Arbeitslebens und Erhöhung der Beteiligung am Arbeitsmarkt.
- Verbesserung der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen im Hinblick auf ihre dauerhafte Eingliederung ins Erwerbsleben und Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.
- Stärkung und Verbesserung des Humankapitals.
- Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen durch Vernetzung der zuständigen Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler und grenzübergreifender Ebene als Anstoß für Reformen hinsichtlich Beschäftigung und Einbeziehung aller in den Arbeitsmarkt.

Die Förderung richtet sich maßgeblich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Operativen Programm.

Der ESF beteiligt sich nur mit einem bestimmten maximalen Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Schwerpunkte bzw. Aktionen (Kofinanzierungsanteil). Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereit gestellt.

Die Titelgruppe korrespondiert mit dem diesbezüglichen Einnahmetitel 272 39.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.2.

Zu 10 05/61

Im Rahmen des von der Europäischen Kommission genehmigten Operativen Programms für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ sollen insgesamt die Stärkung der grenzübergreifende Zusammen- arbeit durch gemeinsame lokale und regionale Initiativen, die Stärkung der länderübergreifenden Zusammenarbeit in Gestalt von Aktionen zur integrierten Raumentwicklung und der Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit sowie der Erfahrungsaustausch auf geeigneter territorialer Ebene unterstützt werden (Förderzeitraum 2007 - 2013). In diesem Kontext fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (EFRE) neben grenzübergreifenden sozialen Tätigkeiten insbesondere auch u. a. arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen bzw. Tätigkeiten, die z. B. zur grenzüberschreitenden Integration des Arbeitsmarktes, zu lokalen Beschäftigungsinitiativen, zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zu Chancengleichheit, zu Fortbildung und sozialer Eingliederung sowie zur gemeinsamen Nutzung von Humanressourcen und Einrichtungen für FTE beitragen. Gefördert werden können u. a. ebenfalls der Ausbau der Zusammenarbeit, der Kapazitäten und der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur in Bereichen wie Bildung. Im Zentrum stehen arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen, die aus dem EFRE gemäß Art. 6 der Verordnung (EG) über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mitfinanziert werden können. Die Förderung richtet sich maßgeblich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Operativen Programm für den bayerisch-tschechischen Grenzraum im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ in der Förderperiode 2007 - 2013.

Der EFRE beteiligt sich nur mit einem bestimmten maximalen Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten. Die erforderlichen nationalen öffentlichen Komplementärmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von EFRE-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die Titelgruppe korrespondiert mit dem diesbezüglichen Einnahmetitel 272 40.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.2.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
		70 Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 05 TG 78.</i>				
883 70-5	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
892 70-4	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 70-3	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	2.000,0
					B	1.752,9
					C	7.340,2
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	2.000,0
					B	1.752,9
					C	7.340,2
		71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
531 71-0	252	Druckkosten der Publikationsmittel	---	---	A	1,7
540 71-9	252	Veranstaltungskosten	8,0	8,0	A	8,0
					B	0,1
					C	0,1
681 71-8	252	Leistungen an natürliche Personen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	629,8	740,0	A	629,8
					B	380,2
					C	531,0
684 71-5	252	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	132,7	132,7	A	184,2
					B	97,4
					C	83,9
		Summe der Titelgruppe	770,5	880,7	A	823,7
					B	477,6
					C	615,0
		73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 893 73. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
633 73-5	252	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 73-3	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 550,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	571,4	621,4	A	457,1
					B	526,4
					C	413,1
686 73-1	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	47,5	47,5	A	40,0
					B	23,9
					C	56,6

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen****Zu 10 05/70**

Leertitel für die Abfinanzierung der bewilligten Zuwendungen zur Schaffung von qualifizierten Heimplätzen für Menschen mit schwersten körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm wurden vor allem unter der Trägerschaft der gemeinnützigen Wohlfahrts- und Behindertenverbände moderne Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für behinderte Menschen errichtet.

Durch Haushaltsvermerk können die benötigten Mittel aus TG 78 bereitgestellt werden.

2008 gegenüber 2007:

2.000,0 Tsd. EUR weniger wegen Veranschlagung des erforderlichen Bedarfs bei TG 78.

Zu 10 05/71

1. Im Rahmen des Bayerischen Jugendwerkes werden insbesondere folgende vorrangige Maßnahmen gefördert
 - a) der Übergang von der Schule zur Arbeitswelt bei Leistungsgeminderten oder noch nicht berufsfähigen Jugendlichen - jedoch nicht für behinderte Menschen im Sinne der Rehabilitation -, die ohne eine spezifische Heranführung an Ausbildung und Arbeit im Berufsleben scheitern würden;
 - b) die betriebliche Berufsausbildung vor allem im nichtindustriellen Bereich, insbesondere in der Hauswirtschaft;
 - c) die Verbesserung der Ausstattung der Maßnahmeträger, um die Erreichung der Ausbildungsziele zu gewährleisten;
 - d) die Fortbildung von Lehrkräften der Grundlehrgänge für Hauswirtschaft in fachlichen Veranstaltungen.
 Eine Förderung erfolgt grundsätzlich nur, wenn andere Kostenträger (Sozialhilfeträger, Eltern usw.) nicht zur Übernahme der Kosten herangezogen werden können.
2. Für die Maßnahme "Freiwillige Hauswirtschafts- und Familienhilfe" sind Mittel bei 684 71 veranschlagt.
3. Die individuelle Förderung der Teilnehmer an den Grundlehrgängen für Hauswirtschaft ist bei 681 71 veranschlagt.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

2007 gegenüber 2006:

1,7 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21

51,5 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

53,2 Tsd. EUR weniger

2008 gegenüber 2007:

110,2 Tsd. EUR mehr infolge höheren Bedarfs wegen steigender Teilnehmerzahlen.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen.

Zu 10 05/73

Zur Berufsfindung Jugendlicher auf dem Sektor der Sozial- und Pflegeberufe ist die Förderung von Maßnahmen (z.B. im Rahmen des "freiwilligen sozialen Jahres") notwendig, die dem Jugendlichen Gelegenheit geben, seine Eignung zu erproben. Diese Maßnahmen, in der Regel von den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt, bedürfen einer sorgfältigen und fachkundigen pädagogischen Betreuung und Führung. Insbesondere die im Zuge dieser Betreuung von den Maßnahmeträgern durchgeführten Kurse, Seminare und Veranstaltungen werden mit staatlichen Mitteln gefördert (684 73).

Verschiedene Organisationen führen laufend Maßnahmen der Berufshilfe durch, insbesondere zur Information der Arbeitnehmer über Fragen des Berufs- und Arbeitslebens und zur beruflichen Fortbildung. Es liegt im staatlichen Interesse, diese berufsbildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu fördern. Daneben wird auch die überfachliche Fortbildung gefördert, die von Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften, kirchlichen Stellen und ähnlichen Organisationen getragen wird (686 73).

Zu 10 05/684 73

2007 gegenüber 2006:

28,6 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

142,9 Tsd. EUR mehr zum schrittweisen, bedarfsgerechten Ausbau der Teilnehmerplätze beim freiwilligen sozialen Jahr (FSJ)

114,3 Tsd. EUR mehr

2008 gegenüber 2007:

50,0 Tsd. EUR mehr zum weiteren Ausbau der Teilnehmerplätze beim FSJ.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Bedarf zur jahresübergreifenden Förderung.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

Zu 10 05/686 73

2007 gegenüber 2006:

2,5 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

10,0 Tsd. EUR mehr wegen Förderung zusätzlicher Maßnahmen

7,5 Tsd. EUR mehr

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
893 73-0	252	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---	
					C	102,3	
Summe der Titelgruppe			618,9	668,9	A	497,1	
					B	550,3	
					C	571,9	
74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 231 02 und 282 01.</i>							
531 74-7	252	Druckkosten der Publikationsmittel <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	76,8	24,8	A	3,2	
					B	83,6	
					C	2,3	
540 74-6	252	Veranstaltungskosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	510,0	950,0	A	560,0	
					B	414,0	
					C	14,4	
683 74-3	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---	
684 74-2	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 70,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	85,0	A	35,0	
685 74-1	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---	
					B	35,5	
686 74-0	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---	
					B	5,0	
					C	45,0	
Summe der Titelgruppe			686,8	1.059,8	A	598,2	
					B	538,1	
					C	61,8	
75 Leistungen für aus Mitteln des Landes und der Bundesanstalt für Arbeit verstärkt geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
633 75-3	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	***	A	---	
					B	1,0	
					C	185,9	
686 75-9	253	Zuschüsse an Sonstige	---	***	A	---	
853 75-6	253	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	***	A	---	
863 75-4	253	Darlehen an Sonstige im Inland	---	***	A	---	
883 75-0	253	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	***	A	---	
893 75-8	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	***	A	---	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-	
					B	1,0	
					C	185,9	

Erläuterungen**Zu 10 05/74**

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung, der Ausbildungsbereitschaft und des Engagements für die Berufsbildung. Die Orientierung der Ausbildungsstellensuchenden und die Ausbildungsbereitschaft sollen unterstützt und dadurch gesichert werden. Initiativen sind wegen der regionalen Engpässe und des Süd-Nord-Gefälles weiterhin geboten. Die Zahl der Schulabgänger und damit der potentiellen Bewerber um betriebliche Ausbildungsstellen wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Auch der Anteil der Altbewerber an der Gesamtheit der Nachfrager nimmt zurzeit wieder zu. Die Zahlen der Ausbildungsverzichter und -abbrecher müssen verringert werden, damit mehr Jugendliche eine berufliche Qualifikation erwerben. Im Jahr 2007 wird der 10. Bayerische Berufsbildungskongress stattfinden.

2007 gegenüber 2006:

129,2	Tsd. EUR	mehr zur Durchführung des 10. Bayerischen Berufsbildungskongresses
37,4	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
3,2	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
<u>88,6</u>	Tsd. EUR	mehr

2008 gegenüber 2007:

373,0 Tsd. EUR mehr wegen des 10. Bayerischen Berufsbildungskongresses.

Verpflichtungsermächtigung 2007:

Für den Abschluss von Verträgen für den 10. Berufsbildungskongress.

Zu 10 05/75

Leertitel für die Abwicklung der bis 31.12.2003 bewilligten Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 03.</i>				
526 76-2	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A B C	--- 127,3 130,9
531 76-5	253	Druckkosten der Publikationsmittel	---	---	A	---
540 76-4	253	Veranstaltungskosten	---	---	A B	--- 0,1
633 76-2	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50,0	50,0	A	50,0
681 76-3	253	Leistungen an natürliche Personen <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i>	---	---	A	---
684 76-0	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 200,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	261,4	261,4	A B C	288,1 125,6 163,6
686 76-8	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 50,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 50,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	89,5	89,5	A	89,5
863 76-3	253	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
892 76-8	253	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 76-7	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	400,9	400,9	A B C	427,6 253,1 294,6
		77 Förderung einer Technologieberatungsagentur <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
531 77-4	253	Veröffentlichungs-, Druckkosten	---	---	A	---
684 77-9	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 77-7	253	Zuschüsse an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 70,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 70,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	270,0	270,0	A B C	290,0 307,0 358,0
893 77-6	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 30,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 30,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30,0	30,0	A	30,0
		Summe der Titelgruppe	300,0	300,0	A B C	320,0 307,0 358,0

Erläuterungen

Zu 10 05/76

Die Mittel werden für arbeitsmarktliche Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Orientierung, Vorbereitung und Eingliederung von Arbeitskräften eingesetzt. Förderungsfähig sind vor allem solche Maßnahmen, die den strukturellen Zielvorstellungen Rechnung tragen, der Anpassung an technologische Veränderungen oder der Integration älterer Arbeitsloser dienen. Die Maßnahmen können im Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit, von ihr beauftragten Arbeitsgemeinschaften oder Kommunen (z.B. Auftragsmaßnahmen) durchgeführt werden.

Gefördert werden auch Projekte, deren Zielsetzung die Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit ist (Projekt "Student und Arbeitsmarkt e.V." und ähnliche Vorhaben).

Aus der Titelgruppe werden auch die Betriebsbefragungen und Analysen auf der Basis des Betriebspanels Bayern finanziert.

2007 gegenüber 2006:

26,7 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung von längerfristig laufenden Maßnahmen.

Zu 10 05/77

Die Mittel werden zur Information, Beratung und Qualifikation von Arbeitnehmern/innen und ihren betrieblichen sowie überbetrieblichen Interessenvertretungen in Fragen technologischer Veränderungen eingesetzt. Zur Durchführung geeigneter Maßnahmen wird der Betrieb der eingerichteten Technologieberatungsagentur finanziell unterstützt. Ziel ist es, bei betrieblichen Veränderungen ein produktives Co-Management der Betriebsräte mit der Unternehmensleitung herbeizuführen. Betriebsräte sollen durch entsprechende Schulungen in die Lage versetzt werden, technologische Neuerungen für den Betrieb zu beurteilen, Vorurteile abzubauen und entsprechende Umstellungen positiv zu begleiten. Durch die Anpassung an die technologischen Veränderungen können Arbeitsplätze erhalten und ggf. geschaffen werden.

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung längerfristiger Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
		78 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig, Titel 536 78 bis zu 61,0 Tsd. EUR.</i> <i>Titel der TG einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 bis zu 1.022,6 Tsd. EUR und zu Lasten Kap. 10 05 Tit. 684 82 bis zu 235,0 Tsd. EUR.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 10 05 TG 70.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01.</i>				
526 78-0	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	44,5	44,5	A	44,5
					B	65,9
					C	105,7
531 78-3	290	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen	27,8	27,8	A	27,8
					B	101,6
					C	100,0

Erläuterungen**Zu 10 05/78**

Menschen mit Behinderung bedürfen einer umfassenden Hilfe des Freistaates Bayern, um ihre besondere Lebenssituation meistern zu können. Gefördert werden daher insbesondere folgende Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen (Dritter Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung):

- Vgl. auch Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe im Anschluss an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe. -

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Förderung von Maßnahmen:		
1. Ambulante Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und der beruflichen Rehabilitation, Beratungs- und Betreuungsdienste der offenen Behindertenarbeit, Selbsthilfefaktionen für behinderte und chronisch kranke Menschen	8.174,5	8.174,5
2. Arbeitsstelle Frühförderung	680,0	680,0
3. Behindertensport	600,0	600,0
4. Gesellschaftliche Integration behinderter Menschen (z.B. Begegnungsveranstaltungen, Orientierungs- und Kommunikationshilfen, Öffentlichkeitsarbeit für Behinderte durch Dritte)	1.775,1	1.775,1
5. Gewinnung und Fortbildung von Personal für Behinderte sowie Elternkurse	230,0	230,0
6. Behindertenverbände, die in der Betreuung behinderter Menschen auf Landesebene bedeutsam wirken	153,4	153,4
7. Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Arbeitstagen usw.	100,8	100,8
8. Wissenschaftliche Veranstaltungen, Forschungsvorhaben	44,5	44,5
9. Ausgaben im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes	100,0	100,0
Maßnahmen zusammen	11.858,3	11.858,3

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen**

Förderung von Einrichtungen:	2007	2007	2008	2008
	Haush.Betr. Tsd. EUR	Verpfl.Erm. Tsd. EUR	Haush.Betr. Tsd. EUR	Verpfl.Erm. Tsd. EUR
1. Einrichtungen für die Frühförderung, Sozialpädiatrische Zentren	785,6	300,0	785,6	300,0
2. Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation und der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	900,0	300,0	900,0	300,0
3. Gemeinschaftseinrichtungen sowie Tagesbetreuungsstätten und -wohnheime (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	7.500,0	2.400,0	7.500,0	3.200,0
4. Einrichtungen für die Pflege und Betreuung behinderter Menschen	1.500,0	1.000,0	1.500,0	1.200,0
Einrichtungen zusammen	10.685,6	4.000,0	10.685,6	5.000,0
Maßnahmen und Einrichtungen insgesamt	22.543,9	4.000,0	22.543,9	5.000,0

Durch Haushaltsvermerk ist eine Mittelverstärkung bis zu 1.022,6 Tsd. EUR zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 sowie bis zu 235,0 Tsd. EUR zu Lasten Kap. 10 05 Tit. 684 82 möglich.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 3.3.

2007 gegenüber 2006:

1.102,9 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
6.000,0 Tsd. EUR	mehr zur beschleunigten Abfinanzierung laufender und zum Teil seit Jahren fertiggestellter Projekte
<u>4.897,1 Tsd. EUR</u>	mehr

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)		
1. Bundesanteil an der Ausgabe von Wertmarken gem. § 152 SGB IX (10 03/631 02)	1.750,0	1.700,0
2. Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (10 03/681 01)	82.000,0	81.700,0
3. Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr (10 03/682 01)	27.500,0	27.500,0
4. Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung des Schwerbeschädigtenurlaubs (10 03/683 02)	6,5	6,5
5. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe (10 03/TG 87)	93.000,0	93.000,0
6. Leistungen an Impfgeschädigte (10 03/TG 88 und 89)	13.820,0	14.020,0
7. Leistungen an Opfer von Gewalttaten (10 03/TG 94, 95 und 96)	18.850,0	19.890,0
8. Bayer. Landesplan für Menschen mit Behinderung (10 05/TG 78)	22.543,9	22.543,9
9. Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen (10 05/TG 82)	1.259,6	1.259,6
10. Erholungs- und Wohnungshilfe (10 06/633 03)	60,0	60,0
11. Allgemeine Maßnahmen der Schwerbehindertenfürsorge (10 06/686 04)	20,6	20,6
12. Leistungen der Kriegsopferversorge (10 06/TG 71 bis 74)	5.982,5	5.847,5
13. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz (10 07/TG 79)	1.985,1	1.985,1
14. Erstattung von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger (10 20/636 01)	1.250,0	1.200,0
15. Verwaltungskostenersatz für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen (10 20/671 01)	26,0	26,0
Zusammen	<u>270.054,2</u>	<u>270.759,2</u>

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
536 78-8	290	Kosten des Behindertenbeauftragten <i>Die Behindertenbeauftragte der Staatsregierung erhält eine Aufwandsentschädigung von bis zu monatlich 1,4 Tsd. EUR.</i>	---	---	A B C	--- 53,8 44,8
540 78-2	290	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	--- 41,8 11,9
633 78-0	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
671 78-3	290	Erstattungen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
684 78-8	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	11.581,5	11.581,5	A B C	8.684,4 10.842,1 10.627,2
686 78-6	235	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	204,5	204,5	A B C	204,5 152,9 212,7
862 78-2	235	Darlehen an private Unternehmen	---	---	A	---
863 78-1	235	Darlehen an Sonstige	---	---	A	---
883 78-7	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
892 78-6	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 78-5	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 5.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2007 in Höhe von 4.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2010 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2008 in Höhe von 5.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 2.500,0</i>	10.685,6	10.685,6	A B C	8.685,6 5.096,3 1.230,8
Summe der Titelgruppe			22.543,9	22.543,9	A B C	17.646,8 16.354,3 12.333,0
81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i> <i>Landeskomplementärmittel können im Rahmen der Zweckbestimmung auch aus anderen Ansätzen des Epl. 10 erbracht werden (Art. 35 Abs. 2 Satz 1 BayHO).</i>						
547 81-0	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 245,0 296,0
633 81-5	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 262,7 648,9
681 81-6	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Zu 10 05/81

Die Mittel werden ausschließlich zur Bindung von Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verwendet.

Gefördert werden vor allem Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des ESF entsprechend den einschlägigen Verordnungen, insbesondere zur Entwicklung von Humanressourcen und zur Förderung des Arbeitsmarkts bzw. der Beschäftigung. In begrenztem Umfang werden mit den veranschlagten Mitteln auch entsprechende Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des EFRE kofinanziert.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.1 und 6.2.

2007 gegenüber 2006:

150,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
1.750,0 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlich erhöhten Bedarf und verstärkter Förderung im neuen Förderzeitraum
<hr/> 1.600,0 Tsd. EUR	mehr

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung bzw. Bewilligung von Zuschüssen für längerfristig laufende Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
682 81-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	---	---	A C	--- 70,0
683 81-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---
684 81-3	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 81-1	253	Zuschüsse für laufende Zwecke <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	4.000,0	A B C	2.400,0 1.405,6 2.256,0
893 81-0	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			4.000,0	4.000,0	A B C	2.400,0 1.913,4 3.270,9
82 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter; psychosoziale Prävention <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Titel 684 82 einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 05 TG 78 bis zu 235,0 Tsd. EUR.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 82-4	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	10,0	10,0	A B C	10,0 4,0 2,4
531 82-7	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	8,6
536 82-2	290	Kosten der psychosozialen Arbeitsgemeinschaften	---	---	A	1,0
633 82-4	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100,0	100,0	A B C	100,0 40,0 76,4
684 82-2	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	300,0	300,0	A B C	300,0 543,3 555,0
686 82-0	235	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
883 82-1	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und GV	---	---	A C	--- 197,6
892 82-0	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 82-9	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 750,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	849,6	849,6	A B C	933,2 635,2 615,5
Summe der Titelgruppe			1.259,6	1.259,6	A B C	1.352,8 1.222,5 1.446,7
Gesamtausgaben			305.020,4	305.553,6	A B C	300.515,7 334.383,5 64.380,4

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation**Erläuterungen****Zu 10 05/82**

Der Zweite Bayerische Landesplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter aus dem Jahr 1990 wird fortgeschrieben. Damit wird das Ziel verfolgt, den in Teilbereichen - vor allem bei der Versorgung von Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen - noch spürbaren Nachholbedarf gegenüber der somatischen Krankenversorgung weiter abzubauen. Neben Verbesserungen im Bereich der stationären Krankenversorgung (Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz) sollen vorrangig Maßnahmen mit innovativem Charakter in den folgenden Bereichen gefördert werden:

- Ausbau der Laienhilfe, der Selbsthilfe und der Krisenintervention,
- Fortbildung der Fachkräfte,
- Errichtung differenzierter betreuter Wohneinrichtungen,
- Schaffung von tagesstrukturierenden und beschäftigungsfördernden Angeboten (Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.),
- Sanierung bedarfsgerechter Pflegeeinrichtungen.

Veranschlagt sind die Mittel für:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierungsgremien	10,0	10,0
2. Fortbildung, Laienhelferschulung und Fachtagungen	100,0	100,0
3. Sozialpsychiatrische Betreuung einschließlich Laienhilfe und Selbsthilfe	300,0	300,0
4. Wohngemeinschaften und Wohnheime	500,0	500,0
5. Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.	200,0	200,0
6. Pflegeeinrichtungen	149,6	149,6
Zusammen	1.259,6	1.259,6

Durch Haushaltsvermerk ist zu Lasten 684 82 eine Mittelverstärkung zugunsten TG 78 bis zu 235,0 Tsd. EUR möglich.

Weitere Mittel zur Sanierung und Verbesserung der Ausstattung des pflegerischen Bereichs der psychiatrischen Krankenhäuser sind bei Kap. 13 10 Tit. 891 01 veranschlagt.

2007 gegenüber 2006:

84,6 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

8,6 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21

93,2 Tsd. EUR weniger

Verpflichtungsermächtigungen 2007 und 2008:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Investitionsvorhaben.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	10,0	10,0	A	10,0	
					B	6,8	
					C	4,4	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	275.200,0	275.200,0	A	275.200,0	
					B	302.979,2	
					C	42.559,4	
		Gesamteinnahmen	275.210,0	275.210,0	A	275.210,0	
					B	302.986,0	
					C	42.563,8	
		Personalausgaben	4,0	4,0	A	4,0	
					B	443,8	
					C	651,5	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	677,6	1.065,6	A	672,6	
					B	1.413,4	
					C	1.098,1	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	292.773,6	292.918,8	A	288.190,3	
					B	325.042,0	
					C	53.144,5	
		Investitionsförderungsmaßnahmen	11.565,2	11.565,2	A	11.648,8	
					B	7.484,4	
					C	9.486,3	
		Gesamtausgaben	305.020,4	305.553,6	A	300.515,7	
					B	334.383,5	
					C	64.380,4	
		Zuschuss	29.810,4	30.343,6	A	25.305,7	
					B	31.397,5	
					C	21.816,6	

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
182 02-4	234	Tilgung von Darlehen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 03-4	249	Erstattungen des Bundes zur Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft <i>Vgl. Vermerk zu 633 02 und 671 01.</i>	1.533,9	1.533,9	A B C	1.533,9 2.054,9 1.606,2
231 04-3	244	Erstattungen des Bundes für Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	50,4	50,4	A B C	48,0 58,8 40,4
231 05-2	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	12,0	12,0	A C	22,8 2,3
233 01-4	247	Anteil des Freistaates Bayern an den Rückeinnahmen aus der Erholungs- und Wohnungshilfe	1,0	1,0	A B C	3,0 0,0 0,0
281 12-2	249	Rückerinnahmen aus Zuschüssen	20,5	20,5	A B C	20,5 5,2 15,3
282 01-4	246	Spenden von Dritten <i>Vgl. Vermerk zu 681 02.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsofopferfürsorge <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
162 71-4	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 71-0	247	Tilgung von Darlehen	60,0	60,0	A B C	80,0 56,6 62,0
281 71-0	247	Einnahmen aus Beihilfen	500,0	500,0	A B C	600,0 371,6 450,3
Summe der Titelgruppe			560,0	560,0	A B C	680,0 428,2 512,3
72 Einnahmen aus den der Kriegsofopferfürsorge entsprechenden Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
162 72-3	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A B	--- 0,2
182 72-9	247	Tilgung von Darlehen	35,0	35,0	A B C	35,0 33,9 29,7

Erläuterungen**Vorbemerkung zu Kapitel 10 06**

Veranschlagt sind insbesondere die Haushaltsmittel (einschl. der Bundesmittel) für

- die Kriegsopferfürsorge und verwandte Leistungen,
- die Erhaltung der Gräber der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft,
- die Betreuung der durch Kriegs- und politische Ereignisse geschädigten Personen,
- die Förderung der Verbände und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und sonstigen Flüchtlinge und
- die Leistungen nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Zu 10 06/231 03

Erstattung der Kosten für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund.

Zu 10 06/231 04

Vgl. Erläuterung zu 633 04.

Zu 10 06/231 05

Vgl. Erläuterung zu 636 02.

2007 gegenüber 2006:

10,8 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

Zu 10 06/233 01

Anteil des Freistaates Bayern aus Rückeinnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe (vgl. 633 03).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1.

Zu 10 06/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht verwendeten Zuschüssen und Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfungen.

Zu 10 06/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden), die über 681 02 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt werden.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Einnahmen)

Der Freistaat Bayern ist überörtlicher Träger bestimmter Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27j Bundesversorgungsgesetz und entsprechender Leistungen nach anderen Gesetzen. Seine Aufgaben nimmt die beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eingerichtete Hauptfürsorgestelle wahr.

Der Bund trägt 80 v.H. der Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge; die Kosten für entsprechende Leistungen an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland sowie an Berechtigte nach dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz werden voll vom Bund getragen (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung des Art. V § 1 des Zweiten KOV-Neuordnungsgesetzes vom 21. Februar 1964 - BGBl I S. 85).

Die Einnahmen und Ausgaben werden in voller Höhe im Landeshaushalt veranschlagt. Der Anteil des Bundes an den Ausgaben erscheint als Einnahme bei 231 74, der Anteil an den Einnahmen als Ausgabe bei 631 74. Vgl. auch Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Ausgaben).

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1 und 4.2.

Zu 10 06/71 (72 und 73) (Einnahmen)

Veranschlagt sind Rückflüsse aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge oder aus entsprechenden Leistungen durch Verzinsung und Tilgung von Darlehen und von zu Unrecht gewährten Leistungen.

Zu 10 06/71 (Einnahmen)

2007 gegenüber 2006:

120,0 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

Zu 10 06/72 (Einnahmen)

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Rückflüsse.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
					6	
281 72-9	247	Einnahmen aus Beihilfen	80,0	80,0	A	100,0
					B	40,2
					C	161,0
Summe der Titelgruppe			115,0	115,0	A	135,0
					B	74,3
					C	190,7
73 Einnahmen aus den der Kriegsopferfürsorge entsprechenden Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland <i>Vgl. Vermerk zu 631 74.</i>						
166 73-8	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
186 73-4	247	Tilgung von Darlehen	3,5	3,5	A	3,5
					B	1,1
					C	0,3
286 73-3	247	Einnahmen aus Beihilfen	14,0	14,0	A	14,0
					B	5,6
					C	9,6
Summe der Titelgruppe			17,5	17,5	A	17,5
					B	6,7
					C	9,9
74 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71-73 enthalten)						
231 74-8	247	Anteil des Bundes an den Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge sowie Dauervorschuss	4.702,0	4.589,0	A	5.441,0
					B	4.486,9
					C	5.152,5
233 74-6	247	Erstattung von anderen Trägern der Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			4.702,0	4.589,0	A	5.441,0
					B	4.486,9
					C	5.152,5
75 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED-Unrechts- bereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge						
162 75-0	247	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	---	---	A	---
182 75-6	247	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	1,0	1,0	A	1,0
231 75-7	247	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	26,6	26,6	A	26,6
281 75-6	247	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 75.</i>	3,1	3,1	A	3,1
Summe der Titelgruppe			30,7	30,7	A	30,7
					B	-
					C	-

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/74 (Einnahmen)

Veranschlagt sind der Anteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge (vgl. Vorbemerkung) und Erstattungen anderer Träger der Kriegsopferfürsorge.

2007 gegenüber 2006:
739,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
113,0 Tsd. EUR weniger infolge geringerer Erstattungen des Bundes wegen Reduzierung der Ausgaben.

Zu 10 06/75 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 75 (Ausgaben).

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		76 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
281 76-5	241	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 76.</i>	1,0	1,0	A	1,0
		Summe der Titelgruppe	1,0	1,0	A B C	1,0 - -
		77 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge				
162 77-8	247	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	---	---	A	---
182 77-4	247	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	0,5	0,5	A	0,5
231 77-5	247	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	15,4	15,4	A	15,4
281 77-4	247	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 631 77.</i>	1,5	1,5	A	1,5
		Summe der Titelgruppe	17,4	17,4	A B C	17,4 - -
		78 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
281 78-3	241	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 631 78.</i>	0,5	0,5	A	0,5
		Summe der Titelgruppe	0,5	0,5	A B C	0,5 - -
		Gesamteinnahmen	7.061,9	6.948,9	A B C	7.951,3 7.115,5 7.530,2

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/76 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 76 (Ausgaben).

Zu 10 06/77 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 77 (Ausgaben).

Zu 10 06/78 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 78 (Ausgaben).

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-7	246	Vergütungen für die Mitglieder des Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen und des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern	0,5	0,5	A	0,5
412 02-6	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesbeirates für Kriegsofferfürsorge	***	***	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	012	Kosten der Beschaffung von Spätaussiedlerbescheinigungen und Antragsformblättern	0,5	---	A C	1,3 3,9
526 21-6	246	Kosten für das Forschungsprojekt "Die Entwicklung Bayerns durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	33,3	33,3	A C	35,5 0,2
533 01-1	246	Kosten des Aussiedlerinformationssystems	***	***	A B C	5,0 1,8 3,0
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
631 02-1	246	Anteil des Landes an Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie für die Landwirtschaft und den Wohnungsbau nach §§ 17 - 19 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der DDR und Berlin (Ost) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1,0	1,0	A B C	3,0 0,4 0,6
633 02-9	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Zu 633 02 und 671 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 03. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.227,1	1.227,1	A B C	1.227,1 1.765,3 1.151,3
633 03-8	247	Erstattungsleistung des Freistaates Bayern für Erholungs- und Wohnungshilfe in der KOF	60,0	60,0	A B C	120,0 49,6 77,8
633 04-7	244	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz	84,0	84,0	A B C	80,0 83,1 93,9
636 01-7	246	Erstattung von Verwaltungskosten nach § 11 BVFG	60,0	60,0	A B C	60,0 68,3 78,3

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/412 01**

Beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist gemäß § 11 ZustVLafLüw ein Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen eingerichtet. Der Beirat hat die Aufgabe, das Staatsministerium sachverständig in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu beraten. Er soll zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen in diesem Bereich gehört werden.

Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, dessen Mitglieder durch den Ministerpräsidenten berufen werden, berät als ehrenamtliches Beratergremium die Staatsregierung in ihren Planungen und Maßnahmen im Bereich des Vertriebenen- und Flüchtlingswesens.

Aus dem Ansatz werden Reisekosten und ähnliche Aufwendungen gezahlt.

Zu 10 06/511 01

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wurde die Ausstellung der Bescheinigungen nach § 15 BVFG für die ab 01.01.2005 in das Bundesgebiet zuziehenden Spätaussiedler dem Bundesverwaltungsamt übertragen. Für die vor diesem Stichtag zugezogenen Spätaussiedler sind noch die Ausgleichsämter für die Erteilung der Bescheinigungen zuständig.

Zu 10 06/526 21

2007 gegenüber 2006:

2,2 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 06/533 01

2007 gegenüber 2006:

5,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 50/533 52.

Zu 10 06/631 02

Berechtigten nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes (FlüHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1971 (BGBl I S. 681), zuletzt geändert durch Art. 6a des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBl I S. 1742), konnten bis 31.12.1990 auf Antrag Aufbaudarlehen gewährt werden.

Nach § 21 FlüHG trägt der Bund die Aufwendungen für die Darlehen; die Länder erstatten dem Bund 20 v.H. Dies gilt auch für die nach wie vor anfallenden Verwaltungskosten der ausgereichten Darlehen.

Zu 10 06/633 02 (und 671 01)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft nach dem Gräbergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 2005 (BGBl I S. 2426) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräbVwV) i.d.F. vom 25. Juli 1979 (GMBl S. 473). Der Bund erstattet die Aufwendungen nach Pauschsätzen je Grab (vgl. 231 03).

Zu 10 06/633 03

Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der Kriegsofferfürsorge die Hälfte der von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Erholungs- und Wohnungshilfe nach §§ 27b und 27c BVG (Art. 106 Abs. 3 AGSG). Da den örtlichen Trägern 80 v.H. ihrer Aufwendungen vom Bund erstattet werden, entspricht die zusätzliche Erstattungsleistung des Landes 10 v.H. der Gesamtausgaben für Maßnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe. Vgl. Erl. zu 233 01 und die Vorbemerkung zu den Titelgruppen 71 - 74 (Ausgaben).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1.

2007 gegenüber 2006:

60,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/633 04

Nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1997 (BGBl I S. 1625), zuletzt geändert durch Art. 28 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl I S. 3022), erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Ausgleichsleistungen in Anwendung der Vorschriften des 3. Abschnitts des Gesetzes.

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Sozialhilfeträger. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 231 04).

Zu 10 06/636 01

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten, die den Krankenkassen gemäß § 11 Abs. 6 BVFG in Höhe von 8 v. H. ihres Aufwands zu erstatten sind.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
636 02-6	244	Kostenerstattung an die Bundesagentur für Arbeit für Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz	20,0	20,0	A C	38,0 3,8
671 01-3	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 633 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	306,8	306,8	A B C	306,8 228,5 453,9
671 02-2	243	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Ausgleichsbank	16,0	16,0	A B C	100,0 114,4 130,0
681 02-0	246	Zuschüsse aus Spenden Dritter <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
681 06-6	244	Kapitalentschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	50,0	40,0	A B C	60,0 65,1 80,7
685 03-5	249	Zuwendung an die Heimkehrerstiftung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 06/162 03 und 13 06/182 03.</i>	0,5	0,5	A B C	2,1 0,5 0,8

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/636 02

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Leistungen der bevorzugten beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsrecht durch die Bundesagentur für Arbeit als einem für diese Aufgabe entliehenen Organ des Landes in Anwendung der Vorschriften des 2. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG). Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Bundesagentur für Arbeit. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 231 05).

2007 gegenüber 2006:

18,0 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/671 01

Vgl. Erläuterungen zu 633 02.

Zu 10 06/671 02

Mit dem 34. Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 21. Juli 2004 wurde die Durchführung der Gewährung der Kriegsschadenrente mit Wirkung vom 01.10.2006 dem Bundesausgleichsamt übertragen. Hierdurch fallen die Verwaltungskosten der KfW für die Auszahlung der Kriegsschadenrenten weg. Die Verwaltungskosten für die Einmalzahlungen der Hauptentschädigung und deren Rückforderung bei Schadensausgleich bleiben bestehen.

2007 gegenüber 2006:

84,0 Tsd. EUR weniger infolge Wegfalls der Erstattung von Verwaltungskosten für die Kriegsschadenrente.

Zu 10 06/681 02

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 06/681 06

Mit dem ab 01.01.2000 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR wurde eine Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 5 StrRehaG für alle ehemaligen politischen Häftlinge je Haftmonat festgesetzt bzw. aufgestockt. Die Antragsfrist im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz ist mit Gesetz vom 22.12.2003 bis zum 31.12.2007 verlängert worden.

Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H. (§ 20 StrRehaG).

Veranschlagt ist der Landesanteil.

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:

10,0 Tsd. EUR weniger infolge rückläufiger Anträge.

Zu 10 06/685 03

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Rückflüssen aus Darlehen, die ehemaligen Kriegsgefangenen nach Abschnitt II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gewährt wurden. Der Anteil fließt der Heimkehrerstiftung zu.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
686 01-6	246	Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG <i>Zu 686 01 und 686 21: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	1.664,8	1.664,8	A	1.775,8	
					B	1.333,2	
					C	1.306,0	
686 02-5	246	Förderung der Einrichtung "Haus der Heimat" in Nürnberg	158,0	158,0	A	168,5	
					B	128,0	
					C	135,5	
686 04-3	234	Zuschüsse aus Landesmitteln für allgemeine Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge	20,6	20,6	A	22,0	
					B	16,7	
					C	17,8	
686 06-1	246	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Inland) <i>Zu 686 06 und 687 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	164,1	164,1	A	175,0	
					B	115,3	
					C	144,4	
686 21-2	246	Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG <i>Vgl. Vermerk zu 686 01.</i>	323,5	323,5	A	345,1	
					B	260,4	
					C	323,1	
687 01-5	246	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Ausland) <i>Vgl. Vermerk zu 686 06.</i>	---	---	A	---	
					B	16,6	
					C	5,0	
Investitionsförderungsmaßnahmen							
881 01-9	246	Zuweisung an den Bund für die Beteiligung des Landes an den Baukosten für das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth	---	---	A	---	
893 06-0	246	Zuwendung zur Erweiterung der Bildungsstätte "Der Heiligenhof" in Bad Kissingen	***	***	A	---	
896 01-2	246	Hilfe für die Deutschen in Osteuropa - Zuschüsse für investive Maßnahmen	---	---	A	---	
					B	22,4	
					C	68,1	

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/686 01

Veranschlagt sind Förderungen der im staatlichen Interesse liegenden Kulturarbeit von Verbänden und Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Zur Sicherung, Ergänzung und Förderung ihrer Kulturarbeit ist der Staat nach § 96 BVFG verpflichtet (Kulturgut der Vertreibungsgebiete erhalten; Archive, Museen und Bibliotheken sichern, ergänzen und auswerten; Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherstellen und fördern).

Aus diesem Ansatz werden vorrangig die aus der Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen und die aus der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen erwachsenden Kosten getragen.

Gefördert werden im Einzelnen:

1. Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern e.V.
2. Deutsche Jugend in Europa (DJO), Landesverband e.V.
3. Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg
4. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen
5. Sudetendeutsches Archiv e.V.
6. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
7. Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste
8. Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg
9. Institutum Bohemicum, Kultur- und Bildungswerk der Ackermann-Gemeinde e.V.
10. Sudetendeutsches Musikinstitut in Regensburg
11. Bukowina-Institut e.V. in Augsburg
12. Egerland-Museum in Marktredwitz
13. Isergebirgs-Museum in Kaufbeuren-Neugablonz

2007 gegenüber 2006:

111,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 06/686 02

Institutionelle Förderung des Vereins "Haus der Heimat" in Nürnberg.

2007 gegenüber 2006:

10,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung von globalen Minderausgaben.

Zu 10 06/686 04

Die Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX darf nur für Zwecke der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsplatz einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben verwendet werden (vgl. Erläuterungen zu 10 03 TG 87 - Ausgaben). Solche Mittel können nicht zur Förderung von allgemeinen Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge Verwendung finden.

Zu 10 06/686 06

Veranschlagt ist die Förderung grenzüberschreitender Maßnahmen für die deutschen Minderheiten im Osten. Mit der Förderung soll die Wahrung der sprachlichen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht werden.

2007 gegenüber 2006:

10,9 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung von globalen Minderausgaben.

Zu 10 06/686 21

Die Mittel dienen der Erfüllung der staatlichen Verpflichtungen aus § 96 BVFG zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte.

2007 gegenüber 2006:

21,6 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung von globalen Minderausgaben.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Titelgruppen						
71 Kosten für Leistungen der Kriegsopferfürsorge						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
681 71-6	247	Beihilfen	3.450,0	3.340,0	A	4.100,0
					B	3.358,4
					C	3.619,5
863 71-6	247	Darlehen	40,0	40,0	A	100,0
					B	15,7
					C	58,7
Summe der Titelgruppe			3.490,0	3.380,0	A	4.200,0
					B	3.374,1
					C	3.678,2
72 Der Kriegsopferfürsorge entsprechende Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
681 72-5	247	Beihilfen	1.000,0	1.000,0	A	1.200,0
					B	800,5
					C	1.154,2
863 72-5	247	Darlehen	30,0	30,0	A	26,0
					B	22,9
					C	90,0
Summe der Titelgruppe			1.030,0	1.030,0	A	1.226,0
					B	823,4
					C	1.244,2
73 Der Kriegsopferfürsorge entsprechende Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
687 73-8	247	Beihilfen	875,0	850,0	A	850,0
					B	921,8
					C	763,8
866 73-1	247	Darlehen	5,0	5,0	A	5,0
Summe der Titelgruppe			880,0	855,0	A	855,0
					B	921,8
					C	763,8
74 Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71 - 73 enthalten)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
631 74-4	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei TG 71 (Einnahmen) und um die Mehreinnahmen bei den TG 72 und 73 (Einnahmen). Die Mittel sind übertragbar.</i>	580,5	580,5	A	696,5
					B	431,3
					C	549,4

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74

Die vom Freistaat Bayern nach Art. 100 Abs. 1 AGSG zu gewährenden Leistungen der Kriegsopferversorge sowie die der Kriegsopferversorge entsprechenden Leistungen nach anderen Gesetzen (SVG, ZDG) sind fast ausschließlich Pflichtleistungen, deren Art, Dauer und Ausmaß sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles richten (individuelle Hilfen). Sie dienen überwiegend zur Bestreitung des mit dem schädigenden Ereignis zusammenhängenden, aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht oder nicht hinreichend gedeckten Bedarfs in den verschiedensten Lebenssituationen; die Höhe der Leistungen bemisst sich deshalb vor allem auch nach den Lebenshaltungskosten und dem allgemeinen Kosten- und Preisniveau.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.1 und 4.2.

Zu 10 06/71

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferversorge für Berechtigte nach dem BVG.

2007 gegenüber 2006:
710,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
110,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/72

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferversorge für Berechtigte nach dem SVG und ZDG.

2007 gegenüber 2006:
196,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/73

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferversorge an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland.

2007 gegenüber 2006:
25,0 Tsd. EUR mehr infolge Anpassung an die Istausgaben.

2008 gegenüber 2007:
25,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/74

2007 gegenüber 2006:
116,0 Tsd. EUR weniger infolge geringeren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
633 74-2	247	Erstattungen an andere Träger der Kriegsofopferfürsorge (Landesanteil)	2,0	2,0	A B C	2,0 0,2 0,1
Summe der Titelgruppe			582,5	582,5	A B C	698,5 431,5 549,4
75 Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsofopferfürsorge						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 75) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 75-3	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 75, 182 75 und 281 75.</i>	2,7	2,7	A	2,7
681 75-2	247	Beihilfen	38,3	38,3	A B C	38,3 -1,1 0,3
863 75-2	247	Darlehen	2,6	2,6	A	2,6
Summe der Titelgruppe			43,6	43,6	A B C	43,6 -1,1 0,3
76 Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsofopferversorgung (ohne Kriegsofopferfürsorge)						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 76) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
631 76-2	241	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 76.</i>	0,7	0,7	A	0,7
632 76-1	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	6,0	6,0	A	5,0
636 76-7	241	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	22,0	22,0	A B C	21,5 13,1 26,1
671 76-3	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	22,0	22,0	A	16,5
672 76-2	241	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	0,5	0,5	A	0,5
681 76-1	241	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	58,8	58,8	A B C	40,8 51,8 76,4
Summe der Titelgruppe			110,0	110,0	A B C	85,0 64,9 102,6

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/75 und 76

Nach dem Ersten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (1. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

Zu 10 06/75

Veranschlagt sind Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG). Sie werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes (65 v.H.) werden bei Titelgruppe 75 (Einnahmen) vereinnahmt.

Zu 10 06/76

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge. Sie werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02), der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 35 v.H. seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 76 (Ausgaben). Einnahmen sind bei Titelgruppe 76 (Einnahmen) ausgebracht.

2007 gegenüber 2006:

25,0 Tsd. EUR mehr infolge höheren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		77 Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 77) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
631 77-1	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 77, 182 77 und 281 77.</i>	1,2	1,2	A	1,2
681 77-0	247	Beihilfen	24,1	24,1	A	24,1
863 77-0	247	Darlehen	1,5	1,5	A	1,5
		Summe der Titelgruppe	26,8	26,8	A B C	26,8 - -
		78 Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge) <i>Titel der TG (mit Ausnahme 631 78) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
631 78-0	241	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 78.</i>	0,3	0,3	A	0,3
632 78-9	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	1,0	1,0	A	0,8
636 78-5	241	Erstattungen und Beiträge an Sozialversicherungsträger	5,5	5,5	A	5,1
671 78-1	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	4,0	4,0	A	2,1
672 78-0	241	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	0,5	0,5	A	0,5
681 78-9	241	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	28,7	28,7	A B C	21,2 16,8 15,6
		Summe der Titelgruppe	40,0	40,0	A B C	30,0 16,8 15,6
		Gesamtausgaben	10.393,6	10.248,1	A B C	11.690,6 9.902,3 10.432,0

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/77 und 78

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 40 v.H. und der Bund mit 60 v.H. Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 4.4.

Zu 10 06/77

Veranschlagt sind Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung (§§ 25 bis 27j BVG). Sie werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes werden bei Titelgruppe 77 (Einnahmen) vereinnahmt.

Zu 10 06/78

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferversorgung. Sie werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02). Der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 40 % seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 78 (Ausgaben). Einnahmen sind bei Titelgruppe 78 (Einnahmen) ausgebracht.

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR mehr infolge höheren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	100,0	100,0	A	120,0	
					B	92,2	
					C	92,6	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	6.961,9	6.848,9	A	7.831,3	
					B	7.023,3	
					C	7.437,6	
		Gesamteinnahmen	7.061,9	6.948,9	A	7.951,3	
					B	7.115,5	
					C	7.530,2	
		Personalausgaben	0,5	0,5	A	0,5	
					B	-	
					C	-	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	33,8	33,3	A	41,8	
					B	1,8	
					C	7,1	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.280,2	10.135,2	A	11.513,2	
					B	9.839,5	
					C	10.208,1	
		Investitionsförderungsmaßnahmen	79,1	79,1	A	135,1	
					B	60,9	
					C	216,8	
		Gesamtausgaben	10.393,6	10.248,1	A	11.690,6	
					B	9.902,3	
					C	10.432,0	
		Zuschuss	3.331,7	3.299,2	A	3.739,3	
					B	2.786,8	
					C	2.901,8	

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	274	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4,0	4,0	A B C	3,0 3,9 3,6
119 01-1	290	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2,0	2,0	A B C	1,0 1,3 2,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	262	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
281 11-1	290	Rückerstattungen aus Zuschüssen	2.000,0	2.000,0	A B C	3.500,0 2.004,4 2.550,2
281 12-0	290	Rückzahlungen von Landeserziehungsgeld	400,0	400,0	A B C	500,0 459,0 665,3
281 13-9	290	Rückzahlungen von Familienbeihilfen	---	---	A B C	--- 0,9 7,1
Gesamteinnahmen			2.406,0	2.406,0	A B C	4.004,0 2.813,4 3.331,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen	3,0	3,0	A B C	3,0 2,8 1,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
536 01-6	011	Kosten des Landesseniorenrates in Bayern	1,3	1,3	A	1,4
536 02-5	011	Arbeitstagungen für das Personal der Heimaufsichtsbehörden	2,8	2,8	A B	3,0 2,0

Vorbemerkung zu Kapitel 10 07

Das Kapitel umfasst die Aufwendungen für die Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Zu 10 07/111 01

Einnahmen aus Gebühren usw.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

Zu 10 07/119 01

Schutzgebühren für Veröffentlichungen.

Zu 10 07/231 01

Leertitel zur Vereinnahmung etwaiger Bundeszuweisungen für Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Zu 10 07/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 2 und 6.3.

2007 gegenüber 2006:

1.500,0 Tsd. EUR weniger nach den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 07/281 12

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.2.

2007 gegenüber 2006:

100,0 Tsd. EUR weniger nach den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 07/412 01

Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen und für die Mitglieder der Fachausschüsse dieses Gremiums.

Zu 10 07/536 01

Der Landesseniorenrat berät das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in allen die Altenhilfe betreffenden Fragen. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Kosten der Entschädigung der Mitglieder und Sachverständigen, Referentenhonorare, Kosten für die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen, Besichtigungsfahrten, Fahrten von Mitgliedern des Landesseniorenrates sowie die Kosten für die Nutzung von Tagungsräumen finanziert.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

2007 gegenüber 2006:

0,1 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Zu 10 07/536 02

Aus dem Ansatz werden Aufwendungen zur Durchführung von Arbeitstagen bestritten, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen veranstaltet. Diese Arbeitstagen dienen der regelmäßigen Information des in der Heimaufsicht nach dem Heimgesetz eingesetzten Personals über aktuelle und wichtige Themen der Altenhilfe.

2007 gegenüber 2006:

0,2 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
684 02-5	235	Förderung von Maßnahmen nach § 45c Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 250,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	628,7	628,7	A B C	670,6 284,6 209,2
<u>684 03-4</u>	232	Förderung staatlich nicht anerkannter Schwangerenberatungsstellen	776,3	776,3	A	
685 01-5	290	Zuschuss an das Deutsche Jugendinstitut	225,0	225,0	A B C	267,0 213,3 222,6
686 01-4	290	Zuschüsse zur Beratung und Betreuung bedrohter Frauen	186,3	186,3	A B	198,7 160,4

Erläuterungen**Zu 10 07/684 02**

Das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz sieht die Förderung des Auf- und Ausbaus von niedrighschwelligen Betreuungsangeboten sowie von Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen insbesondere für demenzkranke Pflegebedürftige vor. Der veranschlagte Betrag ist zur Bindung der von den Spitzenverbänden der Pflegekassen (Ausgleichsfonds) bereitgestellten Mittel erforderlich.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

2007 gegenüber 2006:

41,9 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die Bewilligung mehrjähriger Modellprojekte.

Zu 10 07/684 03

Ab 01.01.2007 erhalten staatlich nicht anerkannte Schwangerenberatungsstellen nach Maßgabe von Fördergrundsätzen eine freiwillige staatliche Förderung. Diese wird als Festbetrag je Beratungsstelle ausgereicht. Die Fördergrundsätze für die ergänzende freiwillige Förderung von staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich vom 16. Dezember 2004 wurden hierfür entsprechend erweitert.

2007 gegenüber 2006:

776,3 Tsd. EUR mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 07/685 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die institutionelle Förderung des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München.

2007 gegenüber 2006:

16,7 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

25,3 Tsd. EUR weniger infolge Anpassung an den Bedarf

42,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 07/686 01

Im Rahmen der Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution werden Maßnahmen zur Beratung und Betreuung von bedrohten Frauen gefördert. Durch eine qualifizierte Betreuung sollen die Notlage der traumatisierten Frauen gemildert und aussagebereite Opfer als Zeuginnen vor Gericht unterstützt werden.

Ferner können auch Untersuchungen zur Situation betroffener Frauen gefördert werden.

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.6.

2007 gegenüber 2006:

12,4 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
71 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 853 71 mit 893 71. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 71-3	235	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	75,0	75,0	A C	40,9 10,0
531 71-6	235	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	17,7	17,7	A B C	28,6 15,6 9,2
536 71-1	235	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 25,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	60,0	60,0	A B C	33,2 13,2 34,7
633 71-3	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 30,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 30,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	130,0	130,0	A	30,7
<u>683 71-2</u>	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	200,0	200,0	A	
684 71-1	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.307,0	4.307,0	A B C	442,5 409,9 489,4
698 71-5	235	Zustiftung an die "Bayerische Stiftung Hospiz"	---	---	A	---
853 71-6	235	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Zu 853 71 mit 893 71: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	---	---	A B C	3.792,2 537,5 2.092,0
861 71-6	235	Darlehen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	700,0
862 71-5	235	Darlehen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	1.500,0 1.337,7 1.473,0
863 71-4	235	Darlehen an Sonstige im Inland <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	3.618,9 6.337,7 7.387,4
883 71-0	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A B C	1.500,0 568,3 1.304,6
891 71-0	235	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	1.200,0
892 71-9	235	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	1.400,0

Erläuterungen

Zu 10 07/71

Die Mittel dienen der Weiterentwicklung von Prävention und Rehabilitation, IuK-Technologien (Internet-Foren, "Senioren ans Netz" etc.), der Erprobung sektorenübergreifender, moderner Versorgungskonzepte, der Sicherung von Betreuungs- und Pflegeangeboten im "Bayerischen Netzwerk Pflege", die gesetzlich nicht refinanziert werden können, der Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich sowie der Forschung und Entwicklung gerontotechnologischer Produkte. Aufgrund der demografischen Entwicklung gewinnt der Grundsatz "ambulant vor stationär" nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht immer größere Bedeutung. Für die Projekte, die der innovativen Weiterentwicklung dienen, haben eine qualifizierte projektbegleitende Evaluation und wissenschaftliche Auswertung einen hohen Stellenwert. Kosten-Nutzen-Analysen bzw. Kosten-Wirksamkeits-Analysen geben dabei wichtige Erkenntnisse für die Finanzierung nach Ablauf der Modellförderung.

Die grundlegenden Veränderungen der Rahmenbedingungen insbesondere in der stationären Pflege (durchschnittliches Eintrittsalter 86 Jahre, Zunahme von psychiatrischen Erkrankungen), die aufgetretenen Pflegedefizite sowie die rasante medizinisch-pflegerische Entwicklung erfordern eine verstärkte und gezielte Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, um das Pflegepersonal mit den neuesten Entwicklungen in der Altenpflege (z.B. Gerontopsychiatrie) vertraut zu machen und für die wachsenden Anforderungen zu befähigen. Die staatliche Förderung dieser Qualifizierungsmaßnahmen dient u.a. als Steuerungsinstrument für die Sicherstellung eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und am Bedarf orientierten Fortbildungsangebotes.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Familienpflege	1.400,0	1.400,0
2. Arbeit mit und für pflegende Angehörige	1.500,0	1.500,0
3. Ehrenamtliche Hospizarbeit	25,0	25,0
4. Förderung von Innovationen (insbesondere neue ambulante Wohn- und Pflegeformen)	799,7	799,7
5. Modelle in der stationären Altenhilfe	65,0	65,0
6. Fort- und Weiterbildung	1.000,0	1.000,0
Zusammen	<u>4.789,7</u>	<u>4.789,7</u>
Verpflichtungsermächtigungen	1.080,0	1.080,0

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 6.3.

2007 gegenüber 2006:

14.772,0	Tsd. EUR	weniger infolge Einstellung der Investitionskostenförderung für stationäre Altenpflegeeinrichtungen und Altenservicezentren
3.942,9	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von TG 72
500,0	Tsd. EUR	mehr zur verstärkten Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung
286,8	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
12,3	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
<u>10.628,2</u>	Tsd. EUR	weniger

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
893 71-8	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i>	---	---	A	1.130,9	
					B	1.185,8	
					C	1.666,2	
Summe der Titelgruppe			4.789,7	4.789,7	A	15.417,9	
					B	10.418,6	
					C	14.503,4	
72 Förderung von sozialen Diensten im Bayerischen Netzwerk Pflege							
526 72-2	235	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	***	***	A	40,0	
531 72-5	235	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	***	***	A	32,9	
					B	0,7	
					C	0,8	
536 72-0	235	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	***	***	A	30,0	
633 72-2	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	100,0	
					B	60,6	
					C	62,6	
683 72-1	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	***	***	A	200,0	
684 72-0	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	***	***	A	3.540,0	
					B	2.532,3	
					C	2.684,7	
698 72-4	235	Zustiftung zur "Bayerischen Stiftung Hospiz"	***	***	A	---	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	3.942,9	
					B	2.593,5	
					C	2.748,1	
73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
<i>Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81.</i>							
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
526 73-1	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	402,3	402,3	A	102,3	
					B	40,8	
					C	53,3	
531 73-4	290	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	75,4	75,4	A	94,2	
					B	129,5	
					C	103,3	
540 73-3	290	Veranstaltungskosten	---	---	A	---	
					C	1,6	
633 73-1	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---	
684 73-9	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.963,7	2.963,7	A	2.472,1	
					B	1.655,5	
					C	1.808,1	
<i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 280,0</i>							
<i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 280,0</i>							
<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>							
685 73-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---	

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/72**

2007 gegenüber 2006:
3.942,9 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach TG 71.

Zu 10 07/73

Nach Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 124 ff. BV stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser verfassungsrechtlich garantierte Schutz wird durch die Veranschlagung von Mitteln zur Förderung von geeigneten Maßnahmen und Einrichtungen konkretisiert (vgl. Bayerisches Familienprogramm).

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3 und 2.

Zu 10 07/526 73

Mit den veranschlagten Mitteln werden Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen finanziert.

2007 gegenüber 2006:
300,0 Tsd. EUR mehr zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die Familienbildung.

Zu 10 07/531 73

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Veröffentlichung familienpolitischer Untersuchungen	50,0	50,0
2. Aufklärungsaktion für die Familie	25,4	25,4
Zusammen	<u>75,4</u>	<u>75,4</u>

2007 gegenüber 2006:
18,8 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21.

Zu 10 07/684 73

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuschüsse zu Maßnahmen der Familienerholung		
a) in Familienferienstätten und ähnlichen Einrichtungen	448,5	448,5
b) auf Bauernhöfen	215,8	215,8
2. Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit der Familienorganisationen und deren Aufgaben	76,7	76,7
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2007: 20,0 Tsd. EUR 2008: 20,0 Tsd. EUR		
3. Maßnahmen zur Familienforschung	-	-
4. Maßnahmen der Familienbildung nach § 16 SGB VIII	800,0	800,0
5. Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit	1.335,8	1.335,8
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2007: 260,0 Tsd. EUR 2008: 260,0 Tsd. EUR		
6. Maßnahmen für allein erziehende Eltern	86,9	86,9
Zusammen	<u>2.963,7</u>	<u>2.963,7</u>

2007 gegenüber 2006:
201,9 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
693,5 Tsd. EUR mehr zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der Familienbildung und der Ehe- und Familienberatung

491,6 Tsd. EUR mehr

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
				6		
893 73-6	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 290,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 290,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	562,4	562,4	A	562,4
					B	440,0
					C	640,0
		Summe der Titelgruppe	4.003,8	4.003,8	A	3.231,0
					B	2.265,8
					C	2.606,3
		74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TG 76.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 10 65 TG 81.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 74-0	262	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	---
					C	50,6
531 74-3	262	Veröffentlichungen und Informationsmaterial, Öffentlichkeitsarbeit	17,7	17,7	A	22,1
					B	1,5
					C	10,8
536 74-8	262	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	127,8	127,8	A	127,8
					B	4,1
					C	13,7
547 74-5	262	Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	51,1	51,1	A	51,1
					C	3,5
633 74-0	262	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.999,6	2.654,0	A	1.278,2
					B	2.778,8
					C	3.025,4
684 74-8	262	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	14.693,0	14.693,0	A	15.553,7
					B	11.808,8
					C	12.647,2
686 74-6	262	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	---
					B	6,8
					C	6,8

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/893 73		
	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuschüsse zur Verbesserung von Familienferienstätten Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2007: 145,0 Tsd. EUR 2008: 145,0 Tsd. EUR	281,2	281,2
2. Zuschüsse zur Verbesserung von Müttergenesungsheimen Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2007: 145,0 Tsd. EUR 2008: 145,0 Tsd. EUR	281,2	281,2
Zusammen	562,4	562,4

Zu 10 07/74

Die Empfänger der Zuwendungen sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Fachorganisationen und Institute, deren Arbeitsbereich die Jugendhilfe ist. Die freien Träger der Jugendhilfe übernehmen Aufgaben, die sonst der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände erfüllen müssten.

Das zum 1.1.1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, SGB VIII) erweitert und differenziert das Leistungsangebot und die Aufgabenstellungen gegenüber dem Jugendwohlfahrtsgesetz in hohem Maße. Es stellt familienunterstützende, -beratende und krisenbekämpfende Hilfen ebenso in den Mittelpunkt wie Hilfen zur Förderung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Insbesondere im Hinblick auf diesen stark familienorientierten Ansatz dienen die staatlichen Fördermittel zur Fortentwicklung und Umgestaltung der Jugendhilfe im Sinne des Gesetzes, aber auch zur Verbesserung vorhandener und zur Errichtung neuer Jugendhilfeeinrichtungen und -maßnahmen.

Die Zuwendungsmittel dienen außerdem der Erfüllung der der Obersten Landesjugendbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgabenstellung (§ 82 SGB VIII). Sie hat die Tätigkeit der Jugendhilfeträger und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken.

Unabhängig von dieser bundesgesetzlich verankerten Aufgabe sind die Mittel auch zur Umsetzung des Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung, Fortschreibung 1998, erforderlich. Der Strukturwandel weg vom Sozialleistungskonsum hin zu Eigeninitiative, Selbsthilfe und Mitverantwortung wird hier ebenso deutlich wie die Notwendigkeit von Vernetzung und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Zur Förderung der Jugendarbeit sind Ausgaben im Einzelplan des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus veranschlagt; vgl. Kap. 05 04 Titelgruppe 89 und die Erläuterungen hierzu.

Die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen sind im Anschluss an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe zusammenfassend dargestellt.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3 und 2.

2007 gegenüber 2006:

1.249,4 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
4,4 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
<u>797,6 Tsd. EUR</u>	<u>mehr zum kontinuierlichen Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen</u>
456,2 Tsd. EUR	weniger

2008 gegenüber 2007:

654,4 Tsd. EUR mehr zum weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen.

Zu 10 07/526 74 (und 531 74 bis 686 74)

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung der Jugendhilfe - Erziehungshilfe		
1. Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit	4.436,7	4.436,7
2. Förderung der Erziehung in der Familie	8.292,0	8.292,0
3. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	257,9	257,9
4. Qualitätsmanagement und Effizienz in der Jugendhilfe	376,1	376,1
5. Niedrigschwellige, ortsnahe Familienhilfe, u.a. Mütterzentren	949,8	949,8
6. Jugendsozialarbeit an Schulen	2.576,7	3.231,1
Zusammen	16.889,2	17.543,6

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
863 74-1	262	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
883 74-7	262	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	511,3	511,3	A B	511,3 74,4
893 74-5	262	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.133,4	2.133,4	A B C	2.445,9 2.615,9 1.300,0
Summe der Titelgruppe			19.533,9	20.188,3	A B C	19.990,1 17.290,3 17.058,0
75 Förderung der Gleichstellungs- und Frauenpolitik						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 536 75.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 75-9	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	15,3	15,3	A B C	15,3 11,7 22,7
531 75-2	290	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen, Druckkosten der Publikationsmittel	35,2	35,2	A B C	44,0 34,4 4,9
536 75-7	290	Kosten des Bayerischen Landesfrauenausschusses	24,7	24,7	A B C	26,3 10,2 10,5
540 75-1	290	Veranstaltungskosten	94,7	94,7	A B C	94,7 1,5 4,0
683 75-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A C	---
684 75-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 75-5	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	218,2	218,2	A B C	243,1 200,5 317,1
Summe der Titelgruppe			388,1	388,1	A B C	423,4 258,4 369,2

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/863 74 (883 74 und 893 74)		
	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Heimen, Tagesstätten und Verbundeinrichtungen der Jugendhilfe	2.144,7	2.144,7
2. Neue Aufgabenstellungen in der stationären Jugendhilfe	500,0	500,0
Zusammen	2.644,7	2.644,7

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:
Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für Investitionen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)		
1. Bayerisches Jugendwerk (Kap. 10 05 TG 71)	770,5	880,7
2. Freiwilliges soziales Jahr (Kap. 10 05 Titel 684 73)	571,4	621,4
3. Einrichtungen für die Frühförderung, Sozialpädiatrische Zentren (Kap. 10 05 TG 78 z.T.)	785,6	785,6
4. Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Kap. 10 07 TG 74)	19.533,9	20.188,3
5. Jugendschutz, Aktionsprogramm gegen Gewalt (Kap. 10 07 TG 76)	1.451,9	1.451,9
6. Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendhilfe sowie für Fach- und Arbeitstagungen (Kap. 10 20 Titel 536 02 und 536 03)	231,3	231,3
7. Hilfen für junge Zuwanderer (Kap. 10 50 TG 52 z.T.)	700,0	700,0
Zusammen	24.044,6	24.859,2

Zu 10 07/75 (mit Ausnahme von 536 75)

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Maßnahmen gefördert:

- Modell- und Initiativmaßnahmen zur Umsetzung der im Programm "Politik für Frauen in Bayern" genannten Ziele,
- Implementierung einer geschlechtersensiblen Sichtweise in möglichst vielen Bereichen (Gender Mainstreaming),
- Maßnahmen zur Förderung der Frauen in der Wirtschaft,
- Untersuchungen, Gutachten, Forschungsvorhaben zur weiteren Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Beruf,
- Vorwiegend modellhafte Maßnahmen zur Neuorientierung nach der Familienphase und zur Förderung des Wiedereinstiegs in eine Erwerbstätigkeit,
- Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

2007 gegenüber 2006:

24,9 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
8,8 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
33,7 Tsd. EUR	weniger

Zu 10 07/536 75

Der Bayerische Landesfrauenausschuss berät die Staatsregierung und insbesondere deren Frauenbeauftragte. Der Ausschuss arbeitet im parlamentarischen Stil in Sitzungen. Aus dem Ansatz werden deshalb vor allem die Kosten der Entschädigung der Delegierten anlässlich der Sitzungen finanziert. Hieraus werden auch die aufgrund der Vernetzung der Landesfrauenräte für die Präsidiumsmitglieder anfallenden Reisekosten gezahlt. Des Weiteren werden Kosten für Sachverständige, Referenten, die Beschaffung von Informationsmaterial und sonstigen Arbeitsmitteln übernommen.

2007 gegenüber 2006:

1,6 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		76 Förderung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes sowie Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 74. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01.</i>				
526 76-8	262	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	25,6	25,6	A	25,6
531 76-1	262	Druckkosten der Publikationsmittel	14,3	14,3	A B C	17,9 2,0 2,0
536 76-6	262	Kosten von Fach- und Arbeitstagen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	---	---	A B C	--- 0,3 1,1
633 76-8	262	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	374,1	374,1	A	401,1
671 76-1	262	Erstattung von Kosten des gesetzlichen Jugendmedienschutzes	70,0	70,0	A B C	70,0 94,3 52,8
681 76-9	262	Belohnungen, Prämien und Geldleistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
684 76-6	262	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	967,9	967,9	A B C	1.037,9 798,0 841,1
883 76-5	262	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 76-3	262	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.451,9	1.451,9	A B C	1.552,5 894,5 896,9

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/526 76 (und 531 76 bis 684 76)**

Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes und zur Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erzieherischer und gesetzlicher Jugendschutz	958,9	958,9
2. Umsetzung von Schwerpunkten des Aktionsprogramms gegen Gewalt	493,0	493,0
Zusammen	1.451,9	1.451,9

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 2.

2007 gegenüber 2006:

97,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

3,6 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21

100,6 Tsd. EUR weniger

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan**

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	406,4	413,6	399,9	388,1
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	167,8	167,8	164,5	170,1
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	574,2	581,4	564,4	558,2
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	70,0	72,0	68,1	79,5
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) Bund	-	-	-	-
b) Bundesamt für Zivildienst	3,0	3,0	2,5	2,8
3. Zuwendungen des Landes	501,2	506,4	493,8	475,9
Zusammen	574,2	581,4	564,4	558,2

Höhere Zuwendungen des Landes insbesondere infolge tariflicher und struktureller Anpassung der Personalkosten.

Stellenplan

	Zahl der Stellen		
	Soll 2007	Soll 2008	Soll 2006
Angestellte			
VergGr. III	1,5 +)	1,5 +)	1,5 +)
VergGr. IV a	3,5 ++)	3,5 ++)	3,5 ++)
VergGr. V b	0,5	0,5 +++)	0,5
VergGr. V c	1,5 ++++)	1,5 ++++)	1,5 ++++)
VergGr. VII	0,5 +++++)	0,5 +++++)	0,5 +++++)
))	
Zusammen	7,5	7,5	7,5

+) davon 1 Stelle im Bewährungsaufstieg in VergGr. II a

++) Stellen im Bewährungsaufstieg in VergGr. III

+++)

++++) davon 0,5 Stelle im Bewährungsaufstieg in VergGr. V b

+++++) Stelle im Bewährungsaufstieg in VergGr. VI b

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
		77 Förderung staatlich anerkannter Schwangeren- beratungsstellen nach Art. 14 BaySchwBerG <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Der Staatszuschuss kann im Rahmen der veranschlagten Mittel auf 60 v.H. erhöht werden.</i>				
633 77-7	232	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	450,0	450,0	A B C	425,0 429,3 403,9
684 77-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	7.750,0	7.850,0	A B C	7.575,0 7.350,2 7.075,7
		Summe der Titelgruppe	8.200,0	8.300,0	A B C	8.000,0 7.779,5 7.479,7
		78 Förderung von innovativen Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder"				
526 78-6	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	***	***	A	---
531 78-9	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	***	***	A B	--- 130,6
536 78-4	274	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	***	***	A	---
633 78-6	274	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	---
684 78-4	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	***	***	A B C	--- 4.380,4 4.529,4
		Summe der Titelgruppe	-	-	A B C	- 4.511,0 4.529,4
		79 Förderung von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach Art. 24 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
883 79-2	290	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	511,3 418,3 414,2

Zu 10 07/77

Nach Art. 18 des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes (BaySchwBerG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 320), zuletzt geändert durch Art. 36 des Gesetzes vom 24. Juli 2003 (GVBl S. 452), übernimmt der Freistaat Bayern 50 v.H. der förderfähigen Gesamtkosten der anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich. Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen 30 v.H. der zuschussfähigen Gesamtkosten.

Gemäß den Fördergrundsätzen für die ergänzende Förderung von staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich vom 16. Dezember 2004 konnte der Staatszuschuss bis 31.12.2006 auf maximal 65 v.H. erhöht werden. Ab 01.01.2007 ist die staatliche Förderung auf bis zu 60 v.H. begrenzt.

2007 gegenüber 2006:

200,0 Tsd. EUR mehr zur Förderung von zusätzlichen Beratungsstellen und Personalaufstockungen sowie aufgrund von Tarifierhöhungen.

2008 gegenüber 2007:

100,0 Tsd. EUR mehr wegen Tarifierhöhungen.

Zu 10 07/78

Seit 2006 bei TG 89 veranschlagt.

Zu 10 07/79

Für Neu- und Erweiterungsbauten sowie Generalmodernisierungen von Heilpädagogischen Tagesstätten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gewährt der Staat Finanzhilfen (Art. 24 Abs. 2 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz). Die Empfänger der Zuwendungen sind gemeinnützige Träger der freien Wohlfahrtspflege und kommunale Träger, die Heilpädagogische Tagesstätten, Internate, Heime und ähnliche Einrichtungen errichten und betreiben, um Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen den Schulbesuch zu ermöglichen und eine Ganztagesbetreuung sicherzustellen. Heilpädagogische Tagesstätten, Internate und ähnliche Einrichtungen sind in der Regel mit (Förder-)Schulen baulich und konzeptionell verbunden. Die veranschlagten Mittel sind für die Einrichtungsträger auch deshalb erforderlich, damit sie notwendige Schulbaumaßnahmen verwirklichen können.

2007 gegenüber 2006:

132,3 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben.

Verpflichtungsermächtigung 2007 und 2008:

Für die jahresübergreifende Bewilligung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
893 79-0	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 3.125,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.200,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2007 in Höhe von 3.125,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2008 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2009 Tsd. EUR 1.200,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 725,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2008 in Höhe von 2.200,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2009 Tsd. EUR 700,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 1.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 500,0</i>	1.985,1	1.985,1	A B C	1.606,1 1.190,9 1.300,9
Summe der Titelgruppe			1.985,1	1.985,1	A B C	2.117,4 1.609,2 1.715,1
80 Leistungen nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
681 80-3	232	Landeserziehungsgeld <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 05 TG 78 bis zu 1.022,6 Tsd. EUR.</i>	112.000,0	114.900,0	A B C	97.800,0 123.854,9 163.662,6
Summe der Titelgruppe			112.000,0	114.900,0	A B C	97.800,0 123.854,9 163.662,6
82 Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 82-0	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 20,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 20,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	25,0	25,0	A B	25,0 2,4
531 82-3	290	Veröffentlichung und Dokumentation	15,7	15,7	A B C	21,6 74,0 32,3
540 82-2	290	Veranstaltungskosten	5,0	5,0	A	5,0
633 82-0	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 82-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.374,7	1.374,7	A B C	1.468,1 1.216,9 1.367,2
685 82-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 82-6	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	---	---	A	---
698 82-2	290	Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt"	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			1.420,4	1.420,4	A B C	1.519,7 1.293,2 1.399,5

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/80**

Veranschlagt sind die Kosten für den Vollzug des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes in der für Geburten ab 01.07.2002 geltenden Fassung. Das Landeserziehungsgeld beträgt für das erste Kind monatlich bis zu 200 EUR, für das zweite Kind monatlich bis zu 250 EUR und ab dem dritten Kind monatlich bis zu 350 EUR. Es wird für das erste Kind für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten gezahlt, ab dem zweiten Kind gilt ein Bezugszeitraum von zwölf Monaten.

Durch Haushaltsvermerk ist zu Lasten 681 80 eine Mittelverstärkung zugunsten 10 05/78 (Landesbehindertenplan) bis zu 1.022,6 Tsd. EUR möglich.

Zu 10 07/681 80

Bewirtschaftung durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.2.

2007 gegenüber 2006:

14.200,0 Tsd. EUR mehr wegen geringeren Rückgangs der Geburtenzahlen sowie nicht erreichbarer Einsparungen infolge Änderungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes, die beim Landeserziehungsgeldgesetz unmittelbar Anwendung finden.

2008 gegenüber 2007:

2.900,0 Tsd. EUR wegen erhöhten Bedarfs.

Im Ansatz 2008 ist eine geplante Modifizierung des Landeserziehungsgeldes mit Folgeänderungen im Hinblick auf die Einführung des Bundeselterngeldes berücksichtigt.

Zu 10 07/82

Aufwendungen für Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erforschung der Gewaltproblematik Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2007: 20,0 Tsd. EUR 2008: 20,0 Tsd. EUR	25,0	25,0
2. Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Untersuchungen, Ergebnisse von Fachtagungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für das Thema "Gewalt gegen Frauen und Kinder"	15,7	15,7
3. Veranstaltungskosten für Fachtagungen u. dgl. zur Gewaltproblematik	5,0	5,0
4. Betreuung misshandelter Frauen und deren Kinder in Frauenhäusern	980,0	980,0
5. Beratung misshandelter Frauen und deren Kinder durch Notrufgruppen	364,7	364,7
6. Fortbildung des Personals	10,0	10,0
7. Modellmaßnahmen	-	-
8. Vorübergehende Unterkunfts- und Betreuungsstätten für von Gewalt betroffene ausländische Frauen (v.a. aus Asien)	20,0	20,0
9. Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt " sowie Fördermaßnahmen, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und modellhafte Präventionspro- jekte sowie Verwaltung	-	-
Zusammen	1.420,4	1.420,4

2007 gegenüber 2006:

95,0 Tsd. EUR weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben

4,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21

99,3 Tsd. EUR weniger

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
84 Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens - Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" - <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
531 84-1	232	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	113,0	113,0	A	185,1	
					B	93,1	
					C	86,3	
540 84-0	232	Veranstaltungskosten	140,9	140,9	A	40,9	
					B	71,6	
					C	55,7	
684 84-6	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---	
					B	0,5	
685 84-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4.188,6	4.188,6	A	4.445,5	
					B	3.760,0	
					C	3.650,0	
Summe der Titelgruppe			4.442,5	4.442,5	A	4.671,5	
					B	3.925,1	
					C	3.792,0	
85 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>							
526 85-7	290	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	5,0	5,0	A	---	
					B	12,3	
					C	5,8	
531 85-0	290	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	5,0	5,0	A	---	
					B	2,0	
536 85-5	290	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	---	---	A	---	
					B	1,0	
540 85-9	290	Veranstaltungskosten	---	---	A	---	
<u>547 85-2</u>	290	Ausgaben für die privatversicherungsrechtliche Absicherung ehrenamtlich Tätiger für Unfall und Haftpflicht (Landesversicherung)	175,0	175,0	A		
633 85-7	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	311,2	
					B	250,8	
					C	257,7	
683 85-6	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	---	
684 85-5	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	315,0	315,0	A	8,8	
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 105,0</i>			B	10,6	
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	24,5	
893 85-2	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---	
Summe der Titelgruppe			500,0	500,0	A	320,0	
					B	276,7	
					C	288,0	

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/84**

Aufwendungen für Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens einschließlich der Mittel für die Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind".

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz des ungeborenen Lebens	113,0	113,0
2. Veranstaltungskosten	140,9	140,9
3. Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"		
a) Schwangerenhilfe	3.688,6	3.688,6
b) Hilfen für Familien in Not	400,0	400,0
4. Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens	100,0	100,0
Zusammen	<u>4.442,5</u>	<u>4.442,5</u>

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 5.1.

2007 gegenüber 2006:

292,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
37,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
100,0 Tsd. EUR	mehr zur Umsetzung des Projekts "SAFE - Sichere Ausbildung für Eltern"
<u>229,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 07/85

Aufwendungen für die Förderung von Maßnahmen, Projekten und Einrichtungen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement sowie Abschluss einer Landesversicherung über die private Versicherungswirtschaft.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Untersuchungen, Fachtagungen, Workshops zu Bedarf und Möglichkeiten von Freiwilligendiensten, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt	5,0	5,0
2. Öffentlichkeitsarbeit, Werbekampagnen	5,0	5,0
3. Modelle, Innovationen, Anschubfinanzierungen, Auf- und Ausbau von Freiwilligendiensten, Förderung von Vernetzungen	315,0	315,0
4. Aufwendungen für eine Landesversicherung "Ehrenamtspolice" für ehrenamtlich Tätige	175,0	175,0
Zusammen	<u>500,0</u>	<u>500,0</u>
Verpflichtungsermächtigungen	105,0	-

Bewirtschaftung teilweise durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales, Kap. 10 20, Aufgabenbereich 1.3.

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
175,0 Tsd. EUR	mehr zum Abschluss einer Landesversicherung für ehrenamtlich Tätige
25,0 Tsd. EUR	mehr zur verstärkten Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Bevölkerung
<u>180,0 Tsd. EUR</u>	mehr

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
89 Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege <i>Titel 633 89 und 684 89 gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Titel 525 89 bis 536 89 bis zu 380,0 Tsd. EUR deckungsfähig zu Lasten Titel 633 89 und 684 89.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Sonstige Maßnahmen können aus den Mitteln der TG nach Maßgabe der Erläuterungen vorgenommen werden.</i>							
525 89-4	274	Fortbildung	---	---	A	---	
526 89-3	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	75,0	75,0	A	75,0	
531 89-6	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	55,3	55,3	A	69,1	
536 89-1	274	Kosten von Fach- und Arbeitstagen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	---	---	A	---	
633 89-3	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	528.581,7	573.581,7	A	325.255,1	
684 89-1	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	51.588,0	11.588,0	A	239.194,9	
Summe der Titelgruppe			580.300,0	585.300,0	A	564.594,1	
					B	-	
					C	-	
90 Ausgaben für das pädagogische Personal an Kindergärten							
526 90-0	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	***	***	A	---	
					B	10,6	
					C	19,4	
531 90-3	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	***	***	A	---	
					B	0,2	
633 90-0	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	---	
					B	141.644,2	
					C	145.882,1	
684 90-8	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	***	***	A	---	
					B	329.378,9	
					C	328.200,6	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-	
					B	471.034,0	
					C	474.102,1	
91 Förderung von Kinderhorten und sonstigen Kindertagesstätten							
526 91-9	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	***	***	A	---	
531 91-2	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	***	***	A	---	
					B	62,8	
633 91-9	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	***	***	A	---	
					B	2.429,3	
					C	2.590,0	

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/89**

1. a) Zuschüsse zu den förderfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals in Kindergärten und Horten (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 BayKiBiG und ÄndG) im Rahmen der Endabrechnung und erforderlicher Berichtigungen an kommunale und freigemeinnützige Träger.
b) Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen und für die Tagespflege nach Art. 18 ff. BayKiBiG an Gemeinden und an Träger der öffentlichen Jugendhilfe.
2. Aus den Mitteln können ferner finanziert werden:
a) Fortbildungsmaßnahmen für das pädagogische Personal nach Art. 17 Abs. 2 BayKiBiG, zur Umsetzung der kindbezogenen Förderung, zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes, für den Austausch von pädagogischen Kräften sowie für Lehrkräfte im Rahmen der Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Schulen.
b) Zuschüsse für den Aufbau einer Tagespflegestruktur (§ 3 Abs. 3 Nr. 6 BayKiBiG und ÄndG).
c) Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit.

3. Mittelaufteilung	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
a) Personalkostenzuschüsse bzw. Betriebskostenförderung	576.981,7	581.981,7
b) Fortbildungsmaßnahmen		
- für das pädagogische Personal	490,0	490,0
- für die Umsetzung der kindbezogenen Förderung	448,0	448,0
- für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans	600,0	600,0
- im Rahmen des Austausches von pädagogischen Kräften	50,0	50,0
c) Aufbau einer Tagespflegestruktur	1.600,0	1.600,0
d) Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	130,3	130,3
Zusammen	580.300,0	585.300,0

Die Investitionskostenzuschüsse (Art. 27 BayKiBiG) sind bei 13 10/883 47 veranschlagt.

2007 gegenüber 2006:

4.000,0	Tsd. EUR	mehr wegen Aufnahme von Einrichtungen in sonstiger Trägerschaft in die staatliche Förderung (u.a. Betriebskindergärten)
11.419,7	Tsd. EUR	mehr wegen Ausbaus der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige und Schulkinder in Kindertageseinrichtungen, Ausbaus der Tagespflegeangebote sowie Aufbaus einer Tagespflegestruktur
300,0	Tsd. EUR	mehr zur Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans
13,8	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21
15.705,9	Tsd. EUR	mehr

2008 gegenüber 2007:

5.000,0 Tsd. EUR mehr aufgrund von Tarifierhöhungen und weiterem Ausbau.

Zu 10 07/90

Seit 2006 bei TG 89 veranschlagt.

Zu 10 07/91

Seit 2006 bei TG 89 veranschlagt.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
684 91-7	274	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	***	***	A B C	--- 20.748,6 20.850,4
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 23.240,6 23.440,3
92 - 96 Förderung neuer und bis einschließlich 2001 nicht geförderter Kinderbetreuungsplätze, Modellversuch Tagespflege						
526 92-8	274	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	***	***	A B C	--- 30,7 25,7
531 92-1	274	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	***	***	A B C	--- 72,7 2,8
536 92-6	274	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	***	***	A	---
633 92-8	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für neue Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige	***	***	A B C	--- 4.110,1 391,8
633 93-7	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für neue Kinderbetreuungsplätze in Horten	***	***	A B C	--- 13.868,3 1.278,5
633 94-6	274	Zuweisungen ein Gemeinden und Gemeindeverbände für neue Kinderbetreuungsplätze im Rahmen eines Modellversuchs in der Tagespflege	***	***	A B C	--- 79,5 79,2
633 95-5	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für bis einschließlich 2001 nicht geförderte Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige	***	***	A B C	--- 4.386,6 4.070,2
633 96-4	274	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für bis einschließlich 2001 nicht geförderte Kinderbetreuungsplätze in Horten	***	***	A B C	--- 1.386,7 8.191,1
684 92-6	274	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für neue Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige	***	***	A B C	--- 4.193,0 1.767,5
684 93-5	274	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für neue Kinderbetreuungsplätze in Horten	***	***	A	---
684 95-3	274	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für bis einschließlich 2001 nicht geförderte Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige	***	***	A B C	--- 2.793,3 1.963,2
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 30.920,9 17.769,9
Gesamtausgaben			740.838,8	749.493,2	A B C	724.724,2 702.829,5 736.804,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	6,0	6,0	A	4,0
					B	65,2
					C	8,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.400,0	2.400,0	A	4.000,0
					B	2.748,2
					C	3.322,6
		Gesamteinnahmen	2.406,0	2.406,0	A	4.004,0
					B	2.813,4
					C	3.331,3
		Personalausgaben	3,0	3,0	A	3,0
					B	2,8
					C	1,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.655,8	1.655,8	A	1.253,0
					B	844,4
					C	601,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	733.987,8	742.642,2	A	702.989,2
					B	687.275,6
					C	718.623,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	5.192,2	5.192,2	A	20.479,0
					B	14.706,6
					C	17.578,3
		Gesamtausgaben	740.838,8	749.493,2	A	724.724,2
					B	702.829,5
					C	736.804,0
		Zuschuss	738.432,8	747.087,2	A	720.720,2
					B	700.016,1
					C	733.472,7

Erläuterungen

Zu 10 07/92 bis 96
Seit 2006 bei TG 89 veranschlagt.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4.000,0	4.000,0	A B C	3.003,7 3.506,8 3.029,9
112 01-2	054	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	9,3	9,3	A B C	13,0 37,1 31,0
119 49-9	054	Vermischte Einnahmen	1,4	1,4	A B C	3,9 1,6 2,5
124 01-8	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,5	4,5	A B C	4,5 5,6 30,3
132 01-8	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A B	--- 0,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			4.015,2	4.015,2	A B C	3.025,1 3.563,5 3.107,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-9	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	474,0	485,0	A B C	430,0 454,2 418,8
422 01-7	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	13.556,4	13.716,8	A B C	13.477,1 13.369,2 13.220,9
422 11-5	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	511,3	517,3	A B C	595,0 504,2 518,4
422 21-3	054	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	289,0	292,4	A B C	280,8 285,0 317,5
422 31-1	054	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	100,4	101,6	A B C	85,1 99,0 132,0
422 41-9	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A C	--- 1,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 10

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen wird in Bayern durch die Landesarbeitsgerichte München und Nürnberg als Berufungs- und Beschwerdegerichte und die Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Weiden und Würzburg mit insgesamt 11 auswärtigen Kammern als Erstinstanzgerichte nach dem Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) vom 3. September 1953 (BGBl I S. 1267) in der Fassung der verschiedenen Änderungsgesetze ausgeübt.

Zu 10 10/111 01

Gebühren und Auslagen nach § 12 ArbGG.

2007 gegenüber 2006:

996,3 Tsd. EUR mehr wegen Auswirkungen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.

Zu 10 10/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	4,4	4,4
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,1	0,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	4,5	4,5

Zu 10 10/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

2007 gegenüber 2006:

44,0 Tsd. EUR mehr wegen Erhöhung der Entschädigungssätze für die ehrenamtlichen Richter.

2008 gegenüber 2007:

11,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/422 41

Leertitel für die Verbuchung ggf. anfallender Aufwendungen.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
425 01-4	054	Vergütungen der Angestellten	3.794,0	3.868,2	A	3.848,7	
					B	3.712,3	
					C	3.667,3	
425 11-2	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	5,0	
					B	0,0	
					C	0,0	
425 15-8	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	109,3	111,4	A	---	
					B	106,9	
					C	90,3	
425 17-6	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	66,4	67,7	A	---	
					B	65,0	
					C	99,5	
425 41-6	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	0,5	0,5	A	7,7	
					B	0,5	
					C	1,4	
426 01-3	054	Löhne der Arbeiter	256,4	261,4	A	285,1	
					B	250,9	
					C	230,9	
426 05-9	054	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	67,6	68,9	A	---	
					B	66,1	
					C	65,1	
427 01-2	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	4,5	4,6	A	10,0	
					B	4,4	
					C	4,1	
453 01-9	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,5	11,5	A	25,0	
					B	12,9	
					C	19,1	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-9	054	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.517,0	1.517,0	A	1.631,4	
					B	1.196,2	
					C	1.377,9	
514 01-6	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	4,4	4,4	A	3,5	
					B	3,0	
					C	0,0	
514 11-4	054	Dienst- und Schutzkleidung	3,5	3,5	A	4,0	
					B	2,8	
					C	1,5	
517 01-3	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	416,0	416,0	A	465,2	
					B	323,2	
					C	353,8	

Erläuterungen

Zu 10 10/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/427 01

2007 gegenüber 2006:

5,5 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/453 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	8,5	8,5
2. Umzugskostenvergütungen	4,0	3,0
Zusammen	12,5	11,5

2007 gegenüber 2006:

12,5 Tsd. EUR weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 teilweise wieder zu.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	175,0	175,0
2. Bücher und Zeitschriften	202,0	202,0
3. Kommunikation	103,0	103,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	955,0	955,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	64,0	64,0
6. Sonstiges	18,0	18,0
Zusammen	1.517,0	1.517,0

2007 gegenüber 2006:

114,4 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	3,9	3,9
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	0,5	0,5
Zusammen	4,4	4,4

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	4,4	4,4
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Zusammen	4,4	4,4

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2007	Soll 2008	Soll 2006	am 1.2.2006	
				gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1	1	1	1	1
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1	1

Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/514 01 veranschlagt (Fahrbereitschaft).

Zu 10 10/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

49,2 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
517 05-9	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	236,0	236,0	A	214,1	
					B	183,3	
					C	158,7	
<u>517 31-7</u>	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
<u>517 35-3</u>	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
518 01-2	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.316,0	1.331,0	A	1.289,0	
					B	1.248,0	
					C	1.230,8	
518 11-0	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	---	---	A	---	
					B	0,1	
					C	2,4	
518 18-3	054	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	3,0	3,0	A	2,4	
					B	2,4	
<u>518 31-6</u>	054	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
519 01-1	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
					B	66,4	
					C	98,9	
526 01-2	054	Auslagen in Rechtssachen	8.200,0	8.500,0	A	6.183,0	
					B	6.712,3	
					C	5.982,4	
527 01-1	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	137,5	137,5	A	137,5	
					B	84,3	
					C	12,9	
532 11-2	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---	
540 01-4	054	Veranstaltungskosten	---	---	A	---	
					B	15,1	
546 49-2	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	3,0	3,0	A	6,7	
					B	1,7	
					C	2,7	
Baumaßnahmen							
701 01-9	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	
Sonstige Sachinvestitionen							
811 01-6	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---	
812 01-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	117,0	117,0	A	130,0	
					B	92,0	
					C	84,7	
812 03-3	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---	

Erläuterungen

Zu 10 10/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	150,0	150,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	86,0	86,0
Zusammen	<u>236,0</u>	<u>236,0</u>

2007 gegenüber 2006:

21,9 Tsd. EUR mehr wegen erhöhter Preise für Heizstoffe und elektrische Energie.

Zu 10 10/518 01

Für angemietete Diensträume sind im Einzelnen veranschlagt (Jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Arbeitsgericht/Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 2007 Tsd. EUR	Jährliche Kosten 2008 Tsd. EUR
Augsburg, Ulrichsplatz 3	1 019	83,0	83,0
Kammer Neu-Ulm, Keplerstr. 2	109	14,0	14,0
Kempten, Königstraße 11	805	89,0	89,0
München, Winzererstraße 104	6 403	982,0	997,0
Passau, Eggendobl 4	632	65,0	65,0
Kammer Deggendorf	263	19,0	19,0
Bayreuth für Kammer Hof Gerichtstage	-	38,0	38,0
Zusammen		<u>1.316,0</u>	<u>1.331,0</u>

2007 gegenüber 2006:

27,0 Tsd. EUR mehr wegen Mieterhöhungen und Anmietung neuer Räume für die Kammer Neu-Ulm.

Zu 10 10/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 10/526 01

2007 gegenüber 2006:

2.017,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

300,0 Tsd. EUR mehr wegen Auswirkungen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.

Zu 10 10/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 10/812 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	13,0	13,0
2. Ersatzbeschaffungsprogramm für unbrauchbar gewordene Einrichtungsgegenstände	75,0	75,0
3. Ersatz von Geschäftszimmerausstattungen	29,0	29,0
Zusammen	<u>117,0</u>	<u>117,0</u>

2007 gegenüber 2006:

13,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-2	054	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	206,0	206,0	A B C	254,7 94,9 177,7
514 99-9	054	Verbrauchsmittel	50,0	50,0	A B C	133,4 37,3 48,9
518 99-5	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A B	3,3 0,4
519 99-4	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	68,7	68,7	A B	--- 14,0
525 99-6	054	Aus- und Fortbildung	18,7	18,7	A B C	53,6 5,6 13,0
526 99-5	054	Ausgaben für Sachverständige	50,0	25,0	A B C	68,4 108,2 6,7
527 99-4	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	8,0	8,0	A B C	12,6 18,2 6,9
534 99-5	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	---	---	A	---
812 99-8	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	539,0	439,0	A B C	323,0 433,8 274,5
Summe der Titelgruppe			940,4	815,4	A B C	849,0 712,6 527,7
Gesamtausgaben			32.136,1	32.591,1	A B C	29.965,3 29.573,9 28.621,4

Erläuterungen

Zu 10 10/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und für die Informationsgewinnung. Die Ansätze der TG 99 sind für Ersatzbeschaffungen zwingend erforderlich.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

Anzahl
der Stellen

Gruppe Beamte

Höherer Dienst

-

Gehobener Dienst

7

Mittlerer Dienst

6

Gruppe Angestellte

-

Zusammen 13

2007 gegenüber 2006:

91,4 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:

125,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/511 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	-	-
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	205,0	205,0
4. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>206,0</u>	<u>206,0</u>

Zu 10 10/812 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Ersatzbeschaffung von Notebooks	47,0	47,0
2. Ersatzbeschaffungen für PC, Bildschirme und Drucker	275,0	275,0
3. Softwarelizenzen	17,0	17,0
4. Notfallkonzept zur Sicherung der Altsysteme	200,0	100,0
Zusammen	<u>539,0</u>	<u>439,0</u>

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	4.015,2	4.015,2	A	3.025,1	
					B	3.551,5	
					C	3.093,7	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-	
					B	12,0	
					C	13,5	
		Gesamteinnahmen	4.015,2	4.015,2	A	3.025,1	
					B	3.563,5	
					C	3.107,2	
		Personalausgaben	19.242,3	19.507,3	A	19.049,5	
					B	18.930,6	
					C	18.787,1	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	12.237,8	12.527,8	A	10.462,8	
					B	10.117,5	
					C	9.475,1	
		Sonstige Sachinvestitionen	656,0	556,0	A	453,0	
					B	525,9	
					C	359,3	
		Gesamtausgaben	32.136,1	32.591,1	A	29.965,3	
					B	29.573,9	
					C	28.621,4	
		Zuschuss	28.120,9	28.575,9	A	26.940,2	
					B	26.010,4	
					C	25.514,2	

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6.800,0	6.800,0	A B C	21,4 37,0 25,5
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	51,0	51,0	A B C	28,0 50,8 33,6
119 49-5	054	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A B C	10,0 0,5 4,1
124 01-4	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	25,0	25,0	A B C	24,1 23,4 23,3
132 01-4	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0,3	0,3	A B C	0,3 0,1 0,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-7	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A C	---
281 01-3	054	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A B C	7.000,0 6.483,1 5.639,2
Gesamteinnahmen			6.876,8	6.876,8	A B C	7.083,8 6.599,6 5.727,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	555,0	555,0	A B C	555,5 522,2 491,9
422 01-3	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	17.793,5	18.004,0	A B C	17.353,6 17.547,8 16.950,6
422 11-1	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	446,3	451,5	A B C	362,1 440,1 409,0
422 21-9	054	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	183,4	185,6	A B C	235,5 180,9 226,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 12

Die Sozialgerichtsbarkeit wird in Bayern durch das Bayerische Landessozialgericht in München als Berufungs- und Beschwerdegericht (§ 28 Abs. 1, § 29 SGG, Art. 4 Abs. 1 AGSGG) und die Sozialgerichte Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg als Erstinstanzgerichte (§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGG, Art. 1 AGSGG) ausgeübt.

Durch Verordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Mai 1995 (GVBl S. 167) wurde zum 1. Juli 1995 eine Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts mit 6 Senaten in Schweinfurt errichtet.

Zu 10 12/111 01

Kosten für die Anfertigung von Abschriften gemäß §§ 93, 120 Abs. 2 SGG.

Erstattung von Gebühren nach §§ 184 ff., von Kosten nach § 109 SGG und den Auslagen für geleistete Rechtshilfe.

2007 gegenüber 2006:

6.750,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 281 01
28,6 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen
<u>6.778,6 Tsd. EUR</u>	mehr

Zu 10 12/112 01

Ordnungsgelder gemäß § 118 SGG in Verbindung mit §§ 380 ff., 409 ZPO.

2007 gegenüber 2006:

23,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen.

Zu 10 12/119 49

2007 gegenüber 2006:

9,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 12/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	24,3	24,3
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,1	0,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	0,6	0,6
Zusammen	<u>25,0</u>	<u>25,0</u>

Zu 10 12/281 01

2007 gegenüber 2006:

6.750,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 111 01
250,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen
<u>7.000,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 12/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) zu leisten.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 12/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
422 31-7	054	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	537,6	544,0	A	146,2	
					B	530,2	
					C	65,6	
425 01-0	054	Vergütungen der Angestellten	4.449,5	4.536,6	A	4.145,4	
					B	4.353,7	
					C	3.983,4	
425 11-8	054	Vergütung für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	---	
425 12-7	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
425 15-4	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	112,3	114,5	A	---	
					B	109,9	
					C	145,7	
425 17-2	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	166,4	169,6	A	---	
					B	162,8	
					C	210,6	
425 41-2	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	---	---	A	---	
					B	2,9	
					C	2,9	
426 01-9	054	Löhne der Arbeiter	717,6	731,7	A	661,8	
					B	702,2	
					C	673,4	
426 05-5	054	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gem. Nr. 3.1 DBestHG)	60,8	62,0	A	---	
					B	59,5	
					C	68,8	
426 12-6	054	Löhne der Arbeiter (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
426 17-1	054	Löhne der Arbeiter zur Überbrückung von Elternzeit gem. Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---	
427 01-8	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---	
					B	0,4	
					C	0,5	
453 01-5	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	15,5	15,5	A	20,5	
					B	4,0	
					C	24,7	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-5	054	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.479,6	1.479,6	A	1.429,0	
					B	1.166,2	
					C	1.150,7	
514 01-2	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	17,4	17,4	A	16,4	
					B	13,7	
					C	16,4	
514 11-0	054	Dienst- und Schutzkleidung	4,5	4,5	A	4,0	
					B	3,5	
					C	3,3	
517 01-9	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	657,7	657,7	A	665,0	
					B	510,8	
					C	535,4	
517 05-5	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	463,5	463,5	A	440,5	
					B	360,0	
					C	322,6	

Erläuterungen

Zu 10 12/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/425 41.

Zu 10 12/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/453 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Trennungsgeld	10,3	10,3
2. Umzugskostenvergütungen	5,2	5,2
Zusammen	15,5	15,5

Zu 10 12/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 wieder zu.

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	160,0	160,0
2. Bücher und Zeitschriften	345,0	345,0
3. Kommunikation	95,0	95,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	759,6	759,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	99,0	99,0
6. Sonstiges	21,0	21,0
Zusammen	1.479,6	1.479,6

2007 gegenüber 2006:

50,6 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	14,0	14,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	3,4	3,4
Zusammen	17,4	17,4

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	17,4	17,4
Personalausgaben	93,3	93,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		
Ausgaben für Leasing/Miete	8,4	8,4
Zusammen	119,1	119,1

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2006	
	2007	2008	2006	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	2
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1	-
Kommunaltraktoren	2	2	2	2	-

Zu 10 12/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 12/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	280,5	280,5
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	183,0	183,0
Zusammen	463,5	463,5

2007 gegenüber 2006:

23,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Energiekosten.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
518 01-8	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.219,6	1.219,6	A	1.180,0
					B	1.201,6
					C	1.283,9
518 11-6	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	35,1	35,1	A	30,4
					B	34,1
					C	35,7
518 18-9	054	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	8,4	8,4	A	4,7
					B	4,2
519 01-7	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
					B	216,5
					C	246,6
526 01-8	054	Auslagen in Rechtssachen	24.676,0	24.676,0	A	25.140,1
					B	23.963,3
					C	21.098,7
527 01-7	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	44,2	44,2	A	62,6
					B	34,8
					C	17,4
532 11-8	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
540 01-0	054	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
					B	5,3
					C	4,8
546 49-8	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	2,9	2,9	A	6,0
					B	2,3
					C	2,8
Baumaßnahmen						
701 01-5	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	550,0	300,0	A	500,0
					B	200,6
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	21,0

Erläuterungen

Zu 10 12/518 01

Für angemietete Diensträume sind im Einzelnen veranschlagt (jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Sozialgericht/Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 2007 Tsd. EUR	Jährliche Kosten 2008 Tsd. EUR
Zweigstelle des BLSG in Schweinfurt	1 450	192,0	192,0
Augsburg, Holbeinstraße 12	2 381	162,0	162,0
München, Richelstraße	7 980	851,6	851,6
Gerichtstage	-	14,0	14,0
Zusammen		1.219,6	1.219,6

(München, Richelstraße: 700 qm vom Zentrum Bayern Familie und Soziales belegt).

2007 gegenüber 2006:

39,6 Tsd. EUR mehr wegen Mietpreiserhöhungen.

Zu 10 12/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

Zu 10 12/526 01

	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
1. Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, Erstattungen an Kläger u. dgl.	24.250,0	24.250,0
2. Reisekosten in Rechtssachen	-	-
3. Prozesskostenhilfe	426,0	426,0
Zusammen	24.676,0	24.676,0

2007 gegenüber 2006:

464,1 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 10 12/527 01

2007 gegenüber 2006:

18,4 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

Zu 10 12/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 12/701 01

	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
BLSG	260,0	-
Renovierung der Außenfassade SG Bayreuth	110,0	-
Erneuerung der Heizanlage SG Würzburg	180,0	300,0
Renovierung der Außenfassade		
Zusammen	550,0	300,0

2007 gegenüber 2006:

50,0 Tsd. EUR mehr wegen höheren Instandhaltungskosten.

2008 gegenüber 2007:

250,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Aufwand.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
			6			
812 01-1	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	160,0	160,0	A	115,0
					B	126,1
					C	105,6
812 03-9	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	50,0
					C	11,8
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-8	054	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	90,0	90,0	A	315,3
					B	58,8
					C	159,5
514 99-5	054	Verbrauchsmittel	52,0	52,0	A	56,5
					B	37,1
					C	32,3
518 99-1	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
					B	0,1
519 99-0	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
					B	47,0
					C	3,4
525 99-2	054	Aus- und Fortbildung	6,3	6,3	A	41,2
					B	3,0
					C	2,3
526 99-1	054	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
527 99-0	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	11,0	11,0	A	8,7
					B	15,6
					C	10,7
534 99-1	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	---	---	A	142,2
					B	21,1
					C	32,0
812 99-4	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	320,0	320,0	A	65,4
					B	227,6
					C	446,0
Summe der Titelgruppe			479,3	479,3	A	629,3
					B	410,3
					C	686,3
Gesamtausgaben			54.836,1	54.918,2	A	53.774,6
					B	52.870,2
					C	48.775,5

Erläuterungen

Zu 10 12/812 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	30,0	30,0
2. Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen	34,0	34,0
3. Neuausstattung von Geschäftsstellenzimmern	96,0	96,0
Zusammen	160,0	160,0

2007 gegenüber 2006:
45,0 Tsd. EUR mehr wegen erhöhtem Bedarf.

Zu 10 12/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb eines Informationsverarbeitungssystems in den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit. Die Ansätze der TG 99 sind für Ersatzbeschaffungen zwingend erforderlich.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	8,0
Mittlerer Dienst	4,0
Gruppe Angestellte	1,0
Zusammen	13,0

Zu 10 12/511 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5,5	5,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	64,0	64,0
3. Mieten und Wartung	19,5	19,5
4. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	90,0	90,0

2007 gegenüber 2006:
225,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 812 99.

Zu 10 12/525 99

2007 gegenüber 2006:
34,9 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/534 99

2007 gegenüber 2006:
142,2 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 02/534 97.

Zu 10 12/812 99

2007 gegenüber 2006:
225,3 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 511 99
29,3 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf

254,6 Tsd. EUR mehr

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	6.876,8	6.876,8	A	83,8	
					B	111,8	
					C	86,6	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	7.000,0	
					B	6.487,8	
					C	5.640,4	
		Gesamteinnahmen	6.876,8	6.876,8	A	7.083,8	
					B	6.599,6	
					C	5.727,0	
		Personalausgaben	25.037,9	25.370,0	A	23.480,6	
					B	24.616,8	
					C	23.253,5	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	28.768,2	28.768,2	A	29.542,6	
					B	27.698,9	
					C	24.958,6	
		Baumaßnahmen	550,0	300,0	A	500,0	
					B	200,6	
					C	-	
		Sonstige Sachinvestitionen	480,0	480,0	A	251,4	
					B	353,8	
					C	563,4	
		Gesamtausgaben	54.836,1	54.918,2	A	53.774,6	
					B	52.870,2	
					C	48.775,5	
		Zuschuss	47.959,3	48.041,4	A	46.690,8	
					B	46.270,6	
					C	43.048,5	

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
119 49-8	133	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	1,0	
					B	0,3	
					C	0,4	
124 01-7	133	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	25,0	25,0	A	15,0	
					B	24,8	
					C	13,7	
132 01-7	133	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1,0	1,0	A	1,0	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
236 01-2	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Ausbildung)	---	---	A	---	
					B	0,4	
					C	23,4	
236 02-1	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Fortbildung)	7,5	7,5	A	13,0	
					B	0,3	
					C	6,2	
261 01-0	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	3,0	3,0	A	13,0	
					B	2,3	
					C	4,5	
282 01-5	133	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 525 02, 527 05 und 546 49.</i>	---	---	A	---	
					B	1,8	
					C	3,6	
Gesamteinnahmen			37,0	37,0	A	43,0	
					B	29,9	
					C	51,8	
Ausgaben							
Personalausgaben							
422 01-6	133	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	264,3	267,5	A	235,8	
					B	260,7	
					C	240,1	
422 31-0	133	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	55,8	
					C	31,2	
425 01-3	133	Vergütungen der Angestellten	169,8	173,1	A	142,7	
					B	166,1	
					C	159,7	
425 15-7	133	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---	
425 17-5	133	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	14,6	
					B	0,0	
					C	0,0	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 15

Mit Verordnung vom 29. März 1993 (GVBl S. 225) wurde zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung (VSoV) als zentrale Bildungsstätte errichtet. Aufgaben sind die Ausbildung der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Sozialverwaltung einschließlich vergleichbarer Angestellter und des mittleren, gehobenen und höheren technischen Gewerbeaufsichtsdienstes, die Mitwirkung bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst und den technischen Gewerbeaufsichtsdienst einschließlich der Zulassungsverfahren zum Aufstieg, sowie die Durchführung von Fort- und Weiterbildungslehrgängen einschließlich Schulungen im Bereich der Informationsverarbeitung nach Anordnung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Soweit Aus- und Fortbildung für die Gewerbeaufsichtsverwaltung durchgeführt wird, wird die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung für das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV) tätig. Gleiches gilt für die Teilnahme von Bediensteten aus dem Bereich des StMUGV an Fort- und Weiterbildungslehrgängen.

Die Verwaltungsschule ist im Bildungszentrum der Sozialverwaltung in Wasserburg a. Inn untergebracht. Neben der Verwaltungsschule nutzt auch der Fachbereich Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR) die Einrichtungen des Bildungszentrums. Die Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung des Bildungszentrums Sozialverwaltung obliegt der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung.

Soweit Beamtenanwärter des gehobenen Dienstes des Geschäftsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen bei anderen Fachbereichen der BayFHVR ausgebildet werden (Studiengang Verwaltungsinformatik), werden die Aufwendungen (Fahrtkosten u. ä.) ebenfalls aus diesem Kapitel bestritten.

Zu 10 15/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	4,0	4,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	20,5	20,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	0,5	0,5
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	25,0	25,0

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 10 15/236 02

2007 gegenüber 2006:

5,5 Tsd. EUR weniger wegen rückläufiger Fortbildungsveranstaltungen.

Zu 10 15/261 01

Kostenerstattung durch Dritte für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 10 15/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 15/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
426 01-2	133	Löhne der Arbeiter	128,0	130,5	A	131,5	
					B	125,2	
					C	123,8	
427 01-1	133	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---	
453 01-8	133	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---	
459 01-2	133	Prüfungsvergütungen	23,0	23,0	A	23,0	
					B	20,1	
					C	20,1	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-8	133	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	42,6	42,6	A	37,0	
					B	24,1	
					C	47,6	
514 01-5	133	Haltung von Dienstfahrzeugen	1,5	1,5	A	1,0	
					B	1,3	
					C	0,6	
514 11-3	133	Dienst- und Schutzkleidung	---	---	A	0,3	
					B	0,0	
					C	0,1	
517 01-2	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	217,3	217,3	A	229,0	
					B	168,8	
					C	175,4	
517 05-8	133	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	140,5	140,5	A	118,2	
					B	109,1	
					C	94,0	
518 01-1	133	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	137,5	137,5	A	166,4	
					B	168,7	
					C	172,6	
518 11-9	133	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	7,5	7,5	A	7,5	
					B	7,1	
					C	8,4	
519 01-0	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60,0	60,0	A	60,0	
					B	63,7	
					C	60,3	

Erläuterungen

Zu 10 15/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 15/459 01

Vergütungen und sonstige Aufwendungen für die Durchführung der Anstellungsprüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst, den technischen Gewerbeaufsichtsdienst sowie für die Zulassungsverfahren zum Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Dienstes.

Zu 10 15/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	8,5	8,5
2. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
3. Kommunikation	13,0	13,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	3,5	3,5
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	13,0	13,0
6. Sonstiges	3,6	3,6
Zusammen	<u>42,6</u>	<u>42,6</u>

2007 gegenüber 2006:

22,5 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 511 99
5,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 514 99
<u>21,9 Tsd. EUR</u>	weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf
5,6 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 15/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	0,4	0,4
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	1,1	1,1
Zusammen	<u>1,5</u>	<u>1,5</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2006	
	2007	2008	2006	gesamt	davon geleast
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-
Anhänger	2	2	2	2	-

Zu 10 15/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

11,7 Tsd. EUR weniger wegen Wegfalls von Unterkünten.

Zu 10 15/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	79,0	79,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	61,5	61,5
Zusammen	<u>140,5</u>	<u>140,5</u>

2007 gegenüber 2006:

22,3 Tsd. EUR mehr wegen gesteigener Energieaufwendungen.

Zu 10 15/518 01

Veranschlagt ist die Miete für Hörsäle und Appartements.

2007 gegenüber 2006:

28,9 Tsd. EUR weniger wegen Kündigung von Mietverträgen.

Zu 10 15/518 11

Veranschlagt ist die Miete für den Betrieb von Kopiergeräten.

Zu 10 15/519 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	40,0	40,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	20,0	20,0
Zusammen	<u>60,0</u>	<u>60,0</u>

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
523 01-4	133	Bibliothek, Bücher und Zeitschriften	33,5	33,5	A	27,0	
					B	26,4	
					C	25,5	
525 01-2	133	Ausbildung	10,0	10,0	A	13,0	
					B	6,2	
					C	13,5	
525 02-1	133	Verpflegungskosten für Fortbildungsmaßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 10 02/525 02. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A	---	
527 01-0	133	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1,9	1,9	A	3,0	
					B	1,5	
					C	1,9	
527 05-6	133	Reisekostenvergütungen für Ausbildungsreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	150,0	120,0	A	175,0	
					B	106,4	
					C	196,3	
546 49-1	133	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	2,2	2,2	A	2,0	
					B	1,7	
					C	2,4	
Baumaßnahmen							
701 01-8	133	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	150,0	---	A	---	
710 00-8	133	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 200,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	500,0	
Sonstige Sachinvestitionen							
812 01-4	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	26,0	26,0	A	15,0	
Titelgruppen							
99 Kosten der Datenverarbeitung							
511 99-1	133	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	***	***	A	22,5	
					B	5,6	
					C	4,3	
514 99-8	133	Verbrauchsmittel	***	***	A	5,0	
					B	1,5	
					C	2,2	
518 99-4	133	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	***	***	A	---	
519 99-3	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A	---	
525 99-5	133	Aus- und Fortbildung	***	***	A	2,3	
					B	6,4	
					C	7,3	

Erläuterungen

Zu 10 15/523 01

2007 gegenüber 2006:
6,5 Tsd. EUR mehr wegen gestiegener Bibliothekskosten.

Zu 10 15/525 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für externe Lehrkräfte (Einkommensteuerrecht, Arbeitsförderung, Lernmethodik, Soziale Kompetenz, Sonstiges).

Zu 10 15/527 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Reisekosten Beamtenanwärter	105,0	80,0
2. Reisekosten nebenamtlicher Lehrkräfte	22,0	20,0
3. Ausbildungsleitertagungen	6,0	6,0
4. Kosten für staatsbürgerkundliche Exkursionen	17,0	14,0
Zusammen	150,0	120,0

2007 gegenüber 2006:
25,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
30,0 Tsd. EUR weniger wegen rückläufiger Zahl von Beschäftigten in Ausbildung.

Zu 10 15/546 49

Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 15/701 01

2007
Umbau von Einzelzimmern in Appartements (Haus Nr. 7).

Zu 10 15/812 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Beschaffung von Daten- und Videoprojektoren	12,0	12,0
2. Ersatzbeschaffungen im Wohnbereich	3,0	3,0
3. Ersatzbeschaffungen von DV-Geräten	11,0	11,0
Zusammen	26,0	26,0

2007 gegenüber 2006:
12,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 812 99
1,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs
11,0 Tsd. EUR mehr

Zu 10 15/511 99

2007 gegenüber 2006:
22,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01.

Zu 10 15/514 99

2007 gegenüber 2006:
5,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01.

Zu 10 15/525 99

2007 gegenüber 2006:
2,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 10 02/525 02.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
812 99-7	133	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A	12,0
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	41,8
					B	13,6
					C	13,8
		Gesamtausgaben	1.565,6	1.394,6	A	1.999,6
					B	1.270,5
					C	1.402,1
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	26,5	26,5	A	17,0
					B	25,1
					C	14,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	10,5	10,5	A	26,0
					B	4,8
					C	37,6
		Gesamteinnahmen	37,0	37,0	A	43,0
					B	29,9
					C	51,8
		Personalausgaben	585,1	594,1	A	603,4
					B	572,0
					C	589,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	804,5	774,5	A	869,2
					B	698,4
					C	812,6
		Baumaßnahmen	150,0	-	A	500,0
					B	-
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	26,0	26,0	A	27,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	1.565,6	1.394,6	A	1.999,6
					B	1.270,5
					C	1.402,1
		Zuschuss	1.528,6	1.357,6	A	1.956,6
					B	1.240,6
					C	1.350,3

Erläuterungen

Zu 10 15/812 99

2007 gegenüber 2006:

12,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 812 01.

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales
Produkthaushalt
Vorbemerkung zu Kapitel 10 20

Mit dem Zweiten Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung – 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz (2. VerwModG) vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) wurden mit Wirkung vom 01.08.2005 das Bayerische Landesamt für Versorgung und Familienförderung, die Ämter für Versorgung und Familienförderung, das Bayerische Landesjugendamt, die Integrationsämter und die Hauptfürsorgestellen zu einem Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) vereinigt. Das ZBFS nimmt die Aufgaben der genannten Ämter und Dienststellen als eine unmittelbar dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) nachgeordnete zentrale Landesbehörde wahr. Es unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des StMAS. Das ZBFS hat seinen Sitz (Zentrale) in Bayreuth und Regionalstellen in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg.

Das ZBFS ist im Wesentlichen zuständig für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und des Soldatenversorgungsgesetzes, für das Feststellungsverfahren und die Integration nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, für Entscheidungen über Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Häftlingshilfegesetz, Bayerischen Blindengeldgesetz und dem Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz sowie für die Aufgaben des Landesjugendamtes nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe und dem Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetz (BayKJHG).

Das ZBFS arbeitet auf der Grundlage der Neuen Verwaltungssteuerung und bedient sich betriebswirtschaftlicher Instrumente. Die Aufbauorganisation des ZBFS ist deshalb an den zu erstellenden Produkten orientiert.

Das ZBFS erbringt Leistungen in folgenden Produktbereichen:

	Erlöse 2007	Kosten 2007	Erlöse 2008	Kosten 2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Familie	4,0	15.125,9	4,0	15.304,6
2. Kinder- und Jugendhilfe	---	2.198,7	---	2.274,3
3. Eingliederung von Menschen mit Behinderung	---	58.382,2	---	59.284,3
4. Soziale Entschädigung	---	24.224,2	---	24.621,5
5. Stiftungen	16,0	886,2	16,0	895,7
6. Sonstige Aufgaben	---	2.193,7	---	2.218,0
7. Unentgeltliche Leistungen für andere staatliche Verwaltungen des Freistaats	---	7.947,6	---	7.918,4
Summe:	20,0	110.958,5	20,0	112.516,8

Die Beschreibung der Aufgaben und Leistungen im Einzelnen:

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
			B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
1. Familie [Tsd. EUR]	4,0	4,0	A	4,0	15.125,9	15.304,6	A	16.212,1
			B	3,1			B	15.179,2
			C	5,2			C	17.143,6
			Personalkosten		13.301,6	13.485,9	A	14.528,0
			Sach- und Dienstleistungskosten		1.122,4	1.116,6	B	13.374,2
			Kalkulatorische Kosten		701,9	702,1	C	15.420,3
							A	1.026,0
							B	809,0
							C	959,4
							A	658,1
							B	996,0
							C	763,9

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
1.1 Bundeserziehungsgeld	[Tsd. EUR]	4,0	4,0	A 4,0	B 3,1	C 5,2	12.808,0	12.959,0	A 13.725,9	B 12.897,7	C 14.516,8	
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	400.000,0	400.000,0	A 400.000,0	B 396.864,1	C 431.167,0	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	400.000,0	400.000,0	A 400.000,0	B 396.864,1	C 431.167,0	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	400.000,0	400.000,0	A 400.000,0	B 396.864,1	C 431.167,0	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	400.000,0	400.000,0	A 400.000,0	B 396.864,1	C 431.167,0	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist die Förderung der Familien durch schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.										
Antragseingänge	[Anzahl]	143.000	138.000	A 148.000	B 153.161	C 165.195	Das Gesetz zum Bundeselterngeld, welches das Bundeserziehungsgeldgesetz für Geburten ab 01.01.2007 ablösen soll, befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Der Vollzug des neuen Gesetzes wird dem ZBFS obliegen. Aller Voraussicht nach wird sich der Vollzug auf Grund der geänderten Anspruchsvoraussetzungen verkomplizieren. Transferleistungen und Kennzahlen können hierfür allerdings noch nicht ausgewiesen werden. Das Bundeserziehungsgeld wurde daher noch ohne jegliche Auswirkungen durch ein mögliches künftiges Bundeselterngeld dargestellt.					
Bewilligungsquote	[%]	84,0	82,0	A 86,0	B 88,3	C 89,6						
Laufzeit (eGovernment-Verfahren)	[Tage]	19	19	A 19	B 19	C 20						
Laufzeit (konventionelles Verfahren)	[Tage]	21	21	A 21	B 21	C 22						
Erledigte Anträge	[Anzahl]	142.700	137.700	A 147.800	B 152.536	C 165.156						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigten Antrag	[EUR]	90	94	A 93	B 85	C 88						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006			2007	2008	A Soll 2006		
			B	Ist 2005	C			B	Ist 2005	C
	Erlöse					Kosten				
1.2 Landeserziehungsgeld [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	2.241,3	2.267,2	A	2.398,9	---
			B	---	---			B	2.206,2	---
			C	---	---			C	2.569,8	---
			Personalkosten			1.967,6	1.994,3	A	2.145,5	---
			Sach- und Dienstleistungskosten			171,6	170,7	B	1.945,7	---
			Kalkulatorische Kosten			102,1	102,2	C	2.276,3	---
			A	157,6	---			A	157,6	---
			B	115,7	---			B	115,7	---
			C	151,7	---			C	151,7	---
			A	95,8	---			A	95,8	---
			B	144,8	---			B	144,8	---
			C	141,8	---			C	141,8	---
	Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt [Tsd. EUR]	400,0	400,0	A	500,0	112.000,0	114.900,0	A	97.800,0	---	
10 07/281 12, 681 80			B	459,0			B	123.854,9	---	
			C	665,3			C	163.662,6	---	
davon Zuweisungen und Zuschüsse [Tsd. EUR]	400,0	400,0	A	500,0	112.000,0	114.900,0	A	97.800,0	---	
			B	459,0			B	123.854,9	---	
			C	665,3			C	163.662,6	---	
davon Darlehen [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	A	---	---	
			B	---			B	---	---	
			C	---			C	---	---	
Bundesmittel insgesamt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	A	---	---	
			B	---			B	---	---	
			C	---			C	---	---	
Bundesanteil: [%]	---	---	A	---	---	---	A	---	---	
			B	---			B	---	---	
			C	---			C	---	---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	A	---	---	
			B	---			B	---	---	
			C	---			C	---	---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	A	---	---	
			B	---			B	---	---	
			C	---			C	---	---	
Landesmittel [Tsd. EUR]	400,0	400,0	A	500,0	112.000,0	114.900,0	A	97.800,0	---	
			B	459,0			B	123.854,9	---	
			C	665,3			C	163.662,6	---	
Landesanteil: [%]	100,0	100,0	A	100,0	100,0	100,0	A	100,0	---	
			B	100,0			B	100,0	---	
			C	100,0			C	100,0	---	
	Kennzahlen				Erläuterungen					
Ziel ist die Förderung der Familien durch schnelle Ausreichung der Leistung an alle Anspruchsberechtigten.										
Antragseingänge [Anzahl]	57.000	52.440	A	57.000						
			B	59.150						
			C	64.283						
Bewilligungsquote [%]	84,0	82,0	A	86,0						
			B	88,2						
			C	90,2						
Laufzeit (eGovernment-Verfahren) [Tage]	9	9	A	9						
			B	9						
			C	7						
Laufzeit (konventionelles Verfahren) [Tage]	10	10	A	10						
			B	10						
			C	13						
Erledigte Anträge [Anzahl]	56.800	52.240	A	56.800						
			B	58.924						
			C	64.268						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigten Antrag [EUR]	39	43	A	42						
			B	37						
			C	40						

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
1.3	Stärkung der Familien durch Beratungsangebote und sonstige Maßnahmen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	76,6	78,4	A 87,3	B 75,3	C 57,0
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 05/684 02, 71 (teilw.), 684 73; 10 07/73 (teilw.), 74 (teilw.), 75 (teilw.), 85 (teilw.)		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.425,1	1.555,1	A 1.263,1	B 1.326,2	C 1.441,5
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.425,1	1.555,1	A 1.263,1	B 1.326,2	C 1.441,5
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.425,1	1.555,1	A 1.263,1	B 1.326,2	C 1.441,5
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist die Stärkung der Familien durch Information, Beratung und durch das zeitnahe und zielgenaue Ausreichen der Leistungen.							Die Produktgruppe umfasst die Förderung - der Familienerholung, - der Öffentlichkeitsarbeit der Familienverbände, - der Träger der Ehe- und Familienberatungsstellen, - der Mütterzentren, - der Familienpflege, - der Eltern- und Familienbildung, - des freiwilligen sozialen Jahres, - der Bürgerarbeit und des ehrenamtlichen Engagements, - der Geschäftsstelle des bayerischen Landesausschusses für Hauswirtschaft, - im Bayerischen Jugendwerk sowie die Aufgaben - Kommunale Familientische und - Familienservicestellen.					
Aufgrund der Unterschiedlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit der Aufgaben in dieser Gruppe wird hier auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.												

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006			2007	2008	A Soll 2006			
			B Ist 2005	C Ist 2004	B Ist 2005			C Ist 2004			
					Erlöse		Kosten				
2. Kinder- und Jugendhilfe	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	---	2.198,7	2.274,3	A 2.254,3	B ---	C ---	
					Personalkosten		1.827,8	1.903,4	A 1.789,1	B ---	C ---
					Sach- und Dienstleistungskosten		270,9	270,9	A 365,2	B ---	C ---
					Kalkulatorische Kosten		100,0	100,0	A 100,0	B ---	C ---
			Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	---	872,0	750,0	A 895,5	B ---	C ---	
10 07/281 11 (teilw.), 73 (teilw.), 74 (teilw), 76 (teilw.); 12 08/92 (teilw.)											
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	---	872,0	750,0	A 895,5	B ---	C ---	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Bundesanteil:	[%]	---	---	A ---	---	---	---	A ---	B ---	C ---	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	---	---	---	A ---	B ---	C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0	---	872,0	750,0	A 895,5	B ---	C ---	
Landesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	---	100,0	100,0	A 100,0	B ---	C ---	
			Kennzahlen			Erläuterungen					
Ziel ist die fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern durch Beratung, fachliche Unterstützung sowie Fortbildung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe.						Der Produktbereich umfasst					
Aufgrund der Unterschiedlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit der Aufgaben in diesem Bereich wird hier auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.						<ul style="list-style-type: none"> - die Durchführung von Fach- und Fortbildungsveranstaltungen der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, - die Erarbeitung von Fachpublikationen zu den Aufgaben der Jugendhilfe, - die Abgabe von Stellungnahmen gegenüber der obersten Landesjugendbehörde, - die Erarbeitung von grundsätzlichen fachlichen Empfehlungen zu aktuellen Fragestellungen der Jugendhilfe und die Entwicklung konkreter Praxishandreichungen, - die fachliche Unterstützung der Jugendämter vor Ort sowie - die Aufgaben der zentralen Adoptionsstelle (im Wesentlichen Auslandsadoptionen). 					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
			B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
			Erlöse				Kosten	
3. Eingliederung von Menschen mit Behinderung	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	58.382,2	59.284,3	A 61.642,9 B 50.852,3 C 47.639,2	
				Personalkosten	36.647,8	37.371,8	A 39.512,8 B 32.283,3 C 31.644,4	
				Sach- und Dienstleistungskosten	17.985,3	18.163,4	A 18.580,8 B 13.606,9 C 13.671,6	
				Kalkulatorische Kosten	3.749,1	3.749,1	A 3.549,3 B 4.962,1 C 2.323,2	

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004
		Erlöse					Kosten				
3.1	Feststellungsverfahren nach dem SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen)	[Tsd. EUR] ---	---	A ---	B 0,1	C ---	49.013,2	49.663,7	A 51.761,3	B 49.970,4	C 46.672,9
		Personalkosten					29.950,0	30.431,2	A 32.811,8	B 31.515,3	C 30.874,7
		Sach- und Dienstleistungskosten					15.609,2	15.778,4	A 15.710,0	B 13.556,3	C 13.579,6
		Kalkulatorische Kosten					3.454,0	3.454,1	A 3.239,5	B 4.898,8	C 2.218,6
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt 10 03/111 11, 682 01; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] 5.470,0	5.430,0	A 6.000,0	B 5.563,2	C 5.645,7	30.000,0	30.300,0	A 32.250,0	B ---	C ---
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR] 5.470,0	5.430,0	A 6.000,0	B 5.563,2	C 5.645,7	30.000,0	30.300,0	A 32.250,0	B ---	C ---
davon Darlehen		[Tsd. EUR] ---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR] 1.750,0	1.700,0	A 1.800,0	B 1.722,4	C 2.399,0	2.500,0	2.800,0	A 2.250,0	B ---	C ---
Bundesanteil:		[%] 32,0	31,3	A 30,0	B 31,0	C 42,5	8,3	9,2	A 7,0	B ---	C ---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A ---	B ---	C ---	2.500,0	2.800,0	A 2.250,0	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/631 02		[Tsd. EUR] 1.750,0	1.700,0	A 1.800,0	B 1.722,4	C 2.399,0	---	---	A ---	B ---	C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR] 3.720,0	3.730,0	A 4.200,0	B 3.840,8	C 3.246,7	27.500,0	27.500,0	A 30.000,0	B ---	C ---
Landesanteil:		[%] 68,0	68,7	A 70,0	B 69,0	C 57,5	91,7	90,8	A 93,0	B ---	C ---
		Kennzahlen					Erläuterungen				
Ziel ist das zügige Feststellen von Art und Grad der Behinderung sowie von Merkzeichen.											
Erstanträge		[Anzahl] 104.500	106.000	A 103.000	B 101.278	C 111.211	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Erst- und Neufeststellung des Grades der Behinderung und der Merkzeichen sowie die Erstattung der Fahrgeldausfälle für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr.				
Neufeststellungsverfahren		[Anzahl] 155.000	155.000	A 155.000	B 150.298	C 160.396					
Widersprüche		[Anzahl] 47.000	47.200	A 46.800	B 46.088	C 49.886					
Laufzeit im Erstverfahren		[Monate] 2,8	2,7	A 2,8	B 2,8	C 2,9					
Erledigte Verfahren		[Anzahl] 261.000	263.000	A 260.000	B 255.245	C 268.394					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je erledigtem Verfahren		[EUR] 188	189	A 199	B 196	C 174					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004	
		Erlöse			Kosten			
3.2 Integration nach dem SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen)	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	8.479,1	8.720,6	A 8.930,8 B C	
		Personalkosten			5.925,7	6.158,0	A 5.859,1 B C	
		Sach- und Dienstleistungskosten			2.303,0	2.312,3	A 2.803,8 B C	
		Kalkulatorische Kosten			250,4	250,3	A 267,9 B C	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger			
Transferleistungen insgesamt 10 03/683 02, 87 (ohne 235 87, 271 87, 425 87, 547 87, 631 87, 632 87)	[Tsd. EUR]	92.900,0	92.900,0	A 109.900,0 B C	49.506,5	49.506,5	A 56.916,5 B C	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	88.100,0	88.100,0	A 105.100,0 B C	44.306,5	44.306,5	A 51.716,5 B C	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	4.800,0	4.800,0	A 4.800,0 B C	5.200,0	5.200,0	A 5.200,0 B C	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	41.410,0	41.410,0	A 50.190,0 B C	100,0	100,0	A 100,0 B C	
Bundesanteil:	[%]	44,6	44,6	A 45,7 B C	0,2	0,2	A 0,2 B C	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/235 87, 271 87, 631 87, 632 87	[Tsd. EUR]	41.410,0	41.410,0	A 50.190,0 B C	100,0	100,0	A 100,0 B C	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	51.490,0	51.490,0	A 59.710,0 B C	49.406,5	49.406,5	A 56.816,5 B C	
Landesanteil:	[%]	55,4	55,4	A 54,3 B C	99,8	99,8	A 99,8 B C	
		Kennzahlen			Erläuterungen			
Ziel ist die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung.		Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Leistungen an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen, die Förderung von Integrationsprojekten und von Werkstätten für behinderte Menschen, die Koordination der Integrationsfachdienste sowie die Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe.						
Fördermaßnahmen	[Anzahl]	6.800	6.850	A 6.750 B C				
Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen	[Anzahl]	3.800	3.800	A 3.800 B C				
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	[Anzahl]	165	165	A 165 B C				
Beschäftigte und arbeitssuchende schwerbehinderte Menschen	[Anzahl]	231.600	233.100	A 230.000 B C				
Durchschnittliche Verwaltungskosten je beschäftigten u. arbeitssuchenden schwerbehinderten Menschen	[EUR]	37	37	A 39 B C				

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006			2007	2008	A Soll 2006		
			B	Ist 2005	C			B	Ist 2005	C
			Erlöse			Kosten				
3.3 Behindertenhilfe [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	889,9	900,0	A	950,8	---
			B	---	---			B	881,9	---
			C	---	---			C	966,3	---
			Personalkosten			772,1	782,6	A	841,9	---
			Sach- und Dienstleistungskosten			73,1	72,7	B	768,0	---
			Kalkulatorische Kosten			44,7	44,7	C	769,7	---
			A	67,0	---			A	67,0	---
			B	50,6	---			B	50,6	---
			C	92,0	---			C	92,0	---
			A	41,9	---			A	41,9	---
			B	63,3	---			B	63,3	---
			C	104,6	---			C	104,6	---
			Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt [Tsd. EUR]	353,5	353,5	A	353,5	---	136.759,0	138.759,0	A	134.759,0	---
10 03/281 13 (teilw.), 632 01, 74 (teilw.), 684 90 (teilw.); 10 05/281 11 (teilw.), 78 (teilw.); Bundeshaushalt			B	332,8	---			B	132.222,4	---
			C	384,1	---			C	127.685,0	---
davon Zuweisungen und Zuschüsse [Tsd. EUR]	353,5	353,5	A	353,5	---	136.759,0	138.759,0	A	134.759,0	---
			B	332,8	---			B	132.222,4	---
			C	384,1	---			C	127.685,0	---
davon Darlehen [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Bundesmittel insgesamt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	127.000,0	129.000,0	A	125.000,0	---
			B	---	---			B	122.476,0	---
			C	---	---			C	118.003,1	---
Bundesanteil: [%]	---	---	A	---	---	92,9	93,0	A	92,8	---
			B	---	---			B	92,6	---
			C	---	---			C	92,4	---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	127.000,0	129.000,0	A	125.000,0	---
			B	---	---			B	122.476,0	---
			C	---	---			C	118.003,1	---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Landesmittel [Tsd. EUR]	353,5	353,5	A	353,5	---	9.759,0	9.759,0	A	9.759,0	---
			B	332,8	---			B	9.746,4	---
			C	384,1	---			C	9.681,9	---
Landesanteil: [%]	100,0	100,0	A	100,0	---	7,1	7,0	A	7,2	---
			B	100,0	---			B	7,4	---
			C	100,0	---			C	7,6	---
			Kennzahlen			Erläuterungen				
Ziel ist ein zügiges und sachgerechtes Ausreichen der Fördermittel.										
Anträge [Anzahl]	940	942	A	935	---	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Förderung von Diensten der Offenen Behindertenarbeit, von Sport- und Freizeitmaßnahmen und von Selbsthilfegruppen. Bei den ausgewiesenen Bundesmitteln handelt es sich um die Beitragserstattung gemäß § 179 Abs. 1 Satz 1 SGB VI in Verbindung mit der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in den Werkstätten beschäftigten Menschen (Aufwendungserstattungs-Verordnung). Die Laufzeit wird erst ab 2006 ermittelt. WfbM = Werkstatt für behinderte Menschen				
			B	960	---					
			C	944	---					
Eingegangene Gesamtverwendungsnachweise [Anzahl]	930	935	A	950	---					
			B	947	---					
			C	912	---					
Laufzeit [Tage]	---	---	A	---	---					
			B	---	---					
			C	---	---					
Dienste und Selbsthilfegruppen [Anzahl]	2.340	2.320	A	2.360	---					
			B	2.354	---					
			C	2.357	---					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Dienst oder Selbsthilfegruppe [EUR]	299	302	A	291	---					
			B	298	---					
			C	289	---					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je behindertem Menschen, der in einer WfbM beschäftigt ist [EUR]	6	6	A	9	---					
			B	6	---					
			C	9	---					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
			B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
			Erlöse		Kosten			
4. Soziale Entschädigung	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	24.224,2	24.621,5	A 26.501,5 B 21.443,8 C 24.862,9	
				Personalkosten	18.111,7	18.571,0	A 19.947,2 B 17.472,8 C 20.317,7	
				Sach- und Dienstleistungskosten	5.158,2	5.126,3	A 5.674,8 B 3.533,6 C 2.825,6	
				Kalkulatorische Kosten	954,3	924,2	A 879,5 B 437,4 C 1.719,6	

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004
		Erlöse					Kosten				
4.1	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz [Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	14.908,6	15.236,2	A 16.421,2	B 13.644,7	C 15.552,4
		Personalkosten					11.760,7	12.125,4	A 13.062,4	B 11.455,9	C 12.960,2
		Sach- und Dienstleistungskosten					2.558,9	2.521,8	A 2.818,8	B 2.004,6	C 1.481,8
		Kalkulatorische Kosten					589,0	589,0	A 540,0	B 184,2	C 1.110,4
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger				
	Transferleistungen insgesamt [Tsd. EUR]	737,5	737,5	A 857,5	B 89,9	C 123,5	348.805,0	313.810,0	A 384.460,0	B 405.285,4	C 448.581,7
	davon Zuweisungen und Zuschüsse [Tsd. EUR]	674,0	674,0	A 774,0	B 89,9	C 123,5	348.760,0	313.765,0	A 384.355,0	B 405.285,4	C 448.581,7
	davon Darlehen [Tsd. EUR]	63,5	63,5	A 83,5	B	C	45,0	45,0	A 105,0	B	C
	Bundesmittel insgesamt [Tsd. EUR]	627,5	627,5	A 723,5	B 89,9	C 123,5	348.084,0	313.111,0	A 383.597,0	B 405.285,4	C 448.581,7
	Bundesanteil: [%]	85,1	85,1	A 84,4	B 100,0	C 100,0	99,8	99,8	A 99,8	B 100,0	C 100,0
	a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt [Tsd. EUR]	160,0	160,0	A 160,0	B 89,9	C 123,5	344.412,0	309.552,0	A 379.382,0	B 405.285,4	C 448.581,7
	b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/74 (teilw.) [Tsd. EUR]	467,5	467,5	A 563,5	B	C	3.672,0	3.559,0	A 4.215,0	B	C
	Landesmittel [Tsd. EUR]	110,0	110,0	A 134,0	B	C	721,0	699,0	A 863,0	B	C
	Landesanteil: [%]	14,9	14,9	A 15,6	B	C	0,2	0,2	A 0,2	B	C
		Kennzahlen					Erläuterungen				
		Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.					Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung von Kriegsoffizieren und deren Hinterbliebenen durch die Gewährung von Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung sowie orthopädischer Versorgung.				
	Erstanträge [Anzahl]	900	850	A 950	B 999	C 1.057					
	Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen [%]	31,8	31,5	A 32,0	B 32,3	C 32,5					
	Sonderbetreuungsmaßnahmen [Anzahl]	280	280	A 280	B 343	C 237					
	Leistungsempfänger [Anzahl]	64.900	57.000	A 72.100	B 80.082	C 88.686					
	Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger [EUR]	230	267	A 228	B 170	C 175					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
4.2 Leistungen nach dem Soldaten- versorgungs- und Zivildienstgesetz	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	2.132,7	2.146,2	A 2.319,5	B 1.725,0	C 2.057,7	
		Personalkosten					1.512,6	1.536,0	A 1.636,7	B 1.413,3	C 1.696,0	
		Sach- und Dienstleistungskosten					539,3	529,3	A 608,1	B 269,1	C 237,2	
		Kalkulatorische Kosten					80,8	80,9	A 74,7	B 42,6	C 124,5	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 06/72; Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	115,0	115,0	A 135,0	B	C	18.510,0	18.550,0	A 18.666,0	B 16.969,3	C 17.741,2	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	80,0	80,0	A 100,0	B	C	18.480,0	18.520,0	A 18.640,0	B 16.969,3	C 17.741,2	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	35,0	35,0	A 35,0	B	C	30,0	30,0	A 26,0	B	C	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	115,0	115,0	A 135,0	B	C	18.510,0	18.550,0	A 18.666,0	B 16.969,3	C 17.741,2	
Bundesanteil:	[%]	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	17.480,0	17.520,0	A 17.440,0	B 16.969,3	C 17.741,2	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/74 (teilw.)	[Tsd. EUR]	115,0	115,0	A 135,0	B	C	1.030,0	1.030,0	A 1.226,0	B	C	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.										
Erstanträge	[Anzahl]	400	400	A 450	B 511	C 626	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung von Wehrdienst- und Zivildienstbeschädigten und deren Hinterbliebenen durch die Gewährung von Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung sowie orthopädischer Versorgung.					
Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen	[%]	17,0	17,0	A 17,0	B 16,8	C 17,0						
Laufzeit	[Monate]	9,5	9,5	A 9,5	B 9,6	C 11,2						
Leistungsempfänger	[Anzahl]	3.500	3.500	A 3.500	B 3.482	C 3.437						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	609	613	A 663	B 495	C 599						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A	Soll 2006	2007	2008	A	Soll 2006
				B	Ist 2005			B	Ist 2005
				C	Ist 2004			C	Ist 2004
		Erlöse				Kosten			
4.3	Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	3.721,2	3.742,6	A 4.052,4 B 2.911,8 C 3.216,1	
		Personalkosten				2.508,9	2.547,7	A 2.714,6 B 2.325,2 C 2.659,0	
		Sach- und Dienstleistungskosten				1.088,1	1.100,8	A 1.223,3 B 560,4 C 368,7	
		Kalkulatorische Kosten				124,2	94,1	A 114,5 B 26,2 C 188,4	
		Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger			
Transferleistungen insgesamt 10 03/281 01, 281 02, 94 (ohne 231 94, 631 94), 95 (ohne 231 95, 631 95), 96; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	1.421,8	1.496,8	A 229,0 B 1.310,9 C 1.343,3	22.171,3	23.281,3	A 20.730,7 B 16.829,3 C 16.110,1	
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	1.401,8	1.476,8	A 209,0 B 1.310,9 C 1.343,3	22.143,3	23.255,3	A 20.703,7 B 16.829,3 C 16.110,1	
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	20,0	20,0	A 20,0 B C	28,0	26,0	A 27,0 B C	
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	251,9	281,9	A 91,6 B 154,0 C 230,9	7.428,5	7.732,5	A 7.579,4 B 6.614,9 C 6.622,9	
Bundesanteil:		[%]	17,7	18,8	A 40,0 B 11,7 C 17,2	33,5	33,2	A 36,6 B 39,3 C 41,1	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	3.500,0	3.600,0	A 3.400,0 B 3.382,7 C 3.114,4	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/631 03, 631 04, 231 94, 231 95, 631 94, 631 95		[Tsd. EUR]	251,9	281,9	A 91,6 B 154,0 C 230,9	3.928,5	4.132,5	A 4.179,4 B 3.232,2 C 3.508,5	
Landesmittel		[Tsd. EUR]	1.169,9	1.214,9	A 137,4 B 1.156,9 C 1.112,4	14.742,8	15.548,8	A 13.151,3 B 10.214,4 C 9.487,2	
Landesanteil:		[%]	82,3	81,2	A 60,0 B 88,3 C 82,8	66,5	66,8	A 63,4 B 60,7 C 58,9	
		Kennzahlen				Erläuterungen			
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.									
Erstanträge	[An- zahl]	1.600	1.600	A 1.600 B 1.626 C 1.675	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung von Gewaltopfern und deren Hinterbliebenen durch die Gewährung von Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung sowie orthopädischer Versorgung. Der Arbeitsanfall dieser Produktgruppe ist vor allem durch die Bearbeitung von Erstanträgen mit umfangreicher Sachverhaltsaufklärung und i. d. R. medizinischer Begutachtung, häufig auch auf dem psychiatrischen Fachgebiet, gekennzeichnet. Dadurch ergeben sich in dieser Gruppe hohe Verwaltungskosten.				
Sonderbetreuungsmaßnahmen	[An- zahl]	100	100	A 100 B 88 C 119					
Laufzeit	[Mo- nate]	9,2	9,2	A 9,2 B 9,4 C 9,5					
Leistungsempfänger	[An- zahl]	1.850	1.850	A 1.700 B 1.613 C 1.524					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	2.011	2.023	A 2.384 B 1.805 C 2.110					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
4.4 Leistungen nach den sonstigen Nebengesetzen der sozialen Entschädigung	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	788,7	789,8	A 869,1	B 569,3	C 789,4	
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/88, 89; 10 06/75 (ohne 231 75, 631 75), 76 (ohne 631 76), 77 (ohne 231 77, 631 77), 78 (ohne 631 78); 13 21/443 01; Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	137,6	137,6	A 137,6	B	C	15.230,5	15.430,5	A 15.050,5	B 12.409,6	C 12.333,9	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	116,1	116,1	A 116,1	B	C	15.206,4	15.406,4	A 15.021,4	B 12.409,6	C 12.333,9	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	21,5	21,5	A 21,5	B	C	24,1	24,1	A 29,1	B	C	
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	4,9	4,9	A 4,9	B	C	1.217,0	1.217,0	A 1.217,0	B 1.173,0	C 1.204,3	
Bundesanteil:	[%]	3,6	3,6	A 3,6	B	C	8,0	7,9	A 8,1	B 9,5	C 9,8	
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.175,0	1.175,0	A 1.175,0	B 1.173,0	C 1.204,3	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 06/231 75, 631 75, 631 76, 231 77, 631 77, 631 78	[Tsd. EUR]	4,9	4,9	A 4,9	B	C	42,0	42,0	A 42,0	B	C	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	132,7	132,7	A 132,7	B	C	14.013,5	14.213,5	A 13.833,5	B 11.236,6	C 11.129,6	
Landesanteil:	[%]	96,4	96,4	A 96,4	B	C	92,0	92,1	A 91,9	B 90,5	C 90,2	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziel ist es, eine dem besonderen Opfer des Personenkreises entsprechende Leistung zu gewähren.							Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Versorgung von Anspruchsberechtigten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG), dem Häftlingshilfegesetz (HHG), dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und deren Hinterbliebenen durch die Gewährung von Rentenleistungen, Heil- und Krankenbehandlung sowie orthopädischer Versorgung. Der Arbeitsanfall dieser Produktgruppe ist insbesondere durch die Bearbeitung von Erstanträgen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) mit umfangreicher Sachverhaltsaufklärung und i. d. R. umfangreicher medizinischer Begutachtung mit schwieriger Kausalitätsprüfung gekennzeichnet. Dadurch ergeben sich in dieser Gruppe hohe Verwaltungskosten.					
Erstanträge	[Anzahl]	50	50	A 53	B 56	C 71						
Quote der Versorgungsberechtigten mit einkommensabhängigen Leistungen	[%]	50,0	50,0	A 50,0	B 50,1	C 50,1						
Laufzeit	[Monate]	14,5	14,5	A 14,5	B 14,6	C 13,8						
Leistungsempfänger	[Anzahl]	650	650	A 660	B 664	C 672						
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	1.213	1.215	A 1.317	B 857	C 1.175						

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006			2007	2008	A Soll 2006		
			B Ist 2005	C Ist 2004	B Ist 2005			C Ist 2004		
	Erlöse					Kosten				
4.5 Blindengeld [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	2.673,0	2.706,7	A	2.839,3	---
			B	---	---			B	2.593,0	---
			C	---	---			C	3.247,3	---
			Personalkosten			1.831,5	1.856,1	A	1.994,6	---
			Sach- und Dienstleistungskosten			717,3	726,4	B	1.809,7	---
			Kalkulatorische Kosten			124,2	124,2	C	2.354,7	---
			A	728,2	---			A	728,2	---
			B	607,2	---			B	607,2	---
			C	651,9	---			C	651,9	---
			A	116,5	---			A	116,5	---
			B	176,1	---			B	176,1	---
			C	240,7	---			C	240,7	---
	Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt [Tsd. EUR]	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0	---	82.000,0	81.700,0	A	84.750,0	---
10 03/281 12, 681 01			B	1.441,2	---			B	84.120,5	---
			C	1.365,8	---			C	89.043,2	---
davon Zuweisungen und Zuschüsse [Tsd. EUR]	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0	---	82.000,0	81.700,0	A	84.750,0	---
			B	1.441,2	---			B	84.120,5	---
			C	1.365,8	---			C	89.043,2	---
davon Darlehen [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Bundesmittel insgesamt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Bundesanteil: [%]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Landesmittel [Tsd. EUR]	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0	---	82.000,0	81.700,0	A	84.750,0	---
			B	1.441,2	---			B	84.120,5	---
			C	1.365,8	---			C	89.043,2	---
Landesanteil: [%]	100,0	100,0	A	100,0	---	100,0	100,0	A	100,0	---
			B	100,0	---			B	100,0	---
			C	100,0	---			C	100,0	---
	Kennzahlen					Erläuterungen				
Ziel ist es, die Leistung schnell an alle Anspruchsberechtigten auszureichen.										
Erstanträge [Anzahl]	4.700	4.700	A	4.700	---					---
			B	4.786	---					---
			C	5.210	---					---
Laufzeit [Monate]	3,8	3,8	A	3,8	---					---
			B	3,5	---					---
			C	3,5	---					---
Leistungsempfänger [Anzahl]	16.500	16.400	A	16.520	---					---
			B	16.576	---					---
			C	16.776	---					---
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger [EUR]	162	165	A	172	---					---
			B	156	---					---
			C	194	---					---

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
				B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
		Erlöse				Kosten			
5. Stiftungen	[Tsd. EUR]	16,0	16,0	A 16,0		886,2	895,7	A 942,0	
				B 15,1				B 895,1	
				C 18,0				C 1.277,5	
				Personalkosten		743,9	754,0	A 810,9	
				Sach- und Dienstleistungskosten		86,1	85,6	B 752,5	
				Kalkulatorische Kosten		56,2	56,1	C 982,9	
								A 78,5	
								B 62,9	
								C 162,5	
								A 52,6	
								B 79,7	
								C 132,1	

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004
		Erlöse					Kosten				
5.1 Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	[Tsd. EUR]	14,0	14,0	A 14,0	B 13,6	C 13,9	610,7	617,2	A 649,2	B 616,6	C 910,5
		Personalkosten					511,4	518,3	A 557,4	B 517,2	C 700,2
		Sach- und Dienstleistungskosten					60,7	60,4	A 55,6	B 44,6	C 115,8
		Kalkulatorische Kosten					38,6	38,5	A 36,2	B 54,8	C 94,5
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	17.880,0	17.885,0	A 17.526,0	B 18.952,5	C 17.978,4
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	17.880,0	17.885,0	A 17.526,0	B 18.952,5	C 17.978,4
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Stiftungsmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	14.580,0	14.585,0	A 14.226,0	B 15.692,5	C 14.328,4
Stiftungsanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	81,5	81,5	A 81,2	B 82,8	C 79,7
a) Abwicklung direkt über den Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	14.580,0	14.585,0	A 14.226,0	B 15.692,5	C 14.328,4
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Landesmittel 10 07/84 (teilw.)	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	3.300,0	3.300,0	A 3.300,0	B 3.260,0	C 3.650,0
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	18,5	18,5	A 18,8	B 17,2	C 20,3
		Kennzahlen					Erläuterungen				
		Ziele sind eine rasche und unbürokratische Hilfevermittlung und das Ausreichen der Stiftungsleistungen.					Die Produktgruppe umfasst: - die Schwangerenilfe (in Zusammenarbeit und mit Antragstellung über die Beratungsstellen), - Familien in Not (mit Projektförderung und Verwendungsprüfung) und - sonstige Leistungen (Zuweisung von Sonderaufgaben, z.B. Flutopferhilfe).				
Schwangerenilfe: Anträge	[Anzahl]	25.500	27.000	A 24.000	B 22.590	C 20.805	Das Verfahren im Stiftungszweck "Familie in Not" ist im Verhältnis zum Stiftungszweck "Schwangerenilfe" aufwändiger, wodurch sich die unterschiedliche Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten erklärt.				
Laufzeit	[Wochen]	8	8	A 8	B 8	C 7					
Leistungsempfänger	[Anzahl]	15.000	15.500	A 14.500	B 14.258	C 14.078					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	31	30	A 34	B 32	C 49					
Familien in Not: Leistungsempfänger	[Anzahl]	365	380	A 355	B 343	C 332					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je Leistungsempfänger	[EUR]	418	406	A 457	B 449	C 686					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
5.2 Sonstige Stiftungen	[Tsd. EUR]	2,0	2,0	A 2,0	B 1,5	C 4,1	275,5	278,5	A 292,8	B 278,5	C 367,0	
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	533,0	563,0	A 501,8	B 482,9	C 468,1	
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	533,0	563,0	A 501,8	B 482,9	C 468,1	
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Stiftungsmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	533,0	563,0	A 501,8	B 482,9	C 468,1	
Stiftungsanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0	
a) Abwicklung direkt über den Stiftungshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	533,0	563,0	A 501,8	B 482,9	C 468,1	
b) Abwicklung über den Landeshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
Landesanteil:	[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---	
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Aufgrund der Unterschiedlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit der Aufgaben in dieser Gruppe wird hier auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.							Bayer. Stiftung Hospiz: Förderung und Unterstützung des Hospizgedankens in Bayern Bayer. Kriegsblindenstiftung: Förderung der bayerischen Kriegsblindenfürsorge, insbesondere der Gesundheits- und Erholungsfürsorge im Kriegsblinden-Kursanatorium Söcking bei Starnberg Bayer. Stiftung für Kriegsoffer und Menschen mit Behinderung: Einmalige Zuwendungen an Kriegsoffer und Personen, die wie Kriegsoffer versorgt werden; Unterstützung der medizinischen, beruflichen und sozialen Förderung und Betreuung von Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung Bayer. Invaliden-, Witwen- und Waisenfonds: Einmalige Zuwendungen an Angehörige bestimmter militärischer Einrichtungen und Ordensinhaber; Unterstützung der medizinischen, beruflichen und sozialen Förderung und Betreuung von Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
			B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
	Erlöse				Kosten			
6. Sonstige Aufgaben	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	2.193,7	2.218,0	A 2.341,2 B 2.164,9 C 2.435,5	
				Personalkosten	1.919,1	1.944,3	A 2.086,2 B 1.901,7 C 1.972,4	
				Sach- und Dienstleistungskosten	104,3	169,5	A 156,6 B 117,5 C 232,0	
				Kalkulatorische Kosten	170,3	104,2	A 98,4 B 145,7 C 231,1	

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
6.1	Europäischer Sozialfonds (ESF) Förderzeitraum 2000-2006	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	1.685,4	1.304,7	A 1.840,1	B 1.695,2	C 2.099,1
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 05/54, 55, 57, 58, 81 (ohne 547 81); 10 50/52		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	35.320,0	35.320,0	A 35.900,0	B 46.547,3	C 39.623,1
Davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	35.320,0	35.320,0	A 35.900,0	B 46.547,3	C 39.623,1
Davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
EU-Mittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	34.400,0	34.400,0	A 34.400,0	B 35.816,3	C 28.258,5
EU-Anteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	97,4	97,4	A 95,8	B 76,9	C 71,3
a) Abwicklung direkt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/272 30, 272 31, 272 33, 272 34		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	34.400,0	34.400,0	A 34.400,0	B 35.816,3	C 28.258,5
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	920,0	920,0	A 1.500,0	B 10.731,0	C 11.364,6
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	2,6	2,6	A 4,2	B 23,1	C 28,7
		Kennzahlen					Erläuterungen					
Ziele sind eine vollständige Bindung der EU-Mittel innerhalb des jeweiligen Förderzeitraums sowie ein zeitgerechtes Ausreichen der Fördermittel.												
Antragseingänge		[An- zahl]	55	---	A 407	B 545	C 448	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Bewilligung, Prüfung und Abrechnung der mit ESF-Mitteln geförderten Projekte im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Die Sollzahlen für die EU-Mittel beruhen auf einer rein rechnerischen Aufteilung der gesamten EU-Mittel auf den ganzen Förderzeitraum 2000 bis 2006. Die tatsächlichen Vereinnahmungen und Auszahlungen hängen von Programmverlauf und -fortschritt ab und können u.U. erheblich abweichen.				
Prüfbescheide		[An- zahl]	500	350	A 335	B 175	C 223					
Bewilligte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen		[%]	100,0	100,0	A 95,0	B 74,0	C 53,0					
Ausgezahlte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF- Mittelvolumen		[%]	95,0	100,0	A 68,0	B 41,0	C 24,0					
Geförderte Projekte		[An- zahl]	80	---	A 382	B 520	C 423					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je ausgezahlte Tsd. EUR aus EU- Mitteln		[EUR]	48	37	A 51	B 36	C 53					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A	Soll 2006	2007	2008	A	Soll 2006
				B	Ist 2005			B	Ist 2005
				C	Ist 2004			C	Ist 2004
		Erlöse				Kosten			
6.2	Europäischer Sozialfonds (ESF) Förderzeitraum 2007-2013	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	34,4	434,9	A --- B --- C ---	---
		Personalkosten				30,1	381,7	A --- B --- C ---	---
		Sach- und Dienstleistungskosten				1,6	33,2	A --- B --- C ---	---
		Kalkulatorische Kosten				2,7	20,0	A --- B --- C ---	---
		Einzahlungen von Leistungsempfängern				Auszahlungen an Leistungsempfänger			
	Transferleistungen insgesamt 10 05/60, 61, 81 (ohne 547 81)	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	2.280,0	2.280,0	A --- B --- C ---	---
	Davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	2.280,0	2.280,0	A --- B --- C ---	---
	Davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
	EU-Mittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
	EU-Anteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
	a) Abwicklung direkt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
	b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/272 39, 272 40	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
	Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	2.280,0	2.280,0	A --- B --- C ---	---
	Landesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---	---
		Kennzahlen				Erläuterungen			
		Ziele sind eine vollständige Bindung der EU-Mittel innerhalb des jeweiligen Förderzeitraums sowie ein zeitgerechtes Ausreichen der Fördermittel.				Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Bewilligung, Prüfung und Abrechnung der mit ESF-Mitteln geförderten Projekte im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Es werden nur die Landesmittel ausgewiesen, die spezifisch zur Kofinanzierung der EU-Mittel nötig sind. Für die EU-Mittel selbst werden hingegen keine Jahresbeträge angegeben, da von der Europäischen Kommission die EU-Mittel nur für den gesamten 7-jährigen Förderzeitraum verbindlich festgelegt werden. EU- und Landes-Anteil sowie die durchschnittlichen Verwaltungskosten werden daher für das Soll nicht berechnet.			
	Antragseingänge	[Anzahl]	50	150	A --- B --- C ---				
	Prüfbescheide	[Anzahl]	---	75	A --- B --- C ---				
	Bewilligte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen	[%]	2,0	8,0	A --- B --- C ---				
	Ausgezahlte ESF-Mittel (kumuliert) im Verhältnis zum ESF-Mittelvolumen	[%]	1,0	5,0	A --- B --- C ---				
	Geförderte Projekte	[Anzahl]	40	130	A --- B --- C ---				
	Durchschnittliche Verwaltungskosten je ausgezahlte Tsd. EUR aus EU-Mitteln	[EUR]	---	---	A --- B --- C ---				

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006			2007	2008	A Soll 2006		
			B	Ist 2005	C			B	Ist 2005	C
	Erlöse					Kosten				
6.3 Altenhilfe [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	173,6	174,7	A	180,1	---
			B	---	---			B	172,5	---
			C	---	---			C	318,4	---
			Personalkosten			151,7	152,8	A	159,1	---
			Sach- und Dienstleistungskosten			9,5	12,4	B	151,0	---
			Kalkulatorische Kosten			12,4	9,5	C	250,5	---
			A	11,8	---			A	11,8	---
			B	10,1	---			B	10,1	---
			C	31,7	---			C	31,7	---
			A	9,2	---			A	9,2	---
			B	11,4	---			B	11,4	---
			C	36,2	---			C	36,2	---
	Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger				
Transferleistungen insgesamt [Tsd. EUR]	230,1	230,1	A	244,9	---	5.004,0	5.004,0	A	4.024,0	---
10 07/111 01 (teilw.), 281 11 (teilw.), 536 01, 684 02, 71 (teilw.), 72 (teilw.), 13 08/182 51 (teilw.), 52 (teilw.)			B	204,3	---			B	3.608,8	---
			C	317,3	---			C	3.741,8	---
davon Zuweisungen und Zuschüsse [Tsd. EUR]	230,1	230,1	A	244,9	---	5.004,0	5.004,0	A	4.024,0	---
			B	204,3	---			B	3.608,8	---
			C	317,3	---			C	3.741,8	---
davon Darlehen [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Bundesmittel insgesamt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Bundesanteil: [%]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt [Tsd. EUR]	---	---	A	---	---	---	---	A	---	---
			B	---	---			B	---	---
			C	---	---			C	---	---
Landesmittel [Tsd. EUR]	230,1	230,1	A	244,9	---	5.004,0	5.004,0	A	4.024,0	---
			B	204,3	---			B	3.608,8	---
			C	317,3	---			C	3.741,8	---
Landesanteil: [%]	100,0	100,0	A	100,0	---	100,0	100,0	A	100,0	---
			B	100,0	---			B	100,0	---
			C	100,0	---			C	100,0	---
	Kennzahlen					Erläuterungen				
Ziel ist ein zügiges und sachgerechtes Ausreichen der Fördermittel.										
Anträge [Anzahl]	520	570	A	470	---	Diese Produktgruppe umfasst insbesondere die Abwicklung von Förderrichtlinien und Einzelprojekten, die auf der einen Seite das Ziel verfolgen, die Qualität der Pflege und Betreuung alter Menschen sicher zu stellen und auf der anderen Seite die Vernetzung von Einrichtungen der Altenhilfe fördern sollen. Dabei werden diverse Einzelprojekte mit Modellcharakter gefördert, um Innovationen im Bereich Altenhilfe voran zu bringen. Die Laufzeit wird erst ab 2006 ermittelt.				
			B	455	---					
			C	495	---					
Eingegangene Gesamtverwendungsnachweise [Anzahl]	430	470	A	400	---					
			B	447	---					
			C	406	---					
Laufzeit [Tage]	---	---	A	---	---					
			B	---	---					
			C	---	---					
Geförderte Maßnahmen und Projekte [Anzahl]	1.900	2.100	A	1.700	---					
			B	1.643	---					
			C	1.734	---					
Durchschnittliche Verwaltungskosten je geförderter Maßnahme oder Projekt [EUR]	91	83	A	106	---					
			B	105	---					
			C	184	---					

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004
		Erlöse			Kosten		
6.4 Erstattung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	139,0	140,6	A 148,3 B 138,4 C 15,5
		Personalkosten			119,6	121,3	A 130,4 B 119,5 C 12,7
		Sach- und Dienstleistungskosten			7,4	11,9	A 10,9 B 8,4 C 1,6
		Kalkulatorische Kosten			12,0	7,4	A 7,0 B 10,5 C 1,2
		Einzahlungen von Leistungsempfängern			Auszahlungen an Leistungsempfänger		
Transferleistungen insgesamt 10 05/633 01	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0 B 266.308,4 C ---
davon Zuweisungen und Zuschüsse	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0 B 266.308,4 C ---
davon Darlehen	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Bundesmittel insgesamt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0 B 266.308,4 C ---
Bundesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	100,0	100,0	A 100,0 B 100,0 C ---
a) Abwicklung direkt über den Bundshaushalt	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 05/231 04	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	240.000,0	240.000,0	A 240.000,0 B 266.308,4 C ---
Landesmittel	[Tsd. EUR]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesanteil:	[%]	---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
		Kennzahlen			Erläuterungen		
		Ziel ist das unverzügliche und rechnerisch richtige Weiterleiten der Erstattungsleistungen des Bundes an die Kommunen.					
		Da es sich bei dieser Aufgabe um das reine Weiterleiten von Bundesmitteln an die Kommunen handelt, wird auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.					

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006	B Ist 2005	C Ist 2004	
		Erlöse					Kosten					
6.5	Erstattung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	6,0	6,0	A 6,4	B 5,9	C 2,5
		Personalkosten					Sach- und Dienstleistungskosten					
		Kalkulatorische Kosten					Kalkulatorische Kosten					
		Einzahlungen von Leistungsempfängern					Auszahlungen an Leistungsempfänger					
Transferleistungen insgesamt 10 03/633 02		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	33.538,0	33.538,0	A 34.900,0	B 35.454,6	C 31.574,1
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	33.538,0	33.538,0	A 34.900,0	B 35.454,6	C 31.574,1
davon Darlehen		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	33.538,0	33.538,0	A 34.900,0	B 33.538,0	C 33.538,0
Bundesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	100,0	100,0	A 100,0	B 100,0	C 100,0
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
b) Abwicklung über den Landeshaushalt 10 03/231 04		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	33.538,0	33.538,0	A 34.900,0	B 33.538,0	C 33.538,0
Landesmittel		[Tsd. EUR]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B 1.916,6	C -1.963,9
Landesanteil:		[%]	---	---	A ---	B ---	C ---	---	---	A ---	B ---	C ---
		Kennzahlen					Erläuterungen					
		Ziel ist das unverzügliche und rechnerisch richtige Weiterleiten der Erstattungsleistungen des Bundes an die Kommunen.					In den Jahren 2004 und 2005 differieren jeweils die vom Bund zugewiesenen von denen an die Kommunen weitergeleiteten Mittel. Diese Differenz ist als Istbetrag bei den Landesmitteln ausgewiesen.					
		Da es sich bei dieser Aufgabe um das reine Weiterleiten von Bundesmitteln an die Kommunen handelt, wird auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.										

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)		2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004	2007	2008	A Soll 2006 B Ist 2005 C Ist 2004
				Erlöse		Kosten	
6.6	Erstattungsleistungen an Sozialversicherungsträger und sonstige Leistungen an Dritte	[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	155,3	157,1	A 166,3 B 152,9 C ---
				Personalkosten			
				Sach- und Dienstleistungskosten			
				Kalkulatorische Kosten			
				Einzahlungen von Leistungsempfängern		Auszahlungen an Leistungsempfänger	
Transferleistungen insgesamt 10 03/636 01; 10 06/636 01; 10 07/686 01; Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	4.949,0	5.049,0	A 4.938,7 B 4.556,6 C 4.428,4
davon Zuweisungen und Zuschüsse		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	4.949,0	5.049,0	A 4.938,7 B 4.556,6 C 4.428,4
davon Darlehen		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Bundesmittel insgesamt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	340,0	340,0	A 340,0 B 336,9 C 443,5
Bundesanteil:		[%] ---	---	A --- B --- C ---	6,9	6,7	A 6,9 B 7,4 C 10,0
a) Abwicklung direkt über den Bundeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	340,0	340,0	A 340,0 B 336,9 C 443,5
b) Abwicklung über den Landeshaushalt		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	---	---	A --- B --- C ---
Landesmittel		[Tsd. EUR] ---	---	A --- B --- C ---	4.609,0	4.709,0	A 4.598,7 B 4.219,7 C 3.984,9
Landesanteil:		[%] ---	---	A --- B --- C ---	93,1	93,3	A 93,1 B 92,6 C 90,0
				Kennzahlen		Erläuterungen	
Ziel ist ein zügiges und sachgerechtes Ausreichen der Mittel.						Die Produktgruppe umfasst die	
Aufgrund der Unterschiedlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit der Aufgaben in dieser Gruppe wird hier auf die Angabe von Zielkennzahlen verzichtet.						<ul style="list-style-type: none"> - Hilfe für Frauen in besonderen Lebenslagen, - Zuschüsse zur Beratung und Betreuung bedrohter Frauen und - Erstattungsleistungen nach dem Bundesvertriebenengesetz. 	

Aufgabenbereich (Produktbereich/Produktgruppe)	2007	2008	A Soll 2006		2007	2008	A Soll 2006	
			B Ist 2005	C Ist 2004			B Ist 2005	C Ist 2004
	Erlöse				Kosten			
7. Unentgeltliche Leistungen für andere staatliche Verwaltungen des Freistaats	[Tsd. EUR]	---	---	A ---	7.947,6	7.918,4	A 7.890,2	
			B ---				B 7.034,4	
			C ---				C 7.743,2	
			Personalkosten		4.067,2	4.103,5	A 4.380,1	
			Sach- und Dienstleistungskosten		3.075,4	3.007,9	B 4.014,3	
			Kalkulatorische Kosten		805,0	807,0	C 4.412,7	
							A 2.682,5	
							B 1.895,8	
							C 2.048,4	
							A 827,6	
							B 1.124,3	
							C 1.282,1	
	Kennzahlen				Erläuterungen			
					<p>Das ZBFS erbringt Leistungen insbesondere für das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS), für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, für die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern und für die Gewerbeaufsicht.</p> <p>Die Leistungen des Informationsverarbeitungs- und Servicezentrums für den Geschäftsbereich des StMAS stellen hierbei den Schwerpunkt dieses Produktbereichs dar.</p>			

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
111 01-2	214	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4,0	4,0	A	30,0	
					B	3,8	
					C	19,5	
112 01-1	214	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	4,0	4,0	A	7,5	
					B	3,1	
					C	5,1	
119 01-4	214	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 11.</i>	0,5	0,5	A	0,5	
					B	27,3	
					C	27,1	
119 49-8	214	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	5,0	
					B	9,8	
					C	1,8	
124 01-7	214	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	78,0	78,0	A	97,4	
					B	108,0	
					C	159,6	
124 11-5	214	Einnahmen aus Vermietung von Wohnplätzen für Bedienstete	---	---	A	7,5	
					B	0,7	
					C	3,5	
132 01-7	214	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4,0	4,0	A	7,5	
					B	3,5	
					C	0,8	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
233 01-5	214	Zweckgebundene Förder- und Kostenbeiträge von Jugendämtern <i>Vgl. Vermerk zu 531 22.</i>	---	---	A	---	
235 12-0	214	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
					C	10,3	
236 01-2	214	Erstattungsleistungen der Reha-Träger nach dem SGB IX	***	***	A	---	
					B	14,0	
					C	16,5	
236 12-9	214	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	***	***	A	---	
261 01-0	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	23,0	23,0	A	23,0	
					B	21,6	
					C	45,8	
261 02-9	214	Erstattung von Personalausgaben <i>Vgl. Vermerk zu 429 01.</i>	1.100,0	950,0	A	1.651,7	
					B	1.342,6	
271 01-8	214	Erstattungen von der EU	---	---	A	---	
281 11-4	214	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen <i>Vgl. Vermerk zu 428 30.</i>	---	---	A	---	
282 01-5	214	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 536 02 und 536 03.</i>	---	---	A	---	
					B	137,7	
					C	148,4	

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Titelgruppen						
99 Einnahmen der Datenverarbeitung						
261 99-3	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	2,0	2,0	A	7,5
					B	2,0
					C	1,7
Summe der Titelgruppe			2,0	2,0	A	7,5
					B	2,0
					C	1,7
Gesamteinnahmen			1.225,5	1.075,5	A	1.837,6
					B	1.674,1
					C	632,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-8	266	Entschädigungen und Reisekostenvergütungen an Beisitzer, Beiräte und Mitglieder diverser Ausschüsse und Gremien	24,3	24,3	A	24,3
					B	2,0
					C	3,4
422 01-6	214	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	35.425,0	35.973,5	A	35.562,1
					B	32.485,1
					C	31.634,9
422 11-4	214	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	1.207,6	1.221,9	A	1.136,1
					B	1.190,9
					C	1.173,9
422 21-2	214	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	636,8	644,3	A	854,1
					B	628,0
					C	875,5
422 31-0	214	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	468,4	473,9	A	503,7
					B	461,9
					C	429,7
422 41-8	214	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	1,7
425 01-3	214	Vergütungen der Angestellten	***	***	A	28.555,2
					B	25.558,0
					C	24.551,4
425 11-1	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	***	***	A	---
425 12-0	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
					B	17,5
					C	30,3
425 15-7	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	***	***	A	202,1
					B	97,5
					C	139,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
425 17-5	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	279,3	
					B	450,1	
					C	382,8	
425 41-5	214	Überstundenvergütungen für Angestellte	***	***	A	3,0	
					B	1,6	
426 01-2	214	Löhne der Arbeiter	***	***	A	1.809,4	
					B	1.736,3	
					C	1.748,9	
426 05-8	214	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	***	***	A	438,4	
					B	337,9	
					C	342,3	
427 01-1	214	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	***	***	A	10,0	
					C	0,0	
<u>428 07-4</u>	214	Entgelte der Arbeitnehmer (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A		
					B		
					C		
<u>428 30-5</u>	214	Arbeitnehmerentgelte (Arbeitnehmerbudget) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 281 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	26.454,0	27.301,0	A		
429 01-9	214	Nicht aufteilbare Personalausgaben <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme (abzüglich des Versorgungszuschlags) bei 261 02. Mit den Personalausgaben darf bis zu zwei Monate in Vorlage getreten werden (Vorgriff auf Folgejahr). Erläuterung: Personalausgaben für Beamte und weitere Bedienstete des ehemaligen Krankenhauses Hohe Warte, Bayreuth sind weiterhin vom Freistaat Bayern zu leisten, soweit der Freistaat noch Dienstherr/Arbeitgeber ist. Nach dem Personalüberleitungs- und Personalgestellungsvertrag wird dem Freistaat Bayern neben den tatsächlich geleisteten Personalkosten und einem Versorgungszuschlag (s. 261 02) auch ein pauschaler Verwaltungskostenaufschlag (s. 06 15/261 01) erstattet.</i>	1.000,0	900,0	A	1.456,0	
					B	1.184,3	
453 01-8	214	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	90,0	90,0	A	40,0	
					B	66,1	
					C	39,5	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-8	214	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.330,8	4.330,8	A	4.105,7	
					B	3.415,8	
					C	3.320,9	
514 01-5	214	Haltung von Dienstfahrzeugen	119,3	119,3	A	89,0	
					B	94,0	
					C	87,1	
514 11-3	214	Dienst- und Schutzkleidung	9,9	9,9	A	11,0	
					B	7,8	
					C	7,9	
514 21-1	214	Medizinische Verbrauchsmittel	7,5	7,5	A	24,2	
					B	13,7	
					C	17,3	

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
517 01-2	214	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.561,8	1.561,8	A	1.549,8
					B	1.218,3
					C	1.290,5
517 05-8	214	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	997,8	997,8	A	892,3
					B	775,0
					C	748,5
<u>517 31-6</u>	214	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	
<u>517 35-2</u>	214	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	
518 01-1	214	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.185,0	2.185,0	A	2.609,1
					B	2.182,4
					C	2.336,4
518 11-9	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	106,5	106,5	A	131,5
					B	103,4
					C	126,6
518 18-2	214	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	42,6	42,6	A	26,0
					B	29,9
518 21-7	214	Anmietung von Wohnplätzen zur Unterbringung von Bediensteten	---	---	A	7,5
					B	2,8
					C	4,7
<u>518 31-5</u>	214	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	
519 01-0	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <u>Erläuterung:</u> Allgemeine Instandsetzungs- und Substanzerhaltungsmaßnahmen.	400,0	400,0	A	382,4
					B	699,2
					C	462,3
526 11-9	214	Kosten für Sachverständige	90,0	90,0	A	17,5
					B	0,7
527 01-0	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	200,0	200,0	A	212,5
					B	133,7
					C	109,5
531 11-2	266	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	8,6	8,6	A	8,6
					B	26,6
					C	39,5
531 21-0	214	Sonstige Veröffentlichungen <u>Erläuterung:</u> Ausgaben für den Jahresbericht des Zentrums Bayern Familie und Soziales (Zweijahresturnus).	8,0	---	A	---
					B	3,0
531 22-9	214	Kosten der Pflege des Internetratgebers "Eltern im Netz" <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 233 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
532 11-1	214	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	150,0	100,0	A	20,0
					B	60,5
					C	17,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	
						6	
536 01-9	214	Beweiserhebung und Kostenerstattung <u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind die Kosten für ärztliche Leistungen durch Dritte (13.705,0/14.005,0 Tsd. EUR), Reisekosten der Versorgungsberechtigten und im Rahmen der Beweiserhebung (370,0 Tsd. EUR), Erstattung von Auslagen gem. § 193 SGG (570,0 Tsd. EUR.), Erstattung von Kosten gem. § 63 SGB X und Sonstiges (355,0 Tsd. EUR).	15.000,0	15.300,0	A	15.821,1	
						B	10.967,4
						C	10.483,5
536 02-8	266	Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendhilfe <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 03 in Anspruch genommen werden.</i>	168,8	168,8	A	163,4	
						B	233,9
						C	263,3
536 03-7	266	Kosten für Fachtagungen und sonstige Arbeitstagungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 282 01, soweit sie nicht bei 536 02 in Anspruch genommen werden.</i>	62,5	62,5	A	56,0	
						B	57,8
						C	65,6
536 04-6	266	Kosten des Landesjugendhilfeausschusses und seiner Arbeitsausschüsse	1,0	1,0	A	1,8	
						B	0,3
						C	0,4
<u>536 05-5</u>	214	Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	31,3	31,3	A		
540 01-3	214	Veranstaltungskosten	1,8	1,8	A	---	
						B	1,4
						C	2,0
546 49-1	214	Vermischte Verwaltungsausgaben	11,7	11,7	A	38,2	
						B	9,2
						C	8,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
632 01-2	214	Verwaltungskostenerstattung an das Land Niedersachsen <u>Erläuterung:</u> Durchführung der zentralen Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln durch das Prüf- und Beschaffungsamt Hannover für die Versorgungsberechtigten im Freistaat Bayern.	96,5	96,5	A	96,5	
						B	96,4
						C	96,4
636 01-8	214	Verwaltungskostenerstattung an Krankenkassen <u>Erläuterung:</u> Erstattung von Verwaltungskosten nach § 20 Bundesversorgungsgesetz (BVG) an die Krankenkassen. Der Erstattungsbetrag ist nach Art. 2 Abs. 1 FAnpG vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426) seit 1972 von den Ländern zu tragen.	1.250,0	1.200,0	A	1.530,0	
						B	1.304,7
						C	1.007,2
671 01-4	242	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen gemäß § 11 a Abs. 4 BVG <u>Erläuterung:</u> Grundlage für die Berechnung der Höhe der Kosten ist eine mit dem Bayerischen Behinderten- und Versehrtenverband e.V. abgeschlossene Vereinbarung.	26,0	26,0	A	30,0	
						B	28,2
						C	31,2

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-8	214	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	150,0	650,0	A	126,0
					B	208,0
					C	655,0
710 00-8	214	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 2.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.900,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	2.400,0	A	922,8
					B	990,2
					C	2.772,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-5	214	Erwerb von Dienstfahrzeugen	23,8	---	A	40,4
					B	32,6
812 01-4	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	320,0	320,0	A	325,0
					B	298,6
					C	362,5
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99-1	214	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (240,0 Tsd. EUR), EDV-Leitungsmieten (1.520,0 Tsd. EUR), Mieten und Wartung (985,0/785,0 Tsd. EUR), Bücher, Zeitschriften und Sonstiges (105,0 Tsd. EUR).	2.850,0	2.650,0	A	2.041,2
					B	1.527,6
					C	1.404,0
514 99-8	214	Verbrauchsmittel	310,0	310,0	A	363,0
					B	233,9
					C	107,1
518 99-4	214	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	30,0	30,0	A	36,0
					B	26,8
					C	26,8
519 99-3	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200,0	165,0	A	275,0
					B	77,1
					C	86,6
525 99-5	214	Aus- und Fortbildung	175,0	150,0	A	175,0
					B	80,0
					C	94,0
526 99-4	214	Ausgaben für Sachverständige	62,5	62,5	A	73,0
					B	4,2
					C	50,3
527 99-3	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	19,0	19,0	A	17,5
					B	13,2
					C	10,2
534 99-4	214	Vergabe von Aufträgen für Großrechnerbetrieb	827,5	848,5	A	825,0
					B	550,4
					C	526,1

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
					Tsd. EUR	
					6	
812 99-7	214	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	345,5	284,5	A	195,9
		Summe der Titelgruppe	4.819,5	4.519,5	B	788,0
		Gesamtausgaben	98.686,8	101.577,8	C	809,2
		Abschluss			A	104.113,6
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	100,5	100,5	B	90.547,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.125,0	975,0	C	88.782,7
		Gesamteinnahmen	1.225,5	1.075,5	A	155,4
		Personalausgaben	65.306,1	66.628,9	B	156,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	29.968,9	29.971,9	C	217,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.372,5	1.322,5	A	1.682,2
		Baumaßnahmen	1.350,0	3.050,0	B	1.518,0
		Sonstige Sachinvestitionen	689,3	604,5	C	414,6
		Gesamtausgaben	98.686,8	101.577,8	A	1.837,6
		Zuschuss	97.461,3	100.502,3	B	1.674,1
					C	632,0
					A	70.873,7
					B	64.219,0
					C	61.351,6
					A	29.973,3
					B	22.549,8
					C	21.697,5
					A	1.656,5
					B	1.461,1
					C	1.134,8
					A	1.048,8
					B	1.198,2
					C	3.427,0
					A	561,3
					B	1.119,2
					C	1.171,8
					A	104.113,6
					B	90.547,3
					C	88.782,7
					A	102.276,0
					B	88.873,1
					C	88.150,7

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Produktabschluss				
		Erlöse	20,0	20,0	A	20,0
					B	18,3
					C	23,2
	5	Personalkosten	76.619,1	78.133,9	A	83.054,3
					B	69.798,8
					C	74.750,4
	6	Sach- und Dienstleistungskosten	27.802,6	27.940,2	A	28.564,4
					B	20.025,7
					C	19.899,5
	7	Kalkulatorische Kosten	6.536,8	6.442,7	A	6.165,5
					B	7.745,2
					C	6.452,0
		Kosten	110.958,5	112.516,8	A	117.784,2
					B	97.569,7
					C	101.101,9
		Unterdeckung	110.938,5	112.496,8	A	117.764,2
					B	97.551,4
					C	101.078,7
		Überleitungsrechnung Erlöse-Einnahmen				
		Erlöse	20,0	20,0	A	20,0
					B	18,3
					C	23,2
	89	Neutrale Erlöse (verwaltungsfremd, periodenfremd, außerordentlich)	+105,5	+105,5	A	+165,9
					B	+148,5
					C	+243,7
261 02-9		Personalgestellung Hohe Warte	+1.100,0	+950,0	A	+1.651,7
					B	+1.342,6
					C	+189,6
		Einnahmen des Bayerischen Landesjugendamtes (Kap. 10 60) vor der Übernahme der Aufgaben durch das ZBFS (Kap. 10 20)			B	+164,7
		Einnahmen	1.225,5	1.075,5	A	1.837,6
					B	1.674,1
					C	632,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
		Überleitungsrechnung Kosten-Ausgaben				
		Kosten	110.958,5	112.516,8	A	117.784,2
					B	97.569,7
					C	101.101,9
HGr. 4	5	Abgrenzung zwischen Personalkosten und Personalausgaben	-11.313,0	-11.505,0	A	-12.180,6
		davon Versorgungsrückstellungen (soweit bei Gruppe 422 Beamtenbezüge veranschlagt sind)	(-9.773,1)	(-9.885,2)	A	(-11.416,8)
					B	(-10.023,6)
					C	(-12.465,7)
		davon Beihilfezuschlag	(-2.596,0)	(-2.596,0)	A	(-2.596,0)
					B	(-2.201,9)
					C	(-3.000,0)
		davon neutrale Personalkosten	(+386,1)	(+514,9)	A	(+686,2)
					B	(+4.504,1)
					C	(+912,3)
		davon Personalausgaben, die in anderen Kapiteln veranschlagt sind	(-330,0)	(-438,7)	A	(-310,0)
					B	(-595,1)
					C	(-411,8)
		davon Personalgestellung Hohe Warte	(+1.000,0)	(+900)	A	(+1.456,0)
					B	(+1.184,3)
		davon Personalausgaben des Bayerischen Landesjugendamtes (Kap. 10 60) vor der Übernahme der Aufgaben durch das ZBFS (Kap. 10 20)			B	(+1.552,4)
					C	(+1.566,4)
		Sach- und Dienstleistungskosten				
532 11-1	69	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	+150,0	+100,0	A	+20,0
					B	+60,5
					C	+17,0
		Ausgaben, die in anderen Kapiteln veranschlagt sind	-3.120,1	-3.256,8	A	-3.300,0
					B	-320,0
					C	-173,5
		Sachausgaben des Bayer. Landesjugendamtes (Kap. 10 60) vor der Übernahme der Aufgaben durch das ZBFS (Kap. 10 20)			B	+379,9
					C	+439,2
		Kalkulatorische Kosten				
	701	Kapitalkosten (kalkulatorische Zinsen)	-667,5	-683,9	A	-844,5
					B	-728,6
	72	Kalkulatorische (Kalt-)Miete	-3.600,0	-3.700,0	A	-3.340,9
					B	-1.861,5
					C	-2.593,4
519 01-0		Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (soweit in kalkulatorischer Miete enthalten)	+300,0	+300,0	A	+300,0
					B	+120,0
					C	+170,0
		Investitionsausgaben				
		Abschreibungen lt. Investitionsplan (soweit nicht in der kalkulatorischen Miete erfasst)	-792,8	-608,3	A	-1.003,3
					B	-1.132,7
					C	-1.066,7
		Investitionen lt. Investitionsplan (soweit bei diesem Kapitel veranschlagt)	+1.749,4	+3.273,2	A	+1.623,6
					B	+2.039,8
					C	+4.287,0

Zentrum Bayern Familie und Soziales

Titel	KA	Erlös- und Kostenarten	2007		2008		A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5			C	Ist 2004
							Tsd. EUR	
							6	
		Sonstiges Haushaltsgesetzliche Sperre	+5.022,3	+5.141,8	A	+5.055,1		
		Ausgaben	98.686,8	101.577,8	B			104.113,6
					C			90.547,3
								88.782,7

Erläuterungen

Erläuterungen einzelner Positionen der Überleitungsrechnung:

Investitionsplan

		Ist	Ist	Soll	Soll	Soll
		2004	2005	2006	2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionen lt. Haushaltsplan						
kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	Gr. 701	655,0	208,0	126,0	150,0	650,0
Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	Gr. 702					
große Baumaßnahmen	Anlage S	2.772,0	990,2	922,8	1.200,0	2.400,0
sonstige Sachinvestitionen	OGr. 81/82	1.171,8	1.119,2	561,3	689,3	604,5
Investitionssumme lt. Haushaltsplan:		4.598,8	2.317,4	1.610,1	2.039,3	3.654,5
haushaltsgesetzliche Sperre				137,5	167,9	250,9
Investitionssumme (netto)		4.598,8	2.317,4	1.472,6	1.871,4	3.403,6

Abgrenzungen:

aktivierungspflichtige Anschaffungen	HGr. 5	240,0	251,8	200,0	129,1	128,6
geringwertige Wirtschaftsgüter (Sofort-AfA)	OGr. 81/82	-551,8	-529,4	-49,0	-251,1	-259,0
Investitionen lt. Investitionsplan:		4.287,0	2.039,8	1.623,6	1.749,4	3.273,2

Bemessungsgrundlage für die Abschreibungen (HGr. 5 und 8)		860,0	841,6	600,0	429,4	353,2
---	--	-------	-------	-------	-------	-------

Abschreibungen aus Investitionen (HGr. 5 und 8)	vor 2005	1.066,7	1.018,0	803,6	488,2	222,8
	in 2005		114,7	139,7	139,7	139,7
	in 2006			60,0	120,0	120,0
	in 2007				44,9	89,6
	in 2008					36,2
Summe:		1.066,7	1.132,7	1.003,3	792,8	608,3

Erläuterung des Investitionsplans:

Zu 10 20/701 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Regionalstelle Landshut		
Ausstattung mit EDV-gerechter Beleuchtung	150,0	-
Regionalstelle Bayreuth		
Glasdachsanieerung	-	650,0
Zusammen	150,0	650,0

10 20 Zentrum Bayern Familie und Soziales**Erläuterungen****Zu 10 20/811 01****Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2007	Soll 2008	Soll 2006	am 1.2.2006	
				gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	16	16	16	16	8
Kommunaltraktoren	5	5	5	5	-

Nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 4 (4)**2007**

Tsd. EUR

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 66 kW, 5-türig, Baujahr 1998, Fahrleistung am 1.1.2007: 125 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 81 kW, 5-türig, Standheizung, 7-Sitzer

	<u>23,8</u>
Zusammen	23,8

Zu 10 20/812 01

Veranschlagt sind:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Zentrale)		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	35,0	45,0
2. Regionalstelle Schwaben		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	9,0	9,0
3. Regionalstelle Niederbayern		
Frankiermaschine (Ersatz)	15,5	-
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	7,0	7,0
Regalsysteme für Aktenlagerung	-	22,0
4. Regionalstelle Oberbayern I		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	-	27,5
Aktenroltschränke (Ersatz)	20,0	20,0
Frankiermaschine (Ersatz)	14,0	-
5. Regionalstelle Oberbayern II		
Kuvertiermaschine	20,0	-
Frankiermaschine (Ersatz)	-	17,5
Drucksystem	-	14,5
Ausstattung Sitzungsatz (Ersatz)	-	27,5
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	21,0	21,0
6. Regionalstelle Mittelfranken		
Aktenvernichter (Ersatz)	7,5	-
Zeiterfassungssystem (Ersatz)	48,5	-
Kassenautomat	-	18,5
Bestuhlung für Besprechungsraum (Ersatz)	-	43,0
7. Regionalstelle Oberpfalz		
Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	25,0	25,0
Medienausstattung Konferenzraum (Ersatz)	15,0	-
Blendschutzvorrichtungen	24,5	22,5
Beschaffung von Stahlregalen (Ersatz)	28,0	-
8. Regionalstelle Unterfranken		
Zeiterfassungsanlage (Ersatz)	30,0	-
Zusammen	<u>320,0</u>	320,0

Zu 10 20/812 99

Veranschlagt sind:

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Neuausstattungen	70,5	45,5
2. Ersatzbeschaffungen	275,0	200,0
3. Ergänzungsbeschaffungen	-	39,0
Zusammen	<u>345,5</u>	284,5

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 03-2	242	Einnahmen aus stationärer Behandlung von Patienten mit allgemeinem Pflegesatz, soweit nicht bei Titel 231 01 nachzuweisen <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Titel 514 02.</i>	750,0	750,0	A B C	658,0 761,2 623,4
111 04-1	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Selbstzahlerpatienten	150,0	150,0	A B C	110,0 156,2 133,2
111 05-0	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Patienten der Kostenträger	---	---	A C	--- 0,0
111 06-9	242	Einnahmen aus Beobachtung und Begutachtung	---	---	A	---
111 07-8	242	Sonstige Gebühren	---	---	A	---
119 49-0	242	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A B C	--- 0,6 3,0
124 01-9	242	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	265,0	265,0	A B C	235,0 263,5 473,4
125 01-8	242	Einnahmen aus Personalverpflegung	17,0	17,0	A B C	20,0 16,7 16,8
125 02-7	242	Einnahmen aus der Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen durch Bedienstete	4,0	4,0	A B C	3,9 4,1 11,2
132 01-9	242	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A B C	1,0 0,0 0,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-9	242	Sonstige Zuweisungen vom Bund	2.990,0	2.990,0	A B C	2.880,0 3.013,9 7.385,5
235 12-2	242	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			4.176,5	4.176,5	A B C	3.907,9 4.216,2 8.646,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 24

Die Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung ist mit der Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung der Versorgungsberechtigten nach dem Bundesversorgungsgesetz beauftragt (§ 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung vom 12. März 1951 - BGBl I S. 169).

Der Freistaat Bayern unterhält die Reha-Klinik "Prinzregent Luitpold" in Bad Reichenhall mit 85 Planbetten. Im Veranschlagungszeitraum wird mit jährlich 31.000 Behandlungstagen (davon 23.000 Versorgungsberechtigte und 8 000 Selbstzahler) gerechnet. Die Reha-Klinik Bad Reichenhall ist Teil des Zentrums Bayern Familie und Soziales (vgl. Kap. 10 20).

Zu 10 24/111 03

2007 gegenüber 2006:

92,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 24/111 04

2007 gegenüber 2006:

40,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 24/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	55,0	55,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Einnahmen aus der Unterbringung selbstzahlender Begleitpersonen	210,0	210,0
5. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	265,0	265,0

2007 gegenüber 2006:

30,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an die Isteinnahmen.

Zu 10 24/231 01

Nach § 1 Nr. 8 letzter Halbsatz des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1955 (BGBl I S. 193), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 13 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl I S. 2317), trägt der Bund die Aufwendungen für die Heil- und Krankenbehandlung Versorgungsberechtigter in den Versorgungskuranstalten der Länder. Die Kostenerstattung wird nach Maßgabe der Erstattungsverordnung-KOV vom 31. Juli 1967 (BGBl I S. 860), zuletzt geändert durch Art. 269 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl I S. 2304), durchgeführt.

2007 gegenüber 2006:

110,0 Tsd. EUR mehr wegen höherer Erstattung infolge gestiegener Behandlungskosten.

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Ausgaben							
Personalausgaben							
422 01-8	242	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	185,9	188,1	A	173,7	
					B	183,3	
					C	398,1	
422 11-6	242	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	---	
422 31-2	242	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---	
422 41-0	242	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zu 422 41 und 425 41: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	---	---	A	---	
425 01-5	242	Vergütungen der Angestellten	1.540,0	1.540,0	A	1.570,5	
					B	2.085,0	
					C	3.160,1	
425 12-2	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
425 15-9	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---	
425 17-7	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---	
425 41-7	242	Überstundenvergütungen für Angestellte <i>Vgl. Vermerk zu 422 41.</i>	35,0	35,0	A	35,0	
					B	32,0	
					C	88,8	
426 01-4	242	Löhne der Arbeiter (Reha-Klinik Bad Reichenhall)	650,0	650,0	A	723,0	
					B	713,7	
					C	1.413,5	
426 02-3	242	Löhne der Arbeiter (ehem. Reha-Klinik Bad Tölz)	280,0	280,0	A	410,0	
					B	310,0	
426 05-0	242	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---	
427 01-3	242	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich oder nebenberuflich Tätige	16,0	16,0	A	16,0	
					B	15,1	
					C	11,1	
427 41-5	242	Praktikantenvergütungen	---	---	A	---	
453 01-0	242	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---	
					B	6,7	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-0	242	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,0	70,0	A	90,0	
					B	67,5	
					C	80,6	
511 22-5	242	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	65,0	65,0	A	50,0	
					B	65,7	
					C	91,2	
514 01-7	242	Haltung von Dienstfahrzeugen	5,5	5,5	A	5,5	
					B	1,6	
					C	6,1	

Erläuterungen

Zu 10 24/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 24/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 24/426 01

2007 gegenüber 2006:

73,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 517 01 (Fremdreinigung).

Zu 10 24/426 02

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

130,0 Tsd. EUR weniger wegen Ausscheidens oder Umsetzung von Bediensteten.

Zu 10 24/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	21,0	21,0
2. Bücher und Zeitschriften	3,0	3,0
3. Kommunikation	3,0	3,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	10,0	10,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5,0	5,0
6. Sonstiges (Patienten-Transportkosten)	28,0	28,0
Zusammen	<u>70,0</u>	<u>70,0</u>

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/511 22

2007 gegenüber 2006:

15,0 Tsd. EUR mehr wegen dringender Ersatzbeschaffungen.

Zu 10 24/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	1,5	1,5
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	4,0	4,0
Zusammen	<u>5,5</u>	<u>5,5</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	5,5	5,5
Personalausgaben	14,0	14,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	<u>19,5</u>	<u>19,5</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2006	davon geleast/ gemietet
	2007	2008	2006	gesamt	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1	1	1	1	-
Zugmaschinen, Kommunaltraktoren	1	1	1	1	-
Anhänger	1	1	1	1	-

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
514 02-6	242	Verpflegung <i>Vgl. Vermerk zu Titel 111 03.</i>	260,0	260,0	A	257,0	
					B	246,4	
					C	734,6	
514 03-5	242	Sonstige Verbrauchsmittel	11,0	11,0	A	9,0	
					B	11,7	
					C	8,8	
514 11-5	242	Dienst- und Schutzkleidung	2,0	2,0	A	3,0	
					B	1,6	
					C	3,8	
514 21-3	242	Arzneien, Kur-, Verbands- und medizinische Verbrauchsmittel	120,0	120,0	A	110,0	
					B	125,6	
					C	161,8	
517 01-4	242	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	240,0	240,0	A	155,0	
					B	148,5	
					C	387,8	
517 05-0	242	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	175,0	175,0	A	145,0	
					B	160,9	
					C	338,7	
518 01-3	242	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	20,0	20,0	A	7,0	
					B	11,7	
					C	10,6	
518 11-1	242	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	---	---	A	---	
519 01-2	242	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	70,0	70,0	A	50,0	
					B	79,8	
					C	99,6	
525 01-4	242	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	A	2,5	
					B	1,7	
					C	3,5	
527 01-2	242	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	6,5	6,5	A	2,5	
					B	6,2	
					C	9,4	
535 01-2	242	Ausgaben für Wäschereinigung	50,0	50,0	A	50,0	
					B	49,2	
					C	67,5	
536 01-1	242	Kulturelle Betreuung	25,0	25,0	A	20,0	
					B	26,9	
					C	25,1	
536 02-0	242	Leistungen an Dritte für Behandlung	60,0	60,0	A	40,0	
					B	52,0	
					C	73,0	
536 03-9	242	Leistungen an Dritte für heilgymnastische Winterkuren	12,0	12,0	A	12,0	
					B	10,5	
					C	13,4	
546 49-3	242	Vermischte Verwaltungsausgaben	3,0	3,0	A	2,0	
					B	1,3	
					C	3,4	
547 01-8	242	Abwicklungskosten für die Reha-Klinik in Bad Tölz	---	---	A	---	
					B	41,3	

Erläuterungen

Zu 10 24/514 02

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Verpflegung für Kurpatienten	245,0	245,0
2. Personalverpflegung	9,0	9,0
3. Verpflegung Externer	6,0	6,0
Zusammen	260,0	260,0

Zu 10 24/514 21

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Arznei- und Kurmittel	80,0	80,0
2. Verbandsmittel	5,0	5,0
3. Medizinische Verbrauchsmittel	35,0	35,0
Zusammen	120,0	120,0

Zu 10 24/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

73,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 426 01 (Fremdreinigung)

12,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf

85,0 Tsd. EUR mehr

Zu 10 24/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	30,0	30,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	145,0	145,0
Zusammen	175,0	175,0

2007 gegenüber 2006:

30,0 Tsd. EUR mehr wegen gestiegener Energiekosten.

Zu 10 24/518 01

2007 gegenüber 2006:

13,0 Tsd. EUR mehr wegen Veranschlagung von Unterbringungskosten für Begleitpersonen von Kurpatienten.

Zu 10 24/519 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	70,0	70,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	70,0	70,0

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR mehr wegen unaufschiebbarer bestandserhaltender Maßnahmen.

Zu 10 24/536 02

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR mehr wegen vermehrter Untersuchungen durch Dritte.

Zu 10 24/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
633 01-3	242	Ausgaben für Kurtaxe	85,0	85,0	A	70,0	
					B	67,3	
					C	86,2	
686 01-9	242	Beiträge zur Bayerischen Krankenhausgesellschaft	---	---	A	---	
					C	6,7	
Baumaßnahmen							
701 01-0	242	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	
Sonstige Sachinvestitionen							
811 01-7	242	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---	
812 01-6	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---	
812 02-5	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---	
Gesamtausgaben			3.988,9	3.991,1	A	4.008,7	
					B	4.523,1	
					C	7.283,2	

Erläuterungen**Zu 10 24/633 01**

2007 gegenüber 2006:

15,0 Tsd. EUR mehr wegen Erhöhung der Kurtaxe.

10 24 Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.186,5	1.186,5	A	1.027,9
					B	1.202,3
					C	1.261,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.990,0	2.990,0	A	2.880,0
					B	3.013,9
					C	7.385,5
		Gesamteinnahmen	4.176,5	4.176,5	A	3.907,9
					B	4.216,2
					C	8.646,9
		Personalausgaben	2.706,9	2.709,1	A	2.928,2
					B	3.345,8
					C	5.071,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.197,0	1.197,0	A	1.010,5
					B	1.110,0
					C	2.118,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	85,0	85,0	A	70,0
					B	67,3
					C	92,9
		Gesamtausgaben	3.988,9	3.991,1	A	4.008,7
					B	4.523,1
					C	7.283,2
		Zuschuss	-	-	A	100,8
					B	306,8
					C	-
		Überschuss	187,6	185,4	A	-
					B	-
					C	1.363,7

10 40 Sozialabteilungen und Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-4	211	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	***	***	A	407,3
					B	329,7
					C	325,3
422 11-2	211	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	***	***	A	---
422 31-8	211	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	***	***	A	---
425 01-1	211	Vergütungen der Angestellten	***	***	A	1.587,0
					B	1.768,0
					C	1.875,9
453 01-6	211	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	***	***	A	---
					B	0,4
Gesamtausgaben			-	-	A	1.994,3
					B	2.098,1
					C	2.201,3
Abschluss						
Personalausgaben			-	-	A	1.994,3
					B	2.098,1
					C	2.201,3
Gesamtausgaben			-	-	A	1.994,3
					B	2.098,1
					C	2.201,3
Zuschuss			-	-	A	1.994,3
					B	2.098,1
					C	2.201,3

Sozialabteilungen und Obergversicherungsämlter bei den Regierungen**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 10 40**

Die Staatsregierung hat sich im Rahmen der Verwaltungsreform dafür ausgesprochen, dass die Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes und vergleichbarer Angestellter bei den Regierungen im Hinblick auf die Verwaltungsvereinfachung sowie zur Erhöhung der Flexibilität des Personaleinsatzes von den Einzelplänen der Fachressorts in einen gemeinsamen Ansatz im Einzelplan 03A übertragen werden sollen.

Zu 10 40/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

2007 gegenüber 2006:

334,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 03 08/422 01

73,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaugaben

407,3 Tsd. EUR weniger

Zu 10 40/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

1.591,3 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 03 08/425 01

4,3 Tsd. EUR mehr wegen höherem Bedarf

1.587,0 Tsd. EUR weniger

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	246	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	5.350,0	4.100,0	A B C	9.800,0 10.289,5 12.690,4
119 49-5	246	Vermischte Einnahmen	40,0	40,0	A B C	50,0 49,5 15,7
124 01-4	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	60,0	60,0	A B C	100,0 176,3 108,8
132 01-4	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A B C	--- 1,3 1,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
235 12-7	246	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
281 12-0	246	Rückerstattungen aus Zuschüssen	7,0	7,0	A B C	11,0 6,6 20,1
Titelgruppen						
51 Einnahmen im Zusammenhang mit der Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehem. Sowjetunion						
111 51-8	249	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	***	***	A B C	2.000,0 1.361,7 1.971,1
124 51-3	249	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	***	***	A B C	3,0 2,4 2,1

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 10 50**

Die Integration von Zuwanderern, die sich rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland aufhalten, ist eine ständige Aufgabe von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die Maßnahmen für die verschiedenen Personengruppen werden bei Kap. 10 50 zusammengeführt.

Eine Unterscheidung in die bisherigen Zuwanderergruppen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Ausländerinnen und Ausländer erfolgt nicht mehr.

Der Freistaat Bayern unterhält für Spätaussiedler, Jüdische Emigranten und sonstige dauerhaft bleibeberechtigte Flüchtlinge staatliche Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung dieser Zuwanderer, die ohne Ansehung des Aufenthaltsstatus belegt werden.

Gemäß Ministerratsbeschluss vom 02.06.2005 zur Neuorganisation der Regierungen wurden die Stellen und Personalausgaben des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sowie der vergleichbaren Angestellten und Arbeiter in den Epl. 03A, Kap. 03 08 (Regierungen) umgesetzt. Die Stellen und Personalausgaben des höheren Dienstes verbleiben in den Einzelplänen der Fachressorts. Bei Kap. 10 50 sind davon alle Titel der Hauptgruppe 4 sowie die personenbezogenen Sachmittel bei Tit. 546 49 (Teilbetrag) und 525 99 betroffen.

Zu 10 50/111 01

Veranschlagt ist das Gebührenaufkommen für die Inanspruchnahme der staatlichen Unterbringungseinrichtungen entsprechend der Übernahmeverordnung vom 20. Dezember 2004 (GVBl S. 586 ff.).

2007 gegenüber 2006:

2.000,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 111 51
6.450,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Gebühreneinnahmen
<u>4.450,0 Tsd. EUR</u>	weniger

2008 gegenüber 2007:

1.250,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Anteil gebührenpflichtiger Personen.

Zu 10 50/119 49

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/124 01

	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	60,0	60,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	<u>60,0</u>	<u>60,0</u>

2007 gegenüber 2006:

3,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 124 51
43,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis
<u>40,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 50/235 12

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/235 12.

Zu 10 50/281 12

Veranschlagt sind die Rückeinnahmen aus Zuschüssen.

Zu 10 50/111 51

2007 gegenüber 2006:

2.000,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 111 01.

Zu 10 50/124 51

2007 gegenüber 2006:

3,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 124 01.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
281 51-2	249	Rückerstattungen aus Zuschüssen	***	***	A B C	--- 0,6 16,0
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	2.003,0 1.364,7 1.989,2
Gesamteinnahmen			5.457,0	4.207,0	A B C	11.964,0 11.908,6 14.825,2
Ausgaben						
Die Ausgabeansätze sind (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 52) innerhalb des Kap. 10 50 gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabeansätzen des Kap. 10 53 (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 60).						
Personalausgaben						
422 01-3	246	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	***	***	A B C	207,1 205,0 203,1
422 11-1	246	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	***	***	A	---
422 31-7	246	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	***	***	A	---
425 01-0	246	Vergütungen der Angestellten	***	***	A B C	1.151,2 1.051,2 1.006,9
425 11-8	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	***	***	A B C	3.836,8 4.035,2 4.233,0
425 12-7	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
425 15-4	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	***	***	A	---
425 17-2	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	***	***	A	---
425 41-2	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	***	***	A	2,0
426 01-9	246	Löhne der Arbeiter	***	***	A B C	1.675,2 1.957,9 1.971,4
426 12-6	246	Löhne der Arbeiter (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	***	***	A B C	2,0 1,6 1,6

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/281 51**

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 281 12.

Zu 10 50/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

2007 gegenüber 2006:

207,9 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung nach 03 08/422 01 wegen Umressortierung von Stellen
0,8 Tsd. EUR	mehr	wegen höherem Bedarf
<u>207,1 Tsd. EUR</u>	weniger	

Zu 10 50/422 11

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/422 11.

Zu 10 50/422 31

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/422 31.

Zu 10 50/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

1.074,3 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung nach 03 08/425 01 wegen Umressortierung von Stellen
76,9 Tsd. EUR	weniger	wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben
<u>1.151,2 Tsd. EUR</u>	weniger	

Zu 10 50/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

167,7 Tsd. EUR	mehr	wegen Umsetzung von 425 51
40,0 Tsd. EUR	weniger	wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben
3.964,5 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung nach 03 08/425 11 wegen Umressortierung von Stellen
<u>3.836,8 Tsd. EUR</u>	weniger	

Zu 10 50/425 12

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/425 12.

Zu 10 50/425 15

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/425 15.

Zu 10 50/425 17

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/425 17.

Zu 10 50/425 41

2007 gegenüber 2006:

2,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/425 41 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 50/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

216,2 Tsd. EUR	mehr	wegen Umsetzung von 426 51
90,0 Tsd. EUR	weniger	wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben
1.801,4 Tsd. EUR	weniger	infolge Umsetzung nach 03 08/426 01 wegen Umressortierung von Stellen
<u>1.675,2 Tsd. EUR</u>	weniger	

Zu 10 50/426 12

Wegfall des Leertitels wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 50/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten.

2007 gegenüber 2006:

2,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/427 01 wegen Umressortierung von Stellen.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
453 01-5	246	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	***	***	A B C	5,0 0,8 3,6
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	246	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	170,0	150,0	A B C	200,0 188,2 226,3
511 22-0	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	150,0	135,0	A B C	200,0 132,1 211,9
514 01-2	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	40,0	40,0	A B C	35,0 41,1 39,4
514 11-0	246	Dienst- und Schutzkleidung	3,0	3,0	A B C	3,0 1,9 0,9
514 21-8	246	Verbrauchsmittel	5,0	5,0	A B C	45,0 4,9 39,1

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/453 01**

2007 gegenüber 2006:

5,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/453 01 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 50/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	35,0	30,0
2. Bücher und Zeitschriften	2,5	2,5
3. Kommunikation	50,0	45,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	50,0	45,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	30,0	25,0
6. Sonstiges	2,5	2,5
Zusammen	170,0	150,0

2007 gegenüber 2006:

30,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:

20,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/511 22

Die veranschlagten Beträge sind für Ersatzbeschaffungen der stark abgenutzten Einrichtungsgegenstände bestimmt.

2007 gegenüber 2006:

30,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 547 51

80,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben

50,0 Tsd. EUR weniger

2008 gegenüber 2007:

15,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 50/514 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	25,0	25,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	15,0	15,0
Zusammen	40,0	40,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	40,0	40,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	2,5	2,5
Zusammen	42,5	42,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2006	
	2007	2008	2006	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	11	10	11	11	1
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Gabelstapler	2	2	2	2	-
Kommunaltraktoren	2	2	2	2	-
Schneeräumgeräte (einachsige)	7	7	7	7	-

Zu 10 50/514 21

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Arznei- und Verbandsmittel	1,5	1,5
2. Labor- und Filmbedarf für Röntgenbetrieb	3,5	3,5
Zusammen	5,0	5,0

2007 gegenüber 2006:

40,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
517 01-9	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	3.250,0	2.400,0	A B C	3.400,0 3.997,5 5.299,2
517 05-5	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.750,0	2.000,0	A B C	2.900,0 3.436,4 3.997,3
518 01-8	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.700,0	5.700,0	A B C	9.000,0 10.970,9 11.922,4
518 11-6	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	15,0	15,0	A B C	15,0 15,7 16,2
518 18-9	246	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	2,5	2,5	A B	2,5 2,6
519 01-7	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.500,0	3.730,0	A B C	3.500,0 2.490,1 2.557,4
527 01-7	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	95,0	90,0	A B C	100,0 114,9 123,0
532 11-8	246	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-9	246	Ausweichunterbringung	---	---	A C	---
534 01-8	246	Ärztliche Untersuchungen	2,0	2,0	A B C	21,0 3,8 22,1
546 49-8	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	15,0	15,0	A B C	20,0 9,6 14,7
548 01-2	246	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den betreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	500,0	500,0	A	500,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 02-7	246	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII gem. Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler	---	---	A	---

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

800,0	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 517 51
950,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten
150,0	Tsd. EUR	weniger

2008 gegenüber 2007:

850,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	1.450,0	1.050,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	1.300,0	950,0
Zusammen	2.750,0	2.000,0

2007 gegenüber 2006:

700,0	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 517 51
850,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten
150,0	Tsd. EUR	weniger

2008 gegenüber 2007:

750,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

2007 gegenüber 2006:

2.500,0	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 518 51
500,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
2.300,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen
300,0	Tsd. EUR	weniger

2008 gegenüber 2007:

2.500,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen
500,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
3.000,0	Tsd. EUR	weniger

Zu 10 50/519 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	270,0	500,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	3.230,0	3.230,0
Zusammen	3.500,0	3.730,0

2008 gegenüber 2007:

230,0 Tsd. EUR mehr wegen erhöhter Bauunterhaltskosten.

Zu 10 50/534 01

Veranschlagt sind Honorare für ärztliche und röntgenologische Untersuchungen.

2007 gegenüber 2006:

19,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 50/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2007 gegenüber 2006:

4,5	Tsd. EUR	weniger in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
0,5	Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung nach 03 08/546 49 wegen Umressortierung von Stellen
5,0	Tsd. EUR	weniger

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
671 01-1	246	Transportkosten und sonstige Kosten für die Weiterleitung der Aussiedler	25,0	20,0	A B C	20,0 20,5 100,1
681 02-8	246	Verpflegungsgeld für die Bewohner der Landesaufnahmestelle	15,0	15,0	A B C	--- 48,8 354,6
684 01-6	246	Beratung und Betreuung von Zuwanderern <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.034,1	2.034,1	A B C	1.600,0 1.256,1 1.600,0
684 02-5	246	Förderung von Maßnahmen nach Art. 1 des Zuwanderungsgesetzes (§ 45 Aufenthaltsgesetz)	***	***	A B	1.500,0 388,0
Baumaßnahmen						
701 01-5	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
710 00-5	246	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Soweit im Rahmen des Bauprogramms von Aufnahme- einrichtungen für Aussiedler Gebäude auf nicht staatseigenen Grundstücken errichtet werden, die für die Bebauung unent- geltlich überlassen werden, können die Gebäude nach 7 Jahren seit Bezugsfertigkeit unentgeltlich den Grundstücks- eigentümern überlassen werden, wenn kein Staatsbedarf besteht.</i>	---	---	A	1.000,0
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	246	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A C	--- 0,5
812 01-1	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A B C	25,0 0,0 0,7
812 02-0	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	100,0	100,0	A B C	192,5 0,2 32,2
Titelgruppen						
51 Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion						
425 51-9	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	***	***	A B C	167,7 166,0 110,4
426 51-8	249	Löhne der Arbeiter	***	***	A B C	216,2 0,0 0,0
459 51-8	249	Vermischte Personalausgaben	***	***	A	---
517 51-8	249	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	***	***	A B C	1.500,0 999,3 1.110,9
518 51-7	249	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	***	***	A B C	2.500,0 1.889,8 2.117,6

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/671 01**

Veranschlagt sind insbesondere die anfallenden Transportaufwendungen (Reise- und Güterbeförderungskosten) für die Weiterleitung der Zuwanderer bis zur wohnungsgemäßen Unterbringung am Übernahmeort.

2007 gegenüber 2006:

5,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 671 51.

Zu 10 50/681 02

Die jüdischen Emigranten erhalten während der Dauer ihrer Unterbringung in der Landesaufnahmestelle ein Verpflegungsgeld von 10 EUR je Kalendertag.

2007 gegenüber 2006:

40,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 681 51

25,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben

15,0 Tsd. EUR mehr

Zu 10 50/684 01

Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach der Migrationsberatungs-Richtlinie.

2007 gegenüber 2006:

434,1 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 684 51.

Zu 10 50/684 02

2007 gegenüber 2006:

1.500,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 684 52.

Zu 10 50/812 01

2007 gegenüber 2006:

25,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 50/812 02

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für den Ersatz von Einrichtungsgegenständen.

2007 gegenüber 2006:

120,0 Tsd. EUR mehr wegen Umsetzung von 812 51

212,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben

92,5 Tsd. EUR weniger

Zu 10 50/425 51

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

167,7 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 425 11.

Zu 10 50/426 51

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

216,2 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 426 01.

Zu 10 50/517 51

2007 gegenüber 2006:

800,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 517 01

700,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 517 05

1.500,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 50/518 51

2007 gegenüber 2006:

2.500,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 518 01.

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
519 51-6	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A B C	230,0 134,1 163,9
533 51-8	249	Ausweichunterbringung	***	***	A	---
547 51-2	249	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A B C	30,0 18,4 28,2
671 51-0	249	Beförderungs- und Fahrtkosten	***	***	A B C	5,0 13,6 0,6
681 51-8	249	Verpflegungsgeld während des Aufenthalts in der Landesaufnahmestelle	***	***	A B C	40,0 18,0 47,1
684 51-5	249	Zuschüsse zu Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen	***	***	A B C	434,1 434,1 434,1
812 51-0	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	***	***	A B C	120,0 0,6 2,3
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	5.243,0 50.733,9 4.015,0
52 Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 52-6	290	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
531 52-9	290	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A B	4,4 2,7
<u>533 52-7</u>	290	Kosten Informationssystem	5,0	5,0	A	
540 52-8	290	Veranstaltungskosten	5,1	5,1	A B	5,1 0,6
633 52-6	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 52-4	290	Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.189,6	2.189,6	A B	736,2 495,6
685 52-3	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	---	---	A	---
686 52-2	290	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
893 52-1	290	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			2.199,7	2.199,7	A B C	745,7 498,9 -
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-8	246	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	25,0	25,0	A B C	30,0 14,9 8,8

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)**Erläuterungen****Zu 10 50/519 51**

2007 gegenüber 2006:
230,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 519 01.

Zu 10 50/547 51

2007 gegenüber 2006:
30,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 22.

Zu 10 50/671 51

2007 gegenüber 2006:
5,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 671 01.

Zu 10 50/681 51

2007 gegenüber 2006:
40,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 681 02.

Zu 10 50/684 51

2007 gegenüber 2006:
434,1 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 684 01.

Zu 10 50/812 51

2007 gegenüber 2006:
120,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 812 02.

Zu 10 50/52

Veranschlagt sind Ausgabemittel für die Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 Aufenthaltsgesetz, z.B. außerschulische Maßnahmen mit Schwerpunkt Deutschförderung sowie besondere Maßnahmen zur Stärkung des Integrationsprozesses.

2007 gegenüber 2006:

4,4 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 03/531 21 (bei 531 52)
5,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 10 06/533 01 (bei 533 52)
1.500,0 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 684 02 (bei 684 52)
46,6 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben (bei 684 52)
<u>1.454,0 Tsd. EUR</u>	mehr

Verpflichtungsermächtigungen 2007 und 2008:

Für die jahresübergreifende Förderung von Maßnahmen.

Zu 10 50/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der DV-Systeme in der Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg und der Außenstelle im Grenzdurchgangslager Friedland sowie für die Neuausstattung der Übergangswohnheime. Berücksichtigt ist zudem der zentrale Betrieb beim Rechenzentrum Nord und die Einführung eines Integrierten Migrantenverwaltungssystems (iMVS).

Zu 10 50/511 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	5,0	5,0
3. Mieten und Wartung	-	-
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>25,0</u>	<u>25,0</u>

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
514 99-5	246	Verbrauchsmittel	6,0	6,0	A B C	6,0 0,3 0,7
518 99-1	246	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-0	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-2	246	Aus- und Fortbildung	---	---	A B C	3,0 0,6 0,2
526 99-1	246	Ausgaben für Sachverständige	6,0	6,0	A	6,0
812 99-4	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	32,0	32,0	A	32,0
Summe der Titelgruppe			69,0	69,0	A B C	77,0 15,8 9,7
Gesamtausgaben			23.640,3	19.225,3	A B C	37.224,0 81.639,2 38.012,1

Erläuterungen**Zu 10 50/525 99**

2007 gegenüber 2006:

3,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/525 99 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 50/526 99

Veranschlagt sind externe Dienstleistungskosten für das Projekt "Integriertes Migrantenverwaltungssystem (iMVS)".

Zu 10 50/812 99

Neuausstattung der Arbeitsplätze in Verbindung mit dem Umstieg auf das Projekt "Integriertes Migrantenverwaltungssystem (iMVS)".

10 50 Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5		Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	5.450,0	4.200,0	A	11.953,0
					B	11.880,7
					C	14.789,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7,0	7,0	A	11,0
					B	27,9
					C	36,1
		Gesamteinnahmen	5.457,0	4.207,0	A	11.964,0
					B	11.908,6
					C	14.825,2
		Personalausgaben	-	-	A	7.263,2
					B	7.433,4
					C	7.529,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	19.244,6	14.834,6	A	24.256,0
					B	24.470,4
					C	27.910,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.263,7	4.258,7	A	4.335,3
					B	49.734,6
					C	2.536,4
		Baumaßnahmen	-	-	A	1.000,0
					B	-
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	132,0	132,0	A	369,5
					B	0,8
					C	35,8
		Gesamtausgaben	23.640,3	19.225,3	A	37.224,0
					B	81.639,2
					C	38.012,1
		Zuschuss	18.183,3	15.018,3	A	25.260,0
					B	69.730,5
					C	23.186,9

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	249	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte für Personen, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	2.050,0	1.890,0	A B C	2.630,0 2.065,8 2.350,3
111 02-2	249	Gebühren und Erstattungen für Personen, die nicht der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	720,0	675,0	A B C	905,0 640,3 915,1
119 49-9	249	Vermischte Einnahmen	25,0	25,0	A B C	30,0 52,7 52,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 53

Nach § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1993 (BGBl I S. 1361), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts vom 12. August 2005 (BGBl I S. 2354), sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang Asylbegehrender in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Die Aufnahmequote für den Freistaat Bayern richtet sich entsprechend § 45 AsylVfG für das jeweilige Kalenderjahr nach dem Königsteiner Schlüssel des jeweils vorangegangenen Jahres (für 2006: 14,93279 v.H.).

Nach § 47 Abs. 1 AsylVfG sind Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu stellen haben, verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Im Freistaat Bayern stehen in zwei Aufnahmeeinrichtungen für diesen Zweck 1.000 Plätze zur Verfügung.

Asylbewerber, die nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, werden grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (§ 53 Abs. 1 AsylVfG, Art. 4 AufnG). Seit 01.07.2002 trägt der Staat die gesamten Kosten der Unterbringung und Versorgung aller ausländischen Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz - AufnG). Für die Versorgung und Unterbringung dieser Personen stehen in 166 angemieteten oder staatseigenen Gemeinschaftsunterkünften - ohne die Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen und Regierungsaufnahmestellen - rund 19.650 Plätze zur Verfügung.

Zudem sind fallweise nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) von der Bundesrepublik Deutschland übernommene Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Ferner sind im Fall eines sog. Massenzustroms Ausländer, denen auf Grund eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2001/55/EG vorübergehender Schutz gewährt wird, nach § 24 Abs. 3 AufenthG aufzunehmen und unterzubringen. Das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen wird durch einen Beschluss des Rates auf Vorschlag der Kommission festgestellt. Ob und wie viele Migranten aufgrund § 22 Satz 2 AufenthG bzw. § 24 Abs. 3 AufenthG aufzunehmen sind, kann nicht prognostiziert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in Absprache mit den Ländern im Sommer 2000 bereit erklärt, auf Wunsch des Staates Israel gemäß dem damals geltenden § 33 Ausländergesetz (AuslG) Flüchtlingsfamilien aus dem Südlibanon mit bis zu 400 Personen in Deutschland aufzunehmen. Der Freistaat Bayern hat aus diesem Kontingent, das in Anlehnung an den damals geltenden Verteilerschlüssel für Asylbewerber (14 v.H.) auf die Länder verteilt wurde, zwölf Familien mit insgesamt 56 Personen übernommen. Nach Rückkehr mehrerer Familien nach Israel bzw. in den Südlibanon sind derzeit noch 40 Flüchtlinge aus dem Südlibanon in Bayern untergebracht.

Gemäß Ministerratsbeschluss vom 02.06.2005 zur Neuorganisation der Regierungen wurden die Stellen und Personalausgaben des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sowie der vergleichbaren Angestellten und Arbeiter in den Epl. 03A, Kap. 03 08 (Regierungen) umgesetzt. Die Stellen und Personalausgaben des höheren Dienstes verbleiben in den Einzelplänen der Fachressorts. Bei Kap. 10 53 sind davon alle Titel der Hauptgruppe 4 sowie die personenbezogenen Sachmittel bei Tit. 546 49 (Teilbetrag) und 525 99 betroffen.

Zu 10 53/111 01

Veranschlagt sind Gebühren und Entgelte der Bewohner, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen, für Unterkunft, Verpflegung und sonstige Leistungen.

2007 gegenüber 2006:
580,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
160,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Anteil gebührenpflichtiger Personen.

Zu 10 53/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für Personen, die noch in staatlichen Unterkünften untergebracht sind, jedoch nicht mehr der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen.

2007 gegenüber 2006:
185,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
45,0 Tsd. EUR weniger wegen geringerem Anteil erstattungspflichtiger Personen in den Gemeinschaftsunterkünften.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
124 01-8	249	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	35,0	35,0	A B C	125,0 51,3 53,2
132 01-8	249	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A B C	--- 4,7 0,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	249	Kostenerstattung vom Bund für Aufnahmeeinrichtungen	310,0	140,0	A B C	250,0 192,7 448,2
<u>231 02-7</u>	249	Kostenerstattung vom Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 533 03 und 633 02.</i>	---	---	A	
231 04-5	249	Kostenerstattung vom Bund für die Aufnahme von Flüchtlingsfamilien aus dem Südlibanon <i>Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 533 03 und 633 02.</i>	***	***	A B	--- 310,9
233 01-6	249	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Kommunen für Aufnahmeeinrichtungen	***	***	A	---
281 12-4	249	Rückerstattungen aus Zuschüssen	10,2	10,2	A B C	10,2 30,1 23,0
Gesamteinnahmen			3.150,2	2.775,2	A B C	3.950,2 3.348,5 3.845,2
Ausgaben						
Die Ausgabeansätze sind (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 60) innerhalb des Kap. 10 53 gegenseitig deckungsfähig und gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgabeansätzen des Kap. 10 50 (mit Ausnahme Tit. 684 01 und der TG 52).						
Personalausgaben						
422 01-7	249	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	***	***	A B C	264,1 217,7 256,9
422 11-5	249	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	***	***	A	---
422 31-1	249	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	***	***	A	---
425 01-4	249	Vergütungen der Angestellten	***	***	A B C	1.142,3 1.110,1 1.076,9
425 11-2	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	***	***	A B C	10.958,3 10.493,4 11.100,6

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen**

Zu 10 53/124 01	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	35,0	35,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen		
Zusammen	<u>35,0</u>	<u>35,0</u>

2007 gegenüber 2006:
90,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 53/231 01

Erstattungen vom Bund für die Unterbringung der Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in den Aufnahmeeinrichtungen.

2007 gegenüber 2006:
60,0 Tsd. EUR mehr wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

2008 gegenüber 2007:
170,0 Tsd. EUR weniger wegen Beendigung des Mietverhältnisses mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der ehemaligen Aufnahmeeinrichtung in Deggendorf.

Zu 10 53/231 02

Leertitel zur Vereinnahmung der Kostenbeteiligung des Bundes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen.

Zu 10 53/231 04

Wegfall des Titels wegen künftiger Vereinnahmung bei 231 02.

Zu 10 53/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 10 53/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

2007 gegenüber 2006:
 220,7 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/422 01 wegen Umressortierung von Stellen
 43,4 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben

 264,1 Tsd. EUR weniger

Zu 10 53/422 11

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/422 11.

Zu 10 53/422 31

Wegfall des Leertitels wegen künftiger Verbuchung bei 03 08/422 31.

Zu 10 53/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:
 1.134,5 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/425 11 wegen Umressortierung von Stellen
 7,8 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben

 1.142,3 Tsd. EUR weniger

Zu 10 53/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:
 9.892,9 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/425 11 wegen Umressortierung von Stellen
 1.065,4 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben

 10.958,3 Tsd. EUR weniger

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5		6
425 15-8	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	***	***	A B C	40,3 0,0 0,0
425 17-6	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	***	***	A B C	39,6 8,9 37,6
425 41-6	249	Überstundenvergütungen für Angestellte	***	***	A	2,0
426 01-3	249	Löhne der Arbeiter	***	***	A B C	5.170,0 5.014,6 5.294,2
426 05-9	249	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	***	***	A	- - -
427 01-2	249	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	***	***	A	2,0
453 01-9	249	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	***	***	A B C	10,0 17,8 8,8
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	249	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	325,0	A B C	400,0 351,1 415,7
511 22-4	249	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	375,0	360,0	A B C	400,0 404,1 605,3

Erläuterungen

Zu 10 53/425 15

40,3 Tsd. EUR weniger wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 53/425 17

2007 gegenüber 2006:

9,1 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/425 17 wegen Umressortierung von Stellen

30,5 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben

39,6 Tsd. EUR weniger

Zu 10 53/425 41

2007 gegenüber 2006:

2,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/425 41 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 53/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2007 gegenüber 2006:

4.880,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/426 01 wegen Umressortierung von Stellen

290,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben

5.170,0 Tsd. EUR weniger

Zu 10 53/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten. Darüber hinaus werden Dolmetscherkosten aus diesem Ansatz bestritten.

2007 gegenüber 2006:

2,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung zu 03 08/427 01 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 53/453 01

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung zu 03 08/453 01 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 53/511 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	55,0	55,0
2. Bücher und Zeitschriften	5,0	5,0
3. Kommunikation	85,0	85,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	140,0	140,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	45,0	40,0
6. Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>330,0</u>	<u>325,0</u>

2007 gegenüber 2006:

70,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/511 22

Ausgaben für Ersatz- bzw. Ergänzungsausstattungen der Unterkunfts- und sonstigen Räume in den bestehenden Unterbringungseinrichtungen sowie Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände.

2007 gegenüber 2006:

25,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:

15,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
514 01-6	249	Haltung von Dienstfahrzeugen	75,0	75,0	A B C	80,0 74,9 107,8
514 02-5	249	Sonstige Verbrauchsmittel	350,0	320,0	A B C	415,0 429,6 513,7
514 11-4	249	Dienst- und Schutzkleidung	5,0	5,0	A B C	10,0 3,4 4,8
514 21-2	249	Gemeinschaftsverpflegung	12.020,0	11.045,0	A B C	12.065,0 12.991,8 14.885,0
517 01-3	249	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	7.800,0	7.050,0	A B C	9.015,0 9.159,5 11.229,0
517 05-9	249	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	6.300,0	5.800,0	A B C	7.650,0 7.564,7 7.485,0

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen****Zu 10 53/514 01**

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	40,0	40,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	35,0	35,0
Zusammen	<u>75,0</u>	<u>75,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	75,0	75,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	5,0	5,0
Zusammen	<u>80,0</u>	<u>80,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2007	Soll 2008	Soll 2006	am 1.2.2006 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	26	26	26	26	-
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	6	6	6	6	-
Anhänger	3	3	3	3	-

Zu 10 53/514 02

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Gewährung von Gesundheits- und Körperpflegemitteln sowie Verbrauchsgütern des Haushalts gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl I S. 2022), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen vom 21. Juni 2005 (BGBl I S. 1666).

2007 gegenüber 2006:
65,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
30,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/514 21

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung.

2007 gegenüber 2006:
45,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
975,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/517 01

Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Einsatz privater Wachdienste, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:
1.215,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
750,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 53/517 05

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Heizung	3.550,0	3.250,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	2.750,0	2.550,0
Zusammen	<u>6.300,0</u>	<u>5.800,0</u>

2007 gegenüber 2006:
1.350,0 Tsd. EUR weniger,

2008 gegenüber 2007:
500,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
518 01-2	249	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.200,0	10.900,0	A	17.025,0	
					B	16.397,7	
					C	18.472,6	
518 11-0	249	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	27,0	27,0	A	23,0	
					B	30,2	
					C	27,7	
518 18-3	249	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	5,0	5,0	A	5,0	
519 01-1	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.900,0	5.900,0	A	6.900,0	
					B	4.889,0	
					C	5.376,7	
526 01-2	249	Gerichts- und ähnliche Kosten	20,0	20,0	A	---	
					B	34,9	
					C	20,5	
<u>526 11-0</u>	249	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---	
527 01-1	249	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	180,0	180,0	A	215,0	
					B	181,8	
					C	206,5	
532 01-4	249	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	---	---	A	---	
					C	0,8	
532 11-2	249	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---	
533 02-2	249	Ausweichunterbringung	---	---	A	---	
533 03-1	249	Kosten für die Unterbringung und Verpflegung sowie sonstige Aufwendungen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 633 02.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 231 02 .</i>	3,0	3,0	A	3,0	
					B	2,9	
					C	0,4	
534 01-2	249	Kosten der Erstuntersuchung der Kontingentflüchtlinge	---	---	A	---	
546 49-2	249	Vermischte Verwaltungsausgaben	12,4	12,4	A	35,0	
					B	24,5	
					C	21,5	
547 01-7	249	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung einer Chipkarte im Asylverfahren	***	***	A	---	
548 01-6	249	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	700,0	700,0	A	200,0	

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**Erläuterungen****Zu 10 53/518 01**

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

2007 gegenüber 2006:

4.325,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen
500,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
<u>4.825,0 Tsd. EUR</u>	weniger

2008 gegenüber 2007:

1.300,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 10 53/518 11

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Mieten für Fotokopiergeräte	25,0	25,0
2. Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	2,0	2,0
Zusammen	<u>27,0</u>	<u>27,0</u>

Zu 10 53/519 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.700,0	1.700,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	4.200,0	4.200,0
Zusammen	<u>5.900,0</u>	<u>5.900,0</u>

2007 gegenüber 2006:

500,0 Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bauunterhaltskosten
500,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
<u>1.000,0 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 53/526 01

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR mehr aufgrund des zu erwartenden Bedarfs.

Zu 10 53/526 11

Leertitel für Sachverständigenkosten.

Zu 10 53/527 01

2007 gegenüber 2006:

35,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 53/532 01

Der Titel dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 53/533 03

Veranschlagt sind die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen.

Zu 10 53/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen und sonstige vermischte Ausgaben.

2007 gegenüber 2006:

5,0 Tsd. EUR	weniger in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
13,1 Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
4,5 Tsd. EUR	weniger infolge Umsetzung nach 03 08/546 49 wegen Umressortierung von Stellen
<u>22,6 Tsd. EUR</u>	weniger

Zu 10 53/548 01

2007 gegenüber 2006:

500,0 Tsd. EUR mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 01-2	249	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	45.100,0	40.500,0	A B C	54.000,0 52.587,9 79.687,8
633 02-1	249	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Vgl. Vermerk zu 231 02 und 533 03.</i>	50,0	50,0	A B C	300,0 13,9 207,2
671 01-5	249	Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte	70,0	70,0	A B C	200,0 61,5 93,1
684 01-0	249	Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung	1.440,2	1.440,2	A B C	1.440,2 1.440,2 1.440,2
		Baumaßnahmen				
701 01-9	249	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B	--- 30,6
710 00-9	249	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Z.T. gesperrt. Vgl. Vermerk bei 10 01/701 01.</i>	---	---	A	---
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-6	249	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-5	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A C	20,0 29,5
812 02-4	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	100,0	100,0	A C	100,0 11,0
		Titelgruppen				
		60 Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
681 60-1	249	Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 40,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 40,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	330,9	330,9	A B C	330,9 277,9 154,8
684 60-8	249	Zuschüsse für Beratungsmaßnahmen	375,0	375,0	A B C	375,0 452,6 382,4
		Summe der Titelgruppe	705,9	705,9	A B C	705,9 730,5 537,1

Erläuterungen

Zu 10 53/633 01

Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden gemäß Art. 8 des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz - AufnG) vom 24. Mai 2002 (GVBl S. 192).

2007 gegenüber 2006:

6.900,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Erstattungsaufwendungen
2.000,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
8.900,0	Tsd. EUR	weniger

2008 gegenüber 2007:

2.100,0	Tsd. EUR	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Erstattungsaufwendungen
2.500,0	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
4.600,0	Tsd. EUR	weniger

Zu 10 53/633 02

Vgl. Erläuterung zu 533 03.

2007 gegenüber 2006:

250,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die zu erwartenden Erstattungen.

Zu 10 53/671 01

Veranschlagt sind alle Transportaufwendungen, die mit der Aufnahme, Weiterleitung, Unterbringung und Verlegung ausländischer Flüchtlinge in Zusammenhang stehen.

2007 gegenüber 2006:

130,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/684 01

Veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse für die soziale Beratung und Betreuung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG und von Ausländerinnen und Ausländern in staatlichen Unterkünften.

Zu 10 53/812 01

2007 gegenüber 2006:

20,0 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 53/60

Aus dem Ansatz werden individuelle, von Rückkehrberatern empfohlene Beihilfen an Rückkehrer gewährt. Damit wird ein Anreiz für eine freiwillige Ausreise geschaffen mit dem Ziel, die Unterbringungskosten bei Kap. 10 53 zu reduzieren. Daneben werden auch Mittel zur erforderlichen Beratung für eine freiwillige Rückkehr veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen 2007 und 2008:

Für die jahresübergreifende Förderung von Maßnahmen.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
99 Kosten der Datenverarbeitung							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
511 99-2	249	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	101,0	126,5	A	80,0	
					B	53,0	
					C	45,9	
514 99-9	249	Verbrauchsmittel	10,0	10,0	A	14,0	
					B	0,8	
					C	3,6	
518 99-5	249	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2,0	2,0	A	---	
519 99-4	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
					C	1,9	
525 99-6	249	Aus- und Fortbildung	---	---	A	24,0	
					B	2,0	
					C	3,5	
526 99-5	249	Ausgaben für Sachverständige	20,0	5,0	A	12,0	
					B	8,7	
<u>533 99-6</u>	249	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A		
<u>534 99-5</u>	249	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	75,0	37,5	A		
812 99-8	249	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	362,0	203,0	A	150,0	
					B	49,7	
					C	123,0	
Summe der Titelgruppe			570,0	384,0	A	280,0	
					B	114,1	
					C	178,0	
Gesamtausgaben			94.338,5	85.977,5	A	129.115,7	
					B	124.381,4	
					C	159.332,1	

Erläuterungen

Zu 10 53/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber (ZAE, AEen), der zentralen Gebührenabrechnungsstellen für Spätaussiedler und Asylbewerber (GASen), der Unterkunftsverwaltungen (Heimleiterbüros) sowie der Koordinationsstelle Bayern-Informationsverarbeitung. Berücksichtigt ist zudem der Betrieb der DV-Systeme beim Rechenzentrum Nord und die Einführung eines Integrierten Migrantenverwaltungssystems (iMVS).

Zu 10 53/511 99

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	55,0	58,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	46,0	68,5
3. Mieten und Wartung	-	-
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	101,0	126,5

2007 gegenüber 2006:
21,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
25,5 Tsd. EUR mehr infolge Betriebskosten für das Projekt "Integriertes Migrantenverwaltungssystem (iMVS)".

Zu 10 53/525 99

2007 gegenüber 2006:
24,0 Tsd. EUR weniger infolge Umsetzung nach 03 08/525 99 wegen Umressortierung von Stellen.

Zu 10 53/526 99

Veranschlagt sind externe Dienstleistungskosten für das Projekt "Integriertes Migrantenverwaltungssystem (iMVS)".

2007 gegenüber 2006:
8,0 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
15,0 Tsd. EUR weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/534 99

Veranschlagt sind die Personal- und Betriebskosten beim Rechenzentrum Nord für das Hostingverfahren "Integriertes Migrantenverwaltungssystem (iMVS)".

2007 gegenüber 2006:
75,0 Tsd. EUR mehr wegen Inbetriebnahme des Verfahrens.

2008 gegenüber 2007:
37,5 Tsd. EUR weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/812 99

Veranschlagt sind:
Zentrale Hard- und Software für das Projekt "Integriertes Migrantenverwaltungssystem" (in 2007) sowie Arbeitsplatzausstattungen für die Heimleiter und Ersatzbeschaffungen für den bisherigen PC-Bestand (in 2007 und 2008).

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.830,0	2.625,0	A	3.690,0	
					B	2.814,8	
					C	3.371,6	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	320,2	150,2	A	260,2	
					B	533,7	
					C	473,7	
		Gesamteinnahmen	3.150,2	2.775,2	A	3.950,2	
					B	3.348,5	
					C	3.845,2	
		Personalausgaben	-	-	A	17.628,6	
					B	16.862,5	
					C	17.775,0	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	46.510,4	42.908,4	A	54.571,0	
					B	52.604,6	
					C	59.428,1	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	47.366,1	42.766,1	A	56.646,1	
					B	54.834,0	
					C	81.965,5	
		Baumaßnahmen	-	-	A	-	
					B	30,6	
					C	-	
		Sonstige Sachinvestitionen	462,0	303,0	A	270,0	
					B	49,7	
					C	163,5	
		Gesamtausgaben	94.338,5	85.977,5	A	129.115,7	
					B	124.381,4	
					C	159.332,1	
		Zuschuss	91.188,3	83.202,3	A	125.165,5	
					B	121.032,9	
					C	155.486,9	

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	246	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 49-2	246	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A B C	1,0 0,4 0,5
124 01-1	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Haushaltsvermerk in den Erläuterungen ist bindend.</i>	24,7	24,7	A B C	20,0 24,8 23,5
132 01-1	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-4	246	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
282 01-9	246	Spendeneinnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 547 11.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			25,2	25,2	A B C	21,0 25,2 24,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-2	246	Vergütungen für die Mitglieder des HDO-Beirats	2,5	2,5	A B C	2,5 1,3 1,0
422 01-0	246	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	183,8	186,0	A B C	171,2 181,3 176,7
425 01-7	246	Vergütungen der Angestellten	278,8	284,3	A B C	307,2 272,8 291,0
425 15-1	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	21,4	21,8	A B	--- 20,9
425 17-9	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---
426 01-6	246	Löhne der Arbeiter	86,4	88,0	A B C	91,1 84,5 77,4
427 01-5	246	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	9,3	9,3	A B C	1,7 1,8 2,8
453 01-2	246	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 56

Das "Haus des Deutschen Ostens" (HDO) nimmt Aufgaben wahr, die dem Freistaat Bayern aus dem Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) erwachsen, nämlich das Kulturgut der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa im Bewusstsein der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und zu fördern.

Als Kultur- und Bildungseinrichtung führt das HDO eigene Veranstaltungen im In- und Ausland durch. Einen Schwerpunkt bildet die Förderung der Vermittlung von Kenntnissen über Ostmittel- und Osteuropa in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Kulturarbeit unterstützt das HDO Maßnahmen, die die Situation der Deutschen im Osten stärken.

Durch die EU-Osterweiterung kommt den deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern als Mittler der Verständigung zwischen Deutschland bzw. Bayern und seinen östlichen Nachbarn eine außerordentliche Bedeutung zu.

Als Begegnungsstätte stellt das HDO ostdeutschen Gruppen und Vereinigungen Tagungsräume und eine Gaststätte für kulturelle und gesellige Veranstaltungen zur Verfügung (vgl. Organisationserlass für das "Haus des Deutschen Ostens" vom 15. November 2006, 240-A).

Zu 10 56/124 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	7,0	7,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	17,7	17,7
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	24,7	24,7

Haushaltsvermerk:

Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO dem Bund der Vertriebenen Räumlichkeiten im Anwesen Lilienberg 5 gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden.

Zu 10 56/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden) des Hauses des Deutschen Ostens. Die Mittel werden über 547 11 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt.

Zu 10 56/412 01

1. Die Mitglieder des HDO-Beirats erhalten für die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Reisen oder Gänge Reisekostenvergütung nach den für bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15 geltenden Vorschriften. Sofern im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder bei Dienstreisen eine höhere Reisekostenvergütung erhalten als bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15, wird ihnen für die genannten Reisen und Gänge die entsprechend höhere Reisekostenvergütung gewährt.
2. Neben der Reisekostenvergütung nach Nr. 1 wird den Mitgliedern für jeden Tag der Teilnahme an einer Sitzung des HDO-Beirats eine Sitzungsvergütung gewährt, deren Höhe sich nach dem vollen Tagegeld für eintägige Dienstreisen eines bayerischen Staatsbeamten der Besoldungsgruppe A 15 bemisst.

Zu 10 56/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 56/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 56/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 56/427 01

Die Mittel werden zur stundenweisen Beschäftigung von Hilfskräften bei Ausstellungen und von Aushilfspförtnerinnen benötigt.

2007 gegenüber 2006:

7,6 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-2	246	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	36,1	36,1	A	25,2	
					B	19,6	
					C	25,5	
511 22-7	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	6,7	6,7	A	4,0	
					B	5,3	
					C	8,3	
514 11-7	246	Dienst- und Schutzkleidung	0,3	0,3	A	0,3	
					B	0,2	
					C	0,2	
517 01-6	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	20,0	20,0	A	31,0	
					B	24,4	
					C	24,9	
517 05-2	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	42,0	42,0	A	30,0	
					B	34,1	
					C	21,1	
518 01-5	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	10,0	10,0	A	10,0	
					B	8,4	
					C	8,4	
519 01-4	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
					B	27,6	
					C	36,3	
523 01-8	246	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	28,5	28,5	A	28,0	
					B	22,4	
					C	24,9	
527 01-4	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	6,1	6,1	A	5,0	
					B	4,9	
					C	2,4	
546 49-5	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,4	0,4	A	1,1	
					B	0,3	
					C	1,4	
547 01-0	246	Kosten für Veranstaltungen <i>Zu 547 01 und 681 01: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	70,0	70,0	A	70,0	
					B	56,8	
					C	57,1	
547 11-8	246	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A	---	
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
681 01-6	246	Zuschüsse für Tagungsteilnehmer <i>Vgl. Vermerk zu 547 01.</i>	25,0	25,0	A	25,0	
					B	19,8	
					C	20,4	
Baumaßnahmen							
701 01-2	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	
					B	9,8	
Sonstige Sachinvestitionen							
812 01-8	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---	

Erläuterungen

Zu 10 56/511 01		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	6,5	6,5
2.	Bücher und Zeitschriften	2,0	2,0
3.	Kommunikation	2,3	2,3
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	12,0	12,0
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	8,7	8,7
6.	Sonstiges	4,6	4,6
Zusammen		36,1	36,1

2007 gegenüber 2006:

9,1 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 511 99 und 514 99
1,8 Tsd. EUR	mehr in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
10,9 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 56/511 22

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Bibliothek und zur Durchführung von Ausstellungen.

Zu 10 56/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2007 gegenüber 2006:

11,0 Tsd. EUR weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 56/517 05

Zu 10 56/517 05		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Heizung	31,0	31,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	11,0	11,0
Zusammen		42,0	42,0

2007 gegenüber 2006:

12,0 Tsd. EUR mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 56/518 01

Zu 10 56/518 01		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Miete für Übungsräume für Kinder-, Jugend- und Volkstanzgruppen	-	-
2.	Miete für Büchermagazin im Sudetendeutschen Haus	10,0	10,0
Zusammen		10,0	10,0

Zu 10 56/523 01

Der Ansatz dient zur Unterhaltung und Ergänzung der Fachbibliothek.

Zu 10 56/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 56/547 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Veranstaltungen (z.B. Honorare und Reisekostenvergütungen für Vortragende), Qualifizierung, Modernisierung von Bildungsmaßnahmen und Kulturarbeit.

Zu 10 56/547 11

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 56/681 01

Soweit das Haus des Deutschen Ostens Tagungen durchführt, werden den Teilnehmern Reisekostenvergütungen (Fahrkosten, Tage- und Übernachtungsgelder) gewährt.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
812 02-7	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---	
Titelgruppen							
99 Kosten der Datenverarbeitung							
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>							
511 99-5	246	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	***	***	A	7,1	
					B	6,8	
					C	6,4	
514 99-2	246	Verbrauchsmittel	***	***	A	2,0	
					B	1,8	
					C	1,8	
519 99-7	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	***	***	A	0,4	
					C	0,1	
525 99-9	246	Aus- und Fortbildung	***	***	A	---	
812 99-1	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A	---	
Summe der Titelgruppe			-	-	A	9,5	
					B	8,5	
					C	8,2	
Gesamtausgaben			827,3	837,0	A	812,8	
					B	804,6	
					C	788,0	

Erläuterungen**Zu 10 56/511 99**

2007 gegenüber 2006:

7,1 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01.

Zu 10 56/514 99

2007 gegenüber 2006:

2,0 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01.

Zu 10 56/519 99

2007 gegenüber 2006:

0,4 Tsd. EUR weniger wegen geringeren Bedarfs.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
1	2	3	Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
			4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	25,2	25,2	A	21,0
					B	25,2
					C	24,0
		Gesamteinnahmen	25,2	25,2	A	21,0
					B	25,2
					C	24,0
		Personalausgaben	582,2	591,9	A	573,7
					B	562,5
					C	549,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	220,1	220,1	A	214,1
					B	212,5
					C	218,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	25,0	25,0	A	25,0
					B	19,8
					C	20,4
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	9,8
					C	-
		Gesamtausgaben	827,3	837,0	A	812,8
					B	804,6
					C	788,0
		Zuschuss	802,1	811,8	A	791,8
					B	779,4
					C	763,9

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.							
119 01-9	219	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 11.</i>	2,0	2,0	A	2,0	
					B	1,0	
					C	0,6	
119 49-3	219	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---	
					B	0,3	
					C	0,0	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen							
231 01-2	219	Zuweisungen vom Bund für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	---	---	A	---	
					B	243,9	
					C	360,4	
282 01-0	219	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 51.</i>	---	---	A	---	
					B	272,4	
					C	7,0	
282 02-9	219	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>	---	---	A	---	
					B	189,3	
					C	140,1	
282 03-8	219	Teilnehmerbeiträge und Kostenbeteiligungen Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 536 01.</i>	---	---	A	---	
Gesamteinnahmen			2,0	2,0	A	2,0	
					B	706,9	
					C	508,2	
Ausgaben							
Personalausgaben							
422 01-1	219	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	176,7	178,8	A	236,8	
					B	174,3	
					C	190,9	
422 31-5	219	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	17,7	
					C	43,5	
425 01-8	219	Vergütungen der Angestellten	2.010,3	2.049,6	A	2.077,6	
					B	1.967,0	
					C	2.009,2	
427 01-6	219	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	42,7	42,7	A	14,0	
					B	30,6	
					C	45,6	
427 11-4	219	Vergütung für die nebenamtliche Institutsleitung	***	***	A	46,7	
					B	34,7	
					C	18,5	
453 01-3	219	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 65

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München ist ein wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern. Es wurde errichtet auf der Grundlage von Art. 6 BayKiG. Seine Aufgabe ist die ständige Weiterentwicklung der Frühpädagogik, insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung auf den Gebieten der Anthropologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik der frühen Kindheit unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen des Elementarbereichs,
2. Entwicklung, Überprüfung und Übertragung von Hilfen und Anregungen zur pädagogischen Praxis für Kinder im Elementarbereich und für Kinder mit besonderen Bedürfnissen,
3. Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Familie, Schule und anderen Einrichtungen,
4. Entwicklung und Überprüfung von Hilfen der Förderung der Aus- und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte insbesondere für den Elementarbereich.

Das Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg wurde als wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern mit fachlicher Anbindung an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg errichtet.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung über die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensbedingungen und -bedürfnisse der Familie und deren Dokumentierung,
2. Erforschung von familialen Entwicklungsverläufen, des Zusammenlebens der Generationen, der Veränderung der Familienstrukturen, des Erziehungsverhaltens, und der Auswirkungen von Arbeitswelt und Medien auf die Familie,
3. wissenschaftliche Begleitung von familienbezogenen Modellmaßnahmen sowie Beratung, insbesondere Politikberatung.

Zu 10 65/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 65/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 65/427 01

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:		
1. Nebenamtliche Institutsleitung	17,7	17,7
2. Erhebungs- und Forschungsarbeiten	25,0	25,0
Zusammen	42,7	42,7

2007 gegenüber 2006:

17,7	Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 427 11
11,0	Tsd. EUR	mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf
28,7	Tsd. EUR	mehr

Zu 10 65/427 11

2007 gegenüber 2006:

29,0	Tsd. EUR	weniger wegen Wegfalls einer nebenamtlichen Institutsleitung
17,7	Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 427 01
46,7	Tsd. EUR	weniger

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-3	219	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	108,8	108,8	A	67,5	
					B	70,2	
					C	63,9	
517 01-7	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	11,8	11,8	A	13,5	
					B	9,2	
					C	9,6	
517 05-3	219	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	8,4	8,4	A	7,1	
					B	6,5	
					C	7,4	
<u>517 31-1</u>	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
<u>517 35-7</u>	219	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
518 01-6	219	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	44,1	44,1	A	38,9	
					B	38,9	
					C	38,9	
518 11-4	219	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	7,5	7,5	A	7,5	
					B	4,9	
					C	5,9	
<u>518 31-0</u>	219	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A		
519 01-5	219	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---	
523 01-9	219	Bibliothek, Bücher und Zeitschriften	26,4	26,4	A	25,5	
					B	20,8	
					C	23,8	
526 21-2	219	Vergabe von Forschungsaufträgen, Gastvorträge	10,6	10,6	A	10,6	
					B	8,4	
					C	10,8	
527 01-5	219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	15,0	15,0	A	20,5	
					B	11,8	
					C	16,5	
531 11-7	219	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	32,8	32,8	A	42,8	
					B	17,9	
					C	23,4	
536 01-4	219	Fachtagungen und Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 03.</i>	13,9	13,9	A	16,9	
					B	1,7	
					C	1,9	
546 49-6	219	Vermischte Verwaltungsausgaben	2,0	2,0	A	2,5	
					B	1,6	
					C	5,8	
Baumaßnahmen							
701 01-3	219	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---	
Sonstige Sachinvestitionen							
812 01-9	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	22,1	22,1	A	12,8	
					B	11,5	
					C	4,5	

Erläuterungen

Zu 10 65/511 01		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	27,0	27,0
2.	Bücher und Zeitschriften	-	-
3.	Kommunikation	41,0	41,0
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	23,0	23,0
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	13,0	13,0
6.	Sonstiges	4,8	4,8
Zusammen		108,8	108,8

2007 gegenüber 2006:

9,7 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 511 99
5,0 Tsd. EUR	weniger wegen Umsetzung nach 10 01/511 01
36,6 Tsd. EUR	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf
41,3 Tsd. EUR	mehr

Zu 10 65/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 65/517 05

Zu 10 65/517 05		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Heizung	-	-
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	8,4	8,4
Zusammen		8,4	8,4

Die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München werden vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Kap. 10 01) bestritten.

Zu 10 65/518 01

Veranschlagt ist der Mietzins für die Diensträume des Staatsinstituts für Familienforschung in Bamberg.

2007 gegenüber 2006:

5,2 Tsd. EUR mehr wegen Erhöhung des Mietzinses.

Zu 10 65/518 11

Veranschlagt ist der Mietzins für ein Kopiergerät beim Staatsinstitut für Frühpädagogik.

Zu 10 65/527 01

2007 gegenüber 2006:

5,5 Tsd. EUR weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 65/531 11

2007 gegenüber 2006:

10,0 Tsd. EUR weniger wegen Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 65/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 65/812 01

Zu 10 65/812 01		2007	2008
		Tsd. EUR	Tsd. EUR
Veranschlagt sind für:			
1.	Staatsinstitut für Familienforschung		
	Geräte und Ausstattungsgegenstände (Ersatz)	8,6	8,6
	DV-Ersatzbeschaffungen	4,0	4,0
2.	Staatsinstitut für Frühpädagogik		
	Geschäftszimmerausstattungen (Ersatz)	6,0	6,0
	DV-Ersatzbeschaffungen	3,5	3,5
Zusammen		22,1	22,1

2007 gegenüber 2006:

22,5 Tsd. EUR	mehr wegen Umsetzung von 812 99
13,2 Tsd. EUR	weniger wegen geringerer Ersatzbeschaffungen
9,3 Tsd. EUR	mehr

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
51 Forschungsprojekte Dritter (Familienforschung)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
429 51-3	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A B	--- 204,1
547 51-0	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 2,7 2,0
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 206,8 2,0
52 Forschungsprojekte Dritter (Frühpädagogik)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
429 52-2	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A B C	--- 71,2 53,6
547 52-9	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 25,0 21,4
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 96,2 75,0
54 Ausgaben für besondere Zwecke						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 231 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
429 54-0	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A B C	--- 213,1 330,7
547 54-7	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 37,6 76,6
812 54-5	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 250,7 407,3

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
1	2	3	4	5	C	Ist 2004
						Tsd. EUR
						6
81 Ausgaben zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen staatlicher Dienststellen						
<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 10 05 TG 78 und 10 07 TG 73 und 74 bis zu 430,0 Tsd. EUR pro Haushaltsjahr. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
429 81-7	219	Nicht aufteilbare Personalausgaben	---	---	A	---
					B	46,1
					C	33,1
547 81-4	219	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	32,4
					C	41,8
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	78,5
					C	74,8
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-6	219	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	***	***	A	9,7
					B	22,1
					C	12,3
514 99-3	219	Verbrauchsmittel	***	***	A	---
525 99-0	219	Aus- und Fortbildung	***	***	A	---
812 99-2	219	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A	22,5
					B	9,6
					C	13,8
Summe der Titelgruppe			-	-	A	32,2
					B	31,6
					C	26,1
Gesamtausgaben			2.533,1	2.574,5	A	2.691,1
					B	3.074,0
					C	3.105,4

Erläuterungen**Zu 10 65/511 99**

2007 gegenüber 2006:

9,7 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 511 01.

Zu 10 65/812 99

2007 gegenüber 2006:

22,5 Tsd. EUR weniger wegen Umsetzung nach 812 01.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,3
					C	0,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	705,6
					C	507,6
		Gesamteinnahmen	2,0	2,0	A	2,0
					B	706,9
					C	508,2
		Personalausgaben	2.229,7	2.271,1	A	2.392,8
					B	2.741,2
					C	2.725,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	281,3	281,3	A	263,0
					B	311,7
					C	362,0
		Sonstige Sachinvestitionen	22,1	22,1	A	35,3
					B	21,1
					C	18,3
		Gesamtausgaben	2.533,1	2.574,5	A	2.691,1
					B	3.074,0
					C	3.105,4
		Zuschuss	2.531,1	2.572,5	A	2.689,1
					B	2.367,1
					C	2.597,2

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
141 01-7	312	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	---	---	A B	--- 309,9
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
341 01-5	312	Kanalherstellungsbeiträge	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- 309,9 2,4
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 01-1	312	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	170,0	170,0	A B C	170,0 584,4 250,4
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-2	314	Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholkranken Straftätern <i>Die Mittel sind übertragbar. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 633 02.</i>	178.600,0	191.000,0	A B C	174.934,8 147.706,8 154.355,3
633 02-1	314	Kosten der ambulanten Sicherungsnachsorge <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 633 01.</i>	---	---	A C	--- 30,9
Baumaßnahmen						
701 01-9	312	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A C	--- 3,1
710 00-9	312	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 3.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	3.000,0	A B C	3.000,0 849,9 1.836,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 72

Nach Art. 95 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) haben die Bezirke auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen zu vollziehen. Es handelt sich insoweit um eine den Bezirken nach Art. 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 und 2 Bezirksordnung (BezO) übertragene Aufgabe.

Zu 10 72/341 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Beiträgen der Anschlusspflichtigen für den vom Freistaat Bayern im Zusammenhang mit dem Bau der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing finanzierten Abwasserkanal.

Zu 10 72/519 01

Veranschlagt ist der Bedarf für die Unterhaltung der Anlagen des Bezirkskrankenhauses Straubing.

Zu 10 72/633 01

Nach § 126a Strafprozessordnung kann das Gericht durch Unterbringungsbeehl die einstweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt unter bestimmten Voraussetzungen anordnen. Die Kosten hierfür trägt nach dem AGSG der Staat.

Des weiteren veranschlagt sind die Kosten der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus bzw. in einer Entziehungsanstalt (§§ 63, 64 Strafgesetzbuch). Die Kosten hierfür trägt nach dem AGSG der Staat. Hierzu erhalten die Bezirke bzw. Unternehmen der Bezirke für die Einrichtungen des Maßregelvollzugs einen Gesamtbetrag für einen zukünftigen Zeitraum (Budget).

2007 gegenüber 2006:
3.665,2 Tsd. EUR mehr,

2008 gegenüber 2007:
12.400,0 Tsd. EUR mehr im Rahmen der Kostenentwicklung wegen steigender Unterbringungszahlen.

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-9	312	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 23.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 25.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2007 in Höhe von 23.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2008 Tsd. EUR 7.000,0</i> <i>2009 Tsd. EUR 8.000,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 8.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2008 in Höhe von 25.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2009 Tsd. EUR 7.000,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 9.000,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 9.000,0</i>	23.000,0	25.000,0	A B C	19.585,1 19.520,6 16.780,7
		Gesamtausgaben	205.770,0	219.170,0	A B C	197.689,9 168.662,5 173.256,5
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A B C	- 309,9 2,4
		Gesamteinnahmen	-	-	A B C	- 309,9 2,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	170,0	170,0	A B C	170,0 585,1 250,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	178.600,0	191.000,0	A B C	174.934,8 147.706,8 154.386,2
		Baumaßnahmen	4.000,0	3.000,0	A B C	3.000,0 849,9 1.839,2
		Investitionsförderungsmaßnahmen	23.000,0	25.000,0	A B C	19.585,1 19.520,6 16.780,7
		Gesamtausgaben	205.770,0	219.170,0	A B C	197.689,9 168.662,5 173.256,5
		Zuschuss	205.770,0	219.170,0	A B C	197.689,9 168.352,6 173.254,2

Erläuterungen

Zu 10 72/883 01

Auf der Grundlage des AGSG hat der Staat auch die Kosten für notwendige Baumaßnahmen in den Bezirkskrankenhäusern zu tragen, um die Einrichtungen des Maßregelvollzugs an zeitgemäße therapeutische Konzeptionen anpassen zu können.

2007 gegenüber 2006:

244,8	Tsd. EUR	weniger wegen Umlage von globalen Minderausgaben
3.659,7	Tsd. EUR	mehr wegen dringend erforderlicher Ausweitung der Unterbringungskapazitäten
3.414,9	Tsd. EUR	mehr

2008 gegenüber 2007:

2.000,0 Tsd. EUR mehr wegen weiterhin dringend erforderlicher Ausweitung der Unterbringungskapazitäten.

Verpflichtungsermächtigungen 2007 und 2008

Für die rechtzeitige Zusage der Kostentragung gegenüber den Bezirken.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006	
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005	
1	2	3	4	5	C	Ist 2004	
						Tsd. EUR	6
Abschluss Epl. 10							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	116.511,0	115.016,0	A	131.529,5	
					B	121.713,1	
					C	133.718,6	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	390.386,5	391.357,5	A	401.505,0	
					B	421.636,0	
					C	164.601,6	
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.500,0	1.500,0	A	3.845,0	
					B	299,6	
					C	1.765,7	
		Gesamteinnahmen	508.397,5	507.873,5	A	536.879,5	
					B	543.648,7	
					C	300.086,0	
		Personalausgaben	197.356,1	201.621,3	A	230.094,6	
					B	219.461,1	
					C	217.101,5	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	152.023,1	144.656,6	A	163.264,9	
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR	10.345,0		B	150.015,1	
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR	4.570,0		C	154.782,9	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.605.949,7	1.624.880,0	A	1.590.960,5	
					B	1.613.793,8	
					C	1.368.198,3	
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR	10.820,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR	10.695,0				
		Baumaßnahmen	7.231,5	7.431,5	A	7.169,6	
					B	2.837,3	
					C	8.173,9	
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR	6.050,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR	6.050,0				
		Sonstige Sachinvestitionen	3.905,3	3.226,0	A	2.993,3	
					B	2.701,5	
					C	3.404,7	
		Investitionsförderungsmaßnahmen	81.084,5	83.082,5	A	96.615,3	
					B	99.671,1	
					C	91.328,4	
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR	60.985,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR	63.060,0				
		Besondere Finanzierungsausgaben	1.006,1	1.014,4	A	-10.875,2	
					B	1.557,5	
					C	792,1	
		Gesamtausgaben	2.048.556,3	2.065.912,3	A	2.080.223,0	
					B	2.090.037,4	
					C	1.843.781,9	
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR	88.200,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR	84.375,0				
		Zuschuss	1.540.158,8	1.558.038,8	A	1.543.343,5	
					B	1.546.388,7	
					C	1.543.695,9	

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2007		2008	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 01					
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.478,0	4.500,0	1.478,0	-
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	700,0	300,0	700,0	300,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	400,0	300,0	300,0	300,0
10 02					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	900,0	500,0	900,0	500,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	550,0	250,0	550,0	250,0
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	231,5	100,0	231,5	100,0
10 03					
526 21	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen	250,0	250,0	250,0	-
536 08	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege	35,5	25,0	35,5	25,0
	74 Förderung des Qualitätsmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit				
526 74	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	25,0	25,0	25,0	25,0
536 74	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen	149,6	150,0	149,6	150,0
684 74	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	25,0	25,0	25,0	25,0
	87 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch IX aus der Ausgleichsabgabe				
684 87	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.200,0	3.600,0	1.200,0	3.600,0
863 87	Darlehen an einzelne schwerbehinderte Menschen und an Sonstige	5.000,0	2.560,0	5.000,0	2.560,0
892 87	Zuschüsse an Arbeitgeber	25.000,0	15.000,0	25.000,0	15.000,0
893 87	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation schwerbehinderter Menschen nach § 30 SchwbAV	11.000,0	10.230,0	11.000,0	10.230,0
10 05					
	71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk)				
681 71	Leistungen an natürliche Personen	629,8	500,0	740,0	500,0
	73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste				
684 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	571,4	500,0	621,4	550,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2007		2008	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 05					
	74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung				
531 74	Druckkosten der Publikationsmittel	76,8	25,0	24,8	-
540 74	Veranstaltungskosten	510,0	1.000,0	950,0	-
684 74	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	100,0	70,0	85,0	-
	76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften				
684 76	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	261,4	200,0	261,4	200,0
686 76	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	89,5	50,0	89,5	50,0
	77 Förderung einer Technologieberatungsagentur				
686 77	Zuschüsse an Sonstige im Inland	270,0	70,0	270,0	70,0
893 77	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	30,0	30,0	30,0	30,0
	78 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation				
893 78	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	10.685,6	4.000,0	10.685,6	5.000,0
	81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung				
686 81	Zuschüsse für laufende Zwecke	4.000,0	4.000,0	4.000,0	4.000,0
	82 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter; psychosoziale Prävention				
893 82	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	849,6	750,0	849,6	750,0
10 07					
684 02	Förderung von Maßnahmen nach § 45c Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz	628,7	250,0	628,7	250,0
	71 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren				
526 71	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	75,0	25,0	75,0	25,0
536 71	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	60,0	25,0	60,0	25,0
633 71	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	130,0	30,0	130,0	30,0
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	4.307,0	1.000,0	4.307,0	1.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2007		2008	
		Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR	Haushalts- ansatz Tsd. EUR	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
10 07					
	73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie				
684 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.963,7	280,0	2.963,7	280,0
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	562,4	290,0	562,4	290,0
	74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe				
893 74	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2.133,4	2.000,0	2.133,4	2.000,0
	79 Förderung von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach Art. 24 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz				
893 79	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.985,1	3.125,0	1.985,1	2.200,0
	82 Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder				
526 82	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	25,0	20,0	25,0	20,0
	85 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich				
684 85	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	315,0	105,0	315,0	-
10 50					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	8.700,0	1.500,0	5.700,0	1.500,0
	52 Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern				
684 52	Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG	2.189,6	100,0	2.189,6	100,0
10 53					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	12.200,0	2.000,0	10.900,0	2.000,0
	60 Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Flüchtlinge, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind				
681 60	Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	330,9	40,0	330,9	40,0
10 72					
883 01	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke	23.000,0	23.000,0	25.000,0	25.000,0
Epl. 10					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. EUR je Maßnahme (Anlage S)	5.200,0	5.400,0	5.400,0	5.400,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		88.200,0		84.375,0

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 EUR Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 10

1. Die Anlage S enthält 7 Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 62,0 Mio. EUR und 2 Planungstitel. Bis einschl. 2005 wurden 11,4 Mio. EUR bewilligt. 2006 standen 5,4 Mio. EUR zur Verfügung. Ab 2009 werden voraussichtlich noch 34,6 Mio. EUR benötigt.

In den Haushalt wurde kein neues Vorhaben eingestellt.

2. Gemäß Nr. 1.4 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. EUR wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage – Bau – ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	A B C	Soll 2006 Ist 2005 Ist 2004 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	
10 15		Verwaltungsschule der Sozialverwaltung				
710 04-4	133	Ausbau des Bildungszentrums, 2. Bauabschnitt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	500,0
		Zugleich Summe Kapitel 10 15				
10 20		Zentrum Bayern Familie und Soziales				
730 01-3	214	Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Mittelfranken, Generalsanierung der Gebäude Bärenschanzstraße 8a/8b/8c und Roonstraße 20/22 in Nürnberg <i>Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.</i> <i>Grundstockfinanziert, vgl. Vermerk bei 13 04/356 58.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.100,0	A B C	500,0 375,7 924,2
740 01-1	214	Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Unterfranken, Errichtung eines Erweiterungsbaues auf dem Gelände Georg- Eydel-Straße 13 in Würzburg	---	***	A B C	--- 513,9 1.500,0
745 01-6	214	Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Oberpfalz, Errichtung eines Zwischenbaues, Generalsanierung der Dienstgebäude Landshuter Str. 55/57 in Regensburg <i>Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.</i> <i>Grundstockfinanziert, vgl. Vermerk bei 13 04/356 58.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 1.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.300,0	A B C	422,8 100,7 347,8
		Summe Kapitel 10 20	1.200,0	2.400,0	A B C	922,8 990,2 2.772,0
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 2.200,0 Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 2.900,0				
10 50		Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)				
730 01-0	246	Landesaufnahmestelle Nürnberg Sanierung der Wohngebäude - Planung -	***	***	A	1.000,0
735 01-5	246	Errichtung bzw. Auflösung von Aufnahmeeinrichtungen in Schnellbauweise - z.T. Planung -	***	***	A	---
		Summe Kapitel 10 50	-	-	A B C	1.000,0 - -

Erläuterungen

Zu 10 15/710 04

Nach der 1993 erfolgten Fertigstellung des 1. Bauabschnitts nahm das Bildungszentrum der Sozialverwaltung, in der die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung und der Fachbereich Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege untergebracht ist, ihren Betrieb auf. Als Ersatz für eine laufende Anmietung soll im Rahmen des 2. Bauabschnitts auf den staatseigenen Grundstücken ein kleiner Erweiterungsbau errichtet werden. Laut vorliegender Grobkostenschätzung belaufen sich die Gesamtkosten auf rd. 4,0 Mio. EUR.

Zu 10 20/730 01

Gesamtkosten (geschätzt)	23.000,0 Tsd. EUR	davon festgesetzt:	1.770,0 Tsd. EUR
laut baufachlicher Festsetzung vom 12.09.2003.			

Bis einschl. 2005 bewilligt:	1.403,5 Tsd. EUR	verausgabt:	1.403,5 Tsd. EUR
------------------------------	------------------	-------------	------------------

Ab 2009 noch benötigt:	20.296,5 Tsd. EUR		
------------------------	-------------------	--	--

Die staatseigenen Dienstgebäude im Bereich Bärenschanzstraße 8a/8b/8c und Roonstraße 20/22 in Nürnberg müssen grundlegend saniert werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 26.11.2003 die 1. Teilmaßnahme genehmigt.

Zu 10 20/740 01

Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.

Zu 10 20/745 01

Gesamtkosten (geschätzt)	12.464,0 Tsd. EUR	davon festgesetzt:	3.464,0 Tsd. EUR
laut baufachlicher Festsetzung vom 24.03.1999, 19.04.2001.			

Bis einschl. 2005 bewilligt:	3.432,6 Tsd. EUR	verausgabt:	3.432,6 Tsd. EUR
------------------------------	------------------	-------------	------------------

Ab 2009 noch benötigt:	6.701,4 Tsd. EUR		
------------------------	------------------	--	--

Die Gebäude Landshuter Straße 55 und 57 müssen grundlegend saniert werden. Im Rahmen eines 1. Bauabschnitts wurde ein Zwischenbau errichtet und die Kopfbauten der Gebäude Landshuter Straße 55 und 57 saniert, wodurch Ausweichräume für die eigentliche Sanierungsmaßnahme geschaffen wurden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat den 1. Bauabschnitt zuletzt am 16.05.2001 genehmigt. In einem 2. Bauabschnitt soll nun das Gebäude Landshuter Straße 55 grundlegend saniert werden.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2007	2008	A	Soll 2006
			Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Ist 2005
					C	Ist 2004
1	2	3	4	5	Tsd. EUR	
					6	
10 53		Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern				
735 01-9	249	Errichtung von Sammelunterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern - z.T. Planung - <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 01 Tit. 519 01 und Tit. 701 01 bis zu jeweils 500,0 Tsd. EUR jährlich.</i>	---	---	A	---
		Zugleich Summe Kapitel 10 53				
10 72		Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter				
720 02-5	312	Bezirkskrankenhaus Straubing - Forensisch-psychiatrische Klinik, Erweiterungsbauten für die Unterbringung psychisch Kranker nach Straffentlassung <i>Grundstockfinanziert, vgl. Vermerk bei 13 04/356 58.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	3.000,0	A	3.000,0
					B	849,9
					C	1.836,1
		Zugleich Summe Kapitel 10 72				
		Summe Epl. 10	5.200,0	5.400,0	A	5.422,8
					B	1.994,1
					C	6.735,8
		Verpflichtungsermächtigung 2007 Tsd. EUR 5.400,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2008 Tsd. EUR 5.400,0				

Erläuterungen

Zu 10 53/735 01

Der Vortrag dient der Abwicklung.

Zu 10 72/720 02

Gesamtkosten 22.500,0 Tsd. EUR

laut fachlicher Festsetzung vom 12.11.2001, 07.06.2005.

Bis einschl. 2005 bewilligt: 6.216,0 Tsd. EUR verausgabt: 6.216,0 Tsd. EUR

Ab 2009 noch benötigt: 9.284,0 Tsd. EUR

Zum Schutz der Allgemeinheit vor hochgefährlichen psychisch kranken Straftätern nach ihrer Haftentlassung müssen in Bayern geeignete Unterbringungseinrichtungen vorhanden sein. Die vorhandenen Kapazitäten sind nicht mehr ausreichend. Daher erfolgte in einem 1. Bauabschnitt auf dem Hochsicherheitsgelände des Bezirkskrankenhauses Straubing die Erweiterung der bestehenden Einrichtung um 40 Plätze. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat den 1. Bauabschnitt am 05.12.2001 genehmigt.

In einem 2. Bauabschnitt kommen weitere 60 Plätze und ein zusätzliches Arbeitstherapiegebäude hinzu. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat den 2. Bauabschnitt am 06.07.2005 genehmigt. Mit dem Bau wurde im Mai 2006 begonnen.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

- Einzelplan 10 -

**10 01
Ministerium**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	8	8	8
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	11	11	11
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		21	21	21
	<i>a) 3 Stellen dürfen mit außertariflichen Angestellten besetzt werden, die der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B3 vergütet werden.</i>				
	<i>b) 1 Stelle ku nach BesGr A14 Oberregierungsrat mit Ausscheiden des Stelleninhabers.</i>				
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	25,50	26,50	26,50
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	23,75	22,75	22,75
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	23	22	22
	<i>1 Stelle kw ab 01.09.2008 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)</i>				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	12	12	12
	<i>1 Stelle kw zum 31.12.2008 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)</i>				
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	77	78	77
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	19	20	19
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	17	16	16
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	-	3	3
	<i>a) 1 Stelle kw zum 31.12.2008 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)</i>				
	<i>b) 2 Stellen kw zum 31.12.2008</i>				
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	13	13
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	18	19	19
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	2	2
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	6	5	5
	<i>1 Stelle kw zum 01.10.2008 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)</i>				
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre,		2	2	2
	Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen				
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	5	5	5
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	7	7	7
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	1	1
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	-	-
	Zusammen		301,25	301,25	299,25
	Zugang/Abgang			-	-2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-0,50	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit) Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz) Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz) Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2006 sowie im Vollzug des kw-Vermerks (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-	-1	
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	-	-1	
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-1	-	
Titel 425 01 (Angestellte) VIb Angestellte	-1	-	
Summe Einsparung	-2,50	-2	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02, 422 13 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern Umsetzung von 12 01 (Zusammenlegung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz) Umsetzung von 10 04
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	+1	-	
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 04
VIII Angestellte	-	-1	Umsetzung und Umwandlung nach 10 20 / 428 30
Summe Umsetzung	+2,50	-1	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15 kostenwirksame Hebung von BesGr A15 kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+1	-	
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	

**10 01
Ministerium**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		125,25	124,25	124,25
	- gehobener Dienst		114	118	116
	- mittlerer Dienst		47	45	45
	- einfacher Dienst		15	14	14
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	4	4	4
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		2	2	2
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	3	3	3
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	7	7	7
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	8	8	8
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	4	4
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	10	10	10
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	4	4	4
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	3	3	3
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	2	2
	Zusammen		57	57	57
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	8	8	8
		A13+AZ - A9	8	8	8
		A9+AZ - A6	3	3	3
		A6 - A2	4	4	4
	Zusammen		23	23	23
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	3	3	3
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	3	4	4
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	2	1	1
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	28,24	29,24	29,24
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	18	17	17
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	19,14	19,14	19,14
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	10,71	10,71	9,71
	Zusammen		84,09	84,09	83,09
	Zugang/Abgang			-	-1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 15
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9+AZ
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Titel 425 01 (Angestellte)			
IVb Angestellte	+1	-	kostenwirksame Hebung von VergGr Vb
Vb Angestellte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr IVb
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-3	

10 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	3	4	5
1	2	3	4	5	6
noch	Leerstellen				
425 01	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	7	7	7
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	4	4	4
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	11	11	11
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Zusammen		24	24	24
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		12	12	12
	Zusammen		12	12	12
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		301,25	301,25	299,25
425 01	Angestellte		84,09	84,09	83,09
	Personalsoll A		385,34	385,34	382,34
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		12	12	12
	Personalsoll B		12	12	12
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		397,34	397,34	394,34

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin		1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	18	18	18
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	6	5	5
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	-	-
	Zusammen		36	34	34
	Zugang/Abgang			-2	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		10	10	10
	- gehobener Dienst		25	24	24
	- mittlerer Dienst		1	-	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	<i>Die im Doppelhaushalt 2003/2004 neu ausgebrachten Planstellen (3 Planstellen der BesGr A13 Oberamtsrat und 3 Planstellen der BesGr A12 Amtsrat) dürfen nur dann besetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass die gesamten Personalkosten (einschließlich Versorgungszuschlag) von den Krankenkassen erstattet werden.</i>				
	Leerstellen				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	2	2
	Zusammen		4	4	4
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	1	1	1
		A13+AZ - A9	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	1	0,50	0,50
	Zusammen		4	2,50	2,50
	Zugang/Abgang			-1,50	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Zusammen		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Titel 425 01 (Angestellte)			
VIII Angestellte	-0,50	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-1,50	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 01
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 10 01
Summe Umsetzung	-2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-3,50	-	

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		1	1	1
	Zusammen		1	1	1
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		36	34	34
425 01	Angestellte		4	2,50	2,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		40	36,50	36,50
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1
	Personalsoll B		1	1	1
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		41	37,50	37,50

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsidenten der Landesarbeitsgerichte, Präsidentinnen der Landesarbeitsgerichte an Gerichten mit 26 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 6	2	2	2
	Vizepräsidenten der Landesarbeitsgerichte, Vizepräsidentinnen der Landesarbeitsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 6	R 3+AZ	2	2	2
	Präsident des Arbeitsgerichts, Präsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	1	1	1
	Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten		14	14	14
	Vizepräsident des Arbeitsgerichts, Vizepräsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	1	1	1
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	R 2	3	3	3
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen		6	6	6
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten <i>3 Stellen kw zum 01.01.2011</i>	R 1	85	85	85
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen <i>2 Stellen dürfen mit Arbeitsrichtern der BesGr R 1 besetzt werden.</i>	A14	3	3	3
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13+AZ	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	11	12	12
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	-	-
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	21	23	23
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		2	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	29	31	31
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	3	4	4
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	7	8	8
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	39	42	42
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	65	64	66
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	30	30	28

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VIII Angestellte	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern
Summe Umsetzung	-0,50	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Vc
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellte	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 8 Regierungshauptsekretär
Summe Umwandlung	-	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	+2	-	Umwandlung von BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin
A 9 +AZ Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	5	5	5
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	3	3	3
	Zusammen		360	361	361
	Zugang/Abgang			+1	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		125	125	125
	- gehobener Dienst		75	75	75
	- mittlerer Dienst		147	148	148
	- einfacher Dienst		13	13	13
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu den Tit. 422 01, 422 21 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9+AZ) und für vergleichbare Angestellte und Beamte auf Widerruf im Vorbe- reitungsdienst (BesGr A 6 bzw. A 9) in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	2) Bis zu 10 Hochschullehrer, die ein Richteramt als zweites Hauptamt ausüben, dürfen auf einer Richterplanstelle verrechnet werden.				
	Leerstellen				
	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht	R 3	1	1	1
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	12	12	12
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	9	9	9
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	5	5	5
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	18	18	18
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	9	9	9
	Zusammen		63	63	63
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht	R 3	-	1	1
	Richter am Arbeitsgericht, Richterin am Arbeitsgericht als weiterer aufsichtführender Richter an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	R 2	-	0,50	0,50
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	1	1,50	1,50
	Zusammen		1	3	3
	Zugang/Abgang			+2	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): Alle Stellen kw nach Art. 6d Abs. 3 HG				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	+1	-	kostenwirksame Hebung von VergGr VIII
VIII Angestellte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr VII
IXb Angestellte	+1	-	kostenwirksame Hebung von VergGr IXb
Summe kostenwirksame Hebung	-1	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr VIII
	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A			
	-0,50	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 2 Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	+0,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen,	A 9	13	13	13
	Regierungsinspektoranwälte, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 6	21	21	21
	Regierungssekretäranwälte, Regierungssekretäranwärterinnen				
	Zusammen		34	34	34
422 31 Abgeordnete Beamte (Richter)		R 1	2	2	2
		A13+AZ - A9	3	3	3
		A9+AZ - A6	1	1	1
	Zusammen		6	6	6
425 01 Angestellte	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	9	8	8
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	39	39	39
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	6	7	7
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	12	11,50	11,50
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	1	1
	Zusammen		68	66,50	66,50
	Zugang/Abgang			-1,50	-
Leerstellen	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	15	15	15
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		18	18	18
425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	Angestellte		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
426 01 Arbeiter	Arbeiter, Arbeiterinnen		7	7	7
	Zusammen		7	7	7

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
R 1 Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	+0,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
Summe neu	+2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		360	361	361
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		34	34	34
425 01	Angestellte		68	66,50	66,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		462	461,50	461,50
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		3	3	3
426 01	Arbeiter		7	7	7
	Personalsoll B		10	10	10
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		472	471,50	471,50
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1	3	3

10 12

Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsident des Landessozialgerichts, Präsidentin des Landessozialgerichts an einem Gericht mit 101 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 8	1	1	1
	Präsident des Sozialgerichts, Präsidentin des Sozialgerichts an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen	R 4	1	1	1
	Vizepräsident des Landessozialgerichts, Vizepräsidentin des Landessozialgerichts als der ständige Vertreter eines Präsidenten der BesGr R 8		1	1	1
	Präsidenten der Sozialgerichte, Präsidentinnen der Sozialgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	6	6	6
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht		15	15	15
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 oder R 4 an Gerichten mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	4	4	4
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 an Gerichten mit bis zu 15 Richterplanstellen	R 2	3	3	3
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht		34	35	35
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht <i>Bei Bedarf kann eine Stelle mit einer Beamtin/einem Beamten der BesGr A 13/A 14 besetzt werden.</i>	R 1	110	113	113
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	4	4
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	10	11	11
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	-	-
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	20	22	22
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		2	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	18	25	26
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		5	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	6	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	3	5	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	11	16	16
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		5	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	51	55	55
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	-	-
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	69	71	73
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	25	27	25
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 2 Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 05 / 422 01a BesGr R 2 Richter am Verwaltungsgerichtshof
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	+3	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 06 / 422 01 BesGr R 1 Richter am Verwaltungsgericht
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2	-	Umsetzung von 03 06
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 03 06
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	Umsetzung von 03 05 / 422 01a
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+3 +2	- -	Umsetzung von 03 06 Umsetzung von 03 06
Titel 425 01 (Angestellte)			
VIb Angestellte	+3	-	Umsetzung von 03 05 / 425 01a
VIII Angestellte	+8 -1	- -	Umsetzung von 03 06 Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern
Summe Umsetzung	+23	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+2	-	Umwandlung von BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+5	-	Umwandlung von BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-5	-	Umwandlung nach BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen Amtsmeister, Amtsmeisterinnen Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen Zusammen Zugang/Abgang	A 5 A 4 A 3	12 2 2	12 2 2	12 2 2
			434	447 +13	447 -
	Gliederung nach Laufbahngruppen - höherer Dienst - gehobener Dienst - mittlerer Dienst - einfacher Dienst		180 65 168 21	184 68 174 21	184 68 174 21
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 : 1) Zu den Tit. 422 01, 422 21 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9+AZ) und für vergleichbare Angestellte und Beamte auf Widerruf im Vorbe- reitungsdienst (BesGr A 6 bzw. A 9) in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) Vgl. Verrechnungsvermerk für Hochschullehrer zu Kap. 10 10 Titel 422 01.				
	Leerstellen Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht Regierungsamtman, Regierungsamtfrau Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Amtsinspektor, Amtsinspektorin Amtsinspektor, Amtsinspektorin Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen Zusammen Zugang/Abgang	R 2 R 1 A11 A10 A 9 A 9+AZ A 9 A 8 A 7 A 6	5 10 - 8 5 - 1 13 16 19	5 10 1 8 5 1 13 16 19	5 10 1 8 5 1 13 16 19
			80	82 +2	82 -
	Ersatzstellen für Altersteilzeit Präsident des Sozialgerichts, Präsidentin des Sozialgerichts an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	R 4 R 3 R 2	1 1 -	- 3 4	- 2 2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 9 +AZ Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+5	-	Umwandlung von BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-5	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+23	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 50 Abs. 3 Satz 3 BayHO
A 9 +AZ Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 50 Abs. 3 Satz 3 BayHO
Summe neu	+2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

10 12

Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht Zusammen Zugang/Abgang	R 1	-	3	2
			2	10	6
				+8	-4
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): Alle Stellen kw nach Art. 6d Abs. 3 HG				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen Zusammen	A 9 A 6	5 27	5 27	5 27
			32	32	32
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R 2	2	2	2
		R 1	10	10	10
		A13+AZ - A9	3	3	3
		A9+AZ - A6	1	1	1
	Zusammen		16	16	16
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31: 8 Stellen der BesGr R 1 kw zum 01.01.2009 (Übertragung der Zuständigkeiten in Sozialhilfesachen/Arbeitslosengeld II)				
425 01	Angestellte Angestellte der VergGr III BAT Angestellte der VergGr Vc BAT Angestellte der VergGr VIb BAT Angestellte der VergGr VII BAT Angestellte der VergGr VIII BAT Zusammen Zugang/Abgang	III Vc VIb VII VIII	1 6 23 37 34	1 6 34 37 33	1 6 34 37 33
			101	111	111
				+10	-
	Leerstellen Angestellte der VergGr VIb BAT Angestellte der VergGr VII BAT Angestellte der VergGr IXb BAT Zusammen	VIb VII IXb	2 9 1	2 9 1	2 9 1
			12	12	12
426 01	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen Zusammen		23	23	23
			23	23	23

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 2 Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	+4	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	+3	-	neu im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
Summe neu	+9	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 4 Präsidenten der Sozialgerichte, Präsidentinnen der Sozialgerichte an Gerichten mit 41 und mehr Richterplanstellen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 3 Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 2 Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Landessozialgericht	-	-2	Einsparung im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
R 1 Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d Haushaltsgesetz
Summe Einsparung	-1	-4	
Zu- und Abgänge insgesamt	+8	-4	

10 12
Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		434	447	447
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		32	32	32
425 01	Angestellte		101	111	111
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		567	590	590
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		23	23	23
	Personalsoll B		23	23	23
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		590	613	613
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		2	10	6

10 15
Verwaltungsschule der Sozialverwaltung
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01 Planmäßige Beamte	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	1	2	2
	Regierungsamtman, Regierungsamtfrau	A11	1	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen <i>Bei Rückgang der Studierendenzahlen und entsprechender Reduzierung des Verwaltungspersonals 1 Stelle kw.</i>	A 8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen <i>Bei Rückgang der Studierendenzahlen und entsprechender Reduzierung des Verwaltungspersonals 1 Stelle kw.</i>	A 7	2	2	2
	Zusammen		9	9	9
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		4	4	4
	- mittlerer Dienst		4	4	4
	Leerstellen				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
422 31 Abgeordnete Beamte		A16+AZ - A13	-	1	1
		A9+AZ - A6	1	1	1
	Zusammen		1	2	2
	Zugang/Abgang			+1	-
Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31: <i>Stelle des höheren Dienstes kw zum 31.12.2008</i>					
425 01 Angestellte	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
	Leerstellen				
Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1	
Zusammen		1	1	1	
426 01 Arbeiter	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
neu			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ - A13	+1	-	neu
Summe neu	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	

10 15
Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		9	9	9
425 01	Angestellte		3	3	3
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12	12	12
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		15	15	15

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	B 6	-	1	1
	Präsident eines Landesversorgungsamtes, Präsidentin eines Landesversorgungsamtes als Leiter eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500.000 Versorgungsberechtigten	B 5	1	-	-
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	B 3	-	1	1
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B 2	2	4	4
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamtes für Versorgung und Familienförderung		1	-	-
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	-	-
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	8	8	8
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen <i>Die im Doppelhaushalt 2007/2008 von BesGr A16+AZ abgesenkten 3 Stellen dürfen bis zum Ausscheiden der Stelleninhaber mit Beamten der BesGr A16+AZ besetzt werden.</i>		6	12	12
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	17	20	20
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		27	28	28
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	25	30,60	30,60
	Medizinaloberberäte, Medizinaloberberätinnen		21	21,85	21,85
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	10	10,50	10,50
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen		4	3	3
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	22	36	38
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		5	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	60	89	93
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		10	-	-
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		-	1	1
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	A11	109	166	178
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		26	-	-
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		-	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	184,50	170,08	152,08
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		8	7,75	7,75
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		-	9	9
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		9	-	-
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		-	4	4
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	17	26,32	26,32
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		4	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	7	24,50	26,50
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		9	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	26	58	61
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		25	-	-
	Oberpfleger, Oberschwester		-	0,75	0,75

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-0,15	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
A10	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,52	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-0,25	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
A 9	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2,68	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
	Oberpfleger, Oberschwester	-0,25	- Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A 7	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-3,50	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
A 6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-15,81	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
A 4	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-1	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
		-1	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz und dem 20-Punkte-Aktionsprogramm für 2004
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen	-0,30	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
A 3	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	-0,25	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
Titel 425 01 (Angestellte)			
Ia	Angestellte	-0,50	- Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Ila	Angestellte	-1	- Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Vc	Angestellte	-0,50	- Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (zum 01.0.2007) zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
		-0,30	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (Auflösung der Heimatauskunftstelle)
VIb	Angestellte	-2,30	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
		-1	- Einsparung wegen Wegfalls des AZV-Tags bei Arbeitnehmern
VII	Angestellte	-0,30	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (Auflösung der Heimatauskunftstelle)
		-7,08	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
		-0,50	- Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz und dem 20-Punkte-Aktionsprogramm für 2004

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	127	151	166
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		8	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	220	196,30	176,30
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	48	33,69	33,69
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	10	10	10
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	22	22	22
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		5	5	5
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		3	3	3
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	15	13	13
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	1,70	1,70
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	2	1,75	1,75
	Zusammen		1.114,50	1.175,79	1.175,79
	Zugang/Abgang			+61,29	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		127	139,95	139,95
	- gehobener Dienst		455,50	512,15	512,15
	- mittlerer Dienst		470	464,24	464,24
	- einfacher Dienst		62	59,45	59,45
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bis zu 10 Planstellen für Medizinaloberräte (BesGr A 14) dürfen bei Bedarf mit angestellten Ärzten der VergGr I a FallGr 4 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT besetzt werden.				
	2) Aus dem Stellenplan können bis zu 15 Bedienstete beschäftigt werden, die Aufgaben für staatlich verwaltete Stiftungen wahrnehmen.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
VIII Angestellte	-0,03	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (Auflösung der Heimatauskunftstelle)
	-9,73	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz und dem 20-Punkte-Aktionsprogramm für 2004 (Auflösung der Heimatauskunftstelle)
	-6,75	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz und dem 20-Punkte-Aktionsprogramm für 2004
Summe Einsparung	-56,70	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 01 (Errichtung der zentralen IuK-Leitstelle)
	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A13 Medizinalräte, Medizinalrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02, 422 13 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	Umsetzung nach 05 18
	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 13 05 (Immobilien Freistaat Bayern)
	-0,50	-	Umsetzung nach 05 17
	-0,40	-	Umsetzung nach 05 18
	-0,50	-	Umsetzung nach 05 19
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02, 422 13 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen Oberpfleger, Oberschwester n	-1	-	Umsetzung nach 05 18
	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-0,50	-	Umsetzung nach 13 05 (Immobilien Freistaat Bayern)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,60	-	Umsetzung nach 05 18
	-0,60	-	Umsetzung nach 05 19
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 05 18

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>3) Zu Titel 422 01 und 428 30 Schließung der Reha- Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz:</p> <p>1 Stelle A 15 1 Stelle A 12 1 Stelle A 11 1 Stelle A 9 + AZ 0,75 Stelle A9 (Oberpfleger)</p> <p>0,39 Stellen IV b 3,61 Stellen Vc 0,35 Stellen VI b 1,00 Stelle VergGr Kr XIII - I</p> <p>2,00 Stellen für Arbeiter</p> <p>(insgesamt 12,10 Stellen)</p> <p>kw.</p> <p><i>Soweit die ehemaligen Bediensteten der Klinik in staatlichen Einrichtungen außerhalb des Kap. 10 20 beschäftigt werden, sind die Stellen unter Mitnahme des kw-Vermerks dorthin umgesetzt. Dies gilt analog auch für die bei Titel 428 30 veranschlagten Haushaltsmittel. Dies gilt jedoch nicht bei einer Beschäftigung in einer staatlichen Universitätsklinik. Über die Stellen und Haushaltsmittel darf in diesem Fall gemäß Art. 47 Abs. 1 BayHO mit Beginn der Beschäftigung in der Universitätsklinik nicht mehr verfügt werden.</i></p> <p>Leerstellen</p>				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		4	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	4	5	5
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		11	9	9
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	5	4	4
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	2	2
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	11	11	11
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		-	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	53	53	53
	Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin		-	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	32	32	32
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	-	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	10	10	10
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	-	-
	Oberpfleger, Oberschwester n		3	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	25	26	26
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	45	45	45
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	40	40	40
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 6	1	1	1
	Zusammen		259	256	256
	Zugang/Abgang			-3	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 6	-1	-	Umsetzung nach 05 15
Titel 425 01 (Angestellte)			
la Angestellte	+0,50	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
lb Angestellte	-0,70	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 15 06 / 422 02 und 425 01 zur Errichtung des Elitenetzwerks Bayern
IIa Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
III Angestellte	+6	-	Umsetzung von 10 40
IVb Angestellte	+0,39	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Vc Angestellte	+3,61	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	+0,50	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
VIb Angestellte	+0,35	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Kr XIII Krankenpflegekräfte - Kr I	+1	-	Umsetzung von 10 24 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Summe Umsetzung	+6,55	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+3	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellten und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellten und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
	+2	-	Umsetzung von 10 60
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+3,60	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellten und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
	+2	-	Umsetzung von 10 60
Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+1	-	Umsetzung von 10 60

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Leerstellen): 9 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte; 2 Stellen BesGr A16, 2 Stellen BesGr A13 gD, 1 Stelle BesGr A12, 1 Stelle BesGr A9+AZ, 2 Stellen BesGr A9 Oberpfleger und 1 Stelle BesGr A6)				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen Zusammen	A 9 A 6	71 64 135	71 64 135	71 64 135
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: Auf den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst dürfen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen vorübergehend Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Anstellung oder Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit aufgrund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht mehr möglich wäre. Auf je fünf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst können zwei Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe geführt werden.				
422 31	Abgeordnete Beamte Zusammen Zugang/Abgang	A16+AZ - A13 A13+AZ - A9 A9+AZ - A6	7 8 9 24	8 8 9 25 +1	8 8 9 25 -
425 01	Angestellte Angestellte der VergGr I BAT Angestellte der VergGr Ia BAT Angestellte der VergGr Ib BAT Angestellte der VergGr IIa BAT Angestellte der VergGr III BAT Angestellte der VergGr IVa BAT Angestellte der VergGr IVb BAT Angestellte der VergGr Vb BAT Angestellte der VergGr Vc BAT Angestellte der VergGr VIb BAT Angestellte der VergGr VII BAT Angestellte der VergGr VIII BAT Krankenpflegekräfte Zusammen Zugang/Abgang	I Ia Ib IIa III IVa IVb Vb Vc VIb VII VIII Kr XIII - Kr I	1 7 24,50 3,70 1 6 - 1,70 34 78 158,75 212,25 - 527,90	- - - - - - - - - - - - - -527,90	- - - - - - - - - - - - - -

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008		
1	2	3	4	
A13	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+0,50	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+5	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A12	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1 +7	- -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A11	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1 +1 +16	- - -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A10	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2 +2 +10,50	- - -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 9	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3 +4 +6	- - -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 9 +AZ	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1,50	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 8	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1 +5,50	- -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 7	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1 +4	- -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
A 6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2 +2,50	- -	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/422 01a wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
		+1	-	Umsetzung von 10 60

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr I BAT	I	4	-	-
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	1	-	-
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	1	-	-
	Krankenpflegekräfte	Kr Va	1	-	-
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	56	-	-
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	36	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		99	- -99	- -
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		53	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		53	- -53	- -
426 20	Arbeiter				
	Leerstellen				
	Arbeiter, Arbeiterinnen der Lohngruppe 2a	2a	1	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		1	- -1	- -
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	616,26	617,26
	Zusammen Zugang/Abgang		-	616,26 +616,26	617,26 +1
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 30 :				
	1) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 617,26 Stellen Angestellte und Arbeiter bzw. Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.				
	2) Bis zu 40 Stellen dürfen mit Angestellten besetzt werden, die originär in den VergGr IIa bis I eingruppiert sind.				
	3) 15,37 Stellen sind künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (Auflösung der Heimatauskunftstelle).				
	4) 1 Stelle der VergGr IVa ku nach BesGr A11 (Regierungsamtman) und 1 Stelle der VergGr IVa ku nach BesGr A11 (Sozialamtman).				
	5) 1 Stelle der VergGr III ku nach VergGr Vb.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Titel 425 01 (Angestellte)			
I Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 60
IIa Angestellte	+1	-	Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
III Angestellte	+0,50 +3	-	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
IVa Angestellte	+1 +3	-	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
IVb Angestellte	+4 +2	-	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
Vb Angestellte	+9	-	Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
Vc Angestellte	+11	-	Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
VIb Angestellte	+5	-	Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
VII Angestellte	+8	-	Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
VIII Angestellte	+1 +4	-	Umsetzung von 10 60 Umsetzung von 03 08/425 01 wegen Eingliederung Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter in das Zentrum Bayern Familie und Soziales
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	+3 +148,60	-	Umsetzung von 10 60
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	Umwandlung von 425 01 VergGr IVa
Titel 425 01 (Angestellte)			
I Angestellte	-2	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Ia Angestellte	-7	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Ib Angestellte	-23,80	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
IIa Angestellte	-5,20	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		1.114,50	1.175,79	1.175,79
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		135	135	135
425 01	Angestellte		527,90	-	-
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.777,40	1.310,79	1.310,79
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		53	-	-
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	616,26	617,26
	Personalsoll B		53	616,26	617,26
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.830,40	1.927,05	1.928,05

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
III Angestellte	-11	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
IVa Angestellte	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau
	-12	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
IVb Angestellte	-2,39	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Vb Angestellte	-10,70	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Vc Angestellte	-52,31	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
VIb Angestellte	-76,05	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
VII Angestellte	-159,87	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
VIII Angestellte	-201,74	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Kr XIII Krankenpflegekräfte - Kr I	-1	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Summe Umwandlung	-565,06	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+5	-	Umwandlung von BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-5	-	Umwandlung nach BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+10	-	Umwandlung von BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-10	-	Umwandlung nach BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+26	-	Umwandlung von BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-26	-	Umwandlung nach BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamt frau
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+9	-	Umwandlung von BesGr A10 Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-9	-	Umwandlung nach BesGr A10 Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+4	-	Umwandlung von BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-4	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin
A 9 +AZ	+9	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
	-9	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 9	+25	-	Umwandlung von BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-25	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+8	-	Umwandlung von BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-8	-	Umwandlung nach BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 2 Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A16+AZ
A16 Leitende Regierungsdirektoren, +AZ Leitende Regierungsdirektorinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B 2
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 6 Präsident, Präsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	+1	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr B 5 (§ 1 Nr. 2 Buchst. d Nachtragshaushaltsgesetz 2006 (Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Besoldungsordnung B))
B 5 Präsident eines Landesversorgungsamtes als Leiter eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500.000 Versorgungsberechtigten	-1	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr B 6 (§ 1 Nr. 2 Buchst. d Nachtragshaushaltsgesetz 2006 (Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Besoldungsordnung B))
B 3 Vizepräsident, Vizepräsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales	+1	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung von BesGr B 2 (§ 1 Nr. 2 Buchst. d Nachtragshaushaltsgesetz 2006 (Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Besoldungsordnung B))
B 2 Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen des Landesamtes für Versorgung und Familienförderung	-1	-	kostenwirksame Hebung und Umwandlung nach BesGr B 3 (§ 1 Nr. 2 Buchst. d Nachtragshaushaltsgesetz 2006 (Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Besoldungsordnung B))
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+3 -3	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	-	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+10 -3	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A11 kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	-	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 10	- +10 -15	+18 - -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 10 kostenwirksame Hebung von BesGr A 10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 11
	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 11
A 9	-	-18	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 11
A 9	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 9 +AZ	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	-	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
	-	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
	-	+20	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	-	-20	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellte	+4	-	kostenwirksame Hebung von VergGr VIb
VIb Angestellte	-4	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr Vc
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 16 Leitende Regierungsdirektoren, +AZ Leitende Regierungsdirektorinnen	-3	-	Absenkung nach BesGr A 16
A 16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+3	-	Absenkung von BesGr A 16+AZ
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-466,61	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (LohnGr 3a)

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
	-0,30	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (LohnGr 2a)
	-0,20	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (LohnGr 5a)
	-0,30	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2005 (LohnGr 3)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz und dem 20-Punkte-Aktionsprogramm für 2004
Summe Einsparung	-2,80	-	
Umsetzung			
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 15 07 / 426 20
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24 / 426 02 LohnGr 3 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24 / 426 02 LohnGr 2 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	Umsetzung und Umwandlung von 10 01 / 425 01 VergGr VIII
Summe Umsetzung	+1	+1	
Umwandlung			
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterinnen	-51,20	-	Umwandlung nach 428 30 (Arbeitnehmer-Budget)
Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umwandlung von 425 01 VergGr I (Arbeitnehmer-Budget)
	+7	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Ia (Arbeitnehmer-Budget)
	+23,80	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Ib (Arbeitnehmer-Budget)
	+5,20	-	Umwandlung von 425 01 VergGr IIa (Arbeitnehmer-Budget)
	+11	-	Umwandlung von 425 01 VergGr III (Arbeitnehmer-Budget)
	+12	-	Umwandlung von 425 01 VergGr IVa (Arbeitnehmer-Budget)
	+2,39	-	Umwandlung von 425 01 VergGr IVb (Arbeitnehmer-Budget)
	+10,70	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Vb (Arbeitnehmer-Budget)
	+52,31	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Vc (Arbeitnehmer-Budget)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
	+76,05	-	Umwandlung von 425 01 VergGr VIb (Arbeitnehmer-Budget)
	+159,87	-	Umwandlung von 425 01 VergGr VII (Arbeitnehmer-Budget)
	+201,74	-	Umwandlung von 425 01 VergGr VIII (Arbeitnehmer-Budget)
	+1	-	Umwandlung von 425 01 VergGr Kr XIII - Kr I (Arbeitnehmer-Budget)
	+51,20	-	Umwandlung von 426 01 (Arbeitnehmer-Budget)
Summe Umwandlung	+565,06	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+563,26	+1	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ - A13	+1	-	Umsetzung von 10 60
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	
LEERSTELLEN			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-2	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-2	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
Oberpfleger, Oberschwester n	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)

10 20
Zentrum Bayern Familie und Soziales

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Titel 425 01 (Angestellte)			
I Angestellte	-3	-	Einsparung (Arbeitnehmer-Budget)
	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
lb Angestellte	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
Ila Angestellte	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
Kr Va Krankenpflegekräfte	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
VII Angestellte	-58	-	Einsparung (Arbeitnehmer-Budget)
	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
VIII Angestellte	-35	-	Einsparung (Arbeitnehmer-Budget)
	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks (Verkauf des Krankenhauses Hohe Warte)
Titel 426 20 (Arbeiter)			
2a Arbeiter, Arbeiterinnen	-1	-	Einsparung (Arbeitnehmer-Budget)
Summe Einsparung	-113	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 10 60
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	Umsetzung von 10 60
Sozialamtänner, Sozialamtfrauen	+2	-	Umsetzung von 10 60
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 10 60
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	Umsetzung von 10 60
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	Umsetzung von 10 60
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	+3	-	Umsetzung von 10 60
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	+10	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+1	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-1	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-103	-	

10 24

Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	3,50	2,50	2,50
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	3	3	3
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	1 Stelle bei der Rehaklinik Bad Reichenhall ku nach BesGr A 12 (RAR).				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	-	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	-	-
	Oberpfleger, Oberschwester n	A 9	3	2	2
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	1	1	1
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	A 6	2	1	1
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 5	-	1	1
	Zusammen		18,50	13,50	13,50
	Zugang/Abgang			-5	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		6,50	5,50	5,50
	- gehobener Dienst		4	2	2
	- mittlerer Dienst		6	4	4
	- einfacher Dienst		2	2	2
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	Zu Titel 422 01, 425 01 und 426 02				
	Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz				
	1,00 Stellen VergGr IVb				
	0,70 Stellen VergGr Vb				
	3,00 Stellen VergGr VII				
	1,03 Stellen VergGr Kr XIII-I				
	8,30 Stellen für Arbeiter				
	(insgesamt 14,03 Stellen)				
	kw.				
	Die Stellen der Bediensteten, die nach der Schließung der Klinik in staatlichen Einrichtungen außerhalb des Kap. 10 24 beschäftigt werden, sind unter Mitnahme des kw-Vermerks dorthin umgesetzt. Dies gilt analog auch für die bei Titel 426 02 veranschlagten Haushaltsmittel. Dies gilt jedoch nicht bei einer Beschäftigung in einer staatlichen Universitätsklinik. Über die Stellen und Haushaltsmittel darf in diesem Fall gemäß Art. 47 Abs. 1 BayHO mit Beginn der Beschäftigung in der Universitätsklinik nicht mehr verfügt werden.				
	Leerstellen				
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	1	1	1
	Zusammen		2	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vlb Angestellte	-0,85	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (zum 01.0.2007) zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
VII Angestellte	-4	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (zum 01.0.2007) zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
VIII Angestellte	-1,70	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Kr XIII Krankenpflegekräfte - Kr I	-4,50	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	-4,50	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (zum 01.0.2007) zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Summe Einsparung	-15,55	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
A 9 Oberpfleger, Oberschwester	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Titel 425 01 (Angestellte)			
la Angestellte	-0,50	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)

10 24
Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	0,50	-	-
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	0,50	0,50	0,50
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	1	-	-
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	1,55	1,16	1,16
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	0,70	1,70	1,70
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	9	3,89	3,89
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	10,20	9	9
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	12	8	8
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	7,20	5,50	5,50
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	25,53	15,53	15,53
	Zusammen		68,18	45,28	45,28
	Zugang/Abgang			-22,90	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	2	2	2
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	5	5	5
	Zusammen		11	11	11
426 01	Arbeiter (Reha-Klinik Bad Reichenhall)				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		27	27	27
	Auszubildende		2	2	2
	Zusammen		29	29	29
426 02	Arbeiter (Reha-Klinik Bad Tölz)				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		17,70	8,30	8,30
	Zusammen		17,70	8,30	8,30
	Zugang/Abgang			-9,40	-
427 41	Praktikanten				
	Praktikant, Praktikantin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Ila Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
IVb Angestellte	-0,39	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Vc Angestellte	-3,61	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	-0,50	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
VIb Angestellte	-0,35	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Kr XIII Krankenpflegekräfte - Kr I	-1	-	Umsetzung nach 10 20 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Summe Umsetzung	-12,35	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+2	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vb Angestellte	+1	-	kostenwirksame Hebung von VergGr Vc
Vc Angestellte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr Vb
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 6 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	-1	-	Absenkung mit Vermerkänderung nach BesGr A 5 Betriebsassistent im Vollzug des ku-Vermerks

10 24
Reha-Klinik der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		18,50	13,50	13,50
425 01	Angestellte		68,18	45,28	45,28
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		86,68	58,78	58,78
	Ferner:				
426 01	Arbeiter (Reha-Klinik Bad Reichenhall)		29	29	29
426 02	Arbeiter (Reha-Klinik Bad Tölz)		17,70	8,30	8,30
427 41	Praktikanten		1	1	1
	Personalsoll B		47,70	38,30	38,30
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		134,38	97,08	97,08

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 5 Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen Summe Absenkung	+1	-	Absenkung mit Vermerkänderung von BesGr A 6 Betriebsassistent im Vollzug des ku-Vermerks
	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-27,90	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 02 (Arbeiter - Reha-Klinik Bad Tölz) Arbeiter, Arbeiterinnen	-5,40	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks (zum 01.0.2007) zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	-2	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha- Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Summe Einsparung	-7,40	-	
Umsetzung			
Titel 426 02 (Arbeiter - Reha-Klinik Bad Tölz) Arbeiter, Arbeiterinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 20 / 426 01 LohnGr 3 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha- Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 20 / 426 01 LohnGr 2 im Vollzug des Vermerks zu 10 24/422 01, 425 01 und 426 02 im Doppelhaushalt 2005/2006 (Schließung der Reha- Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz)
Summe Umsetzung	-2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-9,40	-	

10 40

Sozialabteilungen und Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	-	-
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	-	-
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		3	-	-
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	-	-
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau	A11	1	-	-
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		3	-	-
	Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin	A10	1	-	-
	Zusammen		10	-	-
	Zugang/Abgang			-10	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		10	-	-
	Leerstellen				
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A12	1	-	-
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	3	-	-
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	2	-	-
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin	A 9	1	-	-
	Zusammen		7	-	-
	Zugang/Abgang			-7	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A13+AZ - A9	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	25,50	-	-
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	3	-	-
	Zusammen		28,50	-	-
	Zugang/Abgang			-28,50	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	2	-	-
	Zusammen		2	-	-
	Zugang/Abgang			-2	-

Sozialabteilungen und Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellte	-6	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung	-6	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 08/422 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Sozialamt männer, Sozialamt frauen	-4	-	Umsetzung nach 03 08/422 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellte	-17,75	-	Umsetzung nach 03 08/425 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
IVa Angestellte	-6	-	Umsetzung nach 03 08/425 01h (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-33,75	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+3	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A12 Technischer Amtsrat
Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12 Regierungsamtsrat
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellte	-0,75	-	Umwandlung in eine Stelle VergGr IVa
IVa Angestellte	+1	-	Umwandlung von 10 53/425 11
	+1	-	Umwandlung von einer 0,75-Stelle VergGr III
Summe Umwandlung	+1,25	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Sozialamt männer, Sozialamt frauen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A10

10 40

Sozialabteilungen und Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		10	-	-
425 01	Angestellte		28,50	-	-
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		38,50	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		38,50	-	-

Sozialabteilungen und Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellte	-1	-	Absenkung nach VergGr IVa Absenkung von VergGr III
IVa Angestellte	+1	-	
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-38,50	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) A13+AZ - A9	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 31a (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	
LEERSTELLEN			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01a (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A11 Technische Amtmänner, Technische Amfrauen	-3	-	
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-2	-	Umsetzung nach 03 08/422 01a (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-1	-	
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellte	-2	-	Umsetzung nach 03 08/425 01 (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-9	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-9	-	

10 41

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
	Planmäßige Beamte				
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken	B 4	2	-	-
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 3	3	-	-
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken		3	-	-
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 2	3	-	-
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	17	-	-
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	50	-	-
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	64	-	-
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	35	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	92	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		6	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		14	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	246	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		17	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		28	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	461	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		17	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		71	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	480	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		11	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		19	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	428	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		5	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		10	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		5	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	31	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		11	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	164	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		4	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	215	-	-
	Verwaltungsbetriebsobersekretär,		1	-	-
	Verwaltungsbetriebsobersekretärin				

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
(Planmäßige Beamte)			
B 4	-2	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken			
B 3	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken			
	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken			
B 2	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken			
A16	-17	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen			
A15	-50	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen			
A14	-64	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen			
A13	-35	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungsräte, Regierungsrätinnen			
	-112	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen			
A12	-291	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen			
A11	-549	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen			
A10	-510	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen			
A 9	-443	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen			
A 9 +AZ	-18	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen			
A 9	-42	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen			

10 41

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	156	-	-
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		3	-	-
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	11	-	-
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	21	-	-
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		4	-	-
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		4	-	-
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	8	-	-
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	-	-
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin		1	-	-
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	6	-	-
	Zusammen		2.742	-	-
	Zugang/Abgang			-2.742	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		177	-	-
	- gehobener Dienst		1.905	-	-
	- mittlerer Dienst		603	-	-
	- einfacher Dienst		57	-	-
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	-	-
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	14	-	-
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	7	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	21	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	61	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	36	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	15	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	28	-	-
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	31	-	-
	Zusammen		225	-	-
	Zugang/Abgang			-225	-
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A 9	439	-	-
	Regierungssekretär anwärter, Regierungssekretär anwärterinnen	A 6	102	-	-
	Zusammen		541	-	-
	Zugang/Abgang			-541	-
	Leerstellen				
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A 9	50	-	-
	Regierungssekretär anwärter, Regierungssekretär anwärterinnen	A 6	20	-	-
	Zusammen		70	-	-
	Zugang/Abgang			-70	-

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-168	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-215	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-156	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-11	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-21	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	-4	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-4	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-8	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	-1	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 3 Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	-6	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
(Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen	-439	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 6 Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretäranwältinnen	-102	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Summe Einsparung	-3.283	-	
Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)			
(Planmäßige Beamte)			
A 13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+6	-	Umwandlung von BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2

10 41

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abgeordnete Beamte	A13+AZ - A9	1	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		1	- -1	- -
	Gesamtübersicht				
	Planmäßige Beamte		2.742	-	-
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		541	-	-
	Personalsoll B		3.283	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		3.283	-	-

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
	+14	-	Umwandlung von BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-6	-	Umwandlung nach BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin
	-14	-	Umwandlung nach BesGr A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin
A12	+17	-	Umwandlung von BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2
	+28	-	Umwandlung von BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-17	-	Umwandlung nach BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin
	-28	-	Umwandlung nach BesGr A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin
A11	+17	-	Umwandlung von BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2
	+71	-	Umwandlung von BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-17	-	Umwandlung nach BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau
	-71	-	Umwandlung nach BesGr A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau
A10	+11	-	Umwandlung von BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2
	+19	-	Umwandlung von BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-11	-	Umwandlung nach BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin
	-19	-	Umwandlung nach BesGr A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin
A 9	+5	-	Umwandlung von BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2
	+10	-	Umwandlung von BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2
	-5	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin
	-10	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin

10 41

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+5	-	Umwandlung von BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-5	-	Umwandlung nach BesGr A 9+AZ Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+11	-	Umwandlung von BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-11	-	Umwandlung nach BesGr A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+4	-	Umwandlung von BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	-4	-	Umwandlung nach BesGr A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin
Summe Umwandlung (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-3.283	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
(Abgeordnete Beamte)			
A13+AZ - A9	-1	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	
LEERSTELLEN			
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
(Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-4	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-14	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-7	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung

Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung (ehemalige Landesversicherungsanstalten)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-2	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-21	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-61	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 9 Regierungsinpektoren, Regierungsinpektorinnen	-36	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-3	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-15	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-28	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-31	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
(Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwälterinnen	-50	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
A 6 Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretäranwälterinnen	-20	-	Einsparung im Rahmen der Überführung der staatlichen Beamten zu den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Summe Einsparung	-295	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-295	-	

10 50

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	-	-
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	-	-
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	-	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	3	-	-
	Zusammen		9	-	-
	Zugang/Abgang			-9	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		2	-	-
	- mittlerer Dienst		7	-	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A13+AZ - A9	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	2	-	-
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	-	-
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	22	-	-
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	14	-	-
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	1	-	-
	Zusammen		41	-	-
	Zugang/Abgang			-41	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	-	-
	Zusammen		2	-	-
	Zugang/Abgang			-2	-
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		110	-	-
	Zusammen		110	-	-
	Zugang/Abgang			-110	-
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		55	-	-
	Zusammen		55	-	-
	Zugang/Abgang			-55	-
TG	51 Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion				
425 51	Angestellte				
	Angestellte		4	-	-
	Zusammen		4	-	-
	Zugang/Abgang			-4	-

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellte	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6e Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-2	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 10 53
Summe Umsetzung	+1	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01i (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01i (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-4	-	
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 08/422 01i (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Titel 425 01 (Angestellte)			
IVa Angestellte	-2	-	Umsetzung nach 03 08/425 01i (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
VIb Angestellte	-22	-	
VII Angestellte	-14	-	Umsetzung nach 03 08/425 01i (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
VIII Angestellte	-1	-	
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-49	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-50	-	

10 50

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
426 51	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		6	-	-
	Zusammen		6	-	-
	Zugang/Abgang			-6	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		9	-	-
425 01	Angestellte		41	-	-
	Personalsoll A		50	-	-
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		110	-	-
426 01	Arbeiter		55	-	-
425 51	Angestellte		4	-	-
426 51	Arbeiter		6	-	-
	Personalsoll B		175	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		225	-	-

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007
Summe Einsparung	-3	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-113	-	Umsetzung nach 03 08/425 11b (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-59	-	Umsetzung nach 03 08/426 01b (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-172	-	
Umwandlung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	+4	-	Umwandlung von 425 51
Titel 425 51 (Angestellte)			
Angestellte	-4	-	Umwandlung nach 425 11
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	+6	-	Umwandlung von 426 51
Titel 426 51 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-6	-	Umwandlung nach 426 01
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-175	-	

10 50

Integration von Zuwanderern (Aussiedler, Jüdische Emigranten, Ausländer)

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) A13+AZ - A9	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 31a (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	
LEERSTELLEN			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 425 01 (Angestellte) Vc Angestellte	-2	-	Umsetzung nach 03 08/425 01 (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-2	-	

10 53

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	-	-
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A 11	3	-	-
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	-	-
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	4	-	-
	Zusammen		11	-	-
	Zugang/Abgang			-11	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		4	-	-
	- mittlerer Dienst		7	-	-
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	1	-	-
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	25	-	-
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	12	-	-
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	1	-	-
	Zusammen		39	-	-
	Zugang/Abgang			-39	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	-	-
	Zusammen		2	-	-
	Zugang/Abgang			-2	-
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		277	-	-
	Zusammen		277	-	-
	Zugang/Abgang			-277	-
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		160	-	-
	Zusammen		160	-	-
	Zugang/Abgang			-160	-

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 11 Regierungsamt­männer, Regierungsamt­frauen	-1	-	Umsetzung nach 06 04
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 50
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vb Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 06 04
Summe Umsetzung	-3	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 11 Regierungsamt­männer, Regierungsamt­frauen	-2	-	Umsetzung nach 03 08/422 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08/422 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-2	-	Umsetzung nach 03 08/422 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 08/422 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vlb Angestellte	-25	-	Umsetzung nach 03 08/425 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
VII Angestellte	-12	-	Umsetzung nach 03 08/425 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Kr XIII Krankenpflegekräfte - Kr I	-1	-	Umsetzung nach 03 08/425 01j (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-47	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 7

10 53

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		11	-	-
425 01	Angestellte		39	-	-
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		50	-	-
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		277	-	-
426 01	Arbeiter		160	-	-
	Personalsoll B		437	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		487	-	-

Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 8
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-50	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-30	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2006
	-22	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007
	-2	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung von Stellenhebungen und Stellenumwandlungen in den Kap. 10 40 und 10 53
	-1	-	Einsparung wegen Wegfalls des AZV-Tags bei Arbeitnehmern
	-1	-	Einsparung wegen Wegfalls des AZV-Tags bei Arbeitnehmern
	-1	-	Einsparung wegen Wegfalls des AZV-Tags bei Arbeitnehmern
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-12	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2006
	-7	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2007
Summe Einsparung	-76	-	
Umsetzung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-0,35	-	Umsetzung nach 05 19
Summe Umsetzung	-0,35	-	
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-219,65	-	Umsetzung nach 03 08/425 11c (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)

10 53**Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern**

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterinnen	-141	-	Umsetzung nach 03 08/426 01c (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-360,65	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-437	-	
LEERSTELLEN			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 425 01 (Angestellte) Vc Angestellte	-2	-	Umsetzung nach 03 08/425 01 (Umressortierung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Epl. 03A)
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-2	-	

10 56
Haus des Deutschen Ostens

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Bibliotheksamtmann, Bibliotheksamtfrau		1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		3	3	3
- mittlerer Dienst		1	1	1	
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A9+AZ - A6	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	1	1	1
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Zusammen		5	5	5
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5	5	5
425 01	Angestellte		5	5	5
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		10	10	10
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		13	13	13

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	2	-	-
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	-	-
	Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin		1	-	-
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	-	-
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	-	-
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	-	-
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		2	-	-
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	3	-	-
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		4	-	-
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	-	-
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	-	-
	Regierungs obersekretäre, Regierungs obersekretärinnen	A 7	2	-	-
	Regierungs sekretär, Regierungs sekretärin	A 6	1	-	-
	Zusammen		24	-	-
	Zugang/Abgang			-24	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		5	-	-
	- gehobener Dienst		14	-	-
	- mittlerer Dienst		5	-	-
	Leerstellen				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	-	-
	Regierungsamt mann, Regierungsamt frau	A11	1	-	-
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		2	-	-
	Sozial oberinspektor, Sozial oberinspektorin	A10	1	-	-
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	-	-
	Regierungs obersekretär, Regierungs obersekretärin	A 7	1	-	-
	Zusammen		7	-	-
	Zugang/Abgang			-7	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr I BAT	I	1	-	-
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	0,50	-	-
	Angestellte der VergGr III BAT	III	1	-	-
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	4	-	-
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	1	-	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15	-2	-	Umsetzung nach 10 20
A14	-2	-	Umsetzung nach 10 20
	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A13	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A12	-1	-	Umsetzung nach 10 20
	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A11	-2	-	Umsetzung nach 10 20
	-2	-	Umsetzung nach 10 20
A10	-3	-	Umsetzung nach 10 20
	-4	-	Umsetzung nach 10 20
A 9	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A 8	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A 7	-2	-	Umsetzung nach 10 20
A 6	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Titel 425 01 (Angestellte)			
I	-1	-	Umsetzung nach 10 20
IIa	-0,50	-	Umsetzung nach 10 20
III	-1	-	Umsetzung nach 10 20
IVa	-4	-	Umsetzung nach 10 20
VII	-1	-	Umsetzung nach 10 20
VIII	-3	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-34,50	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-34,50	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ - A13	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

10 60
Bayer. Landesjugendamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		10,50	-	-
				-10,50	-
	Leerstellen Angestellte der VergGr VII BAT	VII	3	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		3	-	-
				-3	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		24	-	-
425 01	Angestellte		10,50	-	-
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		34,50	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		34,50	-	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
Umsetzung (Verwaltung 21)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A10 Sozialamtänner, Sozialamtfrauen	-2	-	Umsetzung nach 10 20
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	-3	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung (Verwaltung 21)	-10	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-10	-	

10 65

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Institutsrektor, Institutsrektorin		1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	1,50	1,50	1,50
	Institutsrektor, Institutsrektorin		1	1	1
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	1	1
	Regierungsamtsmann, Regierungsamtsfrau	A11	1	-	-
	Bibliotheksoberinspektor, Bibliotheksoberinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		13,50	13,50	13,50
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		11,50	11,50	11,50
	- gehobener Dienst		2	2	2
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst) und zu Titel 425 01 VergGr IIa:				
	1 Stelle des Staatsinstituts für Frühpädagogik ist bei Freiwerden umgesetzt nach Kap. 05 30.				
	2) Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst):				
	Die nach Kap. 05 30 umgesetzte Stelle der BesGr A 14 + AZ ist bei Freiwerden nach Kap 10 65 im Tausch gegen eine Stelle der BesGr A 13 umgesetzt. Vgl. Vermerk zu Kap. 05 30 Tit. 422 01, BesGr A 14 + AZ.				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsamtsmann, Regierungsamtsfrau	A11	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A13+AZ - A9	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	9	9,50	9,50
	Angestellte der VergGr IIa BAT 2 Stellen ku nach BesGr A 13 (Regierungsrat)	IIa	6	6	6
	Angestellte der VergGr III BAT	III	-	-	-
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	4,25	3,75	3,75
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	0,50	0,50	0,50
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	4	4	4
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2,25	2,25	2,25
	Zusammen		27	27	27

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2007	2008	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Titel 425 01 (Angestellte)			
Ib Angestellte	+0,50	-	kostenwirksame Hebung von VergGr IIa
IIa Angestellte	-0,50	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr Ib
	+0,50	-	kostenwirksame Hebung von VergGr III
III Angestellte	-0,50	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr IIa
	+0,50	-	kostenwirksame Hebung von VergGr IVa
IVa Angestellte	-0,50	-	kostenwirksame Hebung nach VergGr III
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	

10 65
Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		13,50	13,50	13,50
425 01	Angestellte		27	27	27
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		40,50	40,50	40,50
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		40,50	40,50	40,50

(Erläuterungen zu Kap. 10 65 Titel 422 01 mit Titel 425 01)

Stellenübersicht der Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung		Beamte						Angestellte							Stellen gesamt
		Besoldungsgruppe						Vergütungsgruppe							
		A16	A15	A14	A13	A12	A10	Ib	Ila	IVa	IVb	Vc	Vlb	VII	
Staatsinstitut für Familienforschung	2007		2,00	0,25	1,50			2,00	2,50	1,00				1,50	10,75
	2008		2,00	0,25	1,50			2,00	2,50	1,00				1,50	10,75
Staatsinstitut für Frühpädagogik	2007	1,00	2,00	3,75	1,00	1,00	1,00	7,50	3,50	2,75	0,50	1,00	4,00	0,75	29,75
	2008	1,00	2,00	3,75	1,00	1,00	1,00	7,50	3,50	2,75	0,50	1,00	4,00	0,75	29,75
Zusammen	2007	1,00	4,00	4,00	2,50	1,00	1,00	9,50	6,00	3,75	0,50	1,00	4,00	2,25	40,50
	2008	1,00	4,00	4,00	2,50	1,00	1,00	9,50	6,00	3,75	0,50	1,00	4,00	2,25	40,50

10

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2006	2007	2008
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 10				
422 01	Planmäßige Beamte		2.345,75	2.360,04	2.358,04
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		201	201	201
425 01	Angestellte		1.007,17	344,37	343,37
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		3.553,92	2.905,41	2.902,41
	Ferner:				
---	Planmäßige Beamte		2.742	-	-
---	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		541	-	-
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		391	4	4
425 51	Angestellte		4	-	-
426 01	Arbeiter		345	77	77
426 02	Arbeiter (Reha-Klinik Bad Tölz)		17,70	8,30	8,30
426 51	Arbeiter		6	-	-
427 41	Praktikanten		1	1	1
428 30	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	616,26	617,26
	Personalsoll B (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.047,70	706,56	707,56
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		7.601,62	3.611,97	3.609,97
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		3	13	9

